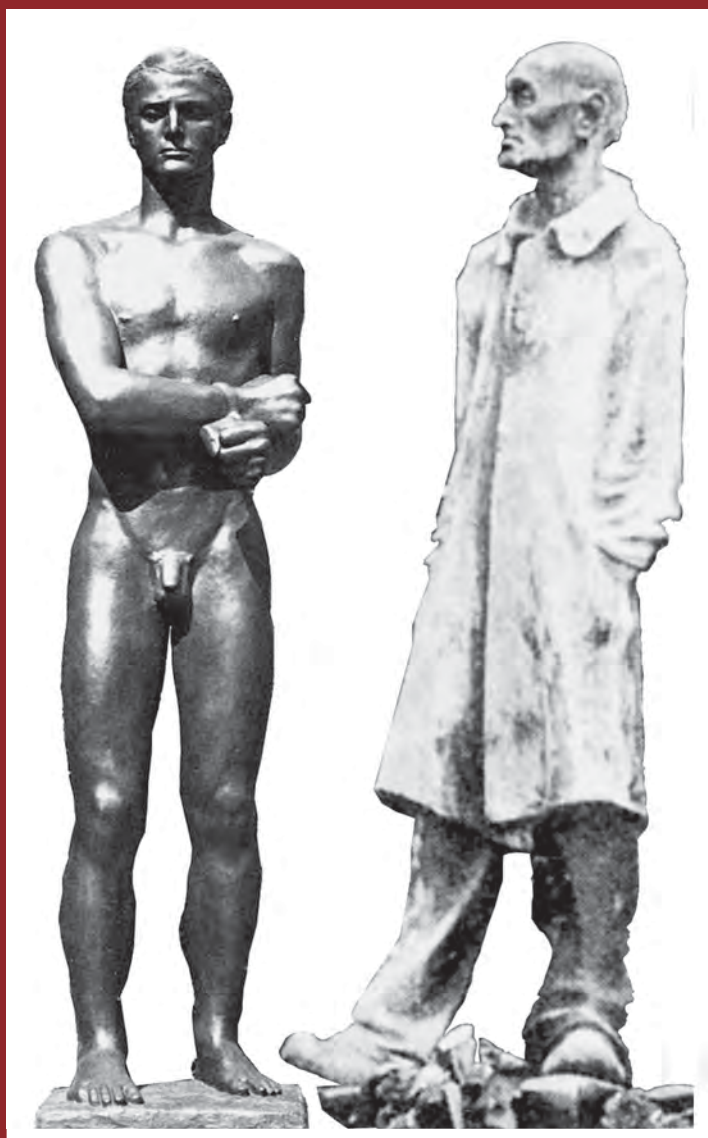


- **Vor 60 Jahren:
20. Juli 1944**
- **Christliches Zeugnis
unter Nazi-Terror**
- **Ewiger Krieg?
Djihad-Terror
Konflikte in Nah-
und Mittelost**

Denkmäler für die Opfer
des 20. Juli 1944 und die
Häftlinge im KZ Dachau
(Fotomontage PS)



INHALT

EDITORIAL 3

VOR 60 JAHREN: 20. JULI 1944

20. Juli 1944 – Tradition und Verpflichtung (PS) 4
 Gedanken zum Militärischen Widerstand
 (Klaus Achmann und Hartmut Bühl) 4
 Christliche Märtyrer dem Vergessen entreißen
 (Andreas M. Rauch) 11
 Friedenskämpfer, Wehrmachtsangehörige, Geistliche
 im deutschen Martyrologium des 20. Jh. (PS) ... 15
 Katholik, General und Widerständler.
 110. Geburtstag von Dieter von Choltitz und die
 Befreiung von Paris (Joachim G. Görlich) 16

ZUM BILD DES SOLDATEN

- Wehrform und Innere Führung: Die Bundeswehr
 muss eine menschenfreundliche Armee bleiben! Ein
 Plädoyer für die Wehrpflicht (Klaus Liebetanz) . 17
 Das Kreuz von Narwa (Paul Roth) 19

SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK

- Ewiger Krieg? Weltpolitische Risikoanalyse und
 Folgerungen für Streitkräfte (Björn F. Schulz) 20
 „Forum Innere Führung“: Rechtsfragen der Terroris-
 musbekämpfung durch Streitkräfte (bt) 26
 Militärbischof Mixa zu Themen: USA –Internatio-
 naler Strafgerichtshof – Folter (KNA) 27
 Auf der Suche nach Toleranz zwischen den Konflikt-
 parteien im Nahen und Mittleren Osten
 (Thomas W. Geyer) 28
 Israels Zaun – eine neue Berliner Mauer? Die
 israelische Sicht der neuen Grenzsperrern (bt) ... 31
 Synagogen-Jubiläum in Rom: Papst will christlich-
 jüdische Freundschaft (KNA) 32
 Die „Genfer Initiative“ – Frieden auf einem gemein-
 samen Weg mit einem fest formulierten Ziel
 (Antje Vollmer) 33

ISLAMISMUS UND WESTLICHE WELT

- Radikaler Islamismus und der laizistische Funda-
 mentalismus führen zum Zusammenprall der
 Kulturen (ZENIT) 35
 Worin Dschihad und Kreuzzüge sich unterscheiden
 (ZENIT) 36
 Die Zeit der Zweideutigkeit muss vorbei sein.
 Bassan Tibi zu Djihaad-Terror in Europa (bt) 37
 Paul Spiegel: Die Brutstätten für Hass und Terror
 müssen beseitigt werden (bt) 39

GESELLSCHAFT NAH UND FERN

- Gott oder Mammon? (Johannes M. Schnarrer) ... 40
 Deutschland. Der Abstieg eines Superstars
 (Eckhard Stuff) 42

- Was den Deutschen noch zu tun bleibt
 (Guido Horst) 43
 Glosse: Das ist bemerkenswert! Wie war es eigentlich
 möglich unter diesen Verhältnissen zu überleben ... 43
 Ein Meinungsbild der Deutschen über das
 amerikanisch-deutsche Verhältnis (bt) 44
 Vereinigte Staaten: Kampf um das mächtigste
 Amt (Thomas Emons) 45
 Kolumbien: „Es gibt nichts Schlechtes, das ewig
 hält“ (KNA) 46

KIRCHE UND GESELLSCHAFT

- Zukunft der Kirchen in Deutschland:
 Unterschiedliche Rezepte (KNA) 48
 EU-Kaleidoskop: Kirche in den neuen
 Mitgliedsstaaten (KNA) 49
 Weltkirche: Der Prozentsatz der Katholiken in
 der Welt sinkt (ZENIT) 50
 Kosovo: Blutsbrüder und Glaubensbrüder zugleich
 (Alexander Brüggemann) 51
 Indonesien: Glaubensverkündigung in einem
 islamischen Land (Franz Magnis-Suseno SJ) 52
 Kopftuch und Kreuz: Christen, hört die Signale!
 (Stephan Baier/bt) 54
 Islam: Migrantinnen-Rat für Dialog mit Augenmaß
 (KNA) 56

CHRISTLICHES ZEUGNIS

- Priester unter Nazi-Terror: »Denn vergessen dürfen
 wir das Geschehene nie« (PS) 57
 Interview mit dem polnischen Erzbischof
 Majdanski, der das Konzentrationslager überlebt
 hat (ZENIT) 58
 Leseprobe aus „Pfarrerblock 25487“: REVIER 59

BLICK IN DIE GESCHICHTE

- Der Deutsche Orden im Heiligen Land (1190-1291)
 (Franz Kralic) 62
 Vor 800 Jahren – Vierter Kreuzzug: Kreuzfahrer
 erobern Konstantinopel (Christoph Arens) 68
 Vor 90 Jahren: Die Urkatastrophe des 20. Jh.
 Eine kurze Geschichte des 1. Weltkriegs
 (Eckhard Stuff) 69
 DHM zeigt Ausstellung über 1. Weltkrieg und
 die Folgen (Gregor Krumpholz) 70

KIRCHE UNTER SOLDATEN

AUS DER MILITÄRSEELSORGE

- „Fern-Beziehungen“. Kooperation der Militärseelsor-
 ge mit dem ZFG zur seelsorgerlichen Begleitung von
 Soldaten (Georg Kestel) 71

Thesen zum Laienapostolat und Ehrenamt in der (Militär-)Seelsorge (Georg Kestel)	73
Bereich des KLMD Kiel/Glücksburg	74

AUS DER GKS

GKS-Politikergespräch mit MdB Christian Schmidt, CSU: Was können und dürfen deutsche Streitkräfte . (Helmut Jermer)	75
Aus der Arbeit des Bundesgeschäftsführers der GKS (Klaus Achmann)	78
Internationale Zusammenarbeit: Aus AMI und CICO (AMI)	78
GKS-Kreis Ingolstadt (Helmut Häckl)	80
GKS Bereich Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland (Heinrich Dorndorf)	81
Katholische Männerarbeit/GKMD: „Welches Profil bekommt Europa? (Heinrich Dorndorf)	82
Katholikentag in Ulm (ArbSt Fulda)	83

Personalia: Verantwortung für den Weltdienst der Christen (PS)	84
Personalia: Bundesvorsitzender Karl-Jürgen Klein als Mitglied im ZdK wiedergewählt (PS)	85
Einladung zur 44. Woche der Begegnung	86
Einladung zur Mitgliederversammlung FGKS	87

KURZ BERICHTET	36, 47, 55
-----------------------------	------------

PERSONALIA	72, 74, 84, 85
-------------------------	----------------

LESERBRIEF ZUM AUFTRAG 254	55
---	----

BUCHBESPRECHUNGEN	26, 42, 59, 88, 89
--------------------------------	--------------------

TERMINE	90
----------------------	----

AUTOREN	91
----------------------	----

ZU GUTER LETZT: Hölle von Menschenhand (Paul Roth)	91
--	----

editorial

Liebe Lesergemeinde!

AUFTRAG erinnert mit dem Juli-Heft ganz bewusst an den militärischen Widerstand gegen Hitler und das menschenverachtende Unrechtssystem des Nationalsozialismus. Ein besonderer Beitrag ist dem individuellen christlichen Widerstand gewidmet (s.S. 11 ff.). Darüber hinaus soll auch an Friedenskämpfer und Kriegsdienstverweigerer erinnert werden, die – weil sie Widerstand leisteten – ihr Leben opferten und sonst nicht gerade im Blickfeld von Soldaten stehen (s.S. 15. f.).

Gerade nach den Foltervorwürfen¹⁾, die im Mai 2004 gegen (einige) US-amerikanische Soldaten im Irak erhoben wurden und die ausnahmslos zu verurteilen sind, ist es für Soldaten der Bundeswehr wichtig, dass sie sich auch 60 Jahre nach dem gescheiterten Attentat des 20. Juli 1944 vergewissern, in welcher Tradition sie stehen. Die Würde des Menschen, die zu schützen vornehmste Aufgabe des heutigen Soldaten (aber nicht nur seine) ist, ist unteilbar. Jedem Versuch, an diesen Grundsatz zu rütteln, muss eine unumkehrbare Absage erteilt werden²⁾.

Es war ein großer Rechts- und Kulturschritt, als die Folter im 19. Jh. aus den Rechtsordnungen entfernt wurde. Wenn ein Hochschullehrer im 21. Jh. nun über die Zulässigkeit von Folter nachdenkt, so soll er es im grundgesetzlich geschützten Freiraum von Forschung und Lehre tun, aber nicht auf dem modernen Forum einer Talk-

Show – und dann noch gekränkt den mäßigen Aufschrei der Öffentlichkeit als Antisemitismus bezeichnen.

„In Sachen Sicherheit (ist) nicht alles erlaubt“ schreibt Sandro Schmidt in einem Kommentar der „Kölnischen Rundschau“ vom 1. Juli 2004. Er weist darauf hin, dass zum zweiten Mal in dieser Woche das oberste Gericht eines westlichen Prinzipien verbundenen Landes seiner Regierung bescheinigt habe, im Anti-Terror-Kampf massiv gegen fundamentale rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen zu haben (US-Rgierung bzgl. Guantanamo-Häftlingen, Regierung Sharon bzgl. Sperranlagen zum Westjordanland). Man dürfe, so Schmidt, mit Erleichterung zur Kenntnis nehmen, dass in demokratischen Systemen in Zeiten hysterisch geführter Sicherheitsdebatten am Ende die Unrechtmäßigkeit staatlichen Handelns erkannt und korrigiert werde. Dennoch bleibe der Skandal, dass sogar den Menschenrechten verhaftete Regierungen bereit seien, in stürmischen Zeiten „ihre Prinzipien auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen“.

Dazu passt gut, was Paul Roth als „Hölle aus Menschenhand“ bezeichnet (s. ZU GUTER LETZT, S. 89).

Eine schöne, erholsame Sommerzeit wünscht Ihnen

Ihre Redaktion AUFTRAG

1) „Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.“ Art 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948.

Folter (Tortur, peinliche Befragung), die systematische Zufügung physischer oder psychischer Schmerzen zur Erzwingung einer Aussage oder Verhaltensänderung. Heute geht es hierbei meistens darum, Informationen über Gleichgesinnte (Mittäter, Sympathisanten), Verbindungsstrukturen etc. in Erfahrung zu bringen, seltener um die Erpressung eines (objektiv ohnehin wertlosen) Geständnisses. Die Haager Landkriegsordnung, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (s.o.) von 1948 und die Genfer Konventionen von 1949 haben die Folter international geächtet. Trotzdem werden lt. ai in über 70 Ländern der Erde jährlich etwa eine halbe Million Menschen gefoltert. Soweit es in den US-Gefängnissen im Irak um Aussageerzwingung ging, liegt sicherlich der Tatbestand der Folter vor. Bei den in den Medien gezeigten Bildern von Übergriffen auf Gefangene handelt es sich um unmenschliche und erniedrigende Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit von Menschen, die zumindest nach deutschem Strafrecht als **Körperverletzung im Amt** (§ 340 StGB) unter Strafe gestellt ist.

2) s.a. Benjamin Schulz: „Folter ist immer rechtswidrig“ in: AUFTRAG 252/253 Januar 2004, S. 76.

20. Juli 1944 – Tradition und Verpflichtung

Für die Öffentlichkeit, in der Bundeswehr und damit auch in der Gemeinschaft Katholischer Soldaten spielt seit der Aufstellung neuer deutscher Streitkräfte im November 1955 immer wieder die Frage eine Rolle, in welcher Tradition deutsche Streitkräfte heute stehen. Konsens besteht in unserer Gesellschaft darüber, dass die Tradition des deutschen militärischen Widerstandes gegen Hitler für das Selbstverständnis der heutigen deutschen Streitkräfte von essentieller Bedeutung ist. In diesem Widerstand und in den Personen der Widerstandskämpfer wird deutlich, dass Recht und Gerechtigkeit nicht der Verfügbarkeit irgendeiner Herrschaft unterliegen dürfen und dass das Gewissen oberste Richtschnur allen, auch soldatischen Handelns ist und bleiben muss. Gewissen steht höher als das soldatische Prinzip von Befehl und Gehorsam.

In einer Erklärung vom 1. Juli 1994 hatte die GKS zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1944 auf die Bedeutung des (militärischen) Widerstandes im Dritten Reich hingewiesen, der sich in seiner extremsten Form im Attentat auf Adolf Hitler verwirklichte. Diese Position ist auch heute noch unverändert gültig.

Es folgen zwei Beiträge zum 60. Jahrestag des 20. Juli 1944. Im ersten „Gedanken zum Militärischen Widerstand“ geben Berufsoffiziere der Bundeswehr einen Überblick aus ethisch-moralischer Sicht über das Kapitel Widerstand im 3. Reich, das im Stauffenberg-Attentat gipfelte. Dieser Beitrag ist mit Genehmigung der Autoren und mit geringfügiger Bearbeitung entnommen dem Buch: Klaus Achmann, Hartmut Bühl: „20. Juli 1944. Lebensbilder aus dem militärischen Widerstand“, Hamburg u.a. ³1999. Er wurde ergänzt um die letzten zwei Abschnitte „Bedeutung von Eid und Widerstand für die Soldaten der Bundeswehr“ (nach der GKS-Erklärung vom 01.07.1994) sowie „Folgerung aus dem militärischen Widerstand für den Soldaten heute“.

In einem weiteren Aufsatz möchte der Autor Andreas M. Rauch „Christliche Märtyrer dem Vergessen entreißen“, die am Widerstand gegen das Nazi-Unrechtssystem und das Geschehen des 20. Juli beteiligt waren. (PS)

Gedanken zum Militärischen Widerstand

KLAUS ACHMANN UND HARTMUT BÜHL

Das Verständnis von Widerstand

Der Widerstand gegen Hitler wirft Grundfragen der Grenzen militärischen Gehorsams, des Verhältnisses zwischen Individuum und staatlicher Autorität, des verantwortlichen Handelns Einzelner, der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft auf

Widerstand soll hier als verdeckt oder offen geführter Kampf gegen schweres Unrecht mit dem Ziel einer Ablösung der Staatsführung begriffen werden. Dieser Kampf gewinnt seine Rechtmäßigkeit dort, wo eine Regierung anhaltend und grundsätzlich gegen das Recht seiner Bürger und die Pflicht verstößt, das Wohlergehen von Land und Menschen anzustreben oder wenn sich diese Regierung schwerste und wiederholte Verletzungen der Menschenrechte oder der Rechte anderer Staaten zuschulden kommen lässt. Widerstand ist daher nur in Systemen mit totalitärem Machtanspruch möglich.

Zu unterscheiden davon ist Opposition, die sich ausschließlich darin begründet, dass eine Regierung

aufgrund ihrer Politik die Interessen des eigenen Landes sehenden Auges vernachlässigt. Auch sie kann berechtigt und sehr ehrenhaft sein. Dem Widerstehen, das sich aus ethischen Gründen gegen den Unrechtscharakter einer Staatsführung wendet, kommt aber zusätzliches moralisches Gewicht zu. Auch ist zwischen einer meist risikolosen inneren Emigration und dem aktiven Widerstand unter Inkaufnahme aller damit möglicherweise verbundenen Gefahren zu unterscheiden. Allerdings kennt die Wirklichkeit des Lebens keine idealtypischen Verhältnisse. In aller Regel wird eine Mischlage von Motiven vorliegen.

Neben der höchsten und intensivsten Form des Widerstandes, der aktiven Konspiration mit dem Ziel eines Staatsstreiches, gibt es andere Ausprägungen, die hier jedoch nicht im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Aber auch wer gegenüber einem repressiven Unrechtssystem zu passivem Widerstand fand, wer Gegenpositionen formulierte, sich der Gleichschaltung zu entziehen suchte, oder gar als Mitwisser von Umsturz-

plänen diesen schweigend zustimmte, ist dem Widerstand im weiteren Sinne zuzurechnen.

Entscheidend ist aber stets die Frage des persönlichen Risikos für Leben oder Freiheit. Es widerstand aber dem totalitären System jeder, der sich dessen totalem Anspruch zu entziehen trachtete. Jede Form der Weigerung konnte Freiheit und Leben kosten.

Ziviler Widerstand

Der militärische Widerstand kann nicht für sich allein betrachtet werden. Er ist Teil eines breiten Spektrums unterschiedlicher Gruppen, Bewegungen und Kreise, die teilweise untereinander in Verbindung standen. Sie wandten sich gegen Diktatur und Unrecht der Nationalsozialisten. Kirchen und Gewerkschaften, Offiziere, Politiker und Diplomaten, Unternehmer und Arbeiter waren davon überzeugt, der Rechtlosigkeit widerstehen zu müssen und fanden daher zur Opposition und zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ihre Methoden, Wege und

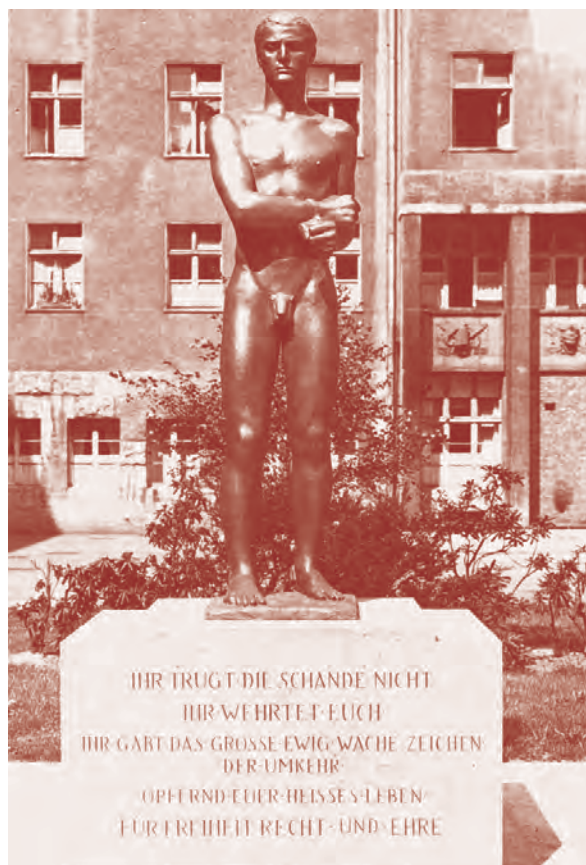
Ehrenmal für die Opfer des 20. Juli 1944 im Ehrenhof des Bendlerblocks in Berlin, Stauffenbergstr. 11-13. Die Bronzefigur schuf 1953 Prof. Richard Scheibe, die Inschrift verfasste Prof. Edwin Redslob

Ziele mögen verschieden gewesen sein. Der gemeinsame Grund ihres Handelns war aber das Bewusstsein von der Unveräußerlichkeit des Rechts und der Angewiesenheit des Menschen auf Gerechtigkeit.

Kirchen

Auch wenn die großen Kirchen nicht überall die gebotene Ablehnung des Nationalsozialismus in aller Konsequenz durchhielten, ja sich zum Teil aus Sorge um die eigene Autonomie, um Einfluss und Rechtsstellung zu sehr mit den Machthabern des Dritten Reiches einließen, so blieben sie doch die Verkünder ethisch-moralischer Grundsätze. Katholische Priester und Angehörige der Bekenntenen Kirche gaben durch ihr Beispiel und durch ihren Rat anderen Menschen Halt und Hilfe. Innerhalb der evangelischen Kirche widersetzten sich die glaubenstreuen Anhänger der Bekenntenen Kirche dem Versuch der Deutschen Christen, die Kirche in den Nationalsozialismus einzubinden und gleichzuschalten. Dies führte praktisch zu einer Spaltung der Kirche. In der katholischen Kirche hatten einige Bischöfe den Nationalsozialismus noch vor 1933 verurteilt. Dennoch waren die katholischen Bischöfe zur Zusammenarbeit mit dem Nationalsozialismus bereit, nachdem Hitler zugesichert hatte, den Rechtsstatus der Kirche und ihren Einfluss im öffentlichen Leben zu wahren.

Als sich bald darauf zeigte, dass Hitler seine Zusagen nicht einhalten wollte, begann ein erstaunlich großer Teil des katholischen Kirchenvolkes und des Klerus mit einem entschiedenen Abwehrkampf gegen nationalsozialistische Übergriffe. Sowohl die Bekenntene Kirche als auch die katholische Kirche prangerten öffent-



lich die Menschenrechtsverletzungen durch das nationalsozialistische System an und übten grundsätzliche Kritik an der nationalsozialistischen Ideologie. Obwohl sie ihre Tätigkeit nicht als Widerstand empfanden, war eine Reihe kirchlicher Amtsträger an der politischen Verschwörung gegen Hitler beteiligt. So fanden u.a. Pfarrer Dietrich Bonhoeffer von der Bekenntenen Kirche und der Jesuitenpater Alfred Delp zum aktiven Widerstand und mussten dafür ihr Leben opfern.

Widerstandskreise

Das Bürgertum, obwohl am wenigsten auf eine Situation vorbereitet, in der die Auflehnung gegen die Staatsführung gefordert sein konnte, fand dennoch in Einzelpersonen und kleinen spontanen Gruppen zum Widerstand. Kritiker des Nationalsozialismus aus Kreisen der Wissenschaft fanden in der „Berliner Mittwochsgesellschaft“ eine Möglichkeit zum zwanglosen Gedankenaustausch. Der Chirurg Ferdinand Sauerbruch, der frühere Botschafter Ulrich von Hassell, der Philosoph Eduard Spranger, dann auch der frühere Generalstabschef

des Heeres und Generaloberst z.V. Ludwig Beck nahmen an den Begegnungen teil. Das Ziel war nicht die Vorbereitung des Staatsstreichs, wohl aber die Erörterung der Erfordernisse für den Staatsaufbau nach dem Krieg. Auch hier bestanden vielfältige Beziehungen zu anderen Gruppierungen des Widerstands. Mehrere Mitglieder dieses Freundeskreises wurden in die Verfolgungen nach dem 20. Juli 1944 hineingezogen und hingerichtet.

Auf seinem Gut im schlesischen Kreisau entwarf Helmuth James Graf von Moltke gemeinsam mit anderen Persönlichkeiten von unterschiedlicher sozialer Herkunft und politischer Einstellung das Bild eines zukünftigen nationalen und sozialen Deutschlands. In ausführlichen Studien entwickelten sie ein Regierungsprogramm für den künftigen demokrati-

schon Staats- und Gesellschaftsaufbau, das in Teilen heute noch aktuelle Elemente enthält. Der Kreisauer Kreis hatte Kontakte zum militärischen Widerstand, zu nationalkonservativ eingestellten Kreisen, zum Auswärtigen Amt, zu den Kirchen. Viele der Angehörigen des Kreisauer Kreises wurden hingerichtet.

Carl Friedrich Goerdeler, von 1930 bis 1937 Oberbürgermeister von Leipzig, arbeitete anfänglich im nationalsozialistischen Staat mit. Erst als Hitlers Ziel, den Rechtsstaat zu beseitigen, seine Rassenpolitik und die Unterdrückung der Kirchen offensichtlich wurden, entwickelte sich Goerdeler zunehmend zu einem Gegner des Regimes. Seit 1938 nahm er Kontakte zu militärischen und zivilen Widerstandsgruppen auf. Goerdeler, wenn auch früh verstrickt in Streitigkeiten um die Aufteilung erhoffter Macht in einem künftigen Deutschland, brachte seine politische Erfahrung in die Überlegungen des Widerstandes ein. Diese Zielvorgabe durch die Politik war für die Offiziere des Widerstandes eine entscheidende Voraussetzung ihres

Handelns. Insofern waren sie nicht Angehörige einer „Militäropposition“, sondern Offiziere in einer politischen Widerstandsbewegung.

Ein anderer Zusammenschluss war der „Freiburger Kreis“. Über Bonhoeffer bestanden Kontakte zur Bekennenden Kirche. Eine kritische Denkschrift, entstanden unter Leitung des Historikers Gerhard Ritter, fiel der Gestapo in die Hände und führte zur Verhaftung Ritters und anderer Mitglieder des Kreises.

Angehörige des Auswärtigen Amtes trafen sich im „Solf-Kreis“ um Hanna Solf, der sich in unregelmäßigen Abständen bei der Witwe des früheren Botschafters Dr. Wilhelm Solf traf. Nach dem Verrat des Kreises an die Gestapo wurden mehrere Mitglieder, darunter der Gesandte Otto Kiep und Elisabeth von Thadden, verhaftet und zum Tode verurteilt, andere wurden nach dem 20. Juli wegen ihrer Beziehungen zu den Planern des Staatsstreiches hingerichtet.

Arbeiterbewegung

Angehörige der Arbeiterbewegung der verschiedensten Denkrichtungen waren unter den ersten, die einen organisierten Widerstand versuchten. Die frühzeitig gleichgeschalteten Gewerkschaften brachten bedeutende Männer und Frauen hervor, die sich für die zentralen Rechte der Arbeitnehmer einsetzten und von den Nationalsozialisten grausam verfolgt wurden. Aus ihren Reihen gingen Männer wie Wilhelm Leuschner, in einer Regierung Goerdeler als Vizekanzler vorgesehen, und Julius Leber, der Innenminister werden sollte, hervor. Beide wurden im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet.

Kommunisten

Eine nicht unproblematische Sonderrolle im Widerstand nehmen die Kommunisten ein. Wenige andere haben für ihre Überzeugung mehr Opfer gebracht als sie. Aber viele gehorchten den Befehlen aus Moskau und dienten damit einem politischen System, das sich als ähnlich menschenverachtend erwies wie der Nationalsozialismus. Daher bleibt der

große Respekt vor ihrem Mut immer verbunden mit der Frage nach der Rechtfertigung ihrer Ziele. Allerdings sind die Einzelfälle zu betrachten, da nicht alle der Moskauer Zentrale gehorchten und manche gar in ihren Wertvorstellungen denen des heutigen Grundgesetzes nahe kamen. Nach der Auflösung der KPD und der Verhaftung ihrer Funktionäre im Jahre 1933 setzte die Partei ihre Tätigkeit im Untergrund fort. Mit Flugblättern und Wandinschriften agitierte sie gegen das nationalsozialistische Regime. Der Hitler-Stalin-Pakt, der die KPD völlig überraschte, brachte den Widerstand der Kommunisten zeitweilig zum Erliegen. Später arbeitete die KPD u.a. mit Gruppen des Nationalkomitees Freies Deutschland zusammen, die im Reichsgebiet eingesetzt waren. Die gegen das nationalsozialistische Unrecht gerichtete Einstellung der Kommunisten ermöglichte in den Konzentrationslagern viele Freundschaften mit Menschen anderer Weltanschauung.

Widerstand in der Abwehr

Im Amt Ausland/Abwehr des OKW (Oberkommando der Wehrmacht) wirkten Admiral Wilhelm Canaris und Hans Oster, zunächst als Oberstleutnant i.G., später dann als Generalmajor, für den Widerstand. Osters Bedeutung für den Widerstand kann nur mit der Rolle eines Henning von Tresckow oder Claus Schenk Graf von Stauffenberg verglichen werden. In unermüdlichem Einsatz und ständigem Werben und Bemühen versuchte er zunächst, durch die Beseitigung Hitlers das Unrechtsregime zu beenden und vor allem die Kriegspläne zu vereiteln. Als dies scheiterte, ging er einen entscheidenden Schritt weiter und gab – wenn auch folgenlos – die Angriffspläne Hitlers gegen den Westen und Norden Europas an seinen Freund, den niederländischen Militärattaché Oberst Jacobus Gijsbertus Sas weiter.

Für den überzeugten Patrioten und Offizier muss diese Information des Gegners ein schwerer und schmerzhafter Schritt gewesen sein, da er damit rechnen musste, dass unzählige deutsche Soldaten dafür mit dem Leben bezahlen mussten. Auch

aus der Distanz von mehr als einem halben Jahrhundert ist es schwer, einen solchen Schritt zu rechtfertigen oder zu verurteilen, da die nachfolgenden Kriegsverbrechen und die ungemessenen Leiden der Menschen, die bei einem Erfolg des Widerstandes vermieden worden wären, mitbedacht werden müssen. Zu Osters Bemühungen zählte auch der mehrfache Versuch, auf den verschiedensten Wegen mit England in Kontakt zu kommen, sei es, um die Regierung in London zu einer unnachgiebigen Haltung gegenüber Hitlers Ansprüchen auf Teile der Tschechoslowakei zu bewegen, sei es auch, um die englische Friedensbereitschaft im Falle einer nicht-nationalsozialistischen deutschen Regierung zu erkunden.

Militärischer Widerstand

Am Beispiel des militärischen Widerstandes gegen Hitler kann am deutlichsten aufgezeigt werden, wie Menschen unter extremen Bedingungen, ja unter Gefährdung des eigenen Lebens wie auch des Lebens und der Freiheit nächster und schließlich auch fernerer Angehöriger sich zu ihrem Gewissen bekannten, aber auch wie schwer der Weg bis zu einer konkreten Handlungsentscheidung sein konnte. Die innere Zerrissenheit der handelnden Personen, der fast in allen Fällen von Zweifeln begleitete Weg von der weit verbreiteten Akzeptanz des Nationalsozialismus, sogar von der Begeisterung für ihn, bis hin zu der Erkenntnis seines verbrecherischen Charakters, das Schwanken zwischen Eidesbindung und Einsicht in die Notwendigkeit des Tyrannenmordes, zwischen dem Drang zur Tat und der Furcht, noch größeres Unheil anzurichten, zwischen der Loyalität mit den kämpfenden Kameraden und der Verpflichtung gegenüber dem eigenen Land, sind erschütternde und denkwürdige Wegmale der deutschen Geschichte. Zahlreiche Lebensbilder zeigen den Weg von Menschen, die auf der Grundlage eines hohen Ethos und mit dem Risiko des Scheiterns versuchten, ihrer inneren Berufung gerecht zu werden.

Eine zentrale Rolle im deutschen Widerstand gegen Hitler spielte schon vor seinem Ausscheiden aus

der Wehrmacht am 21.08.1938 der Chef des Generalstabes des Heeres, General der Artillerie Ludwig Beck. Zunächst im Glauben, Hitler müsse gegen die negativen Einflüsse seiner Umgebung geschützt werden und sei durch überzeugende Argumente in sorgfältig erarbeiteten Studien zu gewinnen, wurde er nach seinem Rücktritt zu einer der wichtigsten Persönlichkeiten des Widerstandes. Er war die verbindende Gestalt zwischen den Militärs und Zivilpersonen, die sich gegen Hitler zusammenfanden. 1938 arbeiteten Beck und sein Nachfolger General der Artillerie Franz Halder den ersten Plan für einen Staatsstreich aus. Dieser Plan sollte in Kraft gesetzt werden, falls Hitler tatsächlich den Angriff auf die Tschechoslowakei befehlen sollte. Die Haltung der Westmächte bei der Münchener Konferenz machte aber den Staatsstreich politisch und psychologisch unmöglich.

Widerstand an der Front

An der Ostfront war Oberst i.G. Henning von Tresckow, von 1941 bis 1943 Erster Generalstabsoffizier des Stabes der Heeresgruppe Mitte, der treibende Motor mit immer neuen Plänen und einer mitreißenden Überzeugungskraft. Ursprünglich war er Anhänger Hitlers. Am „Tag von Potsdam“, dem 21. März 1933, erlebte er voll innerer Genugtuung die scheinbare Versöhnung preußischer Ideale und nationalsozialistischer Gedanken, als er mit seinem Bataillon vor Hindenburg und Hitler paradierte. Erst später erkannte er, dass Hitler den Staat in menschliche und politische Abgründe führen musste.

Ausschlaggebend waren für Tresckow wohl die Morde an den ehemaligen Reichswehrgeneralen Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow sowie die Tatsache, dass der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, 1938 aufgrund einer Verleumdung aus dem Heer ausgestoßen und später nur unzureichend rehabilitiert wurde.

Tresckow sammelte bei der Heeresgruppe Mitte eine Gruppe zuverlässiger Offiziere um sich. Das Entsetzen über den Kommissarbefehl und über die Tätigkeit der Einsatzgruppen festigte die Entschlossen-

heit der Verschwörer. Ab 1942 koordinierte Tresckow seine Bemühungen mit der Berliner Widerstandszentrale. Mehrere Attentatspläne der Gruppe um Tresckow scheiterten an unvorhersehbaren Zufällen. Nach dem Misslingen des Attentats vom 20. Juli 1944 nahm sich Tresckow, inzwischen Generalmajor, das Leben.

Die Überzeugungskraft Tresckows wirkte auch auf den jungen und begabten Reiterführer und posthum zum Oberst beförderten Georg von Boeselager und band ihn in die Verschwörung ein. Boeselager, mit dem sich die Neubegründung der deutschen Kavallerie verbindet, war einer der Offiziere, die sich aus humanistischer und christlicher Geisteshaltung heraus ihrem Gewissen verantwortlich fühlten. Er fühlte sich stark genug, ein Pistolenattentat auf Hitler auszuführen, zu dem es allerdings nicht kam.

Ein hoher Truppenführer, der an der West- wie auch an der Ostfront in verantwortlichen Positionen stand, war Generaloberst Erich Hoepner. Auch bei ihm zeigt sich – wie bei anderen Persönlichkeiten des Widerstandes – Widersprüchliches, Zerrissenheit, Unverständliches neben menschlicher Größe. So setzte er den Kommissarbefehl um, aber es bleibt unklar, wie weit er die Durchführung zuließ.

Er zog seine Truppe wider den ausdrücklichen Befehl Hitlers in einer aussichtslosen Lage zurück und vermied damit eine militärische Katastrophe, wie sie später in Stalingrad durch Hitlers Haltebefehle ausgelöst wurde. Hoepner wurde dafür aus der Wehrmacht entlassen. Schon 1938 in die Staatsstreichpläne involviert, stieß Hoepner nun zur Gruppe um Beck und General der Infanterie Friedrich Olbricht, dem Chef des Allgemeinen Heeresamtes. Am 20. Juli 1944 befand er sich in der Bendlerstraße in Berlin, wo er die zentrale Koordination des Staatsstreiches übernommen hatte.

Stauffenberg fühlte sich als Generalstäbler mitverantwortlich für die im deutschen Namen begangenen Verbrechen. Im Sommer des Jahres 1944 war er der einzige Widerstandskämpfer, der noch die Möglichkeit hatte, in die unmittelbare Nähe Hitlers zu kommen. Seine

schwere Kriegsverletzung machte ihm ein Attentat mit der Pistole unmöglich, so dass ihm nur der Sprengstoffanschlag übrig blieb. Dabei musste er aber überleben, um den Staatsstreich von Berlin aus vollenden zu können. Nach der von ihm ausgelösten Explosion im Besprechungsraum Hitlers gelang es ihm, durch alle Sperrbereiche hindurch zu entkommen, allerdings mit der Folge, dass er sich nicht persönlich vom Tod Hitlers überzeugen konnte, da er als der eigentliche Motor der Verschwörung in Berlin unersetzbar war.

...

In Paris standen mit General der Infanterie Carl Heinrich von Stülpnagel und Oberstleutnant der Reserve Caesar von Hofacker zwei Offiziere, die intensiv und unerbittlich auf den Staatsstreich hinarbeiteten. Sie hatten ihre Hoffnungen auf Generalfeldmarschall Günther von Kluge, seit Anfang Juli 1944 Oberbefehlshaber West, und auf den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B in Nordfrankreich, Generalfeldmarschall Erwin Rommel gesetzt. Rommel hatte sich seit Frühjahr 1944 dem Widerstand angenähert, ohne sich aktiv zu beteiligen. Der Umsturzversuch im Westen scheiterte nach anfänglichen Erfolgen, weil Kluge seine frühere Zusage zur Unterstützung des Staatsstreiches nicht einhielt, nachdem er sich vom Überleben Hitlers überzeugt hatte.

Die Rolle der Teilstreitkräfte

Die Wehrmacht stellte eine der entscheidenden Stützen des Widerstandes gegen Hitler dar. Sie verfügte als einzige Gruppierung über konkrete Macht.

Die Zentren des militärischen Widerstandes gegen Hitler befanden sich zwar auch in der Abwehr, vor allem aber in mehreren Bereichen des Heeres. In Berlin lag nach den Siegen über Polen und Frankreich die für die Durchsetzung des Widerstandes erforderliche Macht in den Händen Olbrichts. Frühzeitig Gegner des Nationalsozialismus, koordinierte Olbricht in enger Beziehung zu Beck den militärischen Widerstand. Seine Tragik liegt vielleicht darin, dass er sein präzise aufgebautes Werk für den Umsturz, die Nutzung des Planes „Walküre“, der für innere Unruhen

vorgesehen war und von ihm und seiner Umgebung zum Zwecke des Umsturzes umgearbeitet wurde, im wohl entscheidenden Augenblick zu zögerlich umsetzte. Dabei spielte sicherlich eine Rolle, dass Olbricht am 15.07.1944 in Erwartung des für diesen Tag vorgesehenen Attentats Teile von „Walküre“ ausgelöst hatte, was nur mit Mühe als Übung gerechtfertigt werden konnte. Olbricht war aber keineswegs ein Zauderer, sondern als führender Kopf des Widerstandes aktiv um die Staatsstreichplanung bemüht. Er handelte dann aber wie Stauffenberg mit letzter Entschlossenheit, als es galt, trotz aller Aussichtslosigkeit wenigstens den Versuch zu wagen. Das Attentat sollte über das Ende des Hitlerregimes hinaus ein neues Verständnis von Deutschland erwirken.

Aber nicht nur aktive Offiziere waren in der Opposition zu Hitler und später im Widerstand. Eine herausragende Persönlichkeit war Oberleutnant der Reserve Peter Graf Yorck von Wartenburg, der ab 1942 im Wirtschaftsstab Ost der Wehrmacht arbeitete. Mitglied des Kreisauer Kreises mit Verbindungen zum Freiburger Kreis, war Yorck früher schon als Moltke für einen Umsturz. Er stellte sich aus tiefer Überzeugung dafür zur Verfügung.

Ein anderer Offizier, der schon am 1. Weltkrieg teilgenommen hatte, wurde 1939 wieder zu den Waffen gerufen: Theodor Steltzer. Schon 1933 musste er sich wegen seiner ablehnenden Haltung gegenüber den Zielen des Nationalsozialismus vor Gericht verantworten. 1944 wurde er als Angehöriger des Kreisauer Kreises und wegen seiner Zusammenarbeit mit dem norwegischen Widerstand zum Tode verurteilt, kam aber frei und überlebte.

Die Marine, durch die Großadmirale Erich Raeder und Karl Dönitz geprägt und – um das Odium eines zweiten November 1918 um jeden Preis zu vermeiden – zu Geschlossenheit und Regimetreue erzogen, kannte keinen organisierten Widerstand. Lediglich dem Bruder des Attentäters vom 20. Juli 1944, Berthold Stauffenberg, der als Marineoberstabsrichter der Reserve in der Völkerrechtsabteilung des Oberkommandos der Marine (OKM) diente, gelang es, den einen oder anderen Offi-

zier für die Sache des Widerstandes zu gewinnen, ohne dass diese kleine Gruppe jemals eine bedeutende Rolle gespielt hätte. Einer von ihnen, Korvettenkapitän Alfred Kranzfelder, war neben dem außerhalb der Teilstreitkraft Marine dienenden Admiral Wilhelm Canaris der einzige aktive Marineoffizier, der wegen seiner Handlungsweise hingerichtet wurde.

Auch in der Luftwaffe, die sich als Instrument des Reichsmarschalls Hermann Göring erwies und die sich bis in die letzten Kriegstage hinein gegenüber der politischen Führung loyal zeigte, gab es außer dem Oberleutnant Harro Schulze-Boysen von der so genannten „Roten Kapelle“ keine Verschwörer. Erst in der letzten Kriegsphase regte sich unter verantwortlichen Männern der Luftwaffe auch eine Opposition gegen Hitler, die letztlich der Einsicht in die Sinnlosigkeit vieler seiner Befehle und dem dadurch unvermeidlich gewordenen Untergang der Luftwaffe und schließlich des Reiches entsprang. Es bleibt zu fragen, ob sie dem Widerstand zugeordnet werden können.

Die Weiße Rose

In München gaben Studenten um die Geschwister Scholl ein scheinbar hilfloses Signal ihres Widerspruches, der sie das Leben kostete, der aber bis heute jungen Menschen ein Vorbild ist. Die Medizinstudenten um den Feldwebel der Reserve Hans Scholl und den Unteroffizier der Reserve Alexander Schmorell protestierten nach der Niederlage in Stalingrad gegen die sinnlosen Opfer des Krieges. In ihren Flugblättern und durch Wandinschriften verurteilten sie nationalsozialistisches Unrecht und riefen zum passiven Widerstand auf. Als weitere Medizinstudenten und Feldwebel der Reserve gehörten Christoph Probst und Willi Graf zur Gruppe. Die Schwester von Scholl, Sophie, beteiligte sich an den Flugblattaktionen. Der Mentor der Gruppe war Professor Kurt Huber.

Die führenden Mitglieder der Gruppe wurden im Februar 1943 verhaftet und kurz darauf zum Tode verurteilt und hingerichtet. Auch in Hamburg entstand eine Gruppe der Weißen Rose, die in Kontakt mit den Münchenern stand. Aus beiden Gruppen der Weißen Rose fanden 16

Mitglieder den Tod. Sie hatten sich in der gemeinsamen moralischen Ablehnung des Hitlerregimes zusammengefunden. Sie schöpften wie Hans und Sophie Scholl aus ihrer Erziehung in einem evangelischen Elternhaus oder wie Willi Graf, der mit ihnen die letztlich verhängnisvollen Flugblätter verteilte, aus ihrem katholischen Glauben.

Menschen in ihrer Widersprüchlichkeit

Die wenigen genannten Personen sind durch ihre hohen Ziele und durch die Konsequenz ihres Handelns zu Persönlichkeiten der Geschichte geworden, obwohl keiner von ihnen von jedem Zweifel und jeder Angst frei war. Häufig waren sie in den frühen Jahren des Nationalsozialismus dessen Anhänger, da sie in ihm ihre patriotischen und nationalen Ziele verwirklicht glaubten. Sie mussten erst in einem schmerzlichen Lernprozess erfahren, dass Hitler nicht nur ihre Hoffnungen enttäuschte, sondern ein schreckliches Unrechtssystem schuf. In manchem Lebenslauf ist Widersprüchliches, Fragwürdiges, ist Schuld zu finden. Beim Blick in die Geschichte des Widerstandes finden wir sowohl ängstliche als auch tapfere, entschlossene wie zaudernde Männer und Frauen, solche, die sich selbst zum Handeln durchrangen wie Uesekow, neben solchen, die dem Drängen anderer zunächst nur zögernd nachkamen, um sich dann umso entschlossener auf die Seite des Widerstandes zu stellen, und wieder andere, die sich trotz besserer Einsicht einer Beteiligung am Widerstand verschlossen wie Kluge und Fromm und letztlich auch Halder, der Nachfolger Becks.

Auch die Motive, sich am Widerstand zu beteiligen, waren außerordentlich vielschichtig. Der Kampf der Nationalsozialisten gegen rechtsstaatliche Institutionen und demokratische Organisationen, ihr Vorgehen gegen die Kirchen, die immer deutlicher werdende Missachtung des Rechts öffneten so manchen die Augen. Die Verbrechen an Juden und an den Bewohnern besetzter Gebiete, die Behandlung von Kriegsgefangenen und die Leiden der eigenen Bevölkerung waren in vielen Fällen ausschlaggebend. Nationale Motive

kamen fast immer dazu. Nicht zuletzt bewegte auch die sich immer deutlicher abzeichnende Niederlage der Wehrmacht und damit der drohende Untergang des Reiches viele zum Handeln.

Eid und Ehre

Beeindruckend ist der Weg der einzelnen Menschen in den Widerstand. Die meisten Männer des militärischen Widerstandes waren im konservativen Sinn zur Loyalität gegen die Staatsführung erzogen worden, mit der seit dem Beginn der Aufstellung stehender Heere im 17. Jahrhundert eigentlich noch nie Missbrauch getrieben worden war. Die Offiziere fühlten sich zudem durch den Eid im besonderen Maße gebunden, vor allem, weil ihnen Hitler einen bedingungslosen Eid auf seine Person abverlangt hatte. Auch die Rücksichtnahme auf die an der Front kämpfenden Kameraden erschwerte ihnen das Handeln.

Dennoch rangen sie sich zu der Einsicht durch, dass ein Eid nicht bedingungslos bindet und dass in bestimmten historischen Ausnahmesituationen die Tötung eines Gewaltherrschers geboten sein kann. Sie alle hatten Angst um Beruf und Leben, sie alle fühlten die Sorge um das Schicksal der Familie, die sie der Gewalt der Herrschenden ausgeliefert wussten. Meist waren es äußere Umstände wie bestimmte Erlebnisse oder Gespräche, die zur inneren Wandlung führten. Der Zweifel, dann die Kritik, die entsetzte Ablehnung, die Erkenntnis der Notwendigkeit aktiven Widerstandes, schließlich das Sich-Durchringen zu einer kompromisslos konsequenten Haltung trotz des Wissens um die zu befürchtenden Folgen sind Schritte auf einem dramatischen Weg tiefter Menschlichkeit.

»Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich meinem Volk und Vaterland allzeit treu und redlich dienen und als tapferrer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.«

Eid der Reichswehr vom 1. Dezember 1933

»Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldate bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.«

Eid der Wehrmacht vom 2. August 1934

»Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mit Gott helfe.«

Eid des Soldaten der Bundeswehr

Eine besondere Gruppe bilden diejenigen Wehrmachtsangehörigen, die sich ihrem Dienst durch Desertion entzogen oder als Kriegsgefangene in der Sowjetunion dem Aufruf von General der Artillerie Walther von Seydlitz-Kurzbach folgten und sich als Angehörige des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ direkt dem Kampf gegen das nationalsozialistische System zur Verfügung stellten. Hier ist im Einzelfall zu prüfen, wo aus ethischen Gründen der Kampf gegen das Unrechtsregime als achtsenswertes Motiv zugrunde lag. Dies gilt auch für jeden einzelnen Deserteur.

Aber noch strengere Maßstäbe sind dort anzulegen, wo die Handlungsweise von Offizieren, Unteroffizieren oder Mannschaften zugleich der kommunistischen Propaganda

diente oder gar für die auf Leben und Tod kämpfenden Frontsoldaten gefährlich werden konnte. Aber selbst dort, wo Beweggrund und Tat zu respektieren wären, bleibt der Vorwurf bestehen, einem anderen, dem stalinistischen Unrechtsregime direkt oder indirekt, wissentlich oder unwissentlich gedient zu haben. So können nach unserer Überzeugung die Angehörigen des Nationalkomitees Freies Deutschland nicht in ihrer Gesamtheit als Vorbilder dienen.

Tragik des Scheiterns

Alle Angehörigen des Widerstandes mussten die Tragik des Scheiterns erleben, fast in allen

Fällen verbunden mit der Katastrophe nicht nur für das eigene Leben, sondern auch für ihre Familien. Häufig mussten sie Gefängnis, Folter und Tod erleiden. Ihre weitgespannten Zukunftspläne für ein neues Deutschland und – wenn man die Texte des Kreisauer Kreises liest – auch ein neues Europa, das in manchem dem gleicht, was jetzt ein halbes Jahrhundert später entsteht, zerbrachen.

Trotz ihres Scheiterns haben wir den Widerstandskämpfern viel zu verdanken. Die Offiziere des Widerstandes haben für die Soldaten in einer freiheitlichen Demokratie entscheidende Weichen gestellt. Sie rangen sich zur Rückbesinnung auf die Grenzen eines Eides und zur Einsicht in die Grenzen des Gehorsams durch. Sie gaben ein Beispiel für das Bewusstsein der Verantwortung für die Gemeinschaft.

Die Hoffnung der Männer und Frauen des Widerstandes auf ein besseres und moralisch geachtetes Deutschland ist Wirklichkeit geworden. In ihrem Opfer für die Gemeinschaft liegt die existentielle Herausforderung an uns. Sie darf uns nicht loslassen!

»Das Attentat muss erfolgen. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat.«

*Generalmajor Henning von Tresckow,
Chef des Stabes 2. Armee a.d. Ostfront,
Freitod am 21. Juli 1944*

Bedeutung von Eid und Widerstand für die Soldaten der Bundeswehr

Für die Bundeswehr besitzt der Widerstand von Offizieren der Wehrmacht gegen das nationalsozialistische Unrechtssystem eine tiefe und wichtige Bedeutung. Das entscheidende Element ist dabei die Rückbesinnung auf den wahren Charakter des Eides.

Wesentlicher Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass keine von Menschen gesetzte Norm, kein noch so feierlicher Eid die naturrechtlich gegebene personale Würde des Menschen und seine grundlegenden Rechte aufheben darf. Menschenrechte unterliegen keiner staatlichen Verfügung. Wo ein Staat grundsätzlich und andauernd gegen sie verstößt, erwächst ein Recht zum Widerstand. Dieses Bewusstsein eines vorstaatlichen und unveräußerlichen Rechts prägt auch unsere Auffassung von der Bindungswirkung des Gelöbnisses und des Eides. Nicht eine wie von Hitler geforderte bedingungslose und einseitige Bindung an eine Person kann Gegenstand eines Eides sein. Vielmehr muss der Eid eine gegenseitige Treuebindung begründen. Niemals kann ein Eid zu Vergehen oder Verbrechen verpflichten, niemals kann die Berufung auf ihn die eigene Gewissensentscheidung ersetzen.

Damit trägt der Soldat eine von den Offizieren des Widerstandes erst nach langem, innerem Ringen erkannte, heute aber klar und unbestritten bestehende Verantwortung, sein Handeln unter den Primat sittlicher Verantwortung zu stellen. Dieses Verständnis ist die Grundlage ethisch begründeten soldatischen Handelns.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis und der Friedensorientierung des Grundgesetzes der

Bundesrepublik Deutschland umfasst die Eidespflicht heute die Verpflichtung des Soldaten zur Förderung des Friedens in Europa und in der Welt. Nicht die Mitwirkung an der Verfolgung von Machtinteressen oder gar an völkerrechtswidrigen Angriffskriegen kann verantwortet werden, sondern ausschließlich der Dienst am Gemeinwohl des eigenen Volkes wie aller Völker.

Für den Christen bedeutet dies, dass er den Dienst in solchermaßen geprägten Streitkräften mit dem eigenen Gewissen vereinbaren kann. Die Lehre der Kirchen erlaubt, ja fordert den Einsatz für Menschen- und Minderheitenrechte ohne Ansehen von Hautfarbe oder Religion als ein Gebot der konkreten Nächstenliebe. Der Christ erkennt aber auch den unverzichtbaren Beitrag des christlichen Glaubens für die ethisch-sittliche Fundierung des Soldatenberufs: militärisches Handeln wird auf die Wahrung und Sicherung von Menschenrechten festgelegt sowie auf Handlungen der Notwehr und Nothilfe beschränkt.

Folgerung aus dem militärischen Widerstand für den Soldaten heute

Mit ihrer Tat stellten sich die Männer um Graf Stauffenberg bewusst in den Dienst der Allgemeinheit. Sie handelten in der Überzeugung, dass die Herrschaft des Rechts und die Achtung der Menschenwürde wieder hergestellt werden müssen für ein dann noch zu schaffendes neues Deutschland.

„Die Männer und Frauen des Widerstandes aber haben durch ihr Wirken und ihren Tod für die Geschichte ein Signal gesetzt, dass es noch ein anderes, besseres, von sittlichem Ernst getragenes Deutschland gab, an das die Überlebenden von Krieg und Diktatur für den Wiederanfang und Neuaufbau anknüpfen konnten und auch anknüpfen haben.“

**Ulrich de Maizière (1994),
ehem. Generalinspekteur der Bundeswehr**

Das geistige Erbe des militärischen Widerstands bildet deshalb neben den Ideen der preußischen Reformer von 1806 und den eigenen Leistungen der Bundeswehr eine von drei Traditionslinien, an die wir heute anknüpfen.

Wer das Grundgesetz auf sich wirken lässt, dem springt ins Auge, dass hier die richtige Antwort auf die nationalsozialistische Diktatur entstanden ist. Nie wieder Unterdrückung, nie wieder Diktatur! Das ist das geistige Fundament, auf dem unser Grundsatz steht. *„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu schützen und zu achten ist Aufgabe aller staatlichen Gewalt. Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“* Dies ist die kompromisslose Distanzierung von der Phrase *„Du bist nichts, Dein Volk ist alles“*.

Freiheit, Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit sind gewachsene Tradition der Bundesrepublik Deutschland – auch der Bundeswehr. Anders als die Wehrmacht, die eine Armee in einem totalitären Staat und auf den Diktator vereidigt war, ist die Bundeswehr fest in unserer Demokratie verankert. Auch deshalb kann die Wehrmacht keine Tradition für die Bundeswehr begründen. Die Konzeption der Inneren Führung hat daran entscheidenden Anteil.

Die Einsichten über die Grenzen von Befehl und Gehorsam sind zu Grundelementen der militärischen Kultur in der Bundeswehr geworden.

Denn sie verdeutlichen: Die Bindung an das Gewissen und an ethisch-moralische Überzeugungen steht über der Pflicht zum Gehorsam. Nur der Staatsbürger in Uniform, der den rechtmäßigen Befehlen seiner Vorgesetzten gewissenhaften Gehorsam leistet, ist Soldat für den Frieden im Geiste unserer Verfassung. □

Christliche Märtyrer dem Vergessen entreißen

Zum 60. Jahrestag des Attentates auf Hitler am 20. April 1944

ANDREAS M. RAUCH

Wie kein anderes Ereignis der deutschen Zeitgeschichte steht der 20. Juli 1944 für den Aufstand des Gewissens gegen totalitäre Herrschaft und als Lehrbeispiel für einen moralisch gerechtfertigten Tyrannenmord als eine letzte Waffe menschlichen Widerstandes. Und mit diesem Ereignis verbindet sich auch der Name Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Erst jetzt, 60 Jahre nach seinem Tod, war Stauffenberg der ARD einen abendfüllenden Fernsehfilm wert. Sebastian Koch spielt darin den jungen, trotz Kriegsverletzungen gut aussehenden Grafen, der versuchte, in den Lauf der Geschichte einzugreifen und Deutschland von der nationalsozialistischen Diktatur zu befreien. Diese späte filmische Würdigung verdeutlicht zugleich die Brisanz, die sich bis heute mit den Männern des 20. Juli 1944 verbindet.

Im Werdegang von Stauffenberg war die Rolle eines Widerstandskämpfers eigentlich nicht angelegt. Stauffenberg war ein begeisterter Anhänger der Idee des „Großdeutschen Reiches“ und ganz vom nationalem Denken seiner Zeit bestimmt. In der Wehrmacht legte er eine glanzvolle Karriere hin, die ihn in jungen Jahren bis zum Oberst brachte. Er und seine zwei Jahre älteren Zwillingsbrüder Berthold und Alexander wurden geprägt von der Monarchie, von dem Bekenntnis deutscher Soldaten, für „Gott und Vaterland“ zu kämpfen und zu sterben. Hierzu passt auch der nur mündlich überlieferte Ausspruch von Claus von Stauffenberg kurz vor seiner Erschießung: „Es lebe das heilige Deutschland“, womit er seine nationale Haltung zum Ausdruck bringt, die ihre Wurzeln im christlichen Glauben sucht. Claus von Stauffenberg war getaufter und gefirmter Katholik und auch katholisch getraut mit Nina von Lerchenfeld. Doch ist Stauffenberg nicht als christlicher Märtyrer gestorben – seine letzten Worte waren nicht „Es lebe Christus – der König“, sondern „es lebe das heilige Deutschland“ – Worte eines eben vorrangig politisch denkenden Widerstandskämpfers. Deshalb sind Claus und Berthold von Stauffenberg nicht in das von Helmut Moll herausgegebene Martyrologium des 20. Jahrhunderts „Zeugen für Christus“, welches im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz erstellt wurde, aufgenommen worden (s.a. Literaturhinweis S. 14).

Märtyrer mit politischem Wirkungsgrad: Nikolaus Groß, Bernhard Letterhaus und Alfred Delp

Zu den bekannteren christlichen Märtyrern im Umfeld des 20. Juli 1944, die allein um ihres Glaubens willen den Tod erlitten, gehören aus dem sogenannten Kölner Kreis Nikolaus Groß und Bernhard Letterhaus sowie der Jesuit Alfred Delp aus München. Der Laie Nikolaus Groß (s.a. *AUFTRAG* 245/2001, S. 60 f.) war Hauptschriftleiter der westdeutschen Arbeiterzeitung. Für Groß war unumstößliche Erkenntnis, dass die Kirche ihrer christlichen Weltverantwortung unter dem totalitären Anspruch des NS-Staates nicht gerecht werden kann und zudem die Vernichtung eines lebendig gelebten Christentums intendiere. Diese Erkenntnis führte Groß in den zivilen Widerstand, zu dem der Paderborner Diözesanpräses der KAB Caspar Schulte einen Tag vor dem Hitler-Attentat vermerkt: „Sie stolperten nicht in den Tod hinein. Sie gingen ihren

Weg in der Bereitschaft, einen qualvollen Tod um der Freiheit willen auf sich zu nehmen.“ (Moll, S. 167) Seine religiöse Motivation formuliert Groß 1943 in einem Manuskript über die christliche Glaubenslehre, in dem es heißt: „Wir müssen ihm in der Wahrheit, in der Liebe, in der Treue, in der Opferbereitschaft nacheifern.“ (a.a.O.) Die Nachricht von der Verhaftung seines Freundes Bernhard Letterhaus gab Groß am 11. August 1944 an Frau Letterhaus weiter. Einen Tag später wurde Groß in seiner Kölner Wohnung verhaftet und nach Berlin-Tegel verlegt, wo auch Pater Alfred Delp, Helmuth James von Moltke und Eugen Gerstenmaier aus dem Kreisauer Kreis inhaftiert waren. Am 15. Januar 1945 stand Groß vor dem Volksgerichtshof, wo er von Roland Freisler zum Tode verurteilt wurde. Am 23. Januar 1945 wurde Groß in Berlin-Plötzensee durch den Strang hingerichtet.

Schon einige Wochen vor Groß wurde der Verbandssekretär der Katholischen Arbeiterbewegung, der Laie Bernhard Letterhaus, am 14. November 1944 im Gefängnis Berlin-Plötzensee im Kontext



Nikolaus Groß
30.09.1898-23.01.1945



Bernhard Letterhaus
10.07.1894-14.11.1944



P. Dr. Alfred Delp SJ
15.09.1907-02.02.1945



Msgr. Dr. Otto Müller
09.12.1870-12.10.1944



Josef Wirmer
19.03.1901-08.09.1944



Dr. Paul Lejeune-Jung
16.03.1882-08.09.1944

des 20. Juli hingerichtet, nachdem Letterhaus bereits am 25. Juli 1944 verhaftet und in das Gefängnis Berlin-Tegel eingewiesen wurde. Bemühungen von Erzbischof Joseph Frings aus Köln um Haft-erleichterung, Freilassung oder Begnadigung von Letterhaus blieben ohne Erfolg. Letterhaus erwachsen besondere Kräfte aus seinem Glauben an die Würde des Menschen und aus seiner christlichen Grundhaltung, Freiheit und Recht zu realisieren. Nach 1934 galt das Engagement von Letterhaus den katholischen Arbeitervereinen, die Keimzellen eines erneuerten demokratischen Deutschlands nach Hitlers Sturz sein sollten. Letterhaus war im Gespräch für einen Ministerposten in einer etwaigen Nachkriegs-regierung.

Ebenfalls in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde der 37-jährige Jesu-itenpater Dr. Alfred Delp, der zu den bekanntesten Glaubenszeugen im Kampf gegen den Nationalsozia-lismus gehört. Delp war ein politisch denkender Kopf und bei jungen Men-schen sehr beliebt, weil er so natürlich und herzlich mit Menschen umzugehen wusste. Auf Vermittlung seines Provinzials, Pater Augustinus Rösch, gehörte Delp zur Widerstands-gruppe um den Grafen Helmuth James von Moltke an, benannt nach dem Ort Kreisau in Niederschle-sien, wo 1942/43 auf dem Gut der Familie Moltke drei geheime Treffen statt-fanden. Die Aufgabe

Delps in dieser Widerstandsgruppe von 20 Männern be-stand darin, an der Entwicklung einer neuen sozialen Ordnung im Nachkriegsdeutschland mitzuwirken. Delp ging es dabei um Grundbegriffe wie „soziale Gerechtig-keit“, „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“ und um „bes-sere Bildungschancen“ für Arbeiter und Bauern. Der Ge-heimen Staatspolizei waren diese konspirativen Treffe der Kreisauer wohl entgangen, sodass diese Gruppierung erst

nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli aufgerollt wurde. Am 28. Juli 1944 wurde Delp verhaftet und letz-endlich in das Hinrichtungsgefängnis Berlin-Plötzensee verbracht. Nach Delps Todesurteil am 9. Januar 1945 wurde Delp am 2. Februar 1945 zusammen mit Carl Friedrich Goerdeler, vormals Oberbürgermeister von Leipzig und Johannes Popitz gehängt. Unvergessen blei-ben bis heute die drei politischen Visionen Delps: die Vi-sion von einer sozialen und gerechten Gesellschaft, die Vision von einer erneuerten, menschlichenfreundlichen Kirche und die Vision von einem neuen, der Nächstenlie-be verpflichteten Menschen.

Katholische Widerstandskämpfer im Umfeld des 20. Juli:

**Otto Müller, Joseph Wirmer
und Paul Lejeune-Jung**

Zu den in der Öffentlichkeit weniger bekannten ka-tholischen Widerstandskämpfern im Umfeld des 20. Juli zählt Monsignore Dr. Otto Müller, Verbandspräses der Katholischen Arbeitervereine Deutschlands. Müller hielt Kontakte zum Kreisauer Kreis, zu Goerdeler, Letterhaus und Groß. Nach dem misslungenen Attentat vom 20. Juli erkannte die Geheime Staatspolizei rasch, dass das Kettelerhaus der Katholischen Arbeitervereine in Köln zu einem Ort des Widerstandes geworden war. Der 74-jähri-ge, schwer magenkrank und fast erblindete Müller wurde nach dem 18. September 1944 verhaftet als „Vertreter des politischen Katholizismus“ und verstarb am 12. Oktober 1944 im Berliner Polizeikrankenhaus.

Weitere wichtige katholische Widerstandskämpfer im Umfeld des 20. Juli waren Josef Wirmer und Dr. Paul Lejeune-Jung. Der Berliner Rechtsanwalt und Familien-vater Joseph Wirmer war wegen seiner aktiven Beteili-gung an den Plänen der Widerstandsgruppen um die Män-ner des 20. Julis zusammen mit Carl Goerdeler, Wilhelm Leuschner, Ulrich von Hasell und Paul Lejeune-Jung am 8. September 1944 von Roland Freisler zum Tode verur-teilt worden; das Urteil wurde unmittelbar nach der Urteilsverkündung in Plötzensee „durch Erhängen in Sträflingskleidern“ vollzogen. Von Freunden und Mit-streitern Wirmers wurden als Hauptmotive für seinen Wi-derstand gegen das Hitler-Regime die Pervertierung von Recht und Justiz, die Verbrechen an den Juden sowie das Bemühen um eine Wiederherstellung des Rechts und ei-ner politisch unabhängigen Gerichtsbarkeit genannt. Ebenfalls zum Umfeld der Männer des 20. Juli gehörte Dr. Paul Lejeune-Jung aus Berlin, Syndikus der Zellstoff-industrie und Reichstagsabgeordneter des Zentrums unter Brüning. Nach dem 30. Januar 1933 zog sich Lejeune-Jung aus dem öffentlichen Leben zurück und wirkte als Geschäftsführer der Fachgruppe für Zellstofferzeugnisse in kluger Zurückhaltung. Über den Gewerkschaftler Habermann gelangte Lejeune-Jung 1941/42 in den Widerstandskreis um Goerdeler, der ihn bat, Gedanken über eine wirtschaftspolitische Neuordnung des Nach-kriegsdeutschlands zu schreiben. Mit seinem Papier emp-fahl er sich, an einem wirtschaftspolitischen Zukunfts-programm mitzuwirken und erklärte auf Bitten Goerdelers sich bereit, in einem künftigen Kabinett unter seiner Lei-tung das Wirtschaftsressort zu führen. Auf diesen Sach-

verhakt richtete sich die Anklage gegen Lejeune-Jung im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944, weshalb er am 11. August 1944 verhaftet und nach einer Verhandlung vor dem Volksgerichtshof unter dem Vorsitz von Roland Freisler am 8. September 1944 in Berlin-Plötzensee erhängt wurde.

Lebenszeugnisse im Kontext des 20. Juli: Eugen Bolz, Franz Leuninger und Heinrich Körner

Eugen Bolz, Staatspräsident von Württemberg (1928-1933), Berliner Reichstagsabgeordneter und württembergischer Landtagsabgeordneter, wurde in mittelbaren Zusammenhang mit dem erfolglosen Attentat gegen Hitler vom 20. Juli 1944 am 12. August 1944 verhaftet. Bolz hatte Kontakt mit Goerdeler, der ihn für eine Mitarbeit in einer künftigen Reichsregierung vorsah. Für Bolz bestand ohne Zweifel ein sittlich gerechtfertigtes Widerstandsrecht gegen das Hitler-Regime. Neben diesen beiden Punkten war Bolz als praktizierender Katholik den Nazi-Schergen zudem hochgradig verdächtig. Nach einem Scheinprozess vor dem Volksgerichtshof wurde Bolz am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Bolz ist in Baden-Württemberg bis heute eine hoch geachtete, unvergessene Persönlichkeit geblieben; zahlreiche Straßen, Plätze und Schulen tragen seinen Namen. Im Foyer der Neuen Aula der Universität Tübingen wurde anlässlich des 40. Jahrestages des Attentates von Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg im Juli 1984 eine Gedenktafel in Erinnerung an jene Männer angebracht, die wie Stauffenberg und Bolz einen Teil ihrer Studienzeit in Tübingen verbracht haben.

Zu den weniger bekannten katholischen Widerstandskämpfern im Umfeld des 20. Juli gehört der Gewerkschaftler und Katholik Franz Leuninger. Der Laie Leuninger ist in die tragische Reihe jener einzuordnen, die ihr Leben in den letzten Wochen und Monaten der NS-Diktatur im Jahr 1945 lassen mussten, wo doch längst die militärische Niederlage Hitlers beschlossene Sache war. Von den Verschwörern des 20. Juli war Leuninger für das Amt des Oberpräsidenten in Schlesien vorgesehen, doch genau dieser Sachverhalt wurde ihm nach dem gescheiterten Attentat zum Verhängnis. Leuninger hatte Kontakt zu Carl Friedrich Goerdeler, Jakob Kaiser und Ludwig Beck, also zu den Schlüsselfiguren des Widerstandes gegen Adolf Hitler. Leuninger war geprägt vom religiösen Milieu seiner Heimat, also vom Bekenntnis zur unantastbaren Würde des Menschen und der Freiheit des Gewissens, die mit der Schreckens- und Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus unvereinbar ist. Hinzu kam seine Einschätzung von einer drohenden militärischen Kapitulation Deutschlands. Wenige Wochen nach dem 20. Juli wurde Leuninger verhaftet, da er den hochverräterischen Charakter gewisser Bestrebungen, einen Sonderfrieden mit den Westmächten herbeizuführen, nicht zur Anzeige gebracht hatte. Am 26. Februar 1945 wurde Leuninger vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 1. März 1945 in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Zu den Opfern des gescheiterten Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 gehört auch der Landesgeschäftsführer der christlichen Gewerkschaften in Westdeutschland, Heinrich Körner.

Unter seiner Mitwirkung entstanden Widerstandskreise in Bonn, Köln und Düsseldorf. Körner hielt engen Kontakt zum Gewerkschaftler Jakob Kaiser, zu Generaloberst Beck und zu Goerdeler. Körner wurde noch am 5. April 1945 wegen „Mitwisserschaft der Vorgänge des 20. Juli 1944“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, dann aber bereits von den Russen befreit auf Grund von Strassenkämpfen in Berlin durch eine SS-Kugel getötet.

Katholische Überlegungen zum Tyrannenmord: Baron Leonrod und Kaplan Wehrle

Immer wieder stand die Frage einer ethischen Zulässigkeit eines Tyrannenmordes im Raum und auch die Haltung, die ein katholischer Christ hier einnehmen kann. Die Frage der Zulässigkeit des „Tyrannenmordes“ war für Baron Ludwig Freiherr von Leonrod ein ernsthaftes Problem, gerade als Christ, handelte es sich doch hier letztendlich um Mord und damit um eine Todsünde im Sinne der Zehn Gebote. Im Dezember 1943 fand im Pfarrhaus München-Bogenhausen zwischen Baron Leonrod und Kaplan Hermann Josef Wehrle ein vertrauliches Seelsorgegespräch dahingehend statt, ob die Vorbereitung eines „Tyrannenmordes“ bereits Sünde sei. Kaplan Wehrle verneinte dies, riet aber von der Verwirklichung ab. Die Fährniszeit brachte Baron Leonrod in freundschaftliche Verbindung zu Graf Stauffenberg. Im Ausbau des militärischen Widerstandes gegen Hitler holte Stauffenberg Baron Leonrod von München nach Berlin, da er dessen Zuverlässigkeit schätzte. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler wurde Stauffenberg noch am 20. Juli erschossen; Major Leonrod wurde am Folgetag und Kaplan Wehrle am 18. August 1944 verhaftet.



Eugen Bolz
15.12.1881-23.01.1945



Franz Leuninger
28.12.1898-01.03.1945



Heinrich Körner
30.04.1892-25.04.1945



Ludwig Frhr von Leonrod
17.09.1906-26.08.1944



Dr. Hermann Joseph Wehrle
26.07.1899-14.09.1944

Die Ehefrau von Baron Leonrod wurde wie andere Ehefrauen und Kinder von Verschwörern des 20. Juli in „Sippenhaft“ genommen. Nach harter Folter, der sogenannten „verschärften Vernehmung“, gab Leonrod das Seelsorgegespräch mit Kaplan Wehrle zu, weil er dachte, dass dieser unter dem Schutz des Reichskonkordates stehe. Leonrod wurde aus der Wehrmacht ausgestoßen und als Zivilist vom Volksgerichtshof angeklagt. Am 21. August 1944 verkündete Roland Freisler das Todesurteil: „Im Namen des deutschen Volkes. Fritz Thiele, Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanenfeld, Ludwig Freiherr von Leonrod verrieten eidbrüchig, ehrlos, statt mannhaft wie das ganze deutsche Volk, dem Führer folgend, den Sieg zu erkämpfen, so wie noch niemand in unserer Geschichte, das Opfer unserer Krieger, Volk, Führer und Reich. Den Meuchelmord an unserem Führer setzten sie ins Werk, Verräter in allem, wofür wir leben und kämpfen, werden sie mit dem Tode bestraft.“ (Moll, S. 415) Am 26. August 1944

wurde Leonrod in Berlin-Plötzensee hingerichtet, am 14. September folgte ihm Kaplan Wehrle in gleicher Weise. Für ihre Bereitschaft, am Attentat des 20. Juli 1944 des Oberst Graf Stauffenberg und seines Umfeldes mitzuwir-

ken, starben außer Leonrod und Wehrle auch die aus Bayern stammenden Offiziere Max Ulrich Graf von Drechsel und Karl Ludwig Freiherr von und zu Guttenberg, allesamt Männer, geleitet von christlichen Grundsätzen und dem, was wir heute als unverletzliche Menschenrechte bezeichnen, die Grundlage jedweder nationaler und internationaler Politik bilden.

Resümee

Im Ergebnis lässt sich sagen, dass das misslungene Attentat vom 20. Juli 1944 keinesfalls nur von protestantischen, preußischen Offizieren getragen wurde, sondern auch von Katholiken, wobei die christliche Konfessionszugehörigkeit in dieser politischen Frage von nachrangiger Bedeutung ist. Beim Studieren der verschiedenen Lebensläufe fällt auf, dass trotz der politischen Brechungen des 19. und 20. Jahrhunderts das Herausbilden eines „katholischen Milieus“ noch weit verbreitet ist, ebenso die Zugehörigkeit zu einer christlichen Religionsgemeinschaft. In diesem Zusammenhang ist auch die Verankerung einzelner Persönlichkeiten im Bereich der christlichen Gewerkschaftsbewegung wie etwa bei Körner und Leuninger herauszuheben, bilden doch christliche Identifikationspunkte bei den deutschen Gewerkschaften heute eher ein Randphänomen. Zu unserer heutigen multikulturellen, mitunter konfessionslosen und säkularisierten Gesellschaft öffnet sich hier gegenüber der deutschen Gesellschaft vor 60 Jahren ein breiter Graben; auch die gesellschaftliche Bedeutung des Adels hat sich deutlich abgeschwächt. Doch diese gesellschaftlichen Veränderungen sind von nachrangiger Bedeutung, sind doch die christlichen Werthaltungen – damals und heute – bezeugt von Menschen mit ihrem Lebensweg, von allein entscheidender Bedeutung. Von Dauer bleibt die Erkenntnis bestehen, dass Katholiken als Zeugen für Christus im Umfeld des 20. Juli 1944 ihr Leben ließen und damit als Märtyrer zu Mahnern und Hoffnungsträgern für nachfolgende Generationen wurden; sie bleiben unvergessen. □

Fotos: Repros aus dem vorgestellten Werk von Helmut Moll; N. Groß: Repro nach Falblatt zur Seeligsprechung, Essen 1988

Bibliographisches

Ende 1999 lieferte der Ferdinand Schöningh Verlag das zweibändige Hauptwerk „Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts“ (Paderborn u.a. 1999, 1372 S.) aus, das im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz vom Kölner Priester Prälat Dr. Helmut Moll herausgegeben wurde. Rund 150 Fachleute aus dem In- und Ausland erstellten die über 700 biographischen Artikel, welche die Opfer vor allem aus den Kategorien des Nationalsozialismus (Bd. I, S. 1-651 und Bd. II, S. 652-904), des Kommunismus (Bd. II, S. 907-990) und der Missionen (Bd. II, S. 1083-1240) vorstellten. Nachdem die Erstauflage mit 2.800 Exemplaren nach zwei Monaten vergriffen war, wurde eine zweite Auflage mit 2.500 Stück gedruckt. Seit Oktober

2001 liegt die dritte, durchgesehene Auflage vor. Mittlerweile wird eine englische Übersetzung des Hauptwerkes durch die Paulist Fathers in Massachusetts (USA) vorbereitet.

Der Verfasser des Martyrologiums, Prälat Moll, machte die Redaktion AUFTRAG auf die zahlreichen Friedenskämpfer und Kriegsdienstverweigerer aufmerksam, die in der Zeit des Nationalsozialismus Widerstand leisteten und deshalb in der Folge ihr Leben opferten. Ergänzt wird die Aufzählung um Wehrmachtsangehörige und Geistliche, die Militärfarrer waren. Im folgenden Beitrag werden diese Personen kurz namentlich in Erinnerung gebracht. Die Redaktion AUFTRAG beabsichtigt, die Lebensbilder der hier aufgeführten „Zeugen für Christus“ nach dem von Helmut Moll herausgegebenen Deutschen Martyrologium des 20. Jhs. im Einzelnen vorzustellen.

Friedenskämpfer, Wehrmachtsangehörige, Geistliche im deutschen Martyrologium des 20. Jahrhunderts

Kriegsgegner

Der nach Berlin umgezogene Justizangestellte Alfred Andreas Heiß (* 1904) aus dem oberfränkischen Triebenreuth weigerte sich im Jahre 1939, als Soldat eingezogen zu werden. In der Folge wurde er in der Reichshauptstadt verhaftet und am 24. September 1940 im Zuchthaus Brandenburg Görden an der Havel hingerichtet (vgl. Bd. I, S. 76-79).

Der in Vorarlberg (Österreich) geborene **Franz Reinisch** (* 1903) lehnte den Fahneneid auf Adolf Hitler aus Gewissensgründen ab. Daher wurde der Pallottinerpater in Kissingen (Franken) verhaftet und vor das Reichskriegsgericht gestellt. Das Todesurteil wurde am 21. August 1942 im Zuchthaus Brandenburg Görden vollstreckt (vgl. Bd. II, S. 836-840).

Der evangelische Christ **Dr. Hermann Stöhr** verweigerte ebenfalls den Kriegsdienst und wurde in der Folge mit dem Tode bestraft (vgl. Bd. I, S. 66).

Mitglied im Friedensbund Deutscher Katholiken war der Bonner Dozent an der Bibliothekarsschule **Heinrich Ruster** (* 1884), der wegen seiner anti-nationalsozialistischen Einstellung fast ständig in Haft war. Der engagierte Schriftsteller starb im Alter von 58 Jahren im Konzentrationslager Sachsenhausen (vgl. Bd. I, S. 322-325).

Mitglied im Friedensbund Deutscher Katholiken war auch **Dominkanerpater Franziskus M. Stratmann**, der 1938 mit der Kölner Ärztin Dr. Dr. Lisamaria Meirowsky, die in Bonn und München Medizin studiert hatte, in die Niederlande zog. Letztere wurde im Jahre 1942 im Konzentrationslager Auschwitz vergast (vgl. Bd. I, S. 309-312).

Mit Pater Stratmann war auch der Berliner **Dompropst Bernhard Lichtenberg** eng verbunden, der, ebenfalls Mitglied im Friedensbund Deutscher Katholiken, auf dem Weg in das Konzentrationslager Dachau im Jahre 1943 verstarb (vgl. Bd. I, S. 104-110).

Der aus dem oberösterreichischen

Radegund stammende Landwirt **Franz Jägerstätter** verweigerte Hitler seine Gefolgschaft als Soldat. In der Folge wurde der Verheiratete zum Tode verurteilt und hingerichtet. Sein Seligsprechungsverfahren ist eingeleitet (vgl. Bd. I, S. 73).

Der Freiburger Diözesanpriester **Dr. Max Joseph Metzger** (* 1887), aktives Mitglied im Friedensbund Deutscher Katholiken und Gründer des „Weltfriedensbundes vom Weißen Kreuz“, war religiöser Pazifist, was er auch in zahlreichen Publikationen bekundete. Wegen ökumenischer Initiativen mit dem lutherischen Erzbischof Erling Eidem von

Kriterien der Kirche zur Bestimmung des Martyriums

- die Tatsache des gewaltsamen Todes (*martyrium materialiter*)
 - das Motiv des Glaubens- und Kirchenhasses bei den Verfolgern (*martyrium formaliter ex parte tyranni*)
 - die bewusste Annahme des Willens Gottes trotz Lebensbedrohung (*martyrium formaliter ex parte victimae*)
- Alle drei Maßstäbe müssen erfüllt sein.

Schweden denunziert, wurde er verhaftet und im Zuchthaus Brandenburg Görden am 17. April 1944 ermordet (vgl. Bd. I, S. 212-215).

Zwei seiner Schüler, der Allgäuer Landwirt **Michael Lerpseher** (vgl. Bd. I, S. 65-68) und der ober-schwäbische Schneidergeselle Josef Ruf (vgl. Bd. I, S. 72-75), erlitten aufgrund ihrer Überzeugungen das gleiche Schicksal.

Wehrmachtsangehörige

Folgende Angehörige der Wehrmacht fanden aus Glaubensgründen das Martyrium: Oberleutnant **Dr. Randolph Freiherr von Breidbach-Bürresheim**, der mit Pastor Dr. Dietrich Bonhoeffer verschworen war (vgl. Bd. I, S. 295-299), **Hauptmann i.G. Max Ulrich Graf von Drechsel** (vgl. Bd. I, S. 543-547), **Divisionspfarrer**

Gustav Raab (vgl. Bd. I, S. 22-24), **Leutnant Matthias Kaiser** (vgl. Bd. I, S. 76-79), **Major Ludwig Freiherr von Leonrod** aus München (vgl. Bd. I, S. 414-416), **Korvettenkapitän Alfred Kranzfelder** aus Kempten (vgl. Bd. I, S. 61-64), der Allgäuer **Leutnant Michael Kitzelmann** (vgl. Bd. I, S. 57-61), der bekannte **Oberst Rudolf Graf von Marogna Redwitz** aus München (vgl. Bd. I, S. 416-419), **Pfarrer Theodor Kniebeler** (vgl. Bd. I, S. 18-21) und der ermländische **Leutnant Alfons Zurawski** (vgl. Bd. II, S. 692-693).

Das von Prälat Moll erstellte Einführungsbuch „Die katholischen Martyrer des 20. Jahrhunderts. Ein Verzeichnis“ (Paderborn u.a. 32001, 100 S.), das die oben Genannten namentlich aufführt, enthält in tabellarischer Form Kurzdaten zu den über 700 Glaubenszeugen, ein ganzseitiges Porträtfoto der mit einer Kanonisation Verbundenen (u.a. Sr. Teresia Benedicta a Cruce [Dr. Edith Stein], Nikolaus Groß und der Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg) sowie ein ausführliches Personen- und Ortsregister.

Das für weite Kreise bestimmte Martyrologium „Wenn wir heute nicht unser Leben einsetzen. Martyrer des Erzbistums Köln aus der Zeit des Nationalsozialismus“ (Köln 32000, 96 S.), in dem 31 Glaubenszeugen unter ihnen **Heinrich Ruster**, **DDr. Lisamaria Meirowsky** und **Dr. Randolph Freiherr von Breidbach-Bürresheim** vorgestellt werden, liegt seit Juni 2004 in vierter, durchgesehener Auflage vor. Die Biogramme können abgerufen werden über die Internetadresse

www.koelnermaertyrer.de.

Es dient als Katalogbuch der Ausstellung „Martyrer des Erzbistums Köln im 20. Jahrhundert“.

Geistliche, die auch Militärpfarrer waren

– **Pfr. Theodor Kniebeler**, Bistum Aachen (vgl. Bd. I, S. 18-21, und BL⁹ S. 413), * 1909 Eschweiler, † 1944 in einem Lazarett bei Sud-

auen/Ostpr., 1942 Lazarettpfarrer bei der Kriegslazarettabteilung 610.

– **Divisionspfarrer Gustav Raab**, Bistum Aachen (vgl. Bd. I, S. 22-24, und BL S. 633), * 1905 Mönchengladbach, † 1943 in Stalingrad, 1941 Lazarettpfarrer bei der Kriegslazarettabteilung 610, 1941 Divisionspfarrer 342. InfDiv, 1942 Divisionspfarrer 14. PzDiv in Sevastopol und Stalingrad.

– **Domprobst Bernhard Lichtenberg**, Bistum Berlin (vgl. Bd. I, S. 104-110, und BL S. 481-482), * 1875, † 1943 auf dem Transport zum KZ Dachau, 1913 als Pfarrer von Herz-Jesu Charlottenburg-Lichternfelde auch Seelsorger des Königin Elisabeth Garde-Grenadier-Regiments Nr. 3.

– **Pfr. Johannes Bernhard Schulz**, Bistum Trier (vgl. Bd. I, S. 577-580, und BL, S. 750-751, und AUFTRAG Nr. 254/Mai 2004, S. 70-73), * 1884 Öbervölklingen/Saar, † 1942 im KZ Dachau, 1914-1918 Felddivisionspfarrer beim Stab der 255. InfDiv im Raum südl. Metz.

– **Dr. Dr. Bernhardt Schwedtner**, heutiges Erzbistum Hamburg (vgl. Bd. I, S. 257-259, und BL, S. 762), * 1891 Schwerin, † 1944 hinge- richtet im Zuchthaus Brandenburg- Görden, im 1. Weltkrieg Divisions- pfarrer an verschiedenen Fronten, ab 1917 beim Stab der 119. InfDiv.

– **P. Friedrich Lorenz**, Kongregati- on der Oblaten der Makellosen

Jungfrau Maria (vgl. Bd. II, S. 820-822, und BL, S. 491), * 1897 Kl. Freden bei Alfeld, † 1944 in Halle a.d. Saale durch Fallbeil hingerich- tet, 1939 Divisionspfarrer der 207. (pommerschen) Landwehrdivision/ 207. InfDiv an der Westfront bis 1941.

– **P. Edelfried Seibold OSB**, Neu- Ulm (vgl. Bd. II, S. 736-738); * 1908 Neu-Ulm, † 1944 bei Putoschka/ UdSSR erschossen; war zwar nicht als Militärpfarrer in der Wehrmacht tätig, wurde aber wegen verbotener Ausübung seines Priesteramtes (Sakramentenspendung) während seines Kriegsdienstes als Sanitäts- soldat 2 Jahre inhaftiert, danach ei- ner Strafkompagnie an der Ostfront zugeteilt, wo er bei dem Versuch, Ka- meraden zu retten, durch Kopfschuss getötet wurde. (PS)

*) BL = Bibliographisches Lexikon der Katholischen Militärseelsorge Deutschlands 1848-1945, hrsgg. von Jürgen Brandt und Peter Häger, i.A. des KMBA Berlin, 2002.

Katholik, General und Widerständler

110. Geburtstag von Dieter von Choltitz und 60. Jahrestag der Befreiung von Paris

JOACHIM G. GÖRLICH

Wer heute die oberschlesie- sche Kreisstadt Neustadt (Prudnik) zu Füßen der Bi- schofskoppe im Altvatergebirge in Rich- tung tschechischer Grenze fährt, kommt gleich nach Verlassen der Stadtgrenze an einer ausgebrannten Schlossruine im Dorf Wiese Gräflich vorbei. Hier residierte seit fast 900 Jahren die mährisch-oberschlesische Adelsfami- lie von Choltitz. Das anliegende Her- rengut hat nach 1949 als polnische Staatsdomäne fungiert. Wer heute dort das Sagen hat, weiß man nicht.

Hier wurde vor 110 Jahren der spätere „Retter von Paris“ (so „Le Monde“), General Dieter von Choltitz geboren. Umweit davon gibt es ein historisches Franziskanerkloster, wo bis 1945 gestrauchelte Geistliche des Erzbistums in Kirchenverban- nung waren. In der Stalinära war hierher der „eiserne Primas“ von Po- len, Stefan Kardinal Wysinski, von den Kommunisten deportiert worden, was das Kloster inzwischen zum Wallfahrtsort machte.

Dieser Landfleck ist auch nach der Vertreibung der Deutschen, wie die Familie von Choltitz, zutiefst

katholisch. In Wiese Gräflich leben heute Vertriebene aus dem einstigen, heute zur Ukraine gehörenden Ostpo- len. Neustadt war auch stets Garnison- stadt. Da war das Reiterregiment 11, das Hitler auflöste. Zu polnischen Zei- ten bis zur Wende waren hier Grenz- und Politruppen stationiert. Die Gar- nison wurde 1995 aufgelöst.

Dieses Fluidum blieb nicht ohne Einfluss auf Dieter von Choltitz. Nach Eintritt ins Neustädter Gymnasium war es kein Zufall, dass ihn die Eltern an den katholischen sächsischen Kö- nigshof als Page brachten. Bei sächsi- schen Regimentern startete er auch seine Offizierskarriere, zuerst bei der Kavallerie. Er gehörte bald auch zur Weltelite der Springreiter.

Nach dem Ersten Weltkrieg kam v. Choltitz zur Reichswehr und später zur Wehrmacht. Er wurde General und erhielt das Ritterkreuz. Am 7. August 1944 ernannte ihn Hitler zum „Wehrmachtbefehlshaber von Pa- ris“. Dessen Befehl lautete, Paris niederzubrennen. V. Choltitz notierte nach diesem Gespräch: „Der Mann ist wahnsinnig“. Es stand für ihn, dem Katholiken in Uniform, der sich

der Haager Landkriegsordnung ver- pflichtet sah, fest, Hitler zu täuschen und die Zerstörung von Paris zu ver- hindern. Er unternahm Sprengungs- vorbereitungen und nahm gleichzei- tig Kontakt zum französischen Wi- derstand über seine Kirche auf.

Am 25. August konnte der Gene- ral die Kapitulationsurkunde unter- schreiben. Somit war Paris fast ohne einen Schuss gerettet. Während Hitler über seine Familie die „Sippenhaft“ verhängte und sie für „vogelfrei“ er- klärte, ging der „Retter von Paris“ in Gefangenschaft. Leider wird noch heute v. Choltitz Rolle bei der Rettung von einigen Wenigen minimalisiert, gar mit Häme seine Person betrachtet, wie z.B. in der ZdF-Serie „Die Be- freiung (Ltg. Prof. Guido Knopp, 25.05.2004). Heute will der polnische Stadtrat von Prudnik (Neustadt) eine Straße nach diesem deutschen Wider- ständler in Uniform benennen.

Von Choltitz verbrachte seinen Lebensabend in der „Frankreich- straße“ von Baden-Baden und war gern gesehener Gast in Paris. Als er am 5. November 1966 für immer die Augen schloss, gehörten der militäri- schen Formation, die ihm die letzte Ehre gab, auch französische Soldaten an. Staatspräsident General de Gaulle wies seinen Bonner Botschafter an, der Witwe persönlich zu kondolieren ... □

WEHRFORM UND INNERE FÜHRUNG:

Die Bundeswehr muss eine menschenfreundliche Armee bleiben!

Ein Plädoyer für die Beibehaltung der Wehrpflicht

KLAUS LIEBETANZ

Angesichts der verheerenden Folterbilder aus dem Irak sollten sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Frage stellen, ob es der Hauptaufgabe der Bundeswehr im Ausland, nämlich der „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ dienen würde, wenn die Bundeswehr in eine so genannte „professionelle“ Armee mit nur noch Berufs- und Zeitsoldaten, wie bei Amerikanern und Briten, umgewandelt würde. Unser Autor und Fachberater für Katastrophenmanagement geht dieser Frage im folgenden Beitrag nach.

Staatsbürger in Uniform

Beim Neuaufbau der Bundeswehr vor fünfzig Jahren wurde das Soldatenleitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ geboren. Nicht zuletzt wollte sich der Deutsche Bundestag vom Leitbild der nationalsozialistisch geführten Wehrmacht verabschieden. Diese Idee vom Staatsbürger in Uniform wird gelegentlich von unseren Verbündeten – Amerikanern, Briten und Franzosen – als weltfremd belächelt. US-amerikanische Soldaten sind ausdrücklich auf Wunsch ihrer Regierung von Verfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof ausgenommen.

Vorbild Innere Führung

Der Autor des Beitrages hat in der zweiten Hälfte der Neunziger Jahre für die großen deutschen Hilfsorganisationen (DRK, THW, Johanner und Malteser) das jeweils der betreffenden Organisation angepasste Taschenbuch für den Auslandseinsatz geschrieben. Im Kapitel „Menschenführung im Auslandseinsatz“ hat er u.a. die „Zehn Elemente zeitgemäßer Menschenführung“ aus der Inneren Führung der Bundeswehr übernommen. Kein Verantwortlicher der o.a. Hilfsorganisationen hatte dagegen einen Einwand. Die meisten Leser dieser handlichen Taschenbücher wissen überhaupt nicht, dass es sich dabei um die Menschenführung der Bundeswehr handelt. So unglaublich modern ist die Innere Führung.

Wofür werden die Soldaten der Bundeswehr benötigt?

Wie die Erfahrung der letzten 15 Jahre nach dem Mauerfall zeigt, wird die Bundeswehr in erster Linie als Stabilisierungskraft in der „Friedenskonsolidierung in der Konfliktfolgezeit“ (post-conflict peace-building) nach der Agenda for Peace der Vereinten Nationen im Ausland eingesetzt. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit den zahlreichen Akteuren der zivilen Konfliktbearbeitung (effektiver Polizeiaufbau, Schaffung von Arbeitsplätzen durch wirtschaftliche Entwicklung, Stärkung der jeweiligen Zivilgesellschaft durch Friedensfachkräfte und Aufbau von rechtsstaatlichen, demokratischen Strukturen), um einen sich selbst tragenden Friedensprozess mit den verantwortlichen Menschen der betroffenen Region zu erreichen. Für diese Aufgabe

ist weniger der Kämpfertyp mit Killerinstinkt als ein intelligenter und kulturell sensibler Staatsbürger in Uniform gefordert.

Eingreiftruppen nicht im Schwerpunkt

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Deutschland ohne westliche Verbündete in den Krieg zieht, abgesehen von einer singulären, zeitlich und örtlich begrenzten Evakuierungsmission zu Gunsten deutscher Staatsangehöriger im Ausland. Nach menschlichem Ermessen ist es ebenso wenig wahrscheinlich, dass das westliche Bündnis einen Krieg gegen Russland, China, Indien, Pakistan oder Nordkorea führt, weil diese Länder Atomwaffen besitzen und eine atomare Eskalation mit all ihren unkalkulierbaren Folgen nicht auszuschließen ist.

Es bleiben also nur noch drittklassig ausgerüstete Staaten als potenzielle Gegner übrig, die bereits am ersten Kriegstag wegen der enormen technischen Überlegenheit des Westens ohne Luftwaffe und weit reichende Kommunikation sein werden. Der Schwerpunkt der neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR)“ liegt daher konsequenter Weise nicht auf den Eingreiftruppen.

Des weiteren ist ein Krieg gegen Terroristen militärisch nicht zu gewinnen. Die Ursachen für den Terrorismus müssen mit Mitteln der zivilen Konfliktbearbeitung befriedigt werden (siehe Nordirland).

Bischof Marx plädiert für Wehrpflicht

Der Trierer Bischof Reinhard Marx plädiert für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Sie verzahne Gesellschaft und Bundeswehr und Sorge für ein „kritisches Ineinander und Miteinander“, sagte Marx am 12. Mai 2004 in Interview des „Rheinischen Merkur“. Dagegen folge eine Berufsarmee möglicherweise ihren eigenen Gesetzen, so der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden).

Der Bischof bekundete seine Sorge über den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zu einer Berufs- und Interventionsarmee. In der Öffentlichkeit werde zu wenig über diese grundlegenden Veränderungen nachgedacht. „Hier wird die Bundeswehr ja völlig neu aufgestellt“, so Marx. Er befürchte, dass das Konzept der Inneren Führung „Schritt für Schritt nicht mehr ernst genommen wird“. Dieses sei nicht als „schöne Dekoration für Sonntagsreden“ entwickelt worden. Es wolle vielmehr den Staatsbürger in Uniform, dessen Selbstverantwortung nicht beim System von Befehl und Gehorsam aufhöre. „Der Soldat legt seine Verantwortung als Mensch nicht ab und gibt sie an einen Vorgesetzten“, so der Bischof. (KNA13.05.2004)

Wesentliche Gründe für die Beibehaltung der Wehrpflicht:

- Zur Zeit gibt es eine hohe Zahl von Abiturienten und Fachhochschulabsolventen unter den Wehrdienstleistenden. Durch die „Freiwillig Zusätzlichen Wehrdienst Leistenden“ (FWDL'er) verfügt die Bundeswehr im Auslandseinsatz (ihr Anteil beträgt ca. 30%) im Vergleich zu ihren westlichen

Verbündeten über die intelligenten Mannschaftsdienstgrade. Diese werden in der Friedenskonsolidierung besonders benötigt.

- Die Wehrpflichtigen haben eine hohe Bedeutung für die Regeneration der Bundeswehr. So werden 45% der Zeitsoldaten und 25% der Offizieranwärter aus Wehrpflichtigen gewonnen. Bei Wegfall der Wehrpflicht werden ganze Gruppen junger Männer nicht oder nur noch sehr schwer zu erreichen sein.
- Darüber hinaus würde bei Wegfall der Wehrpflicht die Verankerung der Bundeswehr in der Bevölkerung und damit auch das Interesse am Zustand der Streitkräfte erheblich nachlassen. Ein Auslandseinsatz von einer quasi „Söldnertruppe“ wäre für den Deutschen Bundestag unbedenklicher, wie das auch jetzt schon in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Zurückkehrende Soldaten in Särgen verlieren in weiten Kreisen der Bevölkerung an emotionaler Betroffenheit.
- Des weiteren würde sich mit dem Wegfall der Wehrpflicht ein unguter Korpsgeist in der Bundeswehr entwickeln, wie er in allen Berufsarmeen üblich ist. Menschenrechtsverletzungen würden aus falscher Kameraderie und aus Karrieredenken vertuscht. Das Verhältnis zur einheimischen Zivilbevölkerung würde sich verschlechtern. Dazu weiter unten ein vielsagendes Beispiel.
- Der Vorsitzende der deutschen Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden), Bischof Reinhard Marx, setzte sich in einer Erklärung vom 12. Mai 2004 für die Beibehaltung der Wehrpflicht ein. Die Wehrpflicht „verzahne Gesellschaft und Bundeswehr“ und Sorge für ein „kritisches Ineinander und Miteinander“.

Unsensibles Verhalten einer weltweit eingesetzten Berufsarmee

Dazu im Folgenden eine kürzlich geschehene Begebenheit in Afghanistan: Ein deutscher Sanitätsoffizier a.D. ist im Auftrag einer deutschen Hilfsorganisation mit seinen zivilen Begleitern mit einem Fahrzeug in Afghanistan unterwegs. Er pflegt in Afghanistan eine einheimische Klei-

dung zu tragen. Das Fahrzeug der Helfer wird von einem amerikanischen Jeep durch Hupen und Lichtsignale bedrängt. Der Pfad ist jedoch sehr eng, so dass der Deutsche erst nach einer geraumen Zeit an einer Haltebucht zur Seite fahren kann. Der Jeep hält neben ihnen. Ein Sergeant springt heraus und hält dem pensionierten, wie ein Paschtune gekleideten Sanitätsoffizier, seine Pistole an die Schläfe, beschimpft ihn auf Übelste, steigt wieder ein und rauscht ab. Die begleitenden zivilen Helfer sind leichenblass. Beim nächsten deutschen militärischen Stützpunkt spricht der ehemalige Sanitätsoffizier mit dem amerikanischen Verbindungsoffizier und schildert die unangenehme Begegnung. Nach zwei Stunden kommt ein Entschuldigung mit den Worten: „Wenn wir gewusst hätten, dass sich ein deutscher Sanitätsoffizier im Fahrzeug befunden hätte, wäre das nicht passiert“.

Was reitet Bündnis 90 / Die Grünen, die Wehrpflicht abzuschaffen.

Es ist für Viele ein Geheimnis, warum ausgerechnet die basisdemokratischen Grünen die menschenfreundliche Wehrpflichtarmee abschaffen wollen. Um das zu verstehen, muss man sich mit dem fundamentalistischen Teil der Friedensbewegung und seiner Weltanschauung auseinandersetzen. Für diesen Personenkreis ist es seit langem ein Dorn im Auge, dass der ideologische Gegner, die Bundeswehr, durch die Wehrpflicht eng in der Bevölkerung verankert ist und in weiten Teilen des Volkes gerade durch die Friedensschaffenden Auslandseinsätze über ein hohes Ansehen verfügt. Dies trifft für große Teile der Friedensbewegung nicht zu. Diese werden von der Bevölkerung eher als realitätsferne „Weltverbesserer“ abgetan, was die geringe Zahl der Ostermarschierer belegt.

Bei Abschaffung der Wehrpflicht würden die derzeitigen o.a. Vorteile der Bundeswehr wegfallen. Die ideologische Friedensbewegung könnte sich gegenüber einer quasi Söldnerarmee leichter als die moralisch bessere Alternative zur Friedensgestaltung empfehlen. Ein zweites Argu-

ment ist weit vordergründiger. Es geht schlicht um die Konkurrenz mit der FDP um die männlichen Jungwähler. Offiziell begründet wird jedoch der Wegfall der Wehrpflicht mit der angeblich fehlenden Wehrgerechtigkeit. Dabei wird die Tatsache übersehen, dass auch heute zwei Drittel aller Wehrpflichtigen Wehrdienst, Zivildienst oder einen anderen auf den Wehrdienst anrechenbaren sonstigen Dienst leisten (z.B. beim THW). Eine vollständige Wehrgerechtigkeit wird es niemals geben.

Deutsches Erfolgsmodell nicht aufgeben

Die beiden großen Volksparteien, SPD und CDU/CSU, sollten es sich gründlich überlegen, ob sie das deutsche Erfolgsmodell wegen wahltaktischer und/oder ideologischer Überlegungen aufgeben sollten. Der heutige intelligente Mix aus Zeit- und Berufssoldaten, Freiwillig Zusätzlich Wehrdienst Leistenden (FWDL'er), die auch für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen, und Grundwehrdienstleistenden (W9'er) ist eine Erfolgsstory, die nicht leichtfertig aufgegeben werden sollte, zumal solche Streitkräfte für die voraussichtliche Hauptaufgabe in besonderer Weise geeignet sind. Hierbei sollte auch der Zivildienst, der in seiner Art weltweit Beispielgebend ist, nicht vergessen werden. Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach in seinen Grundsatz-erklärungen ausgeführt, dass die „Wahl zwischen Wehrpflicht- und Freiwilligenarmee eine **grundlegende staatspolitische Entscheidung** ist, die auf wesentliche Bereiche des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens einwirkt und bei der er – der Gesetzgeber – neben verteidigungspolitischen Gesichtspunkten auch allgemeinpolitische, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Gründe von sehr verschiedenem Gewicht zu bewerten und gegeneinander abzuwägen hat.“ Diese Entscheidung gehört also ins Parlament und nicht in die Gerichte. Die verantwortlichen Abgeordneten müssen also den Mut haben, eine politische Entscheidung zu fällen, die den o.a. guten Gründen Rechnung trägt. □

Das Kreuz von Narwa

PAUL ROTH

Dieses Kreuz hat ein Rotarmist im August 1941 geschnitzt. Es muss zwischen dem 6. und dem 21. August gewesen sein, wenn man sich an den Wehrmachtsbericht über den Kampf um Narwa hält. Der Rotarmist war bereits in deutscher Gefangenschaft. Er saß am Straßenrand, während die deutschen Truppen an ihm vorbeimarschierten.

Er wusste sicher nicht, auf welcher blutgetränkten Erde er saß. Die Festung auf dem westlichen Ufer des Flusses Narwa war einst vom Deutschen Orden, die Festung Iwangorod auf dem östlichen Ufer von Zar Iwan III. erbaut worden. Er wird sicher nicht gewusst haben, wieviele Schlachten um Narwa getobt haben, dass z.B. der Schwedenkönig Karl XII. dort Peter den Großen geschlagen hatte, dass die Rote Armee im Frühjahr 1918 darum gekämpft hatte, um in Estland die Sowjetmacht zu errichten.

Ob der Rotarmist gebildet war oder nur ein einfacher Bauer, ob er davon überzeugt war, sein Vaterland zu verteidigen, ist unbekannt. Unbekannt ist sein Name, unbekannt sein weiteres Schicksal, kurz: ein unbekannter Soldat. Ist er in deutscher Gefangenschaft umgekommen, hat er den Krieg, die Stalinzeit überlebt? Wahrscheinlich lebt „Iwan“ nicht mehr, verwenden wir ruhig einmal diesen Namen, der von den deutschen Soldaten für ihre Gegner verwendet wurde, so wie umgekehrt die Rotarmisten ihre Gegner mit „Gans“ (= Hans) benannten.

Die einzige Spur, die von Iwan geblieben ist, ist das Kreuz. Er saß am Straßenrand, wartete darauf, dass er abgeführt wurde und hatte Hunger. In seiner Tasche war noch ein Messer. Er zog es heraus, schnitt von einem Baum eine Astgabel ab und begann zu schnitzen. Ein Gefangener schnitzt sich zumeist als erstes einen Löffel. Doch Iwan schnitt aus der Gabel ein seltsames Kreuz nicht orthodox, nicht katholisch. Es wurde ein Schmerzensmann, herauswachsend aus dem Holz, mit flehend nach oben auseinandergerackten Armen, die von den Nägeln festgehalten wurden.

Das Gesicht des Leidenden zeigte nach oben, Hilfe suchend, bittend aus großen Augenhöhlen.

Warum Iwan ausgerechnet den Schmerzensmann aus dem Holz herausgeschnitten hat, ist unbekannt. Kurz vorher hätte man ihm das „Instrument der Volksverdummung“ aus der Hand gerissen. Und bald darauf hätte ihm vielleicht ein strammer SS-Mann das Kreuz zerbrochen. In der Pause zwischen Kampf und Ohnmacht kam ein deutscher Soldat vorbei und sah den Schmerzensmann in der Hand des Iwan. Es war, das ist ziemlich sicher, ein Theologiestudent oder Geistlicher, den man eingezogen hatte, damit er sich am „Endsieg“ beteilige. Aber offenbar stürmte dieser nicht blind dem Sieg entgegen, sonst hätte er wohl den Iwan mit seinem Kreuz am Straßenrand nicht gesehen. Iwan hätte es wohl im Gras liegenlassen müssen, denn es war fast 40 cm lang. Wo sollte er es verbergen? Dann geschah etwas, was nicht mehr genau zu rekonstruieren ist. Es kann sein, dass der deutsche Soldat Iwan ein Stück Brot anbot und Iwan schenkte ihm dafür das Kreuz. Unterhalten konnten sie sich nicht. Jedenfalls ging der Schmerzensmann aus der Hand von Iwan in die Hand des deutschen Soldaten über. Unbekannt ist der Weg, den das Kreuz dann genommen hat. Wahr-



scheinlich wanderte es im Tornister noch

eine Zeitlang über russische Erde, bis es auf einem Heimurlaub nach Deutschland kam. Dort blieb es nach dem „Endsieg“, der völlig anders ausfiel, als es sich der „Gröfaz“ (= der größte Führer aller Zeiten) vorgestellt hatte.

Als das Holz zu verderben begann, wurde der Schmerzensmann in Bronze gegossen. An meinem Arbeitsplatz hängt ein solcher Bronzeabguss, erinnert an einen unbekannten Soldaten, der nach sowjetischem Wunsch gottlos hätte sein müssen und von der Nazi Propaganda zum „Untermenschen“ erklärt worden war. Wenn die Sonne scheint, dann zeichnen sich die Schatten der flehenden Hände der Wand ab, als wollten sie bitten: „Vergib ihnen, sie wissen nicht, was sie tun!“ □

Lage von Fluss und Stadt Narwa; heute Grenzstadt zwischen Estland und Russland, etwa auf halbem Weg von Tallin (Reval) nach Sankt Petersburg (Leningrad). (Ausschnitt aus einer Karte zum Russlandfeldzug 1941)



Ewiger Krieg?

Weltpolitische Risikoanalyse und Folgerungen daraus für die Streitkräfte

BJÖRN F. SCHULZ

Der Beitrag stellt den sicherheitspolitischen Ist-Zustand der Welt mit seinen Bedrohungen und Risiken dar, leitet daraus Skizzen für weitere Entwicklungen ab, um schließlich auf Anforderungen an Streitkräfte im Einsatz von heute und morgen einzugehen.

1. Schöne heile Welt

Einleitend ein vertrautes Bild: Berlin, eine Metropole inmitten eines wiedervereinigten Deutschlands, Deutschland inmitten eines friedlichen militärischen Bündnisses, inmitten einer politischen Union, die beginnt Staaten überflüssig werden zu lassen.

Berlin ist eine weltoffene Stadt ohne Feinde. Jeder kann kommen und gehen, wie, mit was und mit wem er will. Eine typische Großstadt einer freien, offenen, technisierten, mobilen Gesellschaft.

Demgegenüber stelle man sich eine vergleichbare Stadt irgendwo in einer Krisenregion vielschichtiger Konflikte vor. So wenig wie man bemerkt, wann, wie, von wem und zu welchem Zweck eine Satellitenaufnahme entsteht und wozu sie genutzt wird, so wenig wird man bemerken, was über Wasserwege, über den Luftraum, auf Straßen, Pfaden und durch die Kanalisation oder über Informationskanäle kommt und geht. Man wird auch nie über das Wann etwas wissen. Man wird auch nie wissen, ob man plötzlich zu Hause – abseits einer Krisenregion – Teil eines fernen Konfliktes wird.

Dieser erste, frustrierende Eindruck soll durch die Skizze der Bedrohungs- und Risikoanalyse und anschließend der daraus folgernden Betrachtung wahrscheinlicher Bedrohungsszenarien der Zukunft illustriert werden. Auf dieser Basis können daraus Schlussfolgerungen für die Streitkräfte gezogen werden.

2. Bedrohungs- und Risikoanalyse

2.1 Ausgangslage

Das sicherheitspolitische Umfeld der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Deutschland liegt heute in der Mitte eines einzigartigen europäischen und transatlantischen Stabilitätsraumes, für den eine existentielle konventionelle militärische Bedrohung auf absehbare Zeit nicht erkennbar ist.

Trotz dieser historisch günstigen sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme ist die Sicherheit Deutschlands und seiner Bündnispartner heute ganz konkreten Bedrohungen und wachsenden Risiken ausgesetzt.

Im Vordergrund stehen dabei die Gefahren durch die Weiterverbreitung (Proliferation) von Massenvernichtungswaffen und asymmetrische Bedrohungen¹⁾, insbesondere durch den Internationalen Terrorismus.

Die wichtigsten **Trends der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen** (MVW) – atomare, biologische und chemische Waffen (ABC-Waffen) – sind:

- Die Verbreitung von Nuklearwaffen hält an; einige Staaten bemühen sich intensiv um den Besitz von Nuklearwaffen.
- Die Zahl der selbst MVW herstellenden und besitzenden Länder steigt.
- Chemiewaffenprogramme werden laufend verfeinert.
- Die terroristische Nutzung der Bio-

technologie rückt für immer mehr Staaten, aber auch nichtstaatliche Akteure in den Bereich des Möglichen.

- Ballistische Lenkwaffen gewinnen als Trägermittel für Massenvernichtungswaffen an Bedeutung, das Wettrennen um die größte Reichweite läuft.
- Die Proliferation von MVW, ihrer Einzelkomponenten und Trägermittel sowie relevanter Technologien können durch Nichtverbreitungs- und Exportkontrollregime nur begrenzt, aber nicht zuverlässig unterbunden werden.
- Trotz aller Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle ist deshalb eine gesicherte weltweite Vernichtung von MVW aus heutiger Perspektiv weder mittel- noch langfristig zu erwarten.

Zur Bedrohung durch die einzelnen Arten von MVW in aller Kürze:

Atomare Waffen

Eine weltweite Verbreitung von Nuklearwaffen konnte durch den Nichtverbreitungsvertrag bislang begrenzt werden. Demgegenüber steht der Unsicherheitstransfer durch A-Waffen.

Einige Nuklearmächte stehen noch abseits des Nichtverbreitungsregimes. Der Besitz von nuklearen Gefechtsköpfen, erfolgreiche Tests von Nuklearwaffen, führen zu Spannungen in regionalem Umfeld und bergen das Risiko, dass – ausgehend von konventionellen Konflikten – der Einsatz auch von Nuklearwaffen möglich wird.

Nichtnuklear bewaffnete Regionalanrainer können sich zudem herausgefordert sehen, ein eigenes nukleares oder sonstiges Abschreckungspotential aufzubauen.

Bedrohungsrelevant ist vor allem die Weiterverbreitung von Waffen und Technologie über und durch Dritte sowie der globale Wissenstransfer, der immer mehr Staaten Zugang zu entsprechenden Technologien verschafft.

1) In „asymmetrischen Konflikten“ sind die Konfliktparteien unterschiedlich ausgeprägt bezüglich ihrer Voraussetzungen (z.B. Bildung, Industrialisierung, Vorräte, etc.) und Mittel (z.B. Finanzen, Größe von Streitkräften, Ausrüstung von Sicherheitskräften, etc.) sowie ihrer Einordnung in den Kontext der Konflikte (mittelbare/unmittelbare Betroffenheit, Kampf um das Überleben/Kampf um Interessen, Heimat als Krisenschauplatz/Einsatz fern der Heimat etc.). Das Ausmaß der Abweichung bestimmt den Grad der Asymmetrie.

Die Ungleichheit in personellen, legitimatorischen und strukturellen Ressourcen macht die Asymmetrie aus.

Biologische Waffen

Biologische Waffen sind zwar durch das Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen (BWÜ) international geächtet. Bei einigen Staaten bestehen jedoch Zweifel an ihrer Vertragstreue.

Hinzu kommt die „Dual-use-Problematik“ von biologischen Wirkstoffen (Kampfstoffe und Impfstoffe), welche die Möglichkeiten eines effektiven Kontrollregimes ganz erheblich begrenzt.

Chemische Waffen

Auch nach Inkrafttreten des Chemiewaffen-Übereinkommens verfügen zahlreiche Staaten über Arsenale an C-Waffen oder aber die Fähigkeit, diese in kurzer Zeit herzustellen.

Eine direkte militärische Bedrohung Deutschlands durch ABC-Waffen wird daraus derzeit nicht abgeleitet. Jedoch hätte jeder nukleare Konflikt weltweite Auswirkungen (siehe Tschernobyl alleine hinsichtlich der physischen Folgen). Der Einsatz von B- oder C-Kampfstoffen ist militärisch in Deutschland nicht zu erwarten, die Nutzung durch terroristische Kräfte jedoch nicht auszuschließen.

Für deutsche Streitkräfte in Auslandseinsätzen besteht grundsätzlich dieses Risiko aufgrund unkonventioneller Kampfhandlungen und dem möglichen Einsatz terroristischer Mittel durch die Konfliktparteien oder irreguläre Kräfte.

Trägermittel, die erst den Einsatz von ABC-Waffen außerhalb des eigenen Territoriums ermöglichen, gehören in diese Bedrohungskategorie.

Nichtmitglieder des „Raketentechnologiekontrollregimes“ (Missile Technology Control Regime, MTCR) verfügen durch Fremderwerb oder autarke Eigenproduktion über Trägertechnologie und verbreiten diese weiter. Infolgedessen hat die Raketenproliferation in den letzten Jahren erheblich zugenommen mit ernsthaften Risiken für die Stabilität der betroffenen Regionen und absehbar darüber hinaus. Das herausragende Beispiel der jüngeren Vergangenheit, ist der Technologietransfer zwischen arabischen und asiatischen Staaten, häufig mit eigenen Weiterentwicklungen auf Basis der Technologie des ehemaligen Warschauer Pakts.

Schon der Einsatz eines einzelnen Flugkörpers, bestückt mit biologischen oder chemischen Gefechtsköpfen, kann verheerende Auswirkungen, insbesondere politischer und psychologischer Natur nach sich ziehen.

Die Bedrohung Deutschlands ergibt sich aus den Reichweiten der Trägermittel, also welche Raketen können von wo aus Deutschland treffen. Man kennt die Karten mit eingezeichneten Reichweitenkreisen. Diese Betrachtungsweise berücksichtigt nicht deutsche Kräfte im Auslandseinsatz und andere deutsche Interessen weltweit, ob es z.B. Gebiete mit deutschen Staatsbürgern – Diplomaten, Unternehmen, Touristen – oder Wirtschaftsregionen sind.

Neben dem zunehmenden Bestreben nach Beschaffung ballistischer Flugkörper hat die variantenreiche Entwicklung von unbemannten luftgestützten Trägern (UAV = unmanned aerial vehicles) an Bedeutung gewonnen. Aber auch der Bereich der Marschflugkörper wird, nicht zuletzt aufgrund der freien Verfügbarkeit wichtiger Schlüsseltechnologien (wie GPS, Computer, Autopiloten, Luftfahrzeugbaugruppen), zum Interesse einer deutlich wachsenden Entwicklungsarbeit.

Nicht zu vergessen sind die Trägermittel der asymmetrischen Kriegsführung: Pakete, Koffer, Rucksäcke. Das führt zum folgenden Aspekt, der terroristischen Bedrohung in diesem Feld.

2.2 Terroristische Bedrohung durch MVW/-mittel.

Kennzeichen des transnationalen Terrorismus sind seine Unkalkulierbarkeit, die Vielfältigkeit der Bedrohungsformen und die Globalisierung seiner Kriegsführung. Massenvernichtungswaffen sind ideale Instrumente dieser Kriegsführung.

Zum einen sind die Mechanismen der Abschreckung gegen einen subversiven Gegner wirkungslos. Zum anderen lässt sich ein größtmöglicher Schaden in der verwundbaren Flanke der technologisch überlegenen westlichen Welt anrichten, der seine auf Sicherheit, Prosperität und individuelle Freiheit angelegte zivile und wirtschaftliche Ordnung ins Chaos stürzen kann.

Nur einige Schlagworte aus der jüngeren Vergangenheit dazu:

- die Antrax-Briefe in den USA,
- der Sarin-Angriff der AUM-Sekte in Japan,
- die Drohung von Terroristen mit radiologischen Waffen, sogenannten „Dirty Bombs“.

Hierbei ist die Trägertechnologie weniger Teil der Proliferation an nichtstaatliche Akteure, diese bleibt eher Staaten vorbehalten, da sie in der Verwendung, Erhaltung und ihrem Einsatz sehr aufwendig ist. So versuchen Staaten, die zum Einsatz von Trägermitteln in der Lage wären, diese zu bekommen, um so in Verbindung mit chemischen, biologischen oder radiologischen Waffen in den Besitz von bedrohungsrelevanten MVW zu gelangen: die „Atombombe des kleinen Mannes“.

Mittel zur Verbringung von MVM für nichtstaatliche terroristische Akteure sind Rucksackbomben, verbracht in den diversen Verkehrsmitteln einer hypermobilen Gesellschaft.

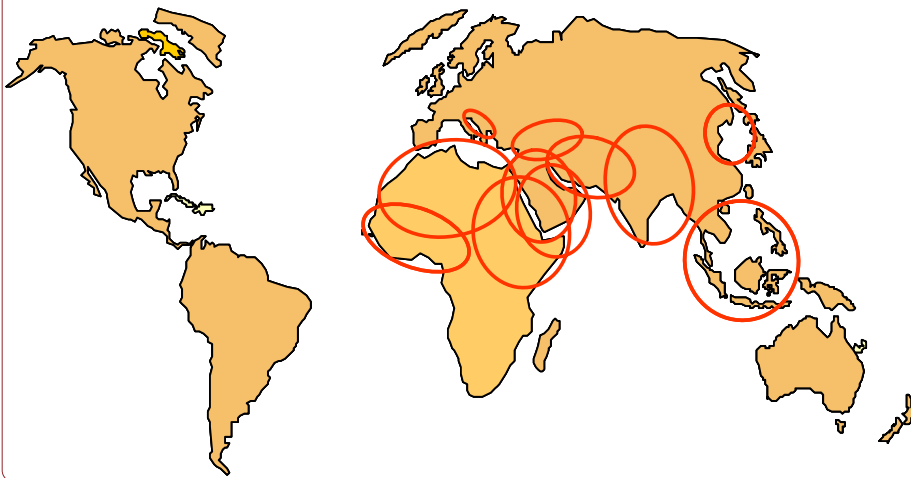
2.3 Internationaler Terrorismus im Weiteren

Die Globalisierung des Internationalen Terrorismus führt zu einer möglichen weltweiten Gefährdung unserer Sicherheitsinteressen. Neu ist dieser internationale Terrorismus nicht, nur die Intensität und die Frequenz haben zugenommen. Er kann jederzeit und überall zuschlagen.

Die besondere Verwundbarkeit moderner und offener Gesellschaften bietet aggressiven nichtstaatlichen und staatlichen Akteuren gleichermaßen Ansatzpunkte für die Anwendung asymmetrischer Formen von Gewalt. Vor allem aber ist Konflikt austragung mit terroristischen Mitteln ein gängiges Mittel in bewaffneten Konflikten zwischen Staaten, innerstaatlich oder zwischen beliebigen Gruppierungen insbesondere in asymmetrischen Konflikten geworden.

Verschärft wird die Bedrohung durch die hemmungslose Verbreitung von Waffen und Kampfmitteln durch den internationalen Waffenhandel, einem Milliardenmarkt, der von der Handgranate über den Kampfhubschrauber bis hin zu vollständigen Kampfeinheiten alles bie-

REGIONALKRISEN UND -KONFLIKTE



tet. Flugabwehrraketen stellen hierin eine besondere Form der Bedrohung dar. Der Teufelskreis schließt sich in der gewaltsamen oder kriminellen Beschaffung der Mittel, um diese Waffen zu bezahlen.

2.4 Regionalkrisen und Regionalkonflikte

Ob der Balkan, als ein Instabilitätsfaktor in Europa oder das Europa ferne ehemalige Taliban-Afghanistan als Ausbildungs- und Rückzugsraum für den Internationalen Terrorismus, beide belegen exemplarisch, dass Krisenherde, unabhängig von der geographischen Entfernung, zu großen Instabilitäten mit mittel- oder unmittelbarer Wirkung auch auf deutsche Sicherheitsinteressen führen.

Im größeren regionalen Kontext rückt ein vom Maghreb südlich in die Subsahara und ostwärts über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentral-, Süd- und Südostasien reichender Ländergürtel ausgeprägter Instabilitäten und Sicherheitsrisiken in den Blickpunkt der Betrachtung. In den Regionen Naher und Mittlerer Osten sowie Nordafrika können mittelfristig Risikofaktoren wie Bevölkerungswachstum, religiöse Radikalisierung, Wassermangel bei gleichzeitig wesentlich verbesserten Rüstungspotentialen in einzelnen Staaten in zunehmendem Maße die Sicherheitslage negativ beeinflussen. Die Spannungen in Asien zwischen den Nuklearwaffen besitzenden Staaten Indien, Pakistan und China haben eine globale Bedeutung erreicht.

Afrika südlich der Sahara wird absehbar ein Krisenherd bleiben, gekennzeichnet durch zahlreiche inner- und zwischenstaatliche, bewaffnete Konflikte und sehr schwierige ökonomische, soziale und ökologische Rahmenbedingungen.

Hinzu kommen transnationale Risikofaktoren, die Abhängigkeit von Energie, die Versorgung mit Wasser und Nahrung und die Klima- und Umweltbedingungen stellen schon heute auch Risikofaktoren für unsere Sicherheit dar, weil das damit verbundene Konfliktpotenzial im Ringen um Ressourcen und Lebenschancen unter den Bedingungen extrem gegenläufiger demographischer und zivilisatorischer Entwicklungen zu gesellschaftlichen Verwerfungen, Migrationsströmen, Krisen und Konflikten führen kann.

3. Bedrohungsszenarien der Zukunft

Aus den schlaglichtartig dargestellten Risiken von heute, erwachsen die Bedrohungen von morgen.

Unsere Sicherheit wird auch in Zukunft durch staatliche, zunehmend jedoch durch nicht-staatliche Akteure beeinträchtigt. Generell und gemessen an unserem Umfeld und potenziellen Gegnern, ist zu erwarten, dass das Monopol von Staaten zur Kriegsführung zu Gunsten einer tendenziellen „Privatisierung“ einer asymmetrisch ausgerichteten Kriegsführung erodieren wird.

Die destabilisierenden Auswirkungen von Umweltschäden, Klimawandel oder Ressourcenverknappung werden sich verschärfen. Insgesamt müssen wir uns deshalb mit Blick auf unsere nationale Sicherheit auf eine Epoche der Gärung und Unruhe einstellen.

3.1 Krisen und Konflikte

Insgesamt lassen sich sechs verschiedene Grobkategorien von Konflikten identifizieren, die auch in Zukunft eine Rolle spielen werden.

- Autonomie-/Secessionskonflikte,
- Regional begrenzte Grenzkonflikte,
- National-hegemoniale bzw. nationalistische Status-/Territorialkonflikte,
- Substaatliche Fragmentierungs-/ Zerfalls-/Destabilisierungskonflikte,
- Ethno-nationalistische/ethno-territoriale Konflikte mit Antiregime-Charakter,
- Ethno-politische/ethno-soziale innerstaatliche Verteilungskonflikte mit vorwiegend ökonomischer Zielsetzung.

Diese Szenarien sind unbedingt in der Analyse mit der Bedrohung durch MVW, unbeschränktem Waffenhandel und terroristischer Kriegsführung zu verknüpfen. Dadurch wird das Bedrohungs- und Eskalationspotenzial zunächst begrenzter Konflikte deutlich und implizieren erstens damit die mögliche Relevanz für uns, auch wenn sie fernab liegen, zweitens, werden dadurch die Anforderungen an Streitkräfte deutlich, die dort und dagegen zum Einsatz kommen sollen.

In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, in welchen Räumen Militär operieren wird.

Militärische Operationen werden künftig in **fünf Räumen** geführt:

- Wie bisher auf dem Land,
- zur See,
- in der Luft, außerdem
- im Weltraum und
- im Informationsraum.

Gleichwohl bleibt der Bodenkampf stets die entscheidende Kategorie, weil die strategische Entscheidung auch in Zeiten orbitaler Operationsbasen weiterhin um Landmasse

ausgefochten werden wird. Ob als Kultur-, Lebens- oder Ressourcenraum, in Konflikten der Zukunft wird es auch darum gehen, Land, ein bestimmtes Stück Erdoberfläche, zu erobern, zu verteidigen oder zu kontrollieren. Mit welcher Motivation und Zielsetzung auch immer.

3.2 Akteure

Die Erosion des Staatsmonopols zur Kriegsführung, oder nach Herfried Münkler, die Privatisierung des Krieges (*Die neuen Kriege, Reinbek, 2002*), ist und bleibt ein vielen künftigen Krisengebieten gemeinsames Kennzeichen. Hierbei haben die Konfliktparteien häufig kein Interesse an einer Beendigung der Auseinandersetzung, da diese ihre wirtschaftliche und/oder existentielle Basis darstellt. Sie verdanken dem Konflikt ihre Macht und ihre Wohlfahrt. Es wird zu einer Vervielfältigung der Akteure kommen:

- Problemstaaten,
- nichtstaatliche Kriegsherren und Warlords,
- Terroristen, Extremisten und Glaubenskämpfer,
- nicht zuletzt wirtschaftlich und kriminell operierende Organisationen.

Privatisierung findet im übrigen auf beiden Seiten statt: In Krisenregionen durch Kriegsfürsten, Geschäftemacher oder Terroristen im Vakuum staatlicher Gewalt auf der einen, durch private Militär- und Sicherheitsfirmen – Contractor-Einsätze – in Stellvertretung oder in Ergänzung zu regulären Kräften auf der anderen Seite. Kindersoldaten und instrumentalisierte Bevölkerung ergänzen dieses traurige Szenario.

Rechtlosigkeit wird so gefördert, Konflikte werden so mehrdimensional durch parallele Gefechtsführung auf verschiedenen Ebenen zwischen verschiedensten Akteuren ausgetragen.

Die Verbindungen zwischen dem Organisierten Verbrechen (Menschen-, Drogen- und Waffenhandel, Korruption, Erpressung, Geldwäsche) und Internationalem Terrorismus werden enger und können sich zu einer vitalen Bedrohung für Gesellschaft und Wirtschaft in jedem Staat und Staatengemeinschaften entwickeln.

3.3 Asymmetrische Formen der Gewalt

Künftige asymmetrische Strategien zielen unmittelbar auf die Verwundbarkeit der modernen Gesellschaft: Freiheit und Freizügigkeit, Hypermobilität, Hochtechnologie, Wohlstand sowie Unversehrtheit von Person und Umwelt.

Im asymmetrischen Konflikt stehen sich u.a. gegenüber:

- ungleiche Aufwandsverteilung zwischen Angreifer und Verteidiger (umfangreiche Prävention gegen Autobombe oder Flugabwehrrakete), gleichbedeutend mit den entstehenden Kosten,
- regelverpflichtet gegen regellos,
- fair gegen unfair sowie
- der Wille zur gesunden Rückkehr in die Heimat gegen die Bereitschaft zu Sterben (*Martin van Creveld, Die Zukunft des Krieges, Hamburg, 1998: z.B. Gesellschaften, in denen das Leben nichts mehr bieten kann, der Tod als Held oder Märtyrer jedoch Ehre oder auch die materielle Versorgung der Familie gewährleistet.*).

Während der Angreifer bei der Wahl von Ort, Zeitpunkt und Mittel seines Angriffs die Initiative hat, kann der Verteidiger seinen Schutz nur erzielen, wenn er an jedem Ort, zu jeder Zeit alle verfügbaren Mittel aktiviert hat.

Die heute schon erkennbaren Möglichkeiten des Informationskriegs und von Angriffen mit biotechnisch produzierten Massenvernichtungswaffen lassen erwarten, dass in künftigen internationalen Konflikten die Erfolgchancen asymmetrischer Strategien durch neue Technologien noch weiter begünstigt werden.

Insbesondere in der Informationstechnologie hat sich eine fast schon besorgniserregende Abhängigkeit moderner und wohlhabender Gesellschaften entwickelt. Ein Beispiel von vielen ist der „niedersächsische Computervirus“ des Frühjahrs 2004: ein 18-Jähriger mit ein paar Freunden gegen den Rest der IT-Welt. Versorgungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Kommunikationssysteme, nicht zuletzt sicherheitsrelevante und militärische Systeme können so in weni-

gen Augenblicken lahmgelegt werden. Und niemand weiß wie, wo und durch wen oder ob überhaupt ein Angriff erfolgte.

Zum Kampf im Informationsraum gehört vor allem auch der Kampf mit Informationen: der Einfluss und die Nutzung von Medien wird u.a. sehr deutlich am Irakkrieg und dem Nachkriegsirak.

Neue Technologien – Merkmale unserer modernen Gesellschaften – bergen zusätzliche Risiken:

- zweifache Nutzbarkeit moderner Technologien („Dual-Use-Problematik“),
- Gentechnik bietet erhebliche Missbrauchsoptionen für biologische Kriegsführung und Bioterrorismus,
- Miniaturisierung der Gerätetechnik kann den Einsatz von Waffen überall möglich und unkontrollierbar machen,
- Cyberwar – der Kampf in der virtuellen Welt von Netzen und prozessorgesteuerter Technologie, der virtuelle Krieg im Informationsraum mit sehr realen Folgen – der heute in Möglichkeiten und Gefahren nicht abschließend abschätzbar ist.

Nichtmilitärische Risiken sind Teil oder Auslöser von Konflikten, Nebenerscheinungen und/oder Folgen von zukünftigen Auseinandersetzungen:

- Wohlstandsgefälle,
 - Besitzlosigkeit,
 - ungleiche Ressourcenverteilung und der Kampf darum,
 - ökologische Krisen sowie
 - Epidemien, Bevölkerungswachstum und Migrationsströme.
- Oder zusammengefasst: der Kampf um das nackte Überleben.

Viele Elemente der Gefahren und Risiken haben gemein, dass sie weder vor politischen, noch vor geographischen Grenzen halt machen. Der Glaube, sich einkapseln zu können, ist im Zeitalter der Globalisierung, hier der Globalisierung von Konfliktaustragung und Gewalt, eine Illusion.

Der dritte und abschließende Abschnitt, zeigt aus dem Vorhergehenden die Folgerungen für die Streitkräfte auf.

4. Folgerungen für die Streitkräfte

Die **Merkmale der Bedrohungen und Gefahren** gegenwärtiger sowie möglicher zukünftiger Konflikte werden kompakt zusammengefasst, um daraus die Herausforderungen und Anforderungen für Streitkräfte abzuleiten:

- Vielfalt von Akteuren und Mitteln und Bedrohungen ohne Trennschärfe
- Krisen- und Konfliktherde weltweit
- 5 Operationsräume (der Informationsraum ist herauszuheben)
- kein klassischer Kriegsschauplatz mehr; wir haben immer eine 360-Grad-Front
- Proliferation aller Arten von Waffen und Kampfmitteln nach überall
- MVW, Trägermittel
- Hochtechnologie, Dual-use-Güter
- terroristische Kampfführung (dabei MVM)
- Grenzenlosigkeit
- Regellosigkeit
- Privatisierung von Kriegen (macht-orientierte oder ideologische oder ökonomische Zweckbündnisse)
- Vermischung mit organisierter Kriminalität
- Not, Elend, Epidemien, Flüchtlingsbewegungen, ökologische Katastrophen, Verteilungskämpfe
- hohe Dynamik im Wechsel von Intensität und Ausdehnung der Konfliktaustragung

Dem müssen Streitkräfte begegnen.

Bei der Herausarbeitung der Folgerungen für die Streitkräfte ist vor allem zu beachten, dass eine Vielzahl der aufgeführten Bedrohungen überhaupt nicht oder jedenfalls nur sehr begrenzt mit dem Einsatz von Streitkräften bekämpft werden können.

Ein erster Mosaikstein der Folgerungen ist also einerseits die realistische Analyse, welcher Bedrohung wir mit Streitkräften begegnen können und andererseits, wie man die Streitkräfte im Einsatz zumindest vor daraus erwachsenden Gefahren schützen kann.

Streitkräfte müssen zunächst ein hohes Maß an Flexibilität in Einstellung, Personal, Struktur und Material haben, um der Vielfalt und der Unwägbarkeit Rechnung tragen zu können.

nen. Dafür gilt es im Weiteren, ein entsprechendes Fähigkeitsprofil zu entwickeln:

- (1) Streitkräfte und ihre Führung benötigen rechtzeitig den Überblick und Informationen über Lage, Entwicklungen, Fähigkeiten, Bedrohungen in der Welt im Allgemeinen und im Besonderen in definierten Regionen, also Einsatz- und Interessengebieten. Dort müssen sie jederzeit über ein erschöpfendes Lagebild verfügen, **Nachrichtengewinnung und Aufklärung** betreiben können.
- (2) Streitkräfte müssen jederzeit und an jedem Ort durch geeignete schlanke Führungsstrukturen und einsatzorientierte Kommandos sowie dazu passende Kommunikationsmittel die **Führungsfähigkeit** gewährleisten zu können.
- (3) Wegen der Unwägbarkeit möglicher Einsatzorte (ob an den Grenzen des Bündnisgebietes oder in fernen Ländern), der Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen Heimatland und Einsatzgebiet zur Versorgung und zum Kräfterechel, zur Evakuierung und kurzfristigen Verstärkung, schließlich um durch Beweglichkeit vor Ort Kräfte zweckmäßig einsetzen zu können, ist **Mobilität** eine unverzichtbare Forderung.
- (4) Die **Wirksamkeit im Einsatz** ist durch bedrohungsgerechte Ausbildung und Ausrüstung sicherzustellen. Waffen, Waffensysteme und Kampfmittel müssen sich konventionellen Streitkräften ebenso wie marodierenden Banden geeignet stellen können. Sie müssen aber auch helfen, Aufgaben mit polizeilichem Charakter erfüllen zu können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese gesamte Palette an einem Schauplatz verlangt wird, wie die Erfahrungen zeigen.
- (5) Damit eng verbunden ist die Optimierung von **Überlebensfähigkeit und Schutz** der Kräfte, ebenfalls durch die bestmögliche Schutzausstattung. Diese Ausrüstung und Ausbildung muss sich insbesondere an der Bedrohung über die gesamte Bandbreite von Steinwürfen über

konventionelle Waffen, über terroristische Attacken mit Raketen und Sprengstoffen, bis hin zu Angriffen mit biologischen oder chemischen Wirkmitteln orientieren. Um zu jeder Zeit und überall überleben und den Auftrag erfüllen zu können, muss die Ausstattung für verschiedenste Regionen und Umweltbedingungen anpassbar sein.

- (6) Alles das kann im Einsatzfall nur auf Dauer vorgehalten und abgeleistet werden, wenn die **Unterstützung und Durchhaltefähigkeit** von vorn herein gewährleistet ist. Die von Beginn an vorhandene und ununterbrochen geleistete Unterstützung vom Heimatland nach Überall, mit allem was im Einsatz gebraucht wird, sowie die Fähigkeit Personal regelmäßig abzulösen, zu ersetzen oder zu verstärken, ermöglicht gleichbleibende Leistung im Einsatz vor Ort. Nur so ist Glaubwürdigkeit und Abschreckungsfähigkeit gegeben. Die Einbeziehung von Reservisten ist hier, die aktuellen Einsätze zeigen es, unverzichtbar. Eine weitere wichtige Rolle, hier jedoch nur am Rande erwähnt, spielen die in den privaten Sektor ausgelagerten Dienstleistungen.

Diese sechs miteinander verzahnten **Fähigkeitskategorien** ergeben das **Fähigkeitsprofil der Streitkräfte**, mit welchem sie sich heutigen und zukünftigen Bedrohungen stellen können. Solche Streitkräfte müssen zur **vernetzten Operationsführung** befähigt werden, so dass sie im ständigen Kreislauf des Verbunds von Aufklärung, Führung und Wirkung, den zeitlichen, informationellen, technologischen und waffenwirksamen Vorteil gegenüber dem Gegner nachhaltig ausnutzen können. Das ist eine der wenigen nachhaltigen Wirkungen gegen einen unkonventionellen, asymmetrisch und regellos agierenden Gegner.

Interoperabilität als Schlüssel zu Streitkräftegemeinschaft und Multinationalität als weitere Merkmale moderner Einsatzdurchführung ergänzen die Fähigkeiten sinngemäß.

5. Zusammenfassung

In drei Aspekten zusammengefasst heißt das,

1. Die Risiken und Gefahren sind vielfältig, schnell wechselnd und unberechenbar. Die Menschheit hat noch kein gemeinsames Verständnis über das friedliche Miteinander entwickelt.

Das Bild gewaltsamer Auseinandersetzungen hat sich in diesem Kontext vollständig verändert. Ebenso vollständig müssen sich Streitkräfte wandeln, um der Falle der reaktiven Anpassung zu entgehen.

Die Vielfalt der Bedrohungen verlangt auch die Vielfalt der Gegenmaßnahmen. Streitkräfte sind heute nunmehr Teil eines Systems, das in seiner Gesamtheit gegen diese Gegner und Gefahren vorgehen muss. So wichtig wie die Erweiterung und Verbesserung der Fähigkeiten von

Streitkräften ist, so wichtig ist auch, dass sie nicht überfordert werden und – mehr oder weniger überraschend – ihre originäre Aufgabe nicht mehr leisten können.

2. Der Soldat als Mensch. Ihm kann nicht einfach ein Profil verordnet werden. Er erwirbt es sich durch Lernen und Erfahren. Neben fachlicher und soziokultureller Kompetenz, braucht der Soldat vor allem moralisches Rüstzeug.

In den modernen Konflikten gerät alles aus den Fugen. Erlebte unvorstellbare Grausamkeiten an Unbeteiligten und an dem Nebenmann in der Patrouille dürfen nicht Jähzorn und Rache nach sich ziehen. Gleichzeitig muss der Sinn erkennbar sein, warum und wozu der Soldat all das erleben und erleiden muss.

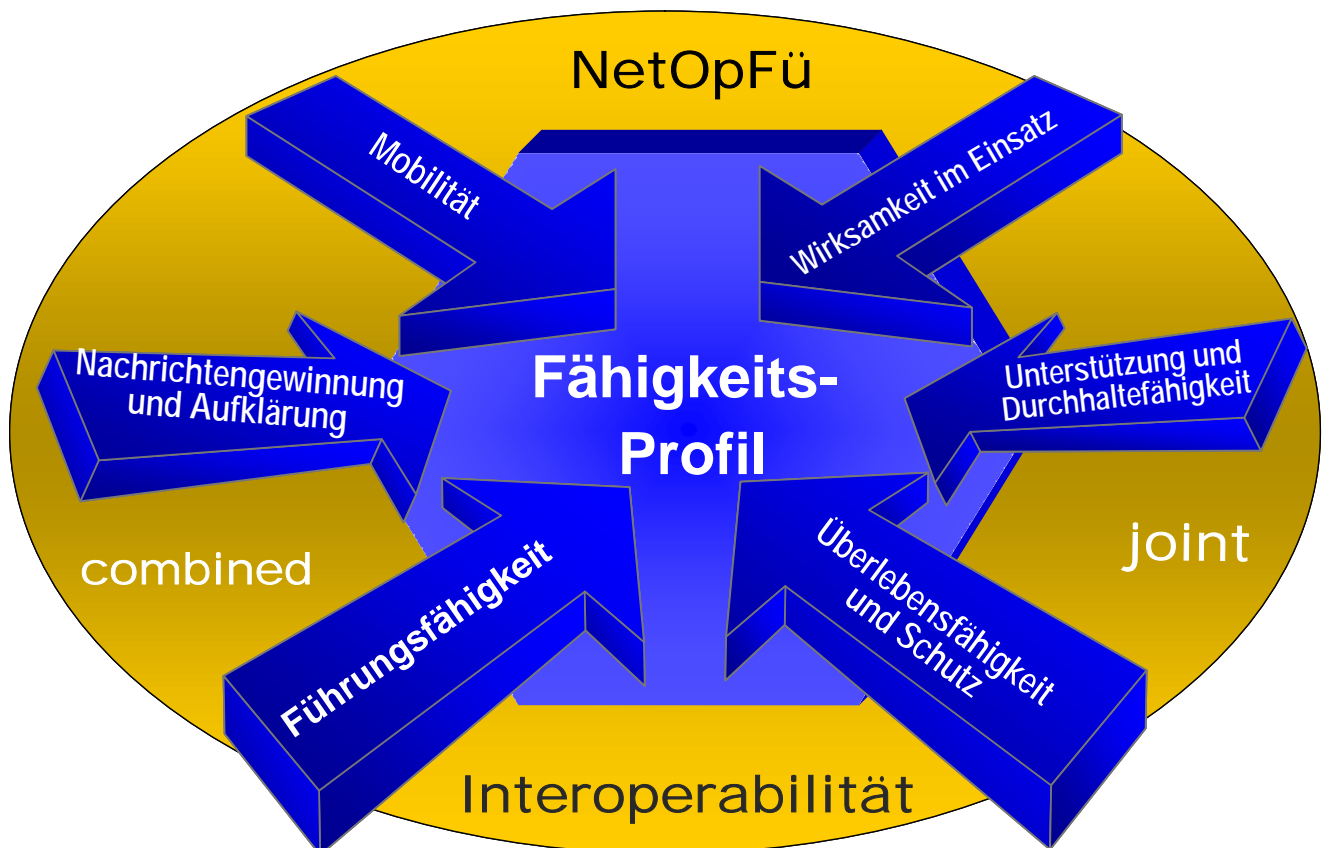
Das ist die größte Herausforderung für die Streitkräfte und die Gesellschaft.

3. Frustration in der Betrachtung der Realitäten ist natürlich. Resignation ist tödlich. Hoffnung gibt es.

Vor ein paar Jahrzehnten herrschte Agonie in den Trümmern Europas des Zweiten Weltkrieges. Vor wenigen Jahren noch bildeten zwei deutsche Armeen beiderseits der innerdeutschen Grenze den Krieg gegeneinander aus. Mittlerweile bilden wir im vereinten Europa für gemeinsame multinationale Friedenseinsätze aus. In einigen Jahren werden nationale Streitkräfte in einer europäischen Armee aufgehen.

Vor 200 Jahren starb Immanuel Kant. Seine Idee vom „Ewigen Frieden“, der von Vernunft und Recht getragen wird, hat sich in Teilen durchgesetzt und sie wird sich weiter durchsetzen. Wir brauchen nur Geduld und Ausdauer. □

FOLGERUNGEN FÜR DIE STREITKRÄFTE



Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte

Zum ersten Male werden in der Buchreihe 'Forum Innere Führung' völker- und wehrrechtliche Beiträge in der vorliegenden Komplexität und Komprimiertheit vorgestellt. In einer Zeit des sich rasant verändernden sicherheitspolitischen Umfeldes müssen sich Streitkräfte auf völlig neue Aufgaben und Handlungsfelder einstellen Dies gilt in besonderer Weise für die Bundeswehr“, heißt es im Geleitwort von Band 24 „Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte. Darin heben der Bundeswehr-Verbandsvorsitzende Oberst Bernhard Gertz und der Leiter der Karl Theodor Molinari Stiftung e.V., dem Bildungswerk des Bundeswehr-Verbandes e.V., Oberst a.D. Franz Josef Pütz, hervor, dass „der konkreten Bindung an Recht und Gesetz“ dabei eine ganz besondere Bedeutung zukomme. „Recht und Soldatische Ordnung waren und blieben ein wichtiger Anwendungsbereich der Konzeption der „Inneren Führung“. Von daher sei es unabdingbar, „die sich fortentwickelnden Meinungen und Auslegungen des Völkerrechts im Auge zu behalten und am Rechtsrahmen für die Bundeswehr zu messen“, unterstreichen die Verfasser des Vorwortes.

Nach dem 11. September 2001 seien der internationale Terrorismus und seine Bekämpfung ein weites Feld rechtlicher Fragestellungen. Dr. Dieter Fleck habe zum übergreifenden Thema „Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte“ nicht nur die entsprechende Tagung der Deutschen Gesellschaft für Wehrrecht und Humanitäres Völkerrecht (am 26./27. Februar 2004 in Bonn) organisiert, sondern er habe auch dafür Sorge getragen, dass die entsprechenden Beiträge in dieser Form der Öffentlichkeit vorgestellt werden können. Dafür sprachen Gertz und Pütz dem Herausgeber sowie den Autoren ihren Dank aus und betonten abschließend: „Die Innere Führung unserer Bundeswehr bleibt uns Verpflichtung, dies gilt vor allem für deren rechtlichen Rahmen.“

„Der 11. September 2001 hat die Welt verändert. Terroristische Anschläge bis dahin nicht gekannter Art und nicht geahndeten Ausmaßes erschütterten nicht nur das unmittelbar betroffene Land. Die Reaktion der Staatengemeinschaft ließ nicht lange auf sich warten. Internationale Vereinbarungen zur Bekämpfung des Terrorismus wurden geschlossen, nationale „Sicherheitspakete“ geschnürt. Und auch militärische Operationen gegen den Terrorismus begannen auf globaler Ebene“, beginnt das Vorwort des vorliegenden Bandes von Dr. Dieter Weingärtner. Er ist Leiter der Rechtsabteilung des Bundesministeriums der Verteidigung und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Wehrrecht und Humanitäres Völkerrecht.

„Fragen nach der völkerrechtlichen Legitimität einzelner insbesondere militärischer Aktionen traten dabei zunächst in den Hintergrund. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass das internationale Recht für viele der sich neu ergebenden Rechtsprobleme keine eindeutigen Antworten bereitstellt und die klassischen völkerrechtlichen Kategorien auf die neuen Sachverhalte in mancherlei Hinsicht nicht passen. Hinzu kommt, dass das Völkergewohnheitsrecht kein starres Rechtsgebiet ist, sondern einer dynamischen Anpassung an die Rechtsauffassungen der Staaten unterliegt.

Gleichwohl darf der politische Zwang zum Handeln die wissenschaftliche Debatte über die Rechtmäßigkeit staatlicher Handlungen nicht verdrängen“, betont Dr. Weingärtner. Über Jahrzehnte und Jahrhunderte entwickelte Rechtsgrundsätze dürften nicht allein deshalb über Bord geworfen werden, weil sie in der tagespolitisch geprägten Perzeption der Akteure einer effektiven Bekämpfung von Risiken und Gefahren entgegenstünden. Auf der anderen Seite machten es die neuen „asymmetrischen“ Bedrohungsszenarien auch erforderlich, über die Legitimität zusätzlicher Instrumente zu ihrer Bekämpfung nachzudenken.

Dies gelte für die nationale Ebene in ähnlicher Weise wie für die internationale. Auch hier sei zu prüfen, ob die veränderte Lage, die ja auch mit der terroristischen Bedrohung in Deutschland in den 70-er und 80-er Jahren des 20. Jhs. nicht zu vergleichen sei, nicht besondere Gegenmaßnahmen notwendig mache bis hin zum Einsatz der Streitkräfte. „Das Grundgesetz trifft anders als Verfassungen anderer Staaten eine deutliche Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit und den jeweils in ihrer Gewährleistung beruhenden Instruktionen. Und es erlegt auf Grund historischer Erfahrungen den Streitkräften enge Schranken für einen Einsatz im Innern auf. Dabei ist die Auslegung der maßgeblichen Verfassungsbestimmungen im Einzelnen umstritten. Doch sollte auch die Frage, ob die derzeitige Grenzziehung zwischen Polizei und Streitkräften angesichts der veränderten Gefahrenlage noch angemessen ist, kein Tabuthema sein“, bemerkt der Leiter BMVg Rechtsabteilung.

Die Veröffentlichung der auf der angesprochenen Veranstaltung gehaltenen Vorträge, ergänzt um zwei weitere Beiträge sowie um zusammenfassende Empfehlungen des Herausgebers, solle die juristische Debatte vorantreiben, Hinweise zur Rechtsanwendung geben und zugleich ein Beitrag zur Politikberatung leisten.

Ganz bewusst bildeten dabei Menschenrechtsfragen einen der Schwerpunkte. „Menschenrechte stellen ein Kernelement des Rechtsstaates und unserer Kultur insgesamt dar. So berechtigt das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und so diffizil bei staatlichen Maßnahmen die Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit auch ist: Geraten im Kampf gegen den Terrorismus die Menschenrechte in Vergessenheit, stellen wir unsere Werte selbst in Frage“, warnt Dr. Weingärtner am Ende seines Vorwortes.

Der nachfolgende Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis gibt einen Überblick über die aufgegriffenen Themen und die Autoren:

I Einführung von *Dieter Fleck*

Teil A: Völkerrecht

- II Reaktionen auf 'bewaffnete Angriffe' durch nichtstaatliche Akteure: Selbstverteidigung oder Strafverfolgung von *Christian Walter*
- III Der Begriff des Terrorismus und der formale Friedensbegriff des Völkerrechts und des innerstaatlichen öffentlichen Rechts von *Martin Hochhuth*
- IV Zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr in der Terrorismusbekämpfung. Analysen und Empfehlungen aus der Sicht des internationalen Menschenrechtsschutzes von *Wolfgang Heinz*
- V Die Menschenrechtsverpflichtungen von Streitkräften bei antiterroristischen Maßnahmen im Ausland von *Roman Schmidt-Radefeldt*
- VI Derogation von Menschenrechtsverpflichtungen in Notstandslagen von *Stefanie Schmahl*
- VII Die Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts auf terroristische Akte und ihre Bekämpfung von *Silja Vöneky*

Teil B: Verfassungsrecht

- VIII Verfassungsrechtliche Grundlagen polizeiähnlicher Einsätze der Bundeswehr von *Joachim Wieland*
- IX Einsatz der Streitkräfte zur Abwehr terroristischer Bedrohungen im Luftraum von *Tade M. Spranger*
- X Präventives Töten von *Mordechai Kremnitzer*

Teil C: Gerichtliche Kontrolle

- XI Die gerichtliche Kontrolle von militärischen Operationen von *Heike Krieger*

Teil D: Empfehlungen des Herausgebers

- XII Vorschläge für Gesetzgebung, Exekutive und internationale Zusammenarbeit

Anhang mit: English Summary, Autorenverzeichnis, Verzeichnis der geltenden Verträge und Gesetze, Sachverzeichnis

Forum Innere Führung, Band 24: Dieter Fleck (Hrsg.), „Rechtsfragen der Terrorismusbekämpfung durch Streitkräfte“. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2004. (bt)

MILITÄRBISCHOF MIXA ZU THEMEN:**USA –Internationaler Strafgerichtshof – Folter**

Der katholische Militärbischof Walter Mixa hat die USA aufgefordert, das Statut des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag zu ratifizieren. Verstöße gegen internationales Recht müssten in einem gerechten Prozess überprüft und gegebenenfalls geahndet werden, sagte Mixa am 17. Mai der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Lourdes. „Nach den Folterungen im Irak wäre es wünschenswert, ja sogar notwendig, diese Verbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu verhandeln“, so Mixa. Einen ähnlichen, elementaren Verstoß gegen die Menschenwürde wie die Folterungen im Gefängnis Abu Chaid schloss der Bischof für die rund 7.700 im Ausland eingesetzten deutschen Soldaten aus.

Die Bundeswehr vermittele den Soldaten in international vorbildlicher Weise ethisches Verantwortungsbewusstsein. Der Militärbischof unterstrich, daran sei auch die katholische Militärseelsorge beteiligt. Der lebenskundliche Unterricht trage zur ethischen Ausbildung bei, die hass-erfüllte und irrationale Verstöße gegen die Menschenwürde ausschließen, betonte Mixa. Er unterstrich weiter die besonderen Gefahren der Bundeswehreinsätze im Ausland. Auch deutsche Soldaten könnten in Situationen kommen, in denen sie aus Notwehr den Tod ihres Angreifers in Kauf nehmen müssten. „Es ist klar, dass ein Soldat im Auslandseinsatz dem Tod näher steht als ein Zivilbürger in Deutschland“, sagte Mixa. Neben der geistlichen Betreuung während der Auslandsmissionen sei deshalb auch die Betreuung von in Deutschland gebliebenen Familienangehörigen ein Kernbereich der Militärseelsorge.

Folterungen im Irak scharf verurteilt

Auch bei der Abschiedsfeier der 46. Internationalen Soldatenwallfahrt am Sonntag, dem 16. Mai, in Lourdes verurteilte der Militärbischof die Folterungen von irakischen Gefangenen auf das Schärfste. Er rief die Soldaten auf, ihren christlichen Glauben nicht zu verstecken und einen persönlichen Beitrag zum interreligiösen Dialog der Kulturen zu leisten. Dazu seien Orte der geistlichen Begegnung wie Lourdes unverzichtbar.

Folter durch deutsche Soldaten für undenkbar

Auch in einem Interview mit „Radio Vatikan“ (15.05.2004) machte Militärbischof Walter Mixa deutlich, er traue deutschen Soldaten im Auslandseinsatz keine Folterungen zu. Augenscheinlich seien die US-amerikanischen und britischen Soldaten im Irak zu wenig auf ihren Einsatz vorbereitet worden, sagte Mixa. Deutsche Soldaten würden vor Auslandseinsätzen wochenlang geschult, was Sitten, Religionen und Eigenheiten des Einsatzlandes angehe. Dass deutsche Soldaten sich wie ihre amerikanischen oder britischen Kameraden verhielten, sei völlig undenkbar.

Der Eichstättener Bischof wandte sich angesichts der Folterungen durch amerikanische und britische Truppen im Irak gegen eine pauschale Verurteilung von Soldaten. Folter sei jedoch auf gar keine Weise zu legitimieren. „Das ist gegen die Personenwürde des Menschen, und wenn jemand keine Aussage machen will, dann macht er eben keine Aussage. Aber jemanden zu foltern, das halte ich für ganz unwürdig gegenüber der menschlichen Person“, so Mixa weiter. Vor allem wenn es sich bei den Folterern um Christen gehandelt habe, erschwere das die Situation ungemein: „Es ist ja nicht so, dass diese Soldaten in einer Situation der Notwehr wären, sondern sie haben es ja mit wehrlosen Menschen zu tun.“ (KNA)

Auf der Suche nach Toleranz zwischen den Konfliktparteien im Nahen und Mittleren Osten

THOMAS W. GEYER

Die Spirale von Gewalt und Terror dreht und dreht sich. Und keiner weiß wohin. Genutzt haben Gewalt und Gegengewalt in den vergangenen vier Jahren in Israel und Palästina und zurzeit im Irak keinem. Im Gegenteil, sie haben viele Unschuldige – Kinder und Erwachsene – das Leben gekostet oder sie für den Rest ihres Lebens zu Invaliden verstümmelt. Nirgends hat dieses „Spiel“ von Terror und Gewalt die Menschen in den betroffenen Ländern dem Frieden näher gebracht.

Wie kann man diesen Teufelskreis durchbrechen? Wo liegen die Ursachen dieser tief greifenden Konflikte? Kurz gesagt: Es mangelt bei den Konfliktparteien an der notwendigen Toleranz.

Wo bleibt die Wirkkraft von Toleranz in der Begegnung von Menschen und Völkern? Es mag helfen, dass man den lateinischen Ursprung des Wortes „tolerare“ näher betrachtet. Dahinter steckt die Vorstellung, dass man eine schwere Last aufgeladen bekommt und diese auszuhalten vermag wie ein Esel. Diese Last kann buchstäblich gemeint sein,

aber auch, dass mir ein Mensch aufgeladen wurde, den ich bereit bin, ein Stück seines Lebens mit zu tragen, ihn zu *er-tragen*, zu erdulden, bis er wieder auf eigenen Füßen stehen kann. Das gilt nicht nur für das einzelne Individuum, sondern auch in der Beziehung zu Menschengruppen und Völkern.

In der Zeit, in der ich das Schicksal anderer mittrage, finde ich immer mehr Verständnis für ihre Probleme und lerne Hintergründe ihrer Konflikte kennen. Die Zeit des Mittragens wird zum Lernprozess und führt zur Annäherung an die, die mir bisher fremd waren. Es macht mich bereit zum gemeinsamen Gespräch und Handeln.

Auf diesem Hintergrund langjähriger Erfahrungen im Heiligen Land will ich mich in diesem Abschnitt auf die Suche nach der Toleranz im Nahen und Mittleren Osten machen. Zugegeben, als ich vor vierzehn Jahren ins Heilige Land kam, war ich vollkommen unbedarft. Es gab für mich die Juden im Lande, die zum Teil den Holocaust überlebt und nicht immer freiwillig Europa hinter sich gelassen hatten. Es gab Araber und Palästinenser, von deren Geschichte ich überhaupt nichts wusste. Noch waren für mich Araber und Palästinenser ein und dasselbe, und sie waren für mich wie für viele Europäer Muslime. Dass es unter ihnen Christen gab, war mir nur ganz vage bewusst. Erst in der Begegnung mit den Menschen im Lande habe ich gelernt, dass es einen großen Unterschied zwischen Arabern und Paläs-

tinensern gibt. Ihre Geschichte ist eine leidvolle seit Jahrhunderten. Dieser Erfahrungshintergrund hat mich auf Spurensuche nach Toleranz in diesem Pulverfass zwischen Israelis und Palästinensern, sowie Juden, Christen und Muslime, Orientalen und Okzidentalern (Abendländer) gemacht. Daher die Fragen nach Hintergründen: Warum ist es so, wie es ist? Wieso konnte es zur Spirale von Gewalt und Gegengewalt kommen? Wo sehe ich Chancen den Teufelskreis zu durchbrechen ... Widerspruch kann hilfreich sein bei der Suche nach einem gemeinsamen Weg zum Frieden im Heiligen Land und seiner näheren und weiteren Umgebung. Denn wenn Jerusalem den ersehnten Frieden findet, wird es dem Frieden der einen Welt dienen.

Hintergründe von Gewalt und Terror in Israel und Palästina – Der Ausbruch der 1. Intifada

Im Dezember 1987 kam es zu Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten. Dabei wurde ein Sechzehnjähriger, der mit Steinen warf, vom israelischen Militär erschossen. Seine Beisetzung wurde zu einer Demonstration gegen die damals bereits 20 Jahre andauernde Besatzung. Während dieser Demonstration griffen die Soldaten ein und erschossen zwei weitere Jugendliche: Ein Fanal für die so genannte erste Intifada. – Intifada ist ein arabisches Wort und meint „abschütteln“. Dahinter steckt das Bild eines Esels, der bereit ist, eine Zeit lang schwere Lasten und auch seinen Herrn zu tragen. Es kommt aber die Zeit, da wird ihm die Last zu schwer und er schüttelt sie ab.

Diese so genannte erste Intifada war die der Mütter und Kinder. Die Mütter schickten ihre Kinder zum Steinewerfen an die „Front“. Sie sollten die Panzer mit Steinen bewerfen und so den Unmut der Bevölkerung mit der Besatzung zum Ausdruck bringen. – Männer und Väter hielten sich durch passiven Widerstand im Hintergrund. Sie weigerten sich, Steuern an die Besatzung zu zahlen und wanderten dafür ins Gefängnis.

Die israelische Regierung war der Überzeugung, dass dieser Aufstand nur ein kurzes Intermezzo sein würde. Dennoch überdauerte die erste Intifada den ersten Golfkrieg. Erst



*„... Jerusalem, du starke Stadt,
dicht gebaut und festgefügt. ...
Wer dich liebt sei in dir geborgen!
Wegen meiner Brüder und Freunde
will ich sagen: In dir sei Friede!“ (Ps 122)*

Die Altstadt von Jerusalem: Hier sitzen die drei monotheistischen Weltreligionen dicht an dicht. Ist Jerusalem eine Stadt des Friedens, wie es Psalm 122 als Wunsch ausdrückt oder nicht eher ein Ort ewiger Konflikte und Kämpfe?

Die neuste Errungenschaft, die Israel und Palästina trennt:
Eine neun Meter hohe Mauer aus Beton, Zeichen der
unüberbrückbaren Barriere auch in den Köpfen.
Man kennt einander entweder als Besatzer oder
als Terrorist, der Mensch bleibt auf der Strecke.

Eine Stimme zur Trennmauer:

„Ich verstehe die Angst und den Kummer von Israel.
Ich bin mir aber sicher, dass die Mauer nicht die Antwort ist.
Israel will sich vor den Angriffen der Terroristen schützen,
aber die Wirklichkeit der Mauer trennt das Dorf von den
Feldern, die Schule von den Kindern, das Krankenhaus
von den Kranken; das alles ist schwierig zu verstehen.
Es ist eine Antwort der Angst, die keinen Bestand
haben wird, weil die Kraft der Ideen und die Kraft
des Lebens alle Mauern überwindet.“

P. Pierbattista Pizzaballa OFM, im Mai vom Papst ernannter
Leiter der Franziskaner-Kustodie im Heiligen Land

Zu Israels neuen Grenzsperrn s.a. Beitrag auf Seite 31



mit den Osloverträgen Ende 1992 kam sie zum Erliegen. Israel musste anerkennen, dass es ein palästinensisches Volk gibt, das ein Recht auf Land und Heimat hat. Zum ersten Mal in ihrer langen Geschichte waren die Palästinenser nun als solche anerkannt. Mit den Osloverträgen hatten sie eine Identität bekommen. Sie wurden zu Vertragspartnern und waren nicht mehr nur Besetzte. Seither durften sie ihre Flagge öffentlich zeigen, was bis zu diesem Zeitpunkt bei Androhung höchster Strafen durch den israelischen Staat verboten war. Kaum jemand erinnert sich noch daran, dass es bis dahin bei Strafe verboten war, die Bezeichnung „Palästinenser“ in der Öffentlichkeit für die Menschen in der Westbank zu benutzen. Sie waren eben „Araber“. Uri Avnery, damals ein hoher Beamter des israelischen Außenministeriums, wagte es zum ersten Mal öffentlich, die Menschen in der Westbank „Palästinenser“ zu nennen. Die Folge war, dass er für einige Monate ins Gefängnis gehen musste. Heute gehört der 1923 in Beckum geborene Avnery auch in seinem fortgeschrittenen Alter zu den unermüdlichen israelischen Friedensaktivisten. – Und inzwischen ist es selbstverständlich, dass in den Medien von Palästinensern und palästinensischen Gebieten gesprochen wird.

Das ist auch für die christliche Minderheit, die zu 96% aus Palästinensern besteht, von außerordentlicher Bedeutung: Vorher fielen sie unter die Bezeichnung „Araber“, die sie aber nicht waren und auch nicht

sein wollten. Araber war für sie gleichbedeutend mit Muslim. Aber wer sind sie, die die Schulen deutscher, italienischer und französischer katholischer Ordensleute oder englische Schulen der Anglikaner und deutsche Schulen der Lutheraner, der Diakonissinnen und die „Schneller-Schulen“ besuchten? Ein Beispiel: 1993, mitten in der Intifada, publizierte der palästinensische Priester Rafiq Khoury die Schrift: „Palästinensisches Christentum – Erfahrungen und Perspektiven“ (Kleine Schriftenreihe des Kulturvereins Aphorisma Heft 7/1993). Darin erzählt er auch seine eigene Geschichte. Er besuchte als Jugendlicher die französische Schule der Lasalle-Brüder in Jerusalem. Er erwähnt, dass er in dieser Schulzeit mehr über Jeanne d'Arc erfahren habe als über die palästinensische Geschichte. Dahinter steckt der Vorwurf, dass die Palästinenser ihrer Identität beraubt und quasi zu „Halbeuropäern“ ausgebildet wurden. Ähnlich: Zwei Jahre früher publiziert Mitri Raheb, der lutheranische Pfarrer von Betlehem, sein Buch: „Ich bin Christ und Palästinenser“. 1989 stellte der erste palästinensische Patriarch seit der Wiederbegründung des lateinischen Patriarchats 1847, Michel Sabbah, in seinem ersten Pastoralbrief die Frage: „Wer sind wir Christen?“ Auf diese Frage gibt er die Antwort: „Wir sind Palästinenser.“ Damit hatte er den Christen zu ihrer eigenen Identität verholfen. All das ist noch jüngste Vergangenheit und beginnt, Konsequenzen zu zei-

gen bis in die Theologie (kontextuelle Theologie), die Verkündigung, Pastoral und Katechese. In diesem Zusammenhang ist auch die erste Synode der katholischen Kirchen des Heiligen Landes (Lateiner, Melkiten, unierte Syrer und Armenier, Chaldäer) zu nennen, die im Frühjahr 1999 zusammentrat und ein starkes Selbstbewusstsein an den Tag legte.

Daher ist es für uns Europäer wichtig, die folgende Frage zu verstehen. Sie spielt eine große Rolle bei den Konflikten im Vorderen Orient in Vergangenheit und Gegenwart.

Was ist eigentlich ein Palästinenser?

Auch in Europa werden Palästinenser und Araber aus historischer Unkenntnis in einen Topf geworfen. Die Palästinenser selbst fühlen sich dadurch gedemütigt. Als Palästinenser bezeichnet man historisch jene, die von sich sagen können, dass sie schon bei der Zerstörung Jerusalems im Jahre 70 n.Chr. in jenem Land wohnten, das von den Römern Palästina benannt wurde. Dieses Palästina reichte etwa vom Süden des heutigen Libanon bis Gaza und von der Mittelmeerküste bis zum Jordan.

Im 7. Jh. wurde die palästinensische Bevölkerung durch die Islamisierung vom Süden der arabischen Halbinsel her ihrer Identität beraubt. Die muslimischen Araber waren nun die Herren im Land. Sie arabisierten die Palästinenser, die so ihre eigene Sprache und damit ihre eigene Identität verloren. In der Folge wurden

sie bis in die Gegenwart mit den Arabern gleich gesetzt. Araber und Palästinenser wurden aber bis heute niemals echte Freunde. Die Palästinenser arrangierten sich im Alltag mit den neuen Herren und wurden zum größten Teil Muslime. Nur ein kleiner Teil der Palästinenser blieben Christen: Bis heute führen sie ihren Ursprung auf Jesus von Nazareth zurück.

Fast 1200 Jahre ringen sie nun bis in unsere Tage um ihre Eigenständigkeit. Nach der Eskalation von Aufständen und Gewalt im 20. Jh. gegen Türken, Engländer und schließlich Israelis, haben dann die Oslo-Verträge bei den Palästinensern viele Hoffnungen geweckt. Von Ende 1992 bis zur Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin am 5. November 1995 wuchs in der palästinensischen Bevölkerung eine große Euphorie, dass bis Ende 1997 ein palästinensischer Staat entstehen würde. Durch die Ermordung Rabins wurde diese Hoffnung auf einen Schlag zerstört. In Israel war ein Machtvakuum entstanden. Es war kein starker Mann in Sicht, der das Werk Rabins fortsetzen konnte. In dieses Vakuum explodierte die „Busbombe“ im Frühjahr 1996 vor der Hauptpost in Jerusalem. Erneut keimte bei den Israelis das Misstrauen den Palästinensern gegenüber: „Mit denen kann man keinen Frieden machen!“

Es begannen wieder militärische Aktionen in den palästinensischen Gebieten. Die politischen Gespräche wurden immer mehr eingeschränkt. Sie kamen mit dem Besuch des Jerusalemer Tempelberges durch den derzeitigen Ministerpräsidenten Ariel Scharon am 28. September 2000 ganz zum Erliegen. Hoffnungen auf baldigen Frieden, die im Hinblick auf das Heilige Jahr 2000 und den Papstbesuch im März 2000 aufgeblüht waren, waren mit einem Mal zunichte. Die zweite Intifada bzw. „Al-Aqsa-Intifada“ brach gewalttätig aus: dieses Mal nicht mehr nur mit Steinewerfen, sondern mit Waffengewalt und Selbstmordattentaten gegen das israelische Militär und die israelische Bevölkerung. Der Ausbruch dieser sog. Zweiten Intifada ist das Ergebnis höchster Frustration bei der palästinensischen Bevölkerung, insbesondere auch darüber,

dass man jede Gesprächsbasis mit ihnen verlassen hatte und die autonomen Gebiete wieder besetzte, bis heute. Die autonomen palästinensischen Behörden wurden nicht mehr ernst genommen, mehr und mehr entmachtet und über die autonome Verwaltung Reiseverbote verhängt.

Politische Gespräche wurden ersetzt durch Terror und Gewalt. Das Wechselspiel von Gewalt und Gegengewalt zwischen Israelis und Palästinensern ist das Ergebnis des Verlusts an Toleranz: Man spricht nicht mehr miteinander. Der Stärkere demütigt den Schwächeren. An die Stelle gleichwertiger Partnerschaft tritt einseitiges Diktat. Anstelle von Freizügigkeit zwischen den Grenzen tritt eine acht Meter hohe Mauer. Die Enteignung palästinensischen Landes wird durch massiven Siedlungsbau fortgesetzt. Schließlich ist das palästinensische Gebiet durch israelische Siedlungen von Norden nach Süden und von Westen nach Osten zergliedert. Das Land besteht aus einzelnen Apartheid-Zonen. Die Basis für einen Frieden zwischen beiden Völkern ist vorerst gestört, wenn nicht sogar zerstört.

Die ganze Dramatik kann man auf einen Nenner bringen: Sprachlosigkeit. Man sucht nicht mehr das aufrichtige Gespräch in gegenseitiger Partnerschaft. Israelis – außer den Siedlern – ist es bei Strafe verboten, palästinensisches Gebiet zu betreten. Die Palästinenser bleiben in den jeweiligen Kleinzonen ihrer Stadt eingesperrt und dürfen diese nur mit Genehmigung des israelischen Militärs verlassen. Da jede Begegnung und Kommunikation beider Bevölkerungsgruppen unterbunden ist, lernen sich die Menschen auch nicht näher kennen; man kennt einander entweder als Besatzer oder als Terrorist. Ein solche Sprach- und Beziehungslosigkeit verstärkt die Feindbilder: Man redet und sieht nicht mehr einander. Ein absoluter Mangel an Toleranz.

Toleranz: ein Weg zu Frieden und Versöhnung

Toleranz setzt voraus, dass Möglichkeiten bestehen, Menschen zu begegnen. Im Gespräch, im gemeinsamen Arbeiten oder im gemeinsamen Feiern den anderen besser ken-

nen lernen, um ihn dann auch besser zu verstehen, den Hintergrund seines Denkens und Handelns, seine Religion und Kultur kennen zu lernen. Daraus kann tiefere Partnerschaft und Versöhnungsbereitschaft erwachsen. Gerade im Nahen und Mittleren Osten, wo Kulturwelten – Judentum, Christentum und Islam – einander begegnen, ist das notwendig.

Als Europäer muss man bei allen Begegnungen und Gesprächen darum wissen, dass man, ob man will oder nicht, das „christliche Hemd“ trägt und entsprechend denkt und argumentiert: Griechische Philosophie und Christentum haben bis hin zur Aufklärung unser Denken und Weltbild geprägt hat; das verstehe ich unter „christlichem Hemd“.

Andererseits muss dem Gesprächspartner aus dem orientalischen Kulturkreis zugestanden werden, dass er aus dem Blickwinkel eines anderen Weltbildes denkt und urteilt, sei es jüdischer oder muslimischer Prägung. Diese Grundregel muss berücksichtigt werden, wenn ich den anderen ernst nehmen und ihn zumindest bis zu einer gewissen Grenze verstehen will. Daraus kann dann Versöhnung und Frieden erwachsen. In der Begegnung mit Palästinensern und Israelis zum Beispiel fehlt eine solche Form von Toleranz und auch schon, das Bemühen, den anderen zu verstehen.

Dass es trotz widrigster Umstände möglich ist, Barrieren zu durchbrechen, beweisen die Preisträger des Mount Zion Award 2003: der Palästinenser Rami Nasser Edin aus Ostjerusalem und die Israelin Keren Assaf aus Tel Aviv mit ihrer Initiative „Breaking Barriers“.

Ein bisschen Friede, der an der Basis und nicht in der großen Politik zu wachsen beginnt. Viele solcher kleinen Friedensinitiativen, die es in Israel und Palästina im Stillen gibt, können eines Tages zum großen Frieden zusammenwachsen. Ein Hoffnungsschimmer trotz aller Gewalt und Gegengewalt!

Lernprozess Toleranz im heutigen Irak: Begegnung von Orient und Abendland

Auch im aktuellen Irakkonflikt muss es für Amerikaner und andere Westmächte in der Begegnung mit

den Menschen vor Ort zu einem Lernprozess auf dem Weg zur Toleranz kommen. An erster Stelle müssen sie als „christliche Nationen“ sich mit der Welt des Islams vertraut machen, um Welt und Umwelt der Menschen, die dort leben, kennen und vielleicht zumindest etwas verstehen zu lernen. Frieden und Versöhnung lassen sich weder planen und noch viel weniger diktieren; schon gar nicht, wenn man die vorherrschende Kultur, Religion und Lebensgewohnheiten nicht berücksichtigt. – Der Orient ist von jeher von einer patriarchalen Gesellschaftsstruktur geprägt, die wir ja auch aus dem Alten und Neuen Testament kennen und die bis heute in der islamischen Welt ihre Bedeutung

hat. Die muslimisch-orientalische Welt kennt keine philosophisch-wissenschaftliche Entwicklung wie unsere europäisch-christliche Aufklärung: Noch immer herrscht ein gesamtheitliches Weltbild von Denken und Handeln; Religion bestimmt die Politik und Politik die Religion wie noch im christlichen Mittelalter. Europäer oder Amerikaner müssen lernen, dass man in dieser Kultur Demokratie nicht erzwingen kann. Im Dialog muss ein Weg gefunden werden, wie zwei verschiedene Kulturwelten miteinander versöhnt werden können. Dieser Weg ist mühsam und braucht Zeit und den Willen zu Toleranz, den anderen kennen zu lernen, ihn zu respektieren und in seiner Andersartigkeit anzuerkennen.

Das gilt für das Zusammenleben aller Menschen und Völker, wenn sie eine friedvolle Zukunft gestalten wollen.

(aus: 25. Rundbrief der Abtei Hagia Maria Sion, Jerusalem – 21. März 2004, s. 20 ff.) □

Papst ermutigt zu Pilgerreisen ins Hl. Land

Johannes Paul II. ermutigt zu „Pilgerreisen des Friedens“ in das Heilige Land, um Solidarität mit der örtlichen christlichen Gemeinde zu bezeugen. Pilgerreisen sind eine entscheidende Einkommensquelle für viele Christen im Heiligen Land, das sich seit dem Ausbruch der zweiten Intifada in Aufruhr befindet. – Über den Zeitraum der letzten elf Monate haben zusätzliche 2.000 arabische Christen das Heilige Land verlassen, darunter 1.000 aus Bethlehem. Vor zwanzig Jahren, zählten die arabischen Christen in den besetzten Gebieten an die 100.000. Heute macht ihre Zahl, trotz des Wachstums der gesamten Arabischen Bevölkerung, 60.000 aus. (nach ZENIT 24.05.2004)

Israels Zaun – eine neue Berliner Mauer?

Die israelische Sicht der neuen Grenzsperrn

Zur Erinnerung: Die Berliner Mauer wurde am 13. August 1961 durch die DDR gebaut, um ihre Bürger an der Flucht in den Westen zu hindern. Im Nahen Osten wollen weder die Israelis aus ihrem Land noch die Palästinenser aus ihren Autonomiegebieten fliehen. Israelis sind z.B. bis zum Beginn der 2. Intifada in die Palästinensergebiete gefahren, um dort aus Kostengründen einzukaufen oder Ärzte aufzusuchen. Aus den Autonomiegebieten wiederum sind zehntausende von Menschen zum Arbeiten für ihren Lebensunterhalt nach Israel gekommen, was beiden Seiten nützte. Warum baut nun Israel seit dem 16. Juni 2002 trotz aller Proteste in der Welt diesen mindestens 365 Kilometer langen, teuren Zaun, um die israelischen und palästinensischen Siedlungen zu trennen? AUFTRAG versucht ohne Wertung die israelische Sicht zu diesem Problem darzulegen.

Durch die gezielten palästinensischen Selbstmordattentate sind in Israel seit Beginn der 2. Intifada 1.000 Menschen getötet und Tausende für ihr Leben verstümmelt worden. Unter Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta betont Israel, dass nach internationalem Recht kein Staat dazu verpflichtet sei, bewaffnete Angriffe hinzunehmen. Außerdem wirft Israel der Autonomiebehörde unter Präsident Arafat vor, kaum etwas gegen die militanten terroristischen Organisationen Hamas, Jihad und Al-Aksa-Brigaden zu unternehmen, die die Vernichtung des jüdischen Staates zum Ziel haben. Die Antwort Israels auf diese Situation ist der Bau des Zaunes, um seine Bürger weitgehend vor diesen Selbstmordanschlägen und anderen Angrif-

fen zu schützen – wie es die Pflicht eines jeden Staates ist.

Dieser sog. „Antiterrorzaun“ besteht – wenn die örtlichen Gegebenheiten keine Besonderheiten erfordern – aus einem Stacheldrahtverhau, einem Graben gegen Fahrzeuge, einem geeegten Streifen, einem zweiten geeegten Streifen, einer Patrouillenstraße einem dritten geeegten Streifen und noch einem Stacheldrahtverhau. Dieser Zaun verläuft in Anlehnung an die Waffenstillstandslinie von 1949, die sog. „Grüne Linie“. Dabei verläuft der Zaun aus israelischer Sicht teilweise aus taktischen Gründen auch über palästinensische Grundstücke und wird militärisch überwacht. Ein Kilometer des Antiterrorzauns soll einschließlich der Personalkosten den israelischen Staat

zwei Millionen Euro kosten.

Auf einer Länge von 40 bis 50 Kilometer, an der schmalsten Stelle des jüdischen Staates, wird eine bis zu neun Meter hohe Mauer gebaut. Sie soll Scharfschützen daran hindern, auf Israelis zu schießen. Entlang der neuen Trans-Israel-Autobahn wurde z.B. bei Kalkilja die Höhe der Mauer so berechnet, dass man bei einer Reichweite von 600 Metern mit einer AK-47 (Kalaschnikow) vom höchsten Gebäude in diesem Ortsteil einen Doppeldeckerbus auf der Autobahn nicht treffen kann. Das palästinensische Kalkilja liegt nur zehn Minuten zu Fuß von dem israelischen Kfar Saba entfernt. Von Kalkilja aus wurden in den vergangenen Jahren sechs Terroranschläge begangen, die 25 Israelis das Leben kosteten und weitere 113 verletzten. Jetzt ist der palästinensische Ort von Israel hermetisch abgeriegelt.

Israel ist sich der humanitären Folgen für die Palästinenser sehr wohl bewusst und versucht deshalb Erleichterungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich für die betroffenen Menschen zu schaffen. So werden 16 Prozent der Finanzmittel für den Grenzzaun aufgewandt, um die Erschwernisse abzumildern. Es bekommt jeder Palästi-

nenser für Grundstücke, die er durch den Bau des Zaunes verloren hat, eine Entschädigung. Außerdem haben diese Klagerecht vor dem Obersten Gerichtshof in Israel, der auch schon auf diesem Wege Grenzzaunveränderungen durchgesetzt hat. Bislang wurden auch im Auftrag der israelischen Armee 90.000 Olivenbäume nicht nur ausgerissen – wie die Medien weltweit berichteten –, sondern auch wieder eingepflanzt. Teilweise wurden sie dann noch drei Monate lang bewässert, um das Anwachsen zu unterstützen.

Neben fünf großen umfangreichen Grenzstationen gibt es im Abstand von wenigen Kilometern jeweils Tore im Zaun, die je nach den örtlichen Erfordernissen genutzt werden.

Dabei werden auch die Palästinenser gefragt, wann für ihre Bedürfnisse die Zaundurchlässe geöffnet werden sollte. Die israelischen Sicherheitsbehörden versuchen dann diesen Wünschen gerecht zu werden. Mancherorts wird ein Tor nur für bestimmte landwirtschaftliche Zwecke wie Bestellen der Äcker, Pflege der Olivenbäume oder die Ernte geöffnet. An etlichen Stellen gibt es Sonderregelungen z.B. für eine Beduinenfamilie, die außerhalb des Zaunes wohnt, damit ihre Kinder aber in eine palästinensische Schule gehen können. In einem anderen Fall hat ein Palästinenser, dessen Haus auf israelischer Seite steht, selbst einen Schlüssel für das Tor, damit er in sein Dorf gehen kann. Aber alle negativen Auswirkungen des Zaunbaus können für die Palästinenser natürlich nicht ausgeglichen werden, was auch die Israelis wissen. Letztere wollen mit dem militärischen Zaunbau Terroristen am Eindringen nach Israel hindern, um die Bevölkerung zu schützen.

Nach statistischen Untersuchungen zeigt sich bereits die Effektivität dieses Sperrzaunes sowie anderer vorbeugender Aktivitäten: Seien im 1. Halbjahr 2002 noch 318 Israelis getötet worden, seien dagegen im 1. Halbjahr 2004 „nur“ noch 60 Israelis durch feindliche Handlungen ums Leben gekommen, meldete die Rheinische Post aus Düsseldorf am 26.06.2004. Die positiven Auswirkungen der erfolgreichen Schutzmaßnahmen seien schon im israelischen deutlich geworden. Auch die

Autodiebstähle wären bis zu 60% zurückgegangen. Aufgrund all dieser Gegebenheiten weisen die Israelis den palästinensischen Vorwurf zurück, sie wollten sich mit dieser „Apartheidsmauer“ nur palästinensisches Land aneignen.

Überwacht wird die Sicherheitsbarriere rund um die Uhr durch Kommando- und Kontrollzentren mit Unterstützung modernster Tag- und Nachtsichtkameras. Dabei werden auch bereits vor dem Zaun Bewegungsmelder eingesetzt, die sehr empfindlich reagieren und acht verschiedene Alarmsignale abhängig von dem störenden Subjekt auslösen. Mit Kameras können dann sekun-

denschnell die Ursachen des Alarms festgestellt werden. Gegebenenfalls können auch Patrouillen an den entsprechenden Ort geschickt werden.

Man kann nur hoffen und wünschen, dass dieser Antiterrorzaun in nicht zu ferner Zukunft durch Friedensabkommen und nachfolgende gut nachbarschaftliche Beziehungen zum Wohle aller Menschen im Nahen Osten überflüssig und beseitigt wird. Die Entwicklung in Europa nach dem Ost-West-Konflikt ist hierfür ein gutes Beispiel.

(bt – nach Internet, „Fischer Weltalmanach“ 2003 u. 2004 sowie „pro“ 3/2004 Christliches Medienmagazin – der israelreport)

SYNAGOGEN-JUBILÄUM IN ROM:

Papst will christlich-jüdische Freundschaft

Ein Ende von Hass, Feindschaft und Gewalt zwischen den abrahamitischen Religionen im Heiligen Land hat Papst Johannes Paul II. gefordert. In einer Grußbotschaft zur 100-Jahr-Feier der römischen Synagoge beschwor das Kirchenoberhaupt am Sonntag, dem 23. Mai 2004, die Gemeinsamkeiten von Juden und Christen. Es sei notwendig, aber genüge nicht, die tragische Vergangenheit zu beklagen und Feindschaft gegenüber dem jüdischen Volk zu verurteilen. Man müsse heute Freundschaft, Hochachtung und brüderliche Beziehungen miteinander entwickeln, forderte der Papst.

Die Botschaft wurde beim Festakt in dem jüdischen Gebetshaus am Tiber-Ufer von Kardinalvikar Camillo Ruini verlesen, der den Papst zusammen mit dem deutschen Kurienkardinal Walter Kasper vertrat. Das Schreiben wurde von den Versammelten zum Teil mit stehenden Ovationen aufgenommen. Die Synagoge sei Symbol und Erinnerung der über 2.000-jährigen Präsenz der jüdischen Gemeinde in Rom, die älter sei als die der Christen, erinnerte der Papst. Sein Besuch in dem Gebetshaus im April 1986 sei für ihn ein „tief prägendes“ Symbol der neuen Beziehungen zwischen dem jüdischen Volk und der katholischen Kirche seit dem Konzil – nach mitunter schwierigen und quälenden Perioden.

„Ihr seid und bleibt das erstgeborene Volk des Bundes“, unsere „älteren Brüder“, betonte das katholische Kirchenoberhaupt. „Ihr wart bereits Bürger dieser Stadt Rom vor 2.000 Jahren, bevor der Fischer Petrus eintraf und auch Paulus hierher in Ketten kam!“ Und er fügte hinzu: „Jesus ist Jude, und er ist es für immer.“ Die katholische Kirche habe sich seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) um eine Aussöhnung mit dem Judentum bemüht, führte der Papst aus. Sie habe alle Ausdrucksformen des Antisemitismus verurteilt und im Heiligen Jahr 2000 die Vergehen von Christen in der Zeit des 2. Weltkriegs bereut und um Vergebung gebeten.

Blutvergießen im Heiligen Land beenden

Besorgt äußerte sich der Papst über die anhaltende Gewalt im Heiligen Land. „Es werde zu viel unschuldiges Blut von Israelis und Palästinensern vergossen“, so der Papst wörtlich. Man müsse den „Gott des Friedens bitten, dass die Feindschaft nicht mehr in Hass diejenigen mitreißt, die sich an den gleichen Vater Abraham wenden – Juden, Christen und Muslime“. An deren Stelle müsse das klare Bewusstsein um die gemeinsamen Bande und die Verantwortung treten, die auf ihnen lastet, mahnte der Papst. (KNA)

Die „Genfer Initiative“ — Frieden auf einem gemeinsamen Weg mit einem fest formulierten Ziel

Nur der Plan wird Frieden bringen, der von beiden Zivilbevölkerungen unterstützt wird!

Am 6. März wurde der Abt der Jerusalemer Benediktiner Abtei Hagia Maria Sion, Benedikt M. Lindemann, mit dem „Göttinger Friedenspreis“ ausgezeichnet. Den Preis erhielt Abt Benedikt u.a. für die interreligiösen Initiativen, die von der Jerusalemer Abtei ausgehen, und für das Suchen nach einem tragenden Grund des Friedens, die den Boden mit bereitet hat für die „Genfer Friedensinitiative vom 1. Dezember 2003. Die Laudatio im Rahmen der Preisverleihung in der Universität Göttingen hielt Dr. Antje Vollmer, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Der Preis wird seit 1999 jedes Jahr durch die Stiftung Dr. Roland Röhl verliehen, deren Zweck die Förderung der Konflikt- und Friedensforschung ist.

Im Folgenden dokumentieren wir den Teil der Rede, in dem Frau Vollmer die „Genfer Friedensinitiative“ erläutert. Diese zwischen Privatpersonen aus Israel und Palästina ausgehandelte Vereinbarung hat einen Friedensschluss zum Ziel, der nach Überzeugung nicht nur der Initiatoren die vier Kernprobleme des Nahostkonflikts lösen kann:

- (1) die Zukunft der jüdischen Siedlungen im Westjordanland und im Gaza-Streifen,
- (2) die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge,
- (3) den Status von Jerusalem und
- (4) die gegenseitige Anerkennung des israelischen und des palästinensischen Staates.

Dieser Tage sind palästinensische Kläger vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gezogen, um gegen den so genannten „Schutzwall“ zu klagen, den Israel seit fast zwei Jahren gegen den Terror aufstellt. Nicht nur für uns Deutsche, die eine ganz besondere Beziehung zu derartigen Mauern haben, da wir vor fast 15 Jahren selbst eine Trennungsmauer eingerissen haben, wirken vor allem die Teile des Walls, die aus Beton errichtet werden, entsetzlich einschüchternd, und gleichzeitig strahlen die neun Meter hohen Mauerstücke auch eine gigantische Hilflosigkeit aus, als ob man jede Hoffnung auf intellektuelle Wege der Konfliktlösung aufgegeben hätte.

Es spielt keine Rolle, zu welchem Ergebnis das Gutachten des Gerichtshofes kommt. Die Mauer ist in jedem Fall ein Anachronismus in einem ebenso unzeitgemäßen Krieg zwischen den Israelis und den Palästinensern.

Die physische Barriere ist keine Lösung. Jeder kann sich das vorstellen. Der Hass sickert durch jede Ritze wie Wasser. Auf die Dauer kann

nur die Strategie im Nahen Osten erfolgreich sein, die unbeirrt daran arbeitet, die jahrzehntelang eingravierten Gefühle des Hasses und der Demütigung umzuleiten in eine Energie, die aus der Ausweglosigkeit heraus in eine friedliche Zukunft führt. Wenn Krieg, Gewalt und schützende Mauern die Lösung nicht hervorbringen, muss ein anderer Weg gefunden werden. Verhandlungen auf der Regierungsebene und Pläne von Staatsmännern hat es zuhauf gegeben. Oslo-Prozess, Mitchell-Plan, Camp David-Verhandlungen. Kluge und erfahrene Politiker haben mit den unterschiedlichsten Strategien und mit unterschiedlich weitreichender Kompromissbereitschaft versucht, Frieden herzustellen. Aber alle Pläne sind gescheitert. Vielleicht war es uns doch noch nicht wichtig genug? Vielleicht haben wir uns immer noch nicht genug um eine Lösung bemüht, die den Punkt der Wende zum Besseren wirklich trifft? Auch die „Roadmap“ wird durch die täglichen blutigen Auseinandersetzungen zur Unglaublichkeit verurteilt.

Der nächste Versuch, Frieden in dieses Chaos zu bringen, muss vor al-

lem eines erringen: die Unterstützung der beiden Zivilgesellschaften. Israelis und Palästinenser stecken in ihren eigenen Spiralen des Hasses aufeinander, der Angst vor der Gewalt, der Trauer um die unermesslichen Verluste und der Verzweiflung ob des fehlenden Auswegs. Nur der Plan kann jetzt gelingen, der die Menschen hinter sich bringt und ihre Unterstützung erlangt, so dass die Öffentlichkeit dann wiederum Druck auf die Politik in Richtung Friedensprozess ausüben kann.

Es gibt jetzt einen neuen Entwurf für eine friedliche Lösung, die das Zeug dazu hat, genau diese überzeugende Wirkung auf die israelische und die palästinensische Gesellschaft auszuüben – die „Genfer Initiative“. ...

Am 1. Dezember des letzten Jahres ist in der Schweiz die „Genfer Initiative“ unterzeichnet und der Öffentlichkeit präsentiert worden. Unter der Federführung von Yossi Beilin, dem ehemaligen israelischen Justizminister, und Yaser Abed-Rabbo, dem ehemaligen palästinensischen Informationsminister, haben israelische und palästinensische Politiker, Militärs und Intellektuelle zwei Jahre lang verhandelt und schließlich dieses einmalige Papier vorgelegt. Es hat schon einige Vorschläge zur Klärung des Nahost-Konfliktes gegeben. Welche Qualität muss ein neuer Plan also haben, um jetzt Hoffnungen wecken zu können? Die „Genfer Vereinbarung“ sticht durch einige Aspekte aus der Masse der bisherigen Vorschläge heraus:

1. Sie erfüllt die Grundvoraussetzungen eines jeglichen Erfolg versprechenden Planes, nämlich dass sie von beiden Seiten **gemeinsam** ausgehandelt worden ist. Und zwar handelt es sich auf israelischer Seite um Politiker der Arbeiterpartei, hochrangige Militärs, sogar ein ehemaliger Mossad-Chef, auch Verhandlungspartner von früheren Friedensabkommen sind dabei. Intellektuelle und Schriftsteller wie Amos Oz und David Grossmann, der frühere Botschafter Avi Primor, Mitglieder der Friedensbewegung

und Wissenschaftler unterstützen die Initiative. Auf palästinensischer Seite haben ehemalige Minister der Autonomiebehörde, Wissenschaftler aus den Bereichen Geographie, Archäologie, Juristen, ja sogar Vertreter der Führung der ersten Intifada und ein General des Sicherheitsdienstes in der Westbank an dem Vertragswerk mitgearbeitet. Diese Zusammenarbeit bedeutet auch, dass die Palästinenser erstmalig das Recht der Juden auf einen eigenen Staat anerkennen.

2. Das Einzigartige der „Genfer Vereinbarung“ aber ist vor allem, dass mit ihr ein detaillierter Plan vorgelegt wird, der für alle Einzelheiten des Friedensschlusses einen durch Vertreter beider Seiten ausgehandelte Lösung anbietet – ein Ziel, nicht nur den Anfang des Weges. Bisher kannte man nur Pläne, die grobe Richtungen vorgaben und Termine zur Lösung der schwierigen Fragen festsetzten, ohne konkrete Vorschläge zu wagen.

In den Jahrzehnten des Nahostkonflikts haben sich vier Kernprobleme herauskristallisiert, die unlösbar scheinen. Diese vier Probleme sind: (1) die Zukunft der jüdischen Siedlungen im Westjordanland und im Gaza-Streifen; (2) die Zukunft der palästinensischen Flüchtlinge; (3) der Status von Jerusalem und (4) die gegenseitige Anerkennung des israelischen und des palästinensischen Staates.

Was sagt die „Genfer Vereinbarung“ zu diesen vier Kernpunkten? – Sie schlägt radikale Kompromisse vor.

(1) Mit den **Siedlungen** soll folgendermaßen verfahren werden: Es gelten die Grenzen vom 4. Juni 1967, also vor dem Sechstagekrieg. Sämtliche Siedlungen in den besetzten Gebieten werden

aufgegeben und in benutzbarem Zustand den Palästinensern übergeben.

(2) Die **Flüchtlingsfrage** wird auf Basis der Resolutionen 194 der UN-Generalversammlung und 242 des UN-Sicherheitsrates sowie des Vorschlags der arabischen Friedensinitiative behandelt. Das heißt, dass die Flüchtlinge ein Recht auf Kompensation für ihr Flüchtlingsdasein und den Verlust von Eigentum haben. Dafür wird ein internationaler Entschädigungsfond eingerichtet. Israel kann von seiner Einzahlungssumme den Wert der auf- und übergebenen Siedlungen abziehen. Die Flüchtlinge können hinsichtlich ihres Bleiberechts zwischen mehreren Optionen wählen: Sie können sich im Staat Palästina, in Gebieten, die im Rahmen des Gebietsaustausches von Israel an den Staat Palästina übergehen, in Drittstaaten, in momentanen Gaststaaten und in Israel niederlassen.

(3) **Jerusalem** wird für beide Staaten die Hauptstadt, die Souveränität wird geteilt. Ein interkonfessionelles Gremium zur Lösung aller religiösen Fragen wird eingerichtet – und hier stoßen wir unmittelbar auf das, was in ihrem Haus an guter Tradition gesät wurde. Es herrscht Freiheit der Religionsausübung. Auf dem Tempelberg (Haram al-Sharif) soll es eine multinationale Präsenz geben: das Plateau unter palästinensischer und die Klage-mauer unter israelischer Aufsicht; es wird dort keine Ausgrabungen bzw. Bauunternehmungen geben ohne Zustimmung der israelischen und der palästinensischen Seite. Die muslimischen, armenischen und christlichen Teile der Altstadt sollen zu Palästina und das jüdische Viertel zu

Israel gehören. Die jüdischen Stadtteile in Ostjerusalem werden aufgegeben.

(4) **Palästina und Israel** werden nach der „Genfer Vereinbarung“ ihre Souveränität gegenseitig anerkennen und normale diplomatische Beziehungen miteinander aufnehmen. – Die Implementierung und Lenkung des Friedensprozesses wird durch verschiedene Gremien und Schlichtungsmechanismen begleitet, die stets durch beide Parteien besetzt und entschieden werden.

Dies sind nur die vier wichtigsten Bereiche, die dieser Friedensplan regeln will. Beiden Seiten werden dabei unendlich schwierige Kompromisse abverlangt. Aber das Besondere ist: all diese Punkte sind machbar. ...

Seit ihrer Unterzeichnung Ende letzten Jahres wird die „Genfer Vereinbarung“ auf der ganzen Welt diskutiert. Natürlich ist sie nur ein Anfang, denn sie wurde nicht zwischen den Regierungen, sondern zwischen privaten Bürgern ausgehandelt.

Aber der Plan hat das Zeug dazu, den gesellschaftlichen Willensbildungsprozess der Palästinenser und der Israelis neu in Gang zu setzen. Ist erst einmal die Zivilgesellschaft überzeugt, kann sie Druck auf ihre beiden Regierungen ausüben und den Friedensprozess wieder weiter vorantreiben. Es wäre nicht das erste Mal in unserer Geschichte, dass am Ende die Zivilgesellschaft und individueller Mut einen friedlichen Weg für scheinbar unlösbare Fragen vorwärts getrieben hätten. Der Zusammenbruch des Ostblocks und die damit verbundene Beendigung des Kalten Krieges ist ein Beispiel, das uns dazu als erstes in den Sinn kommt.

(gekürzt aus: 25. Rundbrief der Abtei Hagia Maria Sion, Jerusalem vom 21. März 2004, S. 9 ff.) □

ISLAMISMUS UND WESTLICHE WELT:

Radikaler Islamismus und der laizistische Fundamentalismus führen zum Zusammenprall der Kulturen

Nach Einschätzung des spanischen Terrorismusexperten Javier Jordán wird der Zusammenprall der Kulturen nicht nur durch den radikalen Islamismus hervorgerufen, sondern auch durch den laizistischen Fundamentalismus. Javier Jordán, Autor des Werkes „Profetas del Miedo“ („Propheten der Angst“), ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Granada. In einem Interview mit Zenit am 13. Mai erklärte er, dass „der radikale Islamismus eine totale Ausrichtung der Gesellschaft nach den Maßstäben seiner Religion zum Ziel hat und der laizistische Fundamentalismus danach strebt, jede Spur Gottes in der öffentlichen Sphäre auszulöschen“.

„Es handelt sich um zwei Extreme, die die Bezeichnung ‚Zusammenprall der Kulturen‘ rechtfertigen“, unterstreicht Jordán, der wissenschaftliche Studien bei der NATO betrieb und mit dem „Centro Superior de Estudios de la Defensa nacional en España“ (Spanisches Zentrum für das Studium der Nationalen Verteidigung) zusammenarbeitete. Seit Jahren widmet er sich der wissenschaftlichen Erforschung des Terrorismus und den Themen der Sicherheit und Verteidigung.

Wer sind die Propheten der Angst?

Jordán: Mit diesem Namen wollte ich mich auf die zwei ideologischen Führer des islamischen Terrorismus beziehen. Der bekannteste unter ihnen ist Osama Bin Laden, aber es gibt auch noch andere, die mit dem Al-Qaida Netzwerk verbunden sind, wie Omar Abdelrahman (in den Vereinigten Staaten unter Arrest), Abu Qatada (in Großbritannien unter Arrest) oder Ayman Al-Zawahiri (nach ihm wird derzeit gefahndet).

Jeder von ihnen rechtfertigt das, was man den „globalen Dschihadismus“ nennt: Den weltweiten heiligen Krieg gegen alle falschen Muslime und ungläubige Feinde des Islam. Seit Jahren haben diese Menschen dem Westen und den meisten Regierungen der arabischen Länder mit Terroranschlägen gedroht, wie jene in den Vereinigten Staaten, in Spanien und anderen Ländern wie den Philippinen, Indonesien, der Türkei, Marokko und viele weitere.

Mit ihren Gewaltaktionen, ihrer Propaganda, die hauptsächlich über das Internet verbreitet wird, und der Rekrutierung von einzelnen Personen wollen sie einen weltweiten Widerstand aufbauen, der ihre Gegner destabilisieren und vernichten soll. Deshalb weckt die so heikle Situation im Irak große Erwartungen in ihnen. Sie vertrauen darauf, die USA auf eine ähnliche Weise besiegen zu

können wie die Sowjets in Afghanistan besiegt wurden.

Warum sprechen Sie vom islamistischen und nicht vom islamischen Terror?

Jordán: Diese Art von Terrorismus ist im islamistischen Umfeld verankert, das von den Medien auch als islamischer Fundamentalismus bezeichnet wird. Der Islamismus ist eine politisch-religiöse Ideologie, die nicht alle Muslime teilen und die die Länder mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit durch soziale Aktivitäten re-islamisieren, aber auch den Staat selbst islamisieren will. Sie wollen keinen konfessionslosen Staat.

Das letzte Ziel der Islamisten ist es, den ganzen Planeten zu islamisieren. Im Augenblick konzentrieren sie sich auf die Länder, in denen der Islam die am meisten vertretene Religion ist. Die Mehrheit dieser Gruppierungen gestattet keine Anwendung von Gewalt aus religiösen Motiven, aber aus ihnen heraus erwachsen kleinere Abspaltungen, die Gewalt als Instrument zur Islamisierung der Gesellschaft sehr wohl akzeptieren.

Es handelt sich hierbei um eine Gewalt, die gegen all jene ausgeübt wird, die öffentlich gegen die religiösen Gesetze verstoßen, gegen diejenigen, die ohne die islamischen Gesetze regieren und gegen die, die sie

zu den Feinden des Islam zählen: Der Westen im Allgemeinen und im Besonderen die Vereinigten Staaten und Israel.

Sie behaupten, dass „die Religion an sich nicht die Quelle der Gewalt ist, sie sich aber in einen Multiplikator der Barbarei wandeln kann“. Wie ist das möglich?

Jordán: Unter den Ursachen des islamistischen Terrorismus findet man die ideologische Motivation, die aus einer radikalisierten Lesart des Islam wächst. Für diejenigen, die diese Minderheitenansicht teilen (und in absoluten Zahlen gesprochen sind das immer noch Tausende Menschen), ist die Religion sehr wohl die Erklärung und die Rechtfertigung für solche Gewaltakte. Dazu kommen noch weitere Faktoren: Demütigung, Frustration, Rachegelüste. Das Argument der Religion verleiht allen diesen Gefühlen einen ideologischen Zusammenhang.

Der Rückgriff auf die Religion ist nicht immer eine Entschuldigung oder eine Instrumentalisierung. Viele dieser Personen sind wirklich religiös, wenn sie den Gruppen des Dschihad beitreten. Wie kann diese Perverterung der Religion demnach erklärt werden? Die radikale Lesart kann als Zusammentreffen der Gefühle der Wut und des Hasses verstanden werden – in einigen Fällen sogar als eine Religion, die die Nächstenliebe ausschließt.

Wenn man die Reden der Führer des Dschihad und die Abschiedsbotschaften einiger Selbstmordattentäter analysiert, findet man das, was in christlicher Terminologie Glaube und Hoffnung ist; was fehlt, ist die Nächstenliebe. Stattdessen macht sich der Hass gegenüber denjenigen breit, die als Feinde ihrer Religion betrachtet werden.

Sie vertreten einen Mittelweg zwischen dem religiösen Radikalismus und dem laizistischen Fundamentalismus. Wie gelangt man dorthin?

Jordán: Beide Positionen führen

dahin, dass die Religionsfreiheit nicht respektiert wird. *Der radikale Islamismus zielt auf eine totale Ausrichtung der Gesellschaft nach den Maßstäben seiner Religion, und der laizistische Fundamentalismus strebt danach, jede Spur Gottes in der öffentlichen Sphäre auszulöschen.* Es han-

delt sich hier um zwei Extreme, die die Bezeichnung „Zusammenprall der Kulturen“ rechtfertigen, der sich sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene vollziehen kann.

Der Mittelweg besteht in einer Konfessionslosigkeit des Staates und im Zusammenleben der verschiede-

nen Glaubensrichtungen, die in der Gesellschaft vorkommen, indem es erlaubt ist, diesen in der Erziehung, in den sozialen Aktivitäten und in den kulturellen Manifestationen öffentlich Ausdruck zu verleihen – all dies in einem Klima des gegenseitigen Respekts. (ZENIT.org)

Worin Dschihad und Kreuzzüge sich unterscheiden

Die Vorstellungen vom islamischen Dschihad und den christlichen Kreuzzügen mögen ähnlich erscheinen, aber es gibt tiefe Unterschiede zwischen ihnen, erklärt der französische Historiker Jean Flori am 14. Mai in einem Interview mit der katholischen Nachrichtengeneratur ZENIT. Flori ist Mediävist (Erforscher des Mittelalters) und Direktor des Staatlichen Zentrums für soziologische Forschung und des Zentrums für Studien der mittelalterlichen Zivilisation in Poitiers. Er ist Autor des Buches „Der heilige Krieg: Entstehung der Idee des Kreuzzugs im christlichen Abendland“, herausgegeben von Trotta und der Universität von Granada.

Die Frage, ob es möglich sei, die Kreuzzüge mit dem islamischen Gedanken des Dschihad zu vergleichen, beantwortete Flori gegenüber ZENIT mit „Nein, wenn sich die Frage um den gegenwärtigen Dschihad dreht, genauso wie er gepredigt wird und beklagenswerter Weise von den muslimischen Fanatikern, die wir Islamisten nennen, praktiziert wird.“

„In der Tat haben die Islamisten eine Politik des blinden Terrors angenommen und schlagen gegen westliche Bevölkerungen wahllos zu, mit keinem anderen Ziel als Rache und rassistischem und religiösem Hass“, erläuterte der Historiker. Im Gegensatz dazu hätten die Kreuzzüge, ganz gleich wie schrecklich und verurteilenswert sie gewesen seien, ein anderes Ziel gehabt, erklärte Flori, nämlich die Rückgewinnung und Verteidigung des Heiligen Grabes in Jerusalem, des wichtigsten heiligen Ortes des Christentums, der 638 von den Muslimen erobert wurde.

Trotzdem könne im Mittelalter in einem bestimmten Sinne der Kreuzzug mit dem Dschihad verglichen werden, nämlich in dem Sinne, dass „sie beide Massaker und Grausamkeiten zuließen“. Es gebe jedoch bemerkenswerte Unterschiede, hielt er fest. „Der Dschihad wurde von Anfang an von Mohammed, dem Gründer des Islam, praktiziert. Jesus hingegen lehnte in seinen Handlungen und in seinen Predigten jeden Griff

zu den Waffen und Gewalt ab.“

„Der Dschihad, in seiner kriegsähnlichen Form, wurde von Beginn an erlaubt“, bemerkte Flori. „Er ging dem christlichen heiligen Krieg voraus, der eine Abweichung von der kirchlichen Lehre war. Das Ziel des Dschihad war die Eroberung von Gebieten, die vom Islam nicht besiedelt waren, den sogenannten Kriegsgebieten, mit der Absicht, islamisches Recht zu etablieren und nicht, um seine Einwohner zu bekehren.“

„Der Kreuzzug hatte die Rückeroberung der heiligen Stätten und der alten christlichen Gebiete zum Ziel, die noch immer von zahlreichen christlichen Völkern bewohnt wurden“, sagte der französische Historiker. Flori erklärte, dass heute von manchen versucht werde, den von

den USA geführten Krieg mit dem Begriff des „Kreuzzug“ gleichzusetzen. Er meinte, dass die extremistischen Islamisten darüber nur glücklich damit sein könnten, da sie ja ihre eigenen Ziele mit Begriffen wie „Juden“, „Kreuzzüge“ und „Verräter und Tyrannen“ definieren – Wörter, die rassistische, religiöse und politische Untertöne tragen.

„Wenn es in der kriegsähnlichen Reaktion der Bush-Administration Facetten eines religiösen Fundamentalismus gibt, dann ist das beklagenswert, aber dieser Krieg kann nicht mit einem Kreuzzug oder einem heiligen Krieg verglichen werden“, sagte Flori. „Dieser Krieg wurde weder im Namen einer Religion gepredigt, noch verspricht er irgendeinen spirituellen Lohn für die Teilnehmer. Das wären Merkmale eines heiligen Krieges“, sagte er. „Nur religiöse Würdenträger könnten einen heiligen Krieg ausrufen“, fügte Flori hinzu. „Eine Proklamation dieser Art ist nur in einer Gesellschaft möglich, die vom Klerus kontrolliert und geführt wird, wie es in der mittelalterlichen christlichen Gesellschaft der Fall war, und wie es heute in muslimischen Staaten, die zahlreicher denn je sind, der Fall ist.“ (ZENIT.org)

KURZ BERICHTET: Islam ist fanatisch und zweideutig

Der Islam ist nach Ansicht des Schweizer Kurienkardinals Georges Maria Cottier fanatisch und zweideutig zugleich“. Es gelinge dem Islam nicht, sich gegen den Terrorismus zu verteidigen, sagte der Päpstliche Hoftheologe in einem Interview des in Kitzbühel erscheinenden „PUR“-Magazins. Vielleicht sei der Islam fanatisch, weil er keine Selbstsicherheit kenne. Die Religiosität der Muslime kann nach den Worten des Kardinals „für uns Christen zur Aufforderung werden, unseren eigenen Glauben bewusster zu leben“. Das müsse aber ohne Illusion geschehen, denn die Glaubenspraxis der Muslime in Europa sei sehr gering. Die Kontakte mit Muslimen, „die dies wünschen“, sollten verstärkt werden. Im Dialog könnten jene Werte erörtert werden, „die auch die unsrigen sind“. Cottier betonte weiter: „Alle Personen, die regen Kontakt zum Islam haben, bezeugen, dass es darin viele gute und ehrliche Menschen gibt.“ (KNA 25.05.2005)

Die Zeit der Zweideutigkeit muss vorbei sein

Der Dihad-Terror hat Europa erreicht.

Islam-Experte Bassam Tibi: Tappt Europa nun in die Falle von El Kaida?

„Seit dem 11. März 2004 ist es offensichtlich: Der Dihad-Terror hat Europa erreicht. Um ihrer Glaubwürdigkeit willen muss die europäische Islam-Diaspora überzeugend Abstand von dieser islamistischen Strömung nehmen. Taktische Lügen darf es nicht geben“, warnte Bassam Tibi in einem Beitrag der Zeitung „Die Tagespost“ (Nr.44/14. April 2004). Aufgrund der Aktualität des Themas bringt AUFTRAG eine Kurzfassung der Gedanken des Islam-Experten. Der Autor fordert die europäische Islam-Diaspora auf, sich eindeutig von dem Dihad-Terror abzugrenzen. Gleichzeitig sollen sich die Europäer vor einem falsch verstandenen Toleranzverständnis hüten.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen habe El Kaida bisher Westeuropa von ihrem Terror zum Erhalt ihrer Logistik und Unterstützungssysteme verschont. Offensichtlich gebe es bei El Kaida kein zentrales Kommando mehr bedingt „durch die Vernichtung ihrer Basen in Afghanistan, verbunden mit der militärischen Schwächung ihrer Kräfte in dem unkontrollierbaren Stammesgebiet ... in Nordpakistan“. Jetzt habe sich El Kaida weitgehend in eine dezentral Bewegung verwandelt. Dies bewiesen die durch die marokkanischen Anhänger der El Kaida unternommenen Anschläge vom 11. März in Madrid sowie die Aufdeckung von darin mit verwickelten Pakistani-Terrorzellen in Großbritannien. Es gehe dabei nicht um einfache kriminelle Taten, sondern um eine islamistische Strömung. Ihre Auswirkungen seien gleichbedeutend auf „den amerikanischen 11. September wie für den westeuropäischen 11. März“.

Dieser Dihadismus fuße auf einer falschen Auslegung des klassischen islamischen Dihad, dennoch stelle er sich als die „wahre Stimme des Islam“ religiös legitimiert und nicht außerhalb des Islam stehend dar. „Dihadisten schaden durch ihre Terroraktionen dem Islam und den Muslimen.“ Nun stünden Muslime unter dem Zwang, Abstand von dieser islamistischen Strömung zu nehmen. Zweideutige Stellungnahmen, falsche Solidarität unter Muslimen sowie die Behauptung, dieser Dihadismus habe mit dem Islam nichts zu tun, würden nur schaden.

Muslime müssten gegen den Dihadismus im Rahmen einer west-

lich-islamischen Sicherheitspolitik vorgehen, was die Führung der europäischen Islam-Diaspora nicht tue. Dagegen würde in einem deutschen Fernsehsender unwidersprochen von einer „Kopftuch-Muslima“ die Täuschung verbreitet: „Muslime demonstrieren nicht, weil dies nach dem Propheten als ‘Fitna/Unruhe’ gilt; Muslime sollten bei Unruhen zu Hause bleiben.“

Als Schüler habe er — merkt der Autor an — in Damaskus an sehr vielen Demonstrationen teilgenommen und er habe auch später oft in islamischen Ländern sehr große Demonstrationen erlebt. In seinen Islam-Studien sei er auch nie auf die „zitierte“ Aussage des Propheten gestoßen.

Das Schweigen der Islam-Diaspora rechtfertigen?

Fest stehe, dass zur Zeit des Propheten man nicht wusste, was eine Demonstration ist. Warum müsse mit einer Täuschung das Schweigen der westeuropäischen Islam-Diaspora gerechtfertigt werden? In Frankreich hätten Islamisten und Salafisten den Europäern nach dem 11. März vorgeworfen, „in Europa gedeihe ein Feindbild Islam!“, nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung.

Deshalb sei die Integration der in Europa lebenden Muslime die beste Sicherheitspolitik gegen das fortlaufende Eindringen des Dihadismus in die europäische Islam-Diaspora. „Im sunnitischen Islam gilt ‘Kutman/Verheimlichung der eigenen Position’ als Sünde, etwa im Gegensatz zum Schia-Islam, der die ‘Taqiyya/Täuschung durch Verstellung’ erlaubt“, stellt Bassam Tibi klar. Im

heutigen Europa mit seiner Religionsfreiheit sei daher jede Praxis der Taqiyya als unberechtigt anzuprangern und darüber sei aufzuklären. Statt der erhofften Offenheit durch die Religionsfreiheit müsse heute leider festgestellt werden, dass selbst manche sunnitischen Muslime in ihrem Einflusskreis die Haltung verträten, dass eine „Iham/Täuschung gegenüber Ungläubigen“ legitim sei. Dies schade aber zutiefst dem islamisch-europäischen Dialog.

Für einen Brückenschlag zwischen dem demokratischen Europa und dem Islam dürften alle damit verbundenen Schwierigkeiten nicht politisch korrekt unter den Teppich gefegt werden. Es müsse vielmehr geklärt werden, welche Voraussetzungen ein solcher Euro-Islam zu erfüllen hätte und welche Komponenten des Islam keinen Zugang zu Europa finden dürften. Vor allem dürften Scharia und Dihad nicht unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit geduldet werden. Die von Menschen gemachten Vorschriften der Scharia seien weder mit Demokratie noch mit Menschenrechten vereinbar.

Auch bedeute Dihad nicht nur „friedliche Anstrengung“, wie ein „Zeit“-Redakteur seinen Lesern die Formel „Dihad für Demokratie“ falsch vermittele. „Qital/Kampf“ sei nach dem Koran ein Bestandteil des Dihad. Dennoch sei der Dihad ein nach strengen Regeln geführter klassischer Krieg und damit kein Terror. Terrorismus bedeute dagegen Gewalt ohne Regeln und sei demnach kein Krieg. „Die Entwicklung vom Dihad zum Dihadismus (al-Djihadiyya) geht auf die 1928 in Kairo gegründete Muslim-Bruderschaft zurück. Der Begründer dieser Bewegung, al-Banna, hat in seinem Essay ‘Risalat al-Dihad’ die Grundlagen für den Dihadismus gelegt“; darin werde der klassische islamische Dihad zu einem djihadistischen Islamismus – Djihadiyya – umgedeutet, schreibt Bassam Tibi. Die Muslim-Bruderschaft sei die erste fundamentalisti-

sche Bewegung im Islam. Sie sei wegen ihrer dokumentierten Morde und Terroranschläge in ihrer Heimat, Ägypten, wie überall in der Welt des Islam verboten. Ihre legalen Zentren hätten sich in die westeuropäische Islam-Diaspora – vor allem in Deutschland – eingenistet.

Der Enkel von al-Banna, Tariq Ramadan, lebt als Schweizer in Genf und versuche den Europäern die Muslim-Bruderschaft als eine antikoloniale Bewegung darzustellen. In dem Buch des Islam-Experten Robert Spencer „Onward Muslim Soldiers“ zeige dieser im Einzelnen auf, wie Tariq Ramadan seine islamistischen Ansichten und Ziele vage und zweideutig formuliere, um als gemäßigter „europäischer Muslim“ dazustehen. Aber er mache dann halt, wenn es gelte, „die Trennung zwischen Religion und Politik für die in Europa lebenden Muslime unzweideutig zu akzeptieren.“

Nun sei es ein Merkmal des politischen Islam – Islamismus –, die Religion an die Politik zu binden. Aber eine Islam-Deutung könne nur dann europäisch sein, wenn sie Religion von Politik trenne. Deswegen müsse auch die Islam-Diaspora in Westeuropa öffentlich und kooperativ den Djihadismus bekämpfen.

Tappt Europa in die Falle von El Kaida?

„Diese Erwartung veranlasst zu der Frage: Wie realistisch ist ein Bündnis mit den Kräften des Euro-Islam zur Abwehr des Djihad-Terrorismus als neuem Totalitarismus? Hierbei ist zunächst festzustellen, dass Europa der Herausforderung durch den totalitären Islamismus macht- und ratlos gegenüber zu stehen scheint. Auf der Suche nach einer Antwort auf die djihadistische Bedrohung durch Islamisten, die sich in der Moscheevereinskultur überall in der europäischen Diaspora eingenistet haben, war bisher von europäischen Politikern wenig zu vernehmen“, kritisiert der Autor.

Um nicht in die Falle der El Kaida zu tappen, dürften die Europäer einerseits nicht das Selbstmitleid der Muslime als „neue Opfer Europas“ mitmachen. Andererseits müssten sie dazu beitragen, dass die Muslime nicht eine zunehmende Feind-

seligkeit fühlten. Eben diese erleichtere die Arbeit der Djihadisten, die die europäische Islam-Gemeinde für ihre Aktivitäten gewinnen wollen.

Im Jahre 1992 hatte Bassan Tibi in Paris im Rahmen eines Projektes „Islams d'Europe: Intégration ou Insertion Communautaire“ erstmals das von ihm entwickelte Konzept eines Euro-Islam vorgestellt, wurde aber bei seinem Einsatz zur Verwirklichung des Projektes sowohl von Islamisten als auch vom Hang mancher Europäer zur Political Correctness behindert. Nun staune er darüber, wie etwa der Vorsitzende des Islam-Rates, der Saudi-Araber mit deutschem Pass Nadeem Elias, zum 11. März zunächst geschwiegen habe. Als die Medien ihn zu einer Stellungnahme gedrängt hätten, sagte er: „Dies hat mit dem Islam nichts zu tun.“ Wenn dem so wäre, stellten sich dann aber die Fragen, ob – der Djihadismus keine islamistische Strömung sei, – die Ideologie der Muslimbruderschaft sowie der Wahhabismus europäisch seien und – ob ein an die Vorschriften der Scharia gebundener Islam ein Euro-Islam sei?

Darauf gäben die offiziellen Repräsentanten der Islam-Diaspora in Europa jedoch keine eindeutigen Antworten.

Weil das europäische Publikum nicht informiert sei, stoße man bei vielen Europäern auf eine indifferente Reaktion gegenüber dem Djihadismus. Das sei jedoch nichts anderes als Selbstaufgabe, wenn dabei selbst „das Intolerable toleriert“ werde, warnt Bassam Tibi.

Bei den Täuschungen stelle sich die Frage, wie Europäer einen wirklich europatauglichen Islam von Fäl-

**Toleranz dem Islam,
wehrhafte Demokratie dem Islamismus!**

Bassan Tibi

schungen des politischen Islam (Islamismus), der durch die Präsentation des Islam als Din wa-Daula (Einheit von Staat und Religion) über die Scharia bestimmt werde, unterscheiden können. Im Gegensatz dazu revitalisiere der Euro-Islam den spi-

rituellen Islam und versuche dabei, einerseits Glauben und Politik auseinander zu halten, und ihn andererseits auf ethischer Grundlage mit europäischen Werten wie Demokratie, individuelle Menschenrechte, Pluralismus und Zivilgesellschaft in Einklang zu bringen.

„Wenn also Vertreter des organisierten Islam in Europa den Islam als „Ordnung“ bezeichnen (Begriffe wie Nizam/Ordnung und Daula/Staat kommen im Koran nicht vor), verraten sie, dass sie im Namen des Glaubens Politik betreiben wollen. Islamisten, die eine Gottesherrschaft anstreben, können keine Euro-Muslime sein“, unterstreicht der Islam-Experte. Auch den Begriff Hakimiyyat Allah (Gottesherrschaft) finde man im Koran nicht.

Nach dem 11. März dürfe es nicht mehr zugelassen werden, dass Islamisten, die Europäer täuschend, Islamismus als Anti-Globalisierung rechtfertigen können. Tariq Ramadan wirke auch aktiv in der Anti-Globalisierungsbewegung mit, zusammen mit linken Bündnisgegnossen, obwohl seine islamistische geistige Welt eigentlich rechtsradikal sei. Bei Ramadan und den Antiglobalisten ist Antiglobalisierung wiederum ein Tarnwort für Anti-amerikanismus, gibt der Autor zu bedenken.

Einen Kollektivverdacht gegen Muslime darf es nicht geben

„Natürlich darf es keinen Kollektivverdacht gegen Muslime geben, auch kein 'ethnic-religious profiling', wie man Ausgrenzung in den USA nennt, ist zu dulden. Die Europäer müssen nicht nur rhetorisch, sondern auch operationell zwischen Islam und Islamismus unterscheiden. Die Politik muss sich von der Formel leiten lassen: Toleranz dem Islam, wehrhafte Demokratie dem Islamismus.“ Nun, nach den Terroranschlägen in Spanien am 11. März sei nicht nur Westeuropa, sondern auch die westeuropäische Islam-Diaspora herausgefordert, Klarheit zu schaffen und Taten folgen zu lassen. Die Zeit der Zweideutigkeiten und der damit verbundenen Täuschungen müsse vorbei sein, appelliert Bassam Tibi an Europäer und Muslime. (bt)

Paul Spiegel: Die Brutstätten für Hass und Terror müssen beseitigt werden

Die Flüchtlingslager – auch in den arabischen Ländern – gehören aufgelöst

Zur Problematik: Es gibt ca. 4,6 Millionen Palästinenser (ohne diejenigen mit israelischer Staatsbürgerschaft), davon gelten über 3 Millionen einschließlich ihrer Nachkommen als Flüchtlinge aus dem Palästina vor der Staatsgründung Israels 1948 (ehemaliges britisches Mandatsgebiet), wovon knapp 1,5 Millionen in Ägypten, Jordanien, Syrien, Libanon, Irak, Kuwait und Saudi-Arabien vielfach in von der UNO unterhaltenen Lagern leben. Die arabischen Staaten lehnen es ab, diese Flüchtlinge bei sich zu integrieren. Die palästinensische Autonomiebehörde fordert bis jetzt, dass alle Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren können, was zu einer Bevölkerung von über 6,3 Millionen – einschließlich der israelischen – Palästinensern gegenüber ca. 5 Millionen Juden führen würde. Einen solchen Massenzug von Flüchtlingen lehnt Israel ab, da es nach seiner Ansicht den jüdischen Charakter des Landes untergraben würde. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur AP aus Jerusalem vom 18.06.2004 hat jetzt der palästinensische Präsident Arafat gegenüber der israelischen Zeitung „Haaretz“ geäußert, er verstehe, dass Israel seinen jüdischen Charakter wahren müsse. Dabei ließ er anklingen, dass sich viele palästinensische Flüchtlinge auch in den Autonomiegebieten (Gaza und Westjordanland) niederlassen könnten ohne Zahlen zu nennen.

„Kurz- und mittelfristig sehe ich keine Lösung“ im Nahostkonflikt, antwortete der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, auf die Frage nach einer Befriedung. Die israelische Regierung müsse ihre Bürger schützen, wie es ebenso Pflicht des deutschen Kabinetts sei, Gefahren von den Deutschen fernzuhalten. „Jedesmal wenn Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern bevorstanden, ist es in der Vergangenheit zu Anschlägen gekommen“, hob der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland in einem Interview mit der Rheinischen Post vom 19. Juni 2004 hervor. Zu einer Entschärfung und einer vorübergehenden Lösung könnte der Grenzzaun beitragen, den Israel zz. baut. Die israelischen Sicherheitsbehörden vereitelten bereits jetzt 98 Prozent aller Attentate. Andererseits müssten endlich die Flüchtlingslager mit den Palästinensern in den arabischen Staaten aufgelöst werden, wo die Menschen teilweise seit 1948 in größter Armut und unter erbärmlichsten Bedingungen leben müssen. „Diese Brutstätten für Hass und Terror müssen beseitigt und die dortigen Bewohner in menschenwürdigen Infrastrukturen untergebracht werden“, unterstrich der Zentralrats-Vorsitzende.

Dem Hinweis, nach Deutschland würden mehr Juden einwandern als nach Israel, widersprach er. Dies gelte nur für das Jahr 2003. So seien seit 1990 1,5 Millionen Juden nach Israel eingewandert. Während des gleichen Zeitraums seien nur 75.000 in die deutschen jüdischen Gemeinden gekommen. Junge Juden in der Bundesrepublik definieren sich heute als Deutsche, was vor zwanzig Jahren noch nicht möglich gewesen sei. Trotzdem hätten sie jederzeit die Möglichkeit nach einer Einwanderung in den Judenstaat sofort jüdische Staatsbürger zu werden und dieses Wissen gebe einen wertvollen Rückhalt. „Der Staat Israel ist die Garantie, dass es niemals eine Wiederholung des Holocaust geben wird“, betonte Spiegel. Hätte dieser Staat bereits vor 1939 bestanden, wäre es wahrscheinlich nie zu einem Holocaust gekommen.

Hinsichtlich der Probleme mit der Aufnahme von 75.000 Juden in die jüdischen Gemeinden in Deutschland erklärte er, ein Großteil hätte in den Herkunftsländern keine Gelegenheit gehabt, Judentum zu erfahren. Obwohl in ihren Pässen als Nationalität Jude stand, wäre es teilweise lebensgefährlich gewesen, dort ihren jüdischen Glauben zu leben.

Hier in Deutschland angekommen, müssten sich diese Menschen

erst einmal orientieren, ob „sie eher dem orthodoxen oder liberalen Judentum zuneigen.“ Dem Zentralrat sei es aber egal, wie jemand sein Judentum definiere. Spiegel sieht es so: „Wer sich dem Judentum nicht über die Religion zugehörig fühlt, der versteht es als Schicksalsgemeinschaft.“

Auf die Frage wie Juden Jesus sehen antwortet der Zentralratsvorsitzende, Jesus sei ein Reformator und Revolutionär, der Missstände anprangerte. Für Juden sei er aber nicht der Messias, der wird erst dann gekommen sein, wenn Frieden auf Erden herrsche. Aber als wichtige Erfahrung sehe er, dass es zum ersten Mal nach dem Holocaust eine gemeinsame Erklärung der katholischen und evangelischen Kirche zusammen mit dem Zentralrat zu dem Mel Gibson-Film „Passion“ gegeben habe, den er als furchtbar und brutal bezeichnete.

Spiegel begrüßt es, dass der neue Bundespräsident, Dr. Horst Köhler, die Diskussion über den Patriotismus anstoßen wolle, da er mit seiner Sprache die Menschen erreiche könne. „Es ist Zeit, dass in Deutschland eine Patriotismus-Debatte geführt wird – und zwar durchaus zum Schutz des Landes“ bevor sich radikale Kräfte des Themas bemächtigten, betonte der Vertreter der deutschen Juden.

Patriotismus dürfe man nicht mit Nationalismus oder Überheblichkeit verwechseln. Patrioten stünden zu ihrem Land und seiner Geschichte mit den guten aber auch negativen Seiten. „Warum sollen denn die Deutschen nicht die Fahne hissen, wenn ihr Land im Fußball gewinnt? Oder die Nationalhymne singen?“ fragt Spiegel. Er stehe auch zu dem Text der deutschen Nationalhymne, aber die Musik erinnere ihn zu sehr an die Nazizeit. Aber das sei sein persönliches Trauma und spreche nicht gegen patriotische Gefühle oder das Singen der Nationalhymne. So habe er als 17-Jähriger 1954 in einer kleinen Kneipe vor dem Fernseher das Wunder von Bern mitverfolgt. „Wir haben bei jedem Tor der deutschen Mannschaft geschrien – natürlich haben wir geschrien, das war ja unsere Mannschaft“, erinnert sich der Zentralratsvorsitzende der Juden und unterstreicht damit seine patriotische Haltung. (bt)

Gott oder Mammon?

JOHANNES MICHAEL SCHNARRER

Der kritische Zeitgenosse fragt sich heute nicht ganz unbedingt, ob das Geld nicht doch zu wichtig geworden ist? Früher, als der Durchschnittsbürger nicht so viel hatte, hätte es andere Wertprioritäten gegeben, das Klima in der Gesellschaft sei positiver gewesen – ist gerade von der Nachkriegsgeneration zu hören.

Schnell ließe sich dieser Eindruck bestätigen, dass Geld einen Vorrang bekommen habe: In der Werbung wird der gute Geschmack überschritten, wenn schon vierjährige Jungen sagen müssen: „Ich schenke nichts her!“ Jede Regierung, jede Institution generell, überlegt erst, ob sie sich eine Maßnahme (im Sinne des Budgets oder Rahmens) leisten kann oder nicht ... und erst dann werden die nötigen Schritte eingeleitet, um dies oder das in der Gesellschaft zu verändern.

Dramatisch steigt auch die Zahl der Haushalte, die einen Privatkontkurs – aus welchen Gründen auch immer – anmelden müssen. Steigende Abgabequoten durch Steuern und auf der anderen Seite wachsende Ansprüche der Verbraucher lassen verstärkte Spannungen heraufbeschwören, die in der Zukunft unser Leben ganz wesentlich mitbestimmen werden.

Andererseits wollen immer mehr unserer Zeitgenossen mit ihrem Geld verantwortungsvoll umgehen und damit Gutes getan sehen. Wer dies möchte, der kann dies auch tun, denn noch immer gilt der alte Grundsatz: Je mehr Geld man hat, um so mehr Verantwortung hat man auch gegenüber dem Gemeinwohl und der Gemeinschaft!

Geld hat Dienstfunktion

Geld ist wichtig, sehr wichtig, aber sollte nie die Dienstfunktion verlieren, ansonsten wird es zum Selbstzweck und steht in Gefahr, dass es überhöht wird. Dabei ist bei allen Reformen z.B. in Staat oder Kirche zu beachten, dass es um den Menschen gehen muss und eben nicht nur um die Aufrechterhaltung lieb gewordener Strukturen, die sich aber

überlebt haben. Vielleicht wird dem Einen oder der Anderen dann doch wieder einsichtig, dass sich eben viel ändern sollte, damit alles so bleiben kann wie es ist – und der hohe Lebensstandard erhalten werden kann, der uns so verwöhnt. Slogan wie „Erst die Marie, dann die Moral ...“ oder „Geld hat man oder man hat es nicht ...“ zeigen kurz und bündig, welchen Prioritäten der Zeitgeist tatsächlich folgt.

Europäische Dimension

Die Vereinigung Europas und die Erweiterung der EU sei vor allem aus wirtschaftlichen Gründen so schnell vorangetrieben worden. Die einheitliche Währung „Euro“ ist einer der starken Identifikationsmerkmale eines Kontinents, der selbst um seine eigenen neuen Paradigmen ringt. Denn mit jedem neuen Land, das in die Europäische Union eintritt und sich dem wirtschaftlich-juristischen Diktat der Entscheidungsträger in Brüssel, Straßbourg und Luxemburg unterwirft, ändern sich auch die Sichtweisen.

Beispiel Ostdeutschland

Gesellschaftlicher Wandel bringt manchmal Paradigmenwechsel mit sich, die sich auf alle Bereiche des Lebens beziehen. Und Geld spielt dabei wieder eine entscheidende Rolle. Wenn plötzlich ein ganzes Volk über Nacht von der nicht-konvertierbaren in eine konvertierbare Währung wechselt, dann entstehen Probleme. Welchen hohen Wert das Geld nach der Wiedervereinigung Deutschlands bekommen hat, wird an den Überlegungen von Siegfried Foelz deutlich: „Einen ganz entscheidenden Faktor in diesem Wandel des gesellschaftlichen Lebens spielt das Geld, die Marktwirtschaft. Wir hatten keine konvertierbare Währung; wir hatten kein Verhältnis zum Geld. Man kaufte nicht das, was man brauchte, denn dies gab es gar nicht. Man nahm das mit, was vorhanden war, weil es das gerade gab. Der Kauf war eine günstige Gelegenheit, aber kein günstiges Angebot.

Seit der Vereinigung ist es genau umgekehrt. Jetzt ist alles vorhanden, und man muß überlegen, was man braucht, was man sich leisten kann. Noch mehr: Das Geld spielt nicht nur eine Rolle beim Kauf, sondern schiebt sich überall im täglichen Lebensvollzug dazwischen – in alle Nischen und Ritzen. Das Denken wird vom Geld okkupiert. Natürlich hat das Geld jetzt einen anderen Wert, und diese Erfahrung wird auch positiv empfunden: Ich kann mir mit der D-Mark (jetzt mit dem Euro) etwas leisten! Ich kann auf ein Ziel hin sparen! Es taucht aber auch eine neue, bisher ungewohnte Gefahr auf, daß unser Leben geldlich geworden ist – so wie unser Leben leiblich ist ... Es gibt keinen Bereich, in den Geld sich nicht hineindrängt.“⁽¹⁾

Broterwerb

Mit dem Verdienen von Geld ist für die meisten unserer Mitbürger der sog. „Broterwerb“ verbunden. Also korrespondieren Arbeit und Geld stark miteinander. Nur haben sich in den letzten Generationen unsere Ansprüche so ausgeweitet, dass es mit dem Broterwerb allein nicht getan ist, denn eine materielle Sicherheit, die sich über eine Generation hinweg als stabil erweist, führt zur Gewöhnung. D.h. viele haben sich eingerichtet darauf, dass es ihnen gut geht und sie keine Not leiden müssen – bei ständig steigenden Erwartungen an den Lebensstandard. Kommt dann doch die Arbeitslosigkeit, ist es notwendig wieder den Gürtel enger zu schnallen. In der Arbeit sollte man aber nicht nur einem Job nachgehen, um „cash“ zu machen, sondern einer „Berufung“ folgen.

Symbol der Freiheit

Freiheit ist ein zentraler Begriff der Ethik, aber nicht nur der. Denn die ethische Relevanz des Geldes wird auch an ihr besonders deutlich. Die individuelle Freiheit ist heute in jeder Weltanschauung und Ideologie tatsächlich ein primäres Ideal. Frei-

sein heißt in der Nachmoderne vor allem maximale Selbstbestimmung und Wahlfreiheit. Schon G. Simmel hat in seiner „*Philosophie des Geldes*“ darauf hingewiesen, dass es als Träger der individuellen Freiheit bezeichnet werden kann, weil es dadurch möglich geworden sei, persönliche Beziehungen immer mehr zu verdinglichen und zu entpersonalisieren und dadurch ständig größere Freiheitsräume für den Menschen zu schaffen. In der Dynamik der Geldwirtschaft der vergangenen Jahrhunderte läßt sich als andere Seite der arbeitsteiligen Wirtschaft durch den immer schneller werdenden Überführungsprozess von wertorientierten persönlichen Bindungen in eher wertneutrale, monetäre und wettbewerbliche Beziehungen eine Verschiebung der Gewichte erkennen. Und so verwundert es nicht, dass sich die stark persönlichen Bindungen unter den Menschen immer mehr in eine Vielzahl von sachlichen und funktionellen Abhängigkeiten auflöst. Auf was es letztlich ankommt ist, dass das Geld verantwortungsvoll eingesetzt wird und nicht eine Überhöhung erfährt.

Der Zeitfaktor

Mit Geld kann man Zeit gewinnen, obwohl der durchschnittliche Bürger seine Lebenszeit verkauft, um Geld zu verdienen und um sich und seine Familie mit dem Lebensnotwendigen abzusichern. Heute hört man nicht selten die Klage: „Ich habe keine Zeit!“ Geld ist Zeit. Und Zeit ist Geld. Der Mangel an Zeit rührt von der Tatsache her, dass wir zu wenig Zeit (im Sinne von Lebenszeit) haben, um alles zu tun, was wir tun können. Denn die vielen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung gestellt werden (gesellschaftlich und privat) wachsen viel rascher an als das Ausmaß der Zeit, die wir unbedingt zur Verwirklichung dieser Optionen brauchen würden. Es entsteht eine Spannung zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Und die Erfahrung, dass Zeit knapp ist, diese wird natürlich mit der Menge der gegebenen Chancen, sie zu nutzen, ständig intensiver. Mit Geld kann man Zeit sparen, nämlich dann, wenn man sich eine Flugreise leistet, anstatt mit dem Auto oder dem Zug zu fahren, oder gar zu Fuß diese Strecke zurücklegt.

Fortschritt und Selbstverwirklichung

Ohne Frage ist die Freiheit des Habens an die technischen Fortschritte gekoppelt. Seit dem Beginn des naturwissenschaftlichen Zeitalters ist der Mensch stets bemüht, das machbar zu machen, was noch nicht machbar ist. Es ist ein menschliches Grundbedürfnis die Natur zu beherrschen, um freier zu sein. Dabei war der technische Fortschritt der vergangenen Dekaden ein atemberaubender Wettlauf um die Machbarkeit. Doch nie ist der Mensch mit dem zufrieden, was er erreicht hat: Er will immer mehr. Trotz allem bleiben aber unsere Möglichkeiten begrenzt, und vor allem unsere Zeit (auch wenn wir die Lebenszeit durch bessere Apparatedizin verlängern können). Sowohl die nicht-reproduzierbaren Ressourcen sind vermehrbare, als auch das Leben in seiner Begrenztheit auf unserer Erde selbst ist nicht auf immer zu verlängern.

Selbstverwirklichung hängt eng mit dem Geld zusammen. Denn je mehr Geld ich habe, umso mehr Machbares steht mir zur Verfügung, umso freier kann ich sein, womit Geld zum Symbol und geradezu als Voraussetzung von Freiheit hoch stilisiert wird. Auf der anderen Seite gilt, dass je mehr Geld ich besitze, umso weniger bin ich in meinen Dispositionen konditioniert und umso mehr kann ich meine Wünsche und Hoffnungen zur Wirklichkeit werden lassen.

Universelle „Kommunikationsgröße“

In der modernen, pluralen und demokratischen Gesellschaft hat die Wirtschaft nicht nur eine Schlüsselfunktion, sondern eine Vorrangstellung. Dabei werden ökonomischen Aspekten Vorrang eingeräumt und andere Aspekte der Realität erhalten untergeordnete Rollen zugewiesen.

Geld besitzen heißt somit auch Macht ausüben. Und so zahlen wir für unseren Wohlstand und das steigende Verlangen nach der Freiheit des Habens mit der zunehmenden Abhängigkeit vom Geld und stehen stark in der Gefahr das Sein zu vernachlässigen.

Ethischer Blick

Auch bei Geldvermögen handelt es sich um Werte, und zwar um Wer-

te von nicht nur ökonomischer Art. Sofern nämlich Geldvermögen Ergebnis von Arbeitsfleiß, Sparsamkeit und unternehmerischem Erfindungsgeist ist, stehen dahinter ethisch qualifizierte Werte, wie gerade die Hochhaltung derartiger Werte zur ökonomisch relevanten Kapitalbildung und damit zur Entwicklung der modernen Wirtschaft beigetragen haben. Die Kapitalbildung als solche, ohne die die Wirtschaft im nachmodernen Sinne von Komplexität und Globalisierung undenkbar wäre, ist also keineswegs ohne einen ethisch legitimen Grund. Wird allerdings die Gewinnmaximierung des Kapitals zum primären Zweck der Wirtschaft, dann mag dies die Effizienz steigern, es setzt dann jedoch Mechanismen in Gang, die dem sozialen und ökologischen Zweck der Wirtschaft zuwiderlaufen. Schon Aristoteles wusste, dass alle, die sich mit Erwerb befassen, ihr Geld mehr oder weniger zu vermehren trachten.

Mammon oder Gott?

Absolut gesetztes Geldkapital mit seiner Struktur bedingten Tendenz zur Extremisierung des Gewinninteresses steht somit in einem unaufhebbaren Gegensatz zur Humanität und wird zum Mammon. Der Mammon ist nicht einfach gleichbedeutend mit Geld oder Geldwirtschaft, wie ein naiver Antikapitalismus meint. Geld als Tausch- und potentiell Produktionssmittel bleibt für jede Wirtschaft unabdinglich, die über die naturale Phase hinaus gewachsen ist. Doch das Geldkapital muss Mittel bleiben, Mittel im Dienst einer Wirtschaft, die in Übereinstimmung mit den Zwecken steht, die die Humanität aus Glauben, Hoffnung und Liebe lebenswert macht. Im Blick darauf ist das Wort der Bibel von fundamentaler wirtschaftsethischer Bedeutung: „*Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon!*“ (Mt 6, 24).

Ein anderes wichtiges Jesuswort ist die sog. Zinsgroschenperikope: „*Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.*“ (Mk 12, 13). Nach dieser Aussage ist also jeder gerufen, genau zu unterscheiden, was Gott (auch Kirche als Zeichen Gottes auf Erden) und dem Kaiser (auch dem modernen Staat) zukommen sollte.²⁾ Diese Trennung ist von

den Funktionen der Gesellschaft her möglich, an manchen Stellen aber auch problematisch, wenn beide Sphären in Konflikt stehen (wie z.B. beim Wehrdienst oder der Verweigerung des Dienstes mit der Waffe).

Fazit

Geld war früher, ist heute und wird auch in Zukunft wichtig, ja sehr wichtig sein. Und in diesem Sinne ist festzuhalten, dass *Geld* auf viele unserer Zeitgenossen in der Nachmoderne eine besondere Faszination ausübt. *Für nicht Wenige ist es zum Gottersatz unserer Zeit geworden.* Natürlich ist für das Leben Geld notwendig, ja unabdingbar. Aber dort,

wo es zum Selbstzweck wird, dort besteht die Gefahr der Vereinseitigung und Überhöhung materialistischer Werte. *Der Konsumismus folgt einer Ideologie, die von vielen unserer Zeitgenossen blind übernommen wird: Um die größtmögliche Freiheit zu erreichen, müsse der Mensch soviel Geld wie möglich besitzen. Also treibt das Verlangen nach mehr Freiheit zum Wachsen des Geldbedarfs. In diesem Sinne sind Geld und Freiheit zwei einander bedingende Größen*

Auch wenn man sich (fast) alles leisten kann, wenn man Geld hat, gibt es doch bestimmte Bereiche des Lebens, die nicht wie ein Stück Butter im Supermarkt käuflich sind: wie

wahre Liebe, Gesundheit, Glück und Leben über dieses irdische Leben hinaus, um nur einige zu nennen ...

Anmerkungen

¹⁾ S. Foelz; Art. „Der schwierige Prozess des gesellschaftlichen Wandels seit der Vereinigung.“ In: T. Brose (Hrsg.); Deutsches Neuland. Beiträge aus Religion und Gesellschaft. Leipzig 1996; S. 200.

²⁾ Vgl. M. Sroppok/ J. M. Scharrer; „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist.“ Auslegungstendenzen der Zinsgroschenperikope (Mk 12, 13-17 par) in der deutschsprachigen exegetischen Literatur der letzten 100 Jahre. Erfurt 1990. Diese Arbeit wurde mit einem „vollen Preis“ zur Festakademie des Phil.-Theol. Studiums Erfurt am 15. November 1990 prämiert.

DAS POLITISCHE BUCH:

Deutschland. Der Abstieg eines Superstars

ECKHARD STUFF

Das Modell Deutschland ist dahin gesiecht. Ein langsamer Tod, die vielen Symptome ernster Erkrankung von den Verantwortung tragenden Politikern, egal welcher Couleur, konsequent ignoriert. Heute ist Deutschland das wirtschaftliche Schlusslicht in Europa: die gesamtwirtschaftliche Leistung schrumpfte in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr um 0,1 Prozent, während der EU-Durchschnitt einen Anstieg um 0,7 Prozent auswies.

Gabor Steingart, der Leiter des Spiegel-Hauptstadtbüros, hat jetzt einen Nachruf auf das Modell Deutschland geschrieben: „Deutschland. Der Abstieg eines Superstars“ Ausgehend von den seit Jahren deprimierenden Zahlen wie 4,5 Millionen Arbeitslose und 2,7 Millionen Sozialhilfeempfänger sieht Steingart, dass aus der laufenden Produktion auch 20 Millionen Rentner ernährt werden müssen. Außerdem lebt jeder zweite Bewohner der neuen Bundesländer maßgeblich von Transferleistungen aus dem Westen der Republik: „Zweifellos dominiert der Westen den Osten, politisch und kulturell. Ökonomisch allerdings ist Westdeutschland zur Kolonie des Ostens geworden. Aus der Substanz des Westens wurden seit dem Einheitsjahr unvermindert rund 1.250 Milli-

arden Euro in die fünf neuen Bundesländer hinübergeleitet. Das Geld dient dort ganz überwiegend dem Konsum unserer Landsleute, ist Hilfe fast ohne Selbsthilfe. Dieser Transferstaat scheint für die Ewigkeit gebaut.“

Ist er aber nicht. Schon jetzt leben wir über unsere Verhältnisse und auf Kosten der nächsten Generationen. Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit sind auf Rekordniveau, Wachstum findet nicht mehr statt, wirkungsvolle Reformen sind auf Grund der komplizierten Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern kaum durchführbar. Auch das derzeitige Wahlrecht sieht Steingart als Problem und fordert die Einführung des Mehrheitswahlrechts.

Konsequent kritisch zieht Gabor Steingart Bilanz der wirtschafts- und finanzpolitischen Sünden der Bundesregierungen von Adenauer bis Schröder. Adenauer wirft er vor, sich aus politischen Gründen auf ein viel zu teures Rentensystem eingelassen zu haben, gegen den Rat von Ludwig Erhard. „Kinder kriegen die Leute immer“, erwiderte er seinen Kritikern. Genau die aber blieben einige Jahre später aus, und Adenauers Nachfolger zogen keine Konsequenzen.

Die deutsche Wiedervereinigung sieht Steingart in ihrer ökonomischen Wirkung eindeutig: „Die Vereinigung war politisch, historisch, kulturell und sicherheitspolitisch ein Zugewinn. Ökonomisch war sie nicht nur ein schlechtes Geschäft, sie war ein Desaster.“

Zur Entlastung Helmut Kohls führt Gabor Steingart an, dass er ausgerechnet in dieser wirtschaftspolitischen Herausforderung mit den schwächsten Wirtschaftsministern geschlagen war: die FDP stellte nacheinander Haussmann, Möllemann und Rexrodt. Sein Urteil: „Diese Männer haben die Komplexität der Aufgabe, eine Staatswirtschaft in die Marktwirtschaft zu überführen, nicht etwa unterschätzt, sie haben sie nicht verstanden. Als Rexrodt zum Amtsantritt das Bonmot entfuhr, ‘Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt’, hätte man ihn freundlich, aber bestimmt wieder zur Citibank geleiten müssen.“

Wohl wahr. Spontan fallen dem Leser weitere, auch aktuelle Figuren, ein, die ähnlich hilfreich sind. Zum Schluss versucht Steingart es mit einigen Ratschlägen für einen Neustart.

Gabor Steingart: „Deutschland. Der Abstieg eines Superstars“; Piper Verlag München 2004, 303 S..

Was den Deutschen noch zu tun bleibt

Aussterben, aber bitte mit Würde: Franzosen, Dänen und Polen sollen wissen, wo sie siedeln

GUIDO HORST

Die demographischen Katastrophenmeldungen, die uns in diesen Tagen erreichen, sprechen eine klare Sprache: Dramatischer Absturz des Bildungsniveaus, da es heute vor allem die Akademiker sind, die keine Kinder mehr zustande kriegen. Und mit Familienpolitik lässt sich jetzt auch nicht mehr viel machen, da die Eltern, die in den vergangenen dreißig Jahren nicht geboren wurden, heute einfach fehlen, um die Segnungen geburtenfördernder Maßnahmen entgegenzunehmen. Zeit also, darüber nachzudenken, wie Deutschland seinen Untergang mit Würde gestalten soll.

Zunächst die tröstliche Nachricht: Da es jungen Eltern und vor allem den Frauen in Frankreich und Dänemark oder Irland wesentlich besser gelingt, Karriere und Familie zu vereinen, liegen die Geburtenraten dort im Bereich des Normalen. Wenn es also um das Jahr 2020 so sein wird, dass zwischen Usedom und Fichtelgebirge nur noch verrostete Zigarettenautomaten an die Ausgestorbenen erinnern, könnte man jetzt schon tätig werden: Straßenschilder, Grabinschriften und Gebäudebezeichnungen sollte man ab sofort auf Dänisch abfassen, um den kinderfreundlichen Skandinavien

bei der zu erwartenden Landnahme die Orientierung zu erleichtern. Fest verschweißte Messingbehälter mit Kondomen, Anti-Baby-Pillen und einem Bild von Alice Schwarzer könnten die ersten Neusiedler aufklären, warum der deutsche Vorbesitzer des öden Landes verschwunden ist. Und es werden wohl Polen und Russen sein, die dereinst tatendurstig über die Weiten Brandenburgs und Mecklenburgs blicken. Wenn sie dann dort ihre Datschas bauen sowie Dörfer und Städte wieder besiedeln, könnte es helfen, an Sicherungskästen und Telefonzentralen Gebrauchsanweisungen in Polnisch und Russisch vorzufinden. Ihr letzten Deutschen, es gibt also viel zu tun – packen wir es an!

(DT Nr.49 vom 24.04.2004)

GLOSSE:

Das ist bemerkenswert!

Wie war es eigentlich möglich, unter diesen Verhältnissen zu überleben?

Wenn du nach 1979 geboren wurdest, hat das hier nichts mit dir zu tun ... Trotzdem kannst du weiterlesen. Wenn du aber wie ich als Kind in den 50-er, 60-er oder 70-er Jahren lebst, ist es rückblickend kaum zu glauben, dass wir so lange überleben konnten!

Als Kinder saßen wir in Autos ohne Sicherheitsgurte und ohne Airbags. Unsere Bettchen waren ausgemalt in strahlenden Farben voll Blei und Cadmium. Die Fläschchen aus der Apotheke konnten wir ohne Schwierigkeiten öffnen, genauso wie die Flasche mit Bleichmittel. Türen und Schränke waren eine ständige Bedrohung für unsere Fingerchen.

Auf dem Fahrrad trugen wir nie einen Helm. Wir tranken Wasser aus Wasserhähnen und nicht aus Flaschen. Wir bauten Wagen aus Seifenkisten und entdeckten während der ersten Fahrt den Hang hinunter, dass wir die Bremsen vergessen hatten. Damit kamen wir nach einigen Unfällen klar.

Wir verließen morgens das Haus zum Spielen. Wir blieben den ganzen Tag weg und mussten erst zu Hause sein, wenn die Straßenlater-

nen angingen. Niemand wusste, wo wir waren, und wir hatten nicht mal ein Handy dabei!

Wir hatten uns geschnitten, brachen Knochen und Zähne, und niemand wurde deswegen verklagt. Es waren eben Unfälle. Niemand hatte Schuld, außer wir selbst. Keiner fragte nach „Aufsichtspflicht“. Kannst du dich noch an „Unfälle“ erinnern?

Wir kämpften und schlugen einander manchmal bunt und blau. Damit mussten wir leben, denn es interessierte die Erwachsenen nicht. Wir aßen Kekse, Brot mit dicker Butter, tranken sehr viel und wurden trotz dem nicht dick. Wir tranken mit Freunden aus einer Flasche, und niemand starb an den Folgen. Wir hatten keinen Computer. Wir hatten Freunde. Wir gingen einfach raus und trafen sie auf der Straße. Oder wir marschierten einfach zu deren Heim und klingelten. Manchmal brauchten wir gar nicht zu klingeln und gingen einfach hinein. Ohne Termin und ohne Wissen unserer gegenseitigen Eltern. Keiner brachte uns und holte uns ...

Wie war das nur möglich? Wir dachten uns Spiele aus mit Holz-

stöckchen und Tennisbällen. Außerdem aßen wir Würmer. Und die Propherzeiungen trafen nicht ein: Die Würmer lebten nicht in unseren Mägen für immer weiter, und mit den Stöcken stachen wir uns nicht besonders viele Augen aus. Beim Straßenfußball durfte nur mitmachen, wer gut war. Wer nicht gut war, musste lernen, mit Enttäuschungen klar zu kommen.

Manche Schüler waren nicht so schlau wie andere. Sie rasselten durch Prüfungen und wiederholten Klassen. Das führte nicht zu emotionalen Elternabenden oder gar zur Änderung der Leistungsbewertung. Unsere Taten hatten manchmal Konsequenzen. Das war klar und keiner konnte sich verstecken.

Wenn einer von uns gegen das Gesetz verstoßen hatte, war klar, dass die Eltern ihn nicht aus dem Schlamassel heraushauten. Im Gegenteil: Sie waren der gleichen Meinung wie die Polizei! So etwas! Unsere Generation hat eine Fülle von innovativen Problemlösern und Erfindern mit Risikobereitschaft hervorgebracht. Wir hatten Freiheit, Misserfolg, Erfolg und Verantwortung.

Mit allem wussten wir umzugehen. Und du gehörst auch dazu.

Herzlichen Glückwunsch! PM

Vorstehenden Text gefunden als Anzeige in einer rheinischen Regionalzeitung.

Ein Meinungsbild der Deutschen über das amerikanisch-deutsche Verhältnis

Zu den Themen *europäische Integration* und *„Was denken die Deutschen nach dem Irak-Krieg über die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die transatlantischen Beziehungen?“* hat das Institut für Demoskopie Allensbach im November 2003 für die Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin eine Umfrage durchgeführt, veröffentlicht in *DIE POLITISCHE MEINUNG* April 2004. Dabei wurden 2.105 Personen in Face-to-Face-Interviews in Deutschland (1.259 in den westlichen und 846 in den östlichen Bundesländern) befragt. AUFTRAG berichtet über die Umfrageergebnisse zu den transatlantischen Beziehungen.

Zunächst hat sich herausgestellt, dass 90 Prozent der Deutschen ein gutes Verhältnis zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland für wichtig erachten. „Damit ist der Grundpfeiler der deutsch-amerikanischen Partnerschaft nicht in Frage gestellt.“ Was auch nicht zwischen Ost- und Westdeutschen strittig sei, heißt es in der Auswertung. Allerdings spielten dabei nicht nur außenpolitische Überlegungen eine Rolle. So sorgten sich 81 Prozent der Befragten darum, dass die deutsche Wirtschaft durch schlechte Beziehungen zu Washington Schaden erleiden könnte. Auf der anderen Seite befürchteten 68 Prozent, dass eine zu enge Bindung an die USA die Gefahr durch Terroranschläge in Deutschland ansteigen ließe. Unabhängig vom persönlichen Erleben werde für die Hilfe der USA nach dem Zweiten Weltkrieg von 65 Prozent der Interviewteilnehmer Dankbarkeit ausgedrückt.

Allerdings sei die Einstellung zu Amerika nicht in sich beständig. So verträten zwar nur 41 Prozent die Ansicht, dass die USA so mächtig seien, dass man „verstärkt dagegen halten muss“, aber eine Mehrheit von 53 Prozent hielte die Vereinigten Staaten bereits für zu mächtig. Was sich in den ostdeutschen Bundesländern mit 59 Prozent noch deutlicher ausdrücke. Bei den Anhängern der deutschen Parteien sei der Gegensatz des Amerikabildes noch stärker ausgeprägt. Nur 40 Prozent der CDU/CSU-Anhänger hätten vor einem übermächtigen Amerika Angst, dadurch bedroht fühlten sich jedoch

82 Prozent der PDS-Anhänger.

Die kritische Sicht der Deutschen zeige sich auch daran, dass 72 Prozent der Befragten der Meinung sind, die USA verträten ihre eigenen Interessen rücksichtslos und egoistisch. Etwa die Hälfte habe Zweifel daran, ob Washington auf internationaler Ebene Probleme lösen könne, da die USA im eigenen Land selbst bei vielen Schwierigkeiten nicht dazu in der Lage seien. Nur ein knappes Viertel unterstütze die Feststellung, kein Land setze sich so für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte ein wie die Vereinigten Staaten. Gar nur ein Fünftel der Interviewten hält die USA als einzige Führungsmacht geeignet, in Krisengebieten der Welt für Frieden zu sorgen.

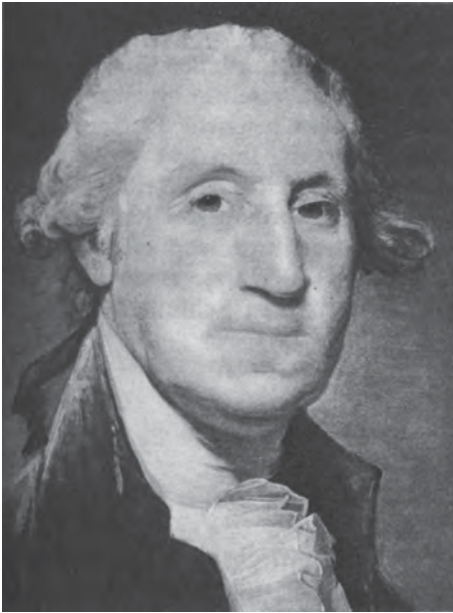
In den ostdeutschen Ländern zeigt sich ein noch schlechteres Amerikabild. Gerade 14 Prozent der Befragten hielten die Amerikaner als Verfechter von Demokratie und Menschenrechten und nur 12 Prozent trauten den USA Handlungsfähigkeit und Zuverlässigkeit in internationalen Krisenherden zu. Und fast Dreifünftel meinten, die USA könnten ihre eigenen Probleme nicht beseitigen.

Zur Frage, „ob Europa in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein Gegengewicht zu den USA bilden sollte“, gibt es gesplante Antworten. So werde die gemeinsame Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch die Europäische Union und die USA von 91 Prozent befürwortet, ebenso wie die Mehrheit die „transatlantische Kooperation“

bei der Gefährdung durch radikale Moslems wolle. Mehrheitlich werde die Partnerschaft auch unterstützt beim Vorgehen gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, bei der gemeinsamen Befriedung der Lage im Nahen Osten, bei der Abwehr von Erpressungsszenarien rohstoffbesitzender Staaten und in einer festen Haltung gegenüber einer „aggressiven russischen Außenpolitik“. Die Interviewten sähen dagegen die Flüchtlingsproblematik als ein EU-eigenes Politikfeld. Werde die allgemeine Ausrichtung der europäischen Außenpolitik thematisiert, so gebe es weder für die Möglichkeit einer engen transatlantischen Partnerschaft noch für eine vollständig eigenständige europäische Politik einen Rückhalt in der Bevölkerung. Vielmehr stimmten 68 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die „Europäer zwar Partner der USA bleiben“, die Politik aber unabhängiger gestalten sollten.

Fazit

Für die transatlantische Partnerschaft signalisiere die Umfrage keine Kehrtwende, was auch die deutsch-amerikanische Wiederannäherung der letzten Monate beweise. Als ernst zu nehmender Partner müsse sich die EU aber für eine größere Wirkung ihrer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Zusammenarbeit mit Washington bemühen. Diese könne sich dann durchaus auf „multilaterale“ Instrumente konzentrieren. Dabei dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass die USA auch zukünftig bei einer Bedrohung nicht auf vorbeugende Militäraktionen verzichten würden. „Beide Akzentsetzungen sind miteinander vereinbar. Konkreter: internationale Sicherheit wird im transatlantischen Rahmen ohne sie beide nicht mehr möglich sein“, schließt die Umfrageauswertung der Konrad-Adenauer-Stiftung. (bt)



George Washington, erster Präsident der USA (1789-97), Ausschnitt eines Gemäldes von Gilbert Stuart (1796).

VEREINIGTE STAATEN:

Kampf um das mächtigste Amt

Notizen zur Geschichte der amerikanischen Präsidenten

THOMAS EMONS

Woodrow Wilson Amerikas „Mission“ darin sah, „Freiheit und Demokratie für die Welt zu retten“. Allerdings brauchte Amerika noch einmal eine Phase der Isolation, ehe es mit dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg 1941 endgültig zur Weltmacht wurde, die nach dem Ende des Krieges und dem Beginn des Kalten Krieges zwischen Ost und West zur Führungsmacht der freien Welt aufstieg.

Spätestens ab diesem Zeitpunkt waren auch die Präsidentschaftswahlen nicht mehr nur von nationalem Interesse. Gerade in Deutschland verfolgte man nach 1945 sehr genau, wer ins Weiße Haus einzog und dort welche Politik betrieb. Als Präsident Franklin D. Roosevelt, der einzige Amtsinhaber, der viermal ins Weiße Haus gewählt wurde, im April 1945 starb, waren Deutschland und die Vereinigten Staaten noch Kriegsgegner. Deshalb hatte Roosevelt, der insgesamt zwölf Jahre im Weißen Haus regierte, noch auf einen Fortbestand der Anti-Hitler-Koalition mit Stalins Sowjetunion gesetzt. Sein Nachfolger Harry S. Truman, bei vielen Amerikanern umstritten, wurde nur mit knappem Vorsprung 1948 wiedergewählt, während einige US-Zeitungen vorschnell schon seinen republikanischen Gegenkandidaten Thomas E. Dewey zum Wahlsieger erklärt hatten. Der Demokrat Truman hatte damals mit Henry Wallace und Strom Thurmond gleich zwei Gegenkandidaten aus seiner eigenen Partei. Wallace kritisierte Trumans Außenpolitik, Thurmond vertrat die Südstaaten-Demokraten, die die Bürgerrechtspolitik des Präsidenten ablehnten.

Auch später versuchten immer wieder auch unabhängige Präsidentschaftskandidaten wie der Bürgerrechtsgegner George Wallace (1968) oder der Milliardär Ross Perot (1992) ins Präsidentenamt zu gelangen, allerdings letztlich ohne Erfolg.

Die fünfziger Jahre standen unter

dem Vorzeichen der Auseinandersetzung zwischen dem väterlich-populären Weltkriegsgeneral Eisenhower und seinem bei den Präsidentschaftswahlen 1952 und 1956 zweimal unterlegenen demokratischen Herausforderer Adlai Stevenson. Stevenson, damals erfolgreicher Gouverneur von Illinois und später UN-Botschafter der Vereinigten Staaten, galt vielen Beobachtern als brillanter Intellektueller, konnte aber nicht die Herzen seiner Landsleute gewinnen.

Als der Republikaner Eisenhower 1953 sein Amt antrat, war er mit 64 Jahren der bis dahin älteste Präsident der Vereinigten Staaten. Erst mit der Wahl des 69-jährigen Ronald Reagan sollte 1980 ein noch älterer Kandidat ins Weiße Haus einziehen. Die Ehre des bisher jüngsten Präsidenten der USA teilen sich der Republikaner Theodore Roosevelt, der 1901 mit 42 Jahren die Nachfolge des zuvor ermordeten Präsidenten William McKinley antrat und der 1963 ermordete Demokrat John F. Kennedy.

Das Schicksal, während ihrer Amtszeit ermordet worden zu sein, teilen McKinley und Kennedy mit ihren Amtsvorgängern Abraham Lincoln und James A. Garfield, die 1865 beziehungsweise 1881 einem Attentat zum Opfer fielen. Der erste republikanische Präsident Lincoln, der 1860 ausschließlich mit Stimmen aus den Nordstaaten gewählt worden war und 1863 das Ende der Sklaverei besiegelt hatte, wurde 1865 Opfer eines Südstaatlers. Und weil seine Präsidentschaft von 1861 bis 1865 in die Zeit des Bürgerkriegs fiel, war er auch der bisher einzige Amtsinhaber, der es mit einem Gegenpräsidenten in Person des Südstaatlers Jefferson Davis zu tun hatte.

Konnte Franklin D. Roosevelt mit zwölf Jahren die längste Amtszeit im Weißen Haus verbringen, so stößt man bei der Suche nach dem Präsidenten mit der kürzesten Amtszeit

Mit den Vorwahlen im Bundesstaat Iowa hatte (im Januar 2004) das Rennen um die amerikanische Präsidentschaft begonnen. Egal, wer am 20. Januar 2005 in Weiße Haus einziehen wird, seine Wahl in das politisch wohl mächtigste Amt der Welt wird keinesfalls einstimmig erfolgt sein. Dieses Privileg wurde bisher nur George Washington, zuteil. Der wurde bei nur drei Enthaltungen von einem Wahlmännerkollegium gewählt, ohne vorher einen Wahlkampf geführt haben zu müssen.

Als der erste amerikanische Präsident am 4. März 1789 sein Amt antrat, war er zwar wie seine heutigen Nachfolger Staatsoberhaupt, Regierungschef und militärischer Oberbefehlshaber. Doch das Land, an dessen Spitze er stand, war weit davon entfernt, eine Weltmacht zu sein. Die damals nur dreizehn Bundesstaaten der Vereinigten Staaten waren ein Zusammenschluss ehemaliger Kolonien, die sich erst wenige Jahre zuvor von der britischen Kolonialherrschaft befreit hatten. Vor diesem Hintergrund setzte der erste Präsident der Vereinigten Staaten auf strikte Neutralitätspolitik. Erst mit ihrem Eintritt in den Ersten Weltkrieg betraten die bis dahin neutralen Vereinigten Staaten 1917 erstmals den europäischen Kontinent und das auch nur, weil Präsident

auf William Henry Harrison, der 1841 schon einen Monat nach seiner Amtseinführung an den Folgen einer Lungenentzündung starb, die er sich bei seiner Antrittsrede vor dem Kapitol in Washington zugezogen hatte. 48 Jahre später sollte mit seinem Enkel Benjamin noch einmal ein Mitglied der Familie Harrison ins Weiße Haus einziehen. Dass gleich mehrere Mitglieder einer Familie zum Präsidenten gewählt werden, ist also nicht erst seit der Wahl von George Bush (Vater und Sohn) ein Phänomen der amerikanischen Politik. So war der 1824 gewählte sechste Präsident der USA, John Quincy Adams, Sohn des Washington-Nachfolgers und zweiten US-Präsidenten John Adams. Sein Sohn John Quincy sollte 24 Jahre später der erste Amtsinhaber sein, der als Sieger einer Präsidentschafts-Urwahl ins Weiße Haus einzog. Bis

dahin waren die Präsidenten ausschließlich von Wahlmännern gewählt worden, die von den Bundestaatsparlamenten entsandt wurden. Da die Präsidentschaftswahl von 1824 allerdings keinen eindeutige Mehrheit erbracht hatte, musste damals das Repräsentantenhaus in einer Stichwahl entscheiden.

Umstrittene Wahlergebnisse gibt es also nicht erst seit der Florida-Stimmenauszählung, die vor vier Jahren George Bush junior den demokratischen Vizepräsidenten Al Gore besiegen ließ. Die eindeutigen Wahlsiege der amerikanischen Geschichte konnten die republikanischen Präsidenten William G. Harding (1920) und Richard Nixon (1972) sowie ihre demokratischen Amtskollegen Franklin D. Roosevelt (1936) und Lyndon B. Johnson (1964) mit jeweils über 60 Prozent

der in der Volkswahl abgegebenen Stimmen erringen. Dass aber auch ein überwältigender Wahlsieg dem Präsidenten keine schrankenlose Macht einbringt, musste Richard Nixon erfahren. Er trat nur zwei Jahre nach seiner glänzenden Wiederwahl von 1972 zurück, um einem Anklageverfahren durch den Senat zu entgehen. Die Präsidenten Andrew Johnson (1867) und Bill Clinton (1999) konnten ein solches Impeachment erfolgreich überstehen und ihr Amt behalten. Und schließlich widerlegte der Demokrat Grover Cleveland die amerikanische Wahlkampfweisheit „They never come back“ („Sie kehren nie zurück“), indem er nach seiner Abwahl im Jahre 1888 vier Jahre später noch einmal ins Präsidentenamt gewählt wurde.

(aus: DT Nr.8 vom 20.01.2004)



Die Achtung grundlegender Menschen- und Bürgerrechte ist im Klima des Misstrauens und der Gewalt der Kontrahenten vollends unter die Räder gekommen, wie kolumbianische Juristen, die auf Einladung des Deutschen Richterbundes (DRB) Ende April die Bundesrepublik besuchten, im Hintergrundgespräch mit KNA berichteten. Die Besucher scheuen auch in ihrem Land, wo sie sich als Mitglieder des vom DRB 1989 eingerichteten und seither auch vom Bischöflichen Hilfswerk Misereor (Aachen) maßgeblich unterstützten „Fondo Aleman de Solidaridad“ (FASOL) um die vom Staat sich selbst überlassenen Opfer der Gewalt in Justizkreisen kümmern, trotz Anfeindungen nicht das offene

KOLUMBIEN:

„Es gibt nichts Schlechtes, das ewig hält“

Der 40-jährige Bürgerkrieg zwischen der Regierung und den Gerillabewegungen „Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia“ (FARC – Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte) und „Ejército de Liberación Nacional“ (ELN – Nationale Befreiungsarmee) in Kolumbien mit mehr als 200.000 Toten hat das Erscheinungsbild der Gesellschaft regelrecht entstellt. Die katholische Kirche in dem südamerikanischen Land, dessen 44 Millionen Einwohner zu 90 Prozent Katholiken sind, genießt zwar auf beiden Seiten Respekt, doch ihre Vermittlungsbemühungen scheitern immer wieder an den unnachgiebigen Positionen. Zuletzt hatten die Bischöfe Armee und Rebellen zur minimalen Geste einer Feuerpause zu Ostern aufgerufen.

Wort. Seit kurzem wird FASOL auch durch die hiesige staatliche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Rahmen ihrer Justiz-Kooperation gefördert. Die FASOL-Delegation, angeführt von ihrem Präsidenten Evilio Hoyos, Zivilrichter in Medellin und Vorstandsmitglied der Justizgewerkschaft ASONAL, bestätigt die drastischen Menschenrechtsverstöße, auf die einige Wochen zuvor bereits Mitarbeiter der „Interkirchlichen Kommission Justitia et Pax“ in Kolumbien ebenfalls im Gespräch mit KNA hingewiesen hatten.

Kolumbiens seit August 2002 amtierender Präsident Alvaro Uribe Velez (51), der gegen die Verfassung eine zweite 4-jährige Amtszeit anstrebt, beteuert zwar Friedenswillen,

setzt aber laut FASOL de facto auf einen militärischen Sieg über die Guerilla. Diesem Ziel ordnet seine Regierung – mit US-amerikanischer Rückendeckung – im Rahmen ihrer „demokratischen Sicherheitspolitik“ den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte unter. Auf Grund des Konfliktes sind gegenwärtig rund 3 Millionen Kolumbianer (8 Prozent der Bevölkerung) Vertriebene im eigenen Land, das weltweit eine der höchsten Gewaltraten aufweist. Morde seien zu 70 Prozent politisch motiviert. Zugleich suche die Regierung den Schulterschluss mit den Paramilitärs, die bisher schon mit Duldung oder gar in direkter Kooperation mit den Streitkräften für unzählige Verletzungen der Menschenrechte

verantwortlich seien. Die Demobilisierung und nachträgliche Legalisierung der Paramilitärs werde außerhalb jeden rechtlichen Rahmens betrieben, erläuterten Hoyos und sein Vize, der Strafrichter Antonio Suarez aus Bogota.

Die Regierung des teilweise auch von Jesuiten und Benediktinern ausgebildeten Uribe versuche, wie etwa die Verfassungsänderung oder das Anti-Terror-Gesetz im Jahr 2003 zeigten, so die FASOL-Delegation, eine unabhängige Justiz in Kolumbien abzuschaffen und diese zum reinen „Dienstleister“ für den Staat zu degradieren. Teilweise werde sogar erwogen, Aufgaben des Rechtswesens zu „privatisieren“. Unliebsame Justizmitarbeiter stünden unter massivem Druck (Entlassungen, Attentate). Laut FASOL wurden seit 1989 bis heute knapp 230 Richter und Staatsanwälte ermordet; 288 Justizmitarbeiter erhielten Todesdrohungen, 95 überlebten Anschläge, 31 „verschwanden“ und 32 wurden gekündigt. Dies bewirke Unsicherheit und Angst im Land. Zudem seien in vielen abgelegenen Gegenden in den letzten Jahren Gerichte und Justizstellen geschlossen worden, womit die dort lebenden Menschen der Möglichkeit beraubt seien, ihre Rechte geltend zu machen.

Dem Staat hatten Ende letzten Jahres auch Danilo Rueda und P. Albeiro Parra von der kolumbianischen „Comision Intereclesial de Justicia y Paz“ im Gespräch mit KNA in Bonn große Mitverantwortung für die Eskalation im Bürgerkrieg zugeschoben, ohne den Terror von FARC (17.000 Kämpfer) und ELN (4.500 Kämpfer) zu entschuldigen. Zeitgleich warb damals Kolumbiens Vizepräsident Francisco Santos Calderon bei der Europäischen Union (EU) in Brüssel um Unterstützung für Uribes Politik. Jede Hilfe für die Zivilbevölkerung, durch die sich der Staat in seiner Strategie behindert sehe, werde als „Kollaboration“ mit den Aufständischen bewertet, so die Vertreter der von Ordens- und Basisgemeinschaften getragenen „Interkirchlichen Kommission“, die aus Deutschland ebenfalls von „Misereor“ und von der Missionszentrale der Franziskaner politisch, aber auch finanziell gefördert wird. Menschenrechtler, Gewerkschafter,

Sozialarbeiter und Kirchenleute gerieten zunehmend unter den Druck der Behörden und Sicherheitskräfte. Dem Vorwurf der Kollaboration mit der Guerilla sehen sich selbst Bischöfe ausgesetzt. Die Regierung wolle ihr Gesellschaftsmodell behaupten und jeden Widerstand gegen die Ausbeutung der Ressourcen des Landes durch (inter-)nationale Unternehmen unterdrücken.

Rueda und Parra, Leiter der Abteilung Sozialpastoral und der „Kommission Leben, Gerechtigkeit und Frieden“ im Bistum Quibdo, forderten seinerzeit Bundesregierung und EU auf, Entwicklungshilfe an konkrete Menschenrechtskriterien zu koppeln. Neben ihren Vermittlungsbemühungen – auch auf regionaler und kommunaler Ebene – sucht Kolumbiens Kirche, die Bürger durch Aufbau und Förderung von „Graswurzel“-Initiativen für Friedensprojekte in ihrem jeweiligen Umfeld zu gewinnen. „Wir brauchen organisierte und in ihren Zielen einige Menschen“, sagte im März Bischof Jorge Leonardo Gomez Serna OP von Magangue und bekräftigte die kirchliche Position, dass Verhandlungen der beste Weg seien, den Bürger-

krieg zu beenden. Für diesen Einsatz zahlt auch die Kirche einen hohen Preis: Allein mehr als 20 Priester wurden seit 2001 vom Militär oder der Guerilla getötet. Gomez gehört der bischöflichen Kommission für den Dialog mit der ELN an. Zwei weitere Kommissionen halten Kontakte zur FARC und zu den Paramilitärs. Diese Gremien sind auch unter den Bischöfen nicht unumstritten.

Ziel der Kirche ist ein umfassendes Abkommen zwischen Regierung und Guerilla, das, so der Episkopats-Vorsitzende Kardinal Pedro Rubiano Saenz im Februar, „ohne Änderungen am rechtsstaatlichen System und in einem Kontext von Wahrheit, Gerechtigkeit und Vergebung“ erreicht werden müsse.

Beobachtern stellt sich immer wieder die Frage, woher Kirche und Menschenrechtler angesichts der desaströsen innenpolitischen Lage im Land Kraft und Mut für ihr gefährliches Engagement nehmen. Darauf antwortete FASOL-Präsident Hoyos mit einer kolumbianischen Volksweisheit: „Es gibt nichts Schlechtes, das ewig hält.“

(KNA-ID Nr. 19/5.05.2004)

KURZ BERICHTET

Umfrage: Mehrheit der Muslime für die Integration in Deutschland

Wie aus einer am 4. Juni 2004 in Soest veröffentlichten Umfrage des Zentralinstituts Islam-Archiv-Deutschland hervorgeht, sprechen sich immer mehr Muslime für die Integration in Deutschland aus. Der Anteil der Integrationsbefürworter stieg auf 89 %. Im Vorjahr waren es 77 % von 1.200 Befragten. Die Zahl der Integrationsverweigerer ist auf 5 % zurückgegangen. Nach der Umfrage gaben 76 % der Muslime an, dass sie das deutsche Grundgesetz ohne Schwierigkeiten mit der Religion vereinbaren können; 21 % waren gegenteiliger Meinung. 92 % sprachen sich für die Einrichtung eines islamischen Heeres-Imanats in der Bundeswehr aus. 83 % stufen die Gespräche zwischen Muslimen und Christen als „sehr wichtig“ und weitere 15 % als „wichtig“ ein. Rund 50 % nannten die Begegnung mit dem Judentum „sehr wichtig“. Einen islamisch-jüdischen Gedankenaustausch befürworten 24 %, 12 % halten ihn für weniger wichtig und 13 % für unwichtig. – Das 1927 in Berlin gegründete Zentralinstitut ist die älteste bestehende islamische Einrichtung im deutschsprachigen Raum. Sein Ziel ist die Förderung des Dialogs zwischen den Muslimen in der Bundesrepublik sowie mit den Angehörigen anderer Glaubensbekenntnisse und Weltanschauungen. (KNA)

Vereinigte Staaten: Kommunionempfang von Politikern

In der Debatte um einen Kommunionempfang von Politikern, die sich für Abtreibung aussprechen, hat sich jetzt zum ersten Mal Kardinal William H. Keeler von Baltimore geäußert. Er lehne die Versuche von einigen Bischöfen ab, den Empfang oder die Verweigerung der Kommunion zu politisieren. Es sei nicht Aufgabe der Bischöfe, auszuwählen, wer die Kommunion zu empfangen habe. Vielmehr müsse sich jeder Katholik selbst fragen, ob er würdig an der Kommunion teilnimmt.

(baltimore sun) – nach: Newsletter von Radio Vatikan – 28.05.04

Unterschiedliche Rezepte

Seit die Zahl ihrer Mitglieder rückläufig ist und das Geld knapper wird, sind in den Kirchen neue Strategien und externe Berater gefragt. Wer sich letztere ins Haus holt, darf sich dann nicht wundern, wenn auf einmal diskutiert wird, ob es sich bei der Kirche um ein Serviceunternehmen handelt oder nicht. So geschehen Ende April im oberbayerischen Tutzing. Dorthin hatte die Evangelische Akademie zusammen mit der Katholischen Akademie in Bayern geladen. Zwei Tage lang setzten sich Theologen, Wirtschaftsfachleute, Journalisten und Literaten damit auseinander, ob mit der Konzentration aufs Kerngeschäft und mehr Kundenorientierung die Krisen zu meistern sind.

Schon bei der Bestandsaufnahme wurde deutlich, dass sich die evangelische Kirche längst damit abgefunden hat, dass Protestanten seit Jahren vorwiegend nur noch punktuell das kirchliche Angebot anlässlich von Taufen, Hochzeiten oder Todesfällen abrufen. „Der Gottesdienstbesuch ist eine unserer größten Schwächen“, räumte der Münchner evangelische Theologieprofessor Michael Schibilsky ein. Die Katholiken sind da noch immer in einer besseren Situation, weswegen sie mit dem Gedanken Probleme haben dürften, künftig Mitgliedschaften von Gläubigen auf Zeit zu akzeptieren. Schibilsky sah darin eine Chance. Aber auch er warnte davor, jedem Anspruch, den etwa ein Brautpaar bei seiner Trauung hat, gerecht werden zu wollen.

Der Mainzer Publizist Christian Nürnberger sah die Entwicklung seiner evangelischen Kirche nach marktgerechten Kriterien mit Skepsis. Teure bundesweite Plakataktionen, in denen bei vier vorgegebenen Lösungen geraten werden sollte, was an Ostern gefeiert wird, sind ihm ein Graus. „Ich will keine Fragen gestellt bekommen, sondern Antworten haben.“ Auch die Unternehmensberatungen sieht er mit Argwohn. Offenbar glaubten manche Kirchenleute, wenn guter Rat teuer sei, müsse im Umkehrschluss teurer Rat auch gut sein, mutmaßte Nürnberger. So würden immer neue Konzepte entwickelt und Logos entworfen. Die christliche Botschaft sei stets anstößig gewesen und habe nie dem Zeitgeist entsprochen, mahnte der Publizist. Wenn aber die Gläubigen als Kunden behandelt würden, verhielten sie sich irgendwann auch so: Sie

wollten dann viel behalten und wenig geben. Das sei das Gegenteil von dem, was Jesus vom Einzelnen verlange, nämlich alles. Schnäppchen seien in der Kirche nicht zu haben, ergänzte der Präsident des deutschen PEN-Club, Johanno Strasser. „Die christliche Botschaft ist nicht Gegenstand eines Geschäfts.“ Ihn störe die nach wie vor herrschende Gelassenheit, so der Publizist. Dabei sei die Welt drauf und dran, in einen totalitären werdenden Ökonomismus zu geraten, wodurch Rücksichtslosigkeit Krieg und Terror angestiftet würden.

Christen müssten gegen diese Entwicklung aufstehen. Schließlich sollten sie „das Salz der Erde sein, nicht der Zuckerguss“. Wer einflussreich sei, brauche keine Marktmacht, meinte Strasser. Natürlich spreche grundsätzlich nichts dagegen, ökonomisches und technisches Wissen zu nutzen. Kirche dürfe sich aber nicht der totalen Marktlogik unterwerfen, sonst seien die Menschen nur noch Verfügungsmasse. „Handelt einfach menschlich“, gab er als Losung aus.

Das Kontrastprogramm kam von Erich J. Lejeune. Der Unternehmer mit eigener TV-Show bei einem Münchner Privatsender hat den Erfolg zum Lebensziel erkoren. Den in Kreisform angelegten Tagungssaal nutzte der Geschäftsmann als Arena, um mit kräftiger Stimme eine Mischung aus Motivationstrainer, der er gleichfalls ist, und amerikanischem TV-Prediger abzuliefern. Ein „verrosteter Beamtenladen“ sei die Kirche, die sich noch dazu „grotten-schlecht“ verkaufe. Aber alles, was nicht verkauft werde, bleibe eben in den Regalen liegen. „Ich will das Wort Gottes am Sonntag hören“, for-

derte Lejeune. Die Qualität der Predigten und die Predigtfähigkeit der evangelischen Pfarrer lasse aber oft zu wünschen übrig. Das könne einer wie Kardinal Joseph Ratzinger schon besser: „Wie der die Botschaft überbringt – aber hallo!“ Die Kirche dürfe nicht dem Zeitgeist hinterher laufen. Es gelte, Nächstenliebe, Barmherzigkeit, Solidarität, Hilfsbereitschaft und den Glauben an Gott als Schöpfer des irdischen Lebens zu vermitteln. Pfarrer müssten um ihre Berufung wissen und eine Missionsoffensive starten.

Der Münchner Senior Director von McKinsey, Thomas von Mitschke-Collande, ging es ohne große Show, aber nicht weniger deutlich an. Die Kirche sei kein Dienstleister für Lebensorientierung und Spiritualität, lautete seine These. Die Begründung: Das Produkt sei nicht austauschbar. Die von McKinsey bisher gewonnenen Einsichten in deutschen Diözesen hat der engagierte Katholik in Eigenregie und aus privatem Interesse weiter entwickelt, um seiner Kirche Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Dabei stünden die Rahmenbedingungen fest: Die Zahl der Katholiken wird in den nächsten Jahren beträchtlich sinken und damit die Kirchensteuereinnahmen. Die verbleibende Zeit sollte schnellstens sinnvoll genutzt werden, um für die nächsten 20 Jahre ein Konzept zu haben. Jetzt gelte es, die Leute auszubilden, die künftig gebraucht würden. Bisher aber fühlt sich der McKinsey-Mann wie ein einsamer Rufer in der Wüste. Vor allem warnte von Mitschke-Collande davor, das Sparen in der Kirche zum Dauerthema zu machen. Daraus entwickle sich ein „Teufelskreis“ von verunsicherten und unmotivierten Mitarbeitern, denen unzufriedene ehrenamtliche Helfer und Gläubige folgten. Dies wiederum löse einen zunehmenden Vertrauensverlust aus, der eine weitere Erosion der Basis bewirken werde. Nötig seien Führungspersönlichkeiten, die „unerschrocken“ den Weg zeigten und mutige Entscheidungen trafen. Ein synodaler Prozess, in den die Gläubigen mit eingebunden seien, wäre aus seiner Sicht das Beste.

(KNA-D Nr. 19 / 05.05.2004)

EU-Kaleidoskop: Kirche in den neuen Mitgliedsstaaten

Eine „wichtige historische Etappe“ sieht Papst Johannes Paul II. im Beitritt von zehn ost- und südost-europäischen Staaten zur Europäischen Union am 1. Mai. In der erweiterten Gemeinschaft leben jetzt rund 450 Millionen Menschen, darunter 260 Millionen Katholiken. In den bisher 15 EU-Staaten waren etwa 207 der 381 Millionen Bürger katholisch. Von den 75 Millionen EU-Neubürgern gehören knapp 53 Millionen der katholischen Kirche an. Die Bischöfe in den beigetretenen Ländern betonen den Willen, den spezifischen Beitrag ihrer Kirche in die Union einzubringen. Sie haben aber ebenso die säkular-liberalistischen westeuropäischen Einflüsse auf der Rechnung, von denen sie nicht nur positive Auswirkungen erwarten. Kirche in den neuen EU-Staaten, ein statistischer Überblick (Stand 2002) von Ost nach Süd:

Polen: Die Heimat Papst Johannes Paul II. ist „der“ katholische unter den neuen EU-Staaten. Rund 37,2 der 38,6 Millionen Bürger sind Katholiken. In den 14 Erzbistümern und 27 Bistümern amtieren – bei einer Vakanz – 98 Bischöfe und Weihbischöfe. Zudem besteht seit 1991 ein Militärbistum. Die beiden vom Papst im Februar neu errichteten Diözesen Bydgoszcz und Swidnica als Suffragan-Bistümer der bis dato Rom unterstellten Erzbistum Lodz befinden sich noch im Aufbau. Ferner gibt es für die 85.000 mit Rom unierte Ukrainer ein Erzbistum und eine Diözese. Unter den neun Prozent Polen, die sonstigen religiösen Minderheiten angehören, stellen die Orthodoxen die größte Gruppe.

Litauen: Der südlichste der drei früher zur ehemaligen Sowjetunion gehörenden baltischen Staaten weist die größte katholische Prägung auf. Von den 3,5 Millionen Einwohnern bekennen sich 78 Prozent zur katholischen Kirche. Für die 2,8 Millionen Katholiken, die sich auf die Erzbistümer Wilna und Kaunas sowie auf die weiteren fünf Bistümer verteilen, sind zehn Bischöfe und Weihbischöfe zuständig. Zudem gibt es seit 2000 ein Militärbistum. Die Russen – und ihre orthodoxe Kirche – stellen mit einem Bevölkerungsanteil von 8,2

Prozent die größte ethnisch-religiöse Minorität.

Lettland: In der mittleren baltischen Republik gehören – ein Erbe der einstigen Sowjetära – 60 Prozent der zur Hälfte russischstämmigen knapp 2,3 Millionen Letten keiner Religion an. Ein Drittel der Einwohner sind bis heute Russen. Der Gesamtanteil der Christen an der Bevölkerung liegt bei 39 Prozent. Die kleine Minderheit der knapp 434.000 Katholiken verteilt sich auf die Hauptstadt-Erzbistum Riga und drei weitere Bistümer, in denen zurzeit neben Rigas Kardinal Janis Pujat drei Bischöfe amtieren.

Estland: Von den 1,37 Millionen Einwohnern im nördlichsten baltischen Staat, viele ohne Religionszugehörigkeit, sind 65 Prozent Esten, die sich auf einst eingewanderte asiatische Vorfahren zurückleiten. Größte ethnische Minderheit sind die 28 Prozent Russen im Land. Den orthodoxen Kirchen gehören knapp 20 Prozent der Esten an, weitere 14 Prozent sind Lutheraner. Die Apostolische Administratur Estonia für die knapp 6.000 Katholiken im Land leitet der Schweizer Erzbischof Peter Zurbriggen zusätzlich zu seinem Amt als Apostolischer Nuntius im Baltikum.



Dies ist eine wirklich europäische Karte von der Internetseite www.europa.eu.int; Ländernamen und Ortsbezeichnungen werden in der jeweiligen Landessprache angegeben. Verwendet werden die 20 Amtssprachen der Europäischen Union und für Drittländer die wichtigste Landessprache.

Tschechische Republik: In dem 1993 aus der friedlichen Teilung der viele Jahre kommunistisch regierten Tschechoslowakei hervorgegangenen Staat mit 10,2 Millionen Bürgern liegt der Anteil der Katholiken und der Religionslosen an der multiethnischen Gesamtbevölkerung jeweils bei 39 Prozent. In den zwei Erzbistümern und sechs Bistümern wirken 13 Bischöfe und Weihbischöfe für die 3,8 Millionen Katholiken. Ferner besteht ein Exarchat für die 190.000 mit Rom unierte Katholiken des byzantinischen Ritus. Unter den sonstigen christlichen Minderheiten stellen die Protestanten mit vier Prozent die größte Gruppe.

Slowakische Republik: Im zweiten Folgestaat der Tschechoslowakei stellt die katholische Kirche, der knapp 60 Prozent der 5,4 Millionen Einwohner des Vielvölkerstaates angehören, die größte Konfession. Für die knapp 3,7 Millionen Katholiken sind 18 amtierende Bischöfe und Weihbischöfe im Erzbistum Bratislava-Trnava und 3 weiteren Diözesen zuständig. Seit 2003 besteht ein Militärbistum. Weitere 220.000 Slowaken gehören zu den zwei mit

Rom unierten griechisch-katholischen Bistümern. Größte christliche Minderheit sind die rund acht Prozent Protestanten.

Ungarn: Knapp 90 Prozent der 10,1 Millionen Einwohner bekennen sich zum Christentum. Der katholischen Kirche gehören 63 Prozent, den protestantischen Kirchen 25 Prozent der Ungarn an. In den vier Erzdiozesen, darunter Esztergom-Budapest, der traditionsreiche Sitz des Primas, den acht Bistümern und der Territorialabtei der Benediktiner von Pannonhalma leben knapp sechs Millionen Katholiken, für die zusammen 20 Bischöfe und Weihbischöfe zuständig sind. Ein Militärbistum besteht seit 1994. Weitere 278.000 Gläubige zählen die beiden mit Rom unierten Diözesen des byzantinischen Ritus.

Slowenien: Die knapp zwei Millionen Menschen in der Republik im

Norden der Balkan-Halbinsel, die sich 1991 unblutig vom ehemaligen Jugoslawien getrennt hat, sind zu 86 Prozent Katholiken. Das Erzbistum Lubljana (vakant) sowie die Diözesen Koper und Maribor zählen zusammen rund 1,6 Millionen Katholiken, für die gegenwärtig sieben Bischöfe und Weihbischöfe tätig sind. Auf sonstige christliche und nicht-christliche Denominationen verteilen sich die restlichen 14 Prozent der multiethnischen Bevölkerung.

Zypern: Die Wiedervereinigung der seit 1977 geteilten Insel im östlichen Mittelmeer ist beim Referendum Ende April an der Bevölkerung im griechischen südlichen Teil gescheitert, die zu ihrem Nein auch von der griechisch-orthodoxen Kirche ermutigt wurde. Die „Türkische Republik Nordzypern“ ist international nicht anerkannt. Rechtlich gehört jetzt zwar ganz

Zypern zur EU, de facto gilt dies aber nur für den griechischen Teil. Die 864.000 Einwohner (660.000 im Süden / 204.000 im Norden), sind zu 75 Prozent griechisch-orthodoxe Christen und zu 18 Prozent Muslime (264.000). Zudem leben auf Zypern rund 10.000 mit Rom unierte maronitischen Katholiken, deren Bistum Erzbischof Boutros Gemayel von Nikosia aus leitet.

Malta: Das Mittelmeer-Archipel Malta südlich von Sizilien ist traditionell „Brücke“ zwischen dem europäischen und dem afrikanischen Kontinent. Der Kleinstaat ist trotz seiner multiethnischen Tradition katholisch geprägt. Von den 385.000 Maltesern sind 96 Prozent Katholiken. Im Erzbistum Malta und im Bistum Gozo, die jeweils die beiden bewohnten großen Inseln umfassen, amtieren zwei Ortsbischöfe und ein Weihbischof.

(KNA-ID Nr. 19 / 05.05.2004)

WELTKIRCHE:

Der Prozentsatz der Katholiken in der Welt sinkt

Mehr Diözesanpriester seit 1978, aber weniger Ordensleute

Die Zahl Katholiken in der Welt steigt. Nach neuesten Angaben über kirchliche Daten jedoch sinkt die Zahl prozentual gesehen.

Das vom Zentralbüro für Statistiken der Kirche erstellte statistische Jahrbuch der Kirche für das Jahr 2002 ist vom vatikanischen Pressebüro herausgegeben worden. Es enthält Daten seit dem Amtsantritt von Papst Johannes Paul II. bis zum Jahr 2002. Das Jahrbuch zeigt, dass die Krise des Mangels an Diözesanpriestern überwunden ist, die Krise an geistlichen Berufungen dagegen weiter anhält.

Die Zahl treuer Katholiken ist von 757 Millionen im Jahre 1978 auf 1.07 Milliarden im Jahre 2002 gestiegen. Auf Weltebene war eine Zunahme von 150 Prozent in Afrika; 74 Prozent in Asien; 49 Prozent in Ozeanien; 45 Prozent im Amerika

und 5 Prozent in Europa zu verzeichnen.

Im Vergleich zur Weltbevölkerung jedoch ist der Prozentsatz an Katholiken gesunken. 1978 waren 17.99 Prozent der Einwohner der Welt katholisch; 1990 waren es 17.68 Prozent; und 2002 17.2 Prozent.

Die Hälfte aller Katholiken der Welt leben in Süd- und Nord-Amerika (49.9 Prozent); 26.15 Prozent in Europa; 12.84 Prozent in Afrika; 10.3 Prozent in Asien; und 0.78 Prozent in Ozeanien.

Die Gesamtzahl an Priestern hat sich um 3.78 Prozent verringert. 1978 gab es 420.971 Priester, 2002 waren es nur noch 405.058.

Beim genaueren Studium der Daten wird deutlich, dass die Zahl an Diözesanpriestern um 1.85 Prozent gestiegen ist: von 262.485 auf 267.334. Die Zahl der Ordenspriester

ist um 13.1 Prozent gesunken: von 158.486 im Jahre 1978 auf 137.724.

Die Zahl an geweihten Männern (nicht Priester) fiel um 27.67 Prozent, von 75.802 im Jahre 1978 auf 54.828 im Jahre 2002.

Die Zahl der geweihten Frauen fiel in der gleichen Zeit um 20.98 Prozent, von 990.768 auf 782.932.

Die Zahl an ständigen Diakonen hat um 441 Prozent zugenommen, da dieses Amt nach dem zweiten Vatikanischen Konzil wieder eingeführt worden ist. 1978 gab es 5.562 ständige Diakone; um 2002 stieg ihre Zahl auf 30.097.

Die Zahl der Priesteranwärter (Kursteilnehmer der Philosophie und der Theologie), sowohl in Diözesen als auch in Orden ist von 63.882 im Jahre 1978 auf 113.199 im Jahre 2002 angestiegen. Von ihnen sind 65 Prozent Diözesanseminaristen; 35 Prozent gehören Orden an.

(ZENIT.org/11.05.2004).

KOSOVO: Blutsbrüder und Glaubensbrüder zugleich

Im Krisengebiet des Kosovo gelten Katholiken ihren Landsleuten als Hoffnungsträger und „Experten für Versöhnung“

ALEXANDER BRÜGGEMANN

Kosovo, Ende der achtziger Jahre. Zehntausende albanischer Muslime versammeln sich an historisch wichtigen Stätten, auf freiem Feld – um sich zu versöhnen. In feierlichen Zeremonien schwören sie der Blutrache ab, die ihr Volk seit Jahrhunderten im Würgegriff hielt: Kinder, die aus Angst, getötet zu werden, nicht mehr zur Schule gingen. Männer, die sich gegenseitig massakriert hatten, während gleichzeitig schon die Drangsalierungen durch die Serben anliefen.

Rund zwanzigtausend albanische Großfamilien sandten in jenen Monaten Vertreter in so genannte Versöhnungsräte, reichten sich die Hände und vermählten ihre Kinder untereinander, um die Blutrache ein für alle Mal zu beenden. Höhepunkt der Bewegung war eine Feier auf dem „Fushe e pajtimt“ (Versöhnungsfeld), etwa auf halbem Weg zwischen Pristina und Skopje. Mit dabei die intellektuellen Wegbereiter dieser wohl einmaligen Initiative: Anton Cetta, katholischer Literaturwissenschaftler an der Universität Pristina, und Don Lush Gjergji, rechte Hand des damaligen Apostolischen Administrators in Prizren.

Viele Muslime traten damals zum Christentum über. Die Aktion ist bis heute unvergessen. Sie hat den Katholiken, die mit sechzigtausend Mitgliedern nur etwa drei Prozent der Bevölkerung stellen, einen enormen Vertrauensvorsprung eingetragen. Viele Muslime traten damals zum Christentum über. Die Katholiken als Experten für Versöhnung, das ist haften geblieben. Tatsächlich bilden die Katholiken eine Art natürlicher Brücke zwischen den verfeindeten Kriegsparteien: Sie sind zum allergrößten Teil Albaner, „Blutsbrüder“ jener albanischen Muslime, die dem Katholizismus nach der Schlacht auf dem Amselfeld 1389 allmählich den Rücken kehrten und fortan einem moderaten, eher dem Gefallen der türkischen Besatzer als religiösem Eifer folgenden Islam anhängen. Zugleich werden die Katholiken als christliche „Glaubensbrü-

der“ der orthodoxen Serben gesehen, deren Krieg und Unterdrückungspolitik gegen die Kosovo-Albaner nicht vergessen ist. So sind bei den schwersten ethnischen Spannungen im Kosovo seit fünf Jahren in den vergangenen Tagen mindestens 31 Menschen ums Leben gekommen. Versöhner kann das Nachkriegs-Kosovo beileibe gebrauchen. Das staatliche Bildungssystem liegt nach dem Untergang von Milosevics Apartheidssystem noch weitgehend brach. Die Wertevermittlung ist maßgeblich auf westlichen Konsumismus und den Sozialdarwinismus reduziert. Auch wenn auf dem Papier nur wenige Katholiken im Kosovo-Parlament sitzen – selbst die albanischen Muslime in den Spitzenpositionen der kosovarischen Administration setzen auf die katholische Kirche.

Zwar hat die Regierung kein Geld, um die fast mittellose Kirche zu fördern. Allerdings übertrug sie ihr ein Grundstück von 13.000 Quadratmetern bebaubarer Fläche im Herzen der Hauptstadt Pristina, das die Träume des Apostolischen Administrators, Bischof Marko Sopi, höher fliegen lässt. Bislang in der im Süden gelegenen Provinzstadt Prizren ansässig, arbeiten Sopi und sein Stab intensiv am Projekt „Präsenz in der Hauptstadt“. Zwar gibt es unter den rund eine halbe Million Einwohnern von Pristina nur rund 1.250 Katholiken. Dennoch soll nach den Vorstellungen der Kirchenführung auf dem Filetstück gegenüber der Nationalbibliothek zwischen dem Bill-

Clinton-Boulevard und der Mutter-Teresa-Straße ein veritabler Katholiken-Komplex entstehen: mit Kathedrale, Bischofshaus, Grundschule, Schwesternheim, Kindergarten, Begegnungszentrum, Bibliothek und Theater.

Wenig Gehör finden dabei warnende Stimmen, dass für ein solches Großprojekt, das einer politischen Manifestation gleichkommt, möglichst viele gesellschaftliche Kräfte mit ins Boot geholt werden sollten. „Man muss die Leute einbinden, nicht überrollen, wenn dort nicht irgendwann eine Handgranate hineinfliegen soll“, meint ein Laienkatholik aus der Hauptstadt.

Dabei steht ein warnendes kirchenpolitisches Mahnmal nur wenige hundert Meter von dem geplanten Baugrund entfernt: In den neunziger Jahren scheiterte hier der Versuch der Serben, noch einen politisch motivierten religiösen Pflock einzurammen. Die orthodoxe Bauruine mit dem goldenen Dachkreuz harrt als Leergebäude einer Umwidmung als Gedenkstätte – oder aber möglicher Angriffe albanischer Extremisten. Für den Fall X – den Bau einer katholischen Kathedrale – haben die radikalen Muslime, die derzeit mit Geldern aus Saudi-Arabien die Region Pristina mit Dutzenden neuer, freilich leer stehender Gotteshäuser überziehen, bereits eine noch viel größere Moschee angekündigt.

Doch im Kleinen gedeiht auch echte Versöhnungsarbeit. Bei Don Lush Gjergji, seit 1992 Landpfarrer im abgelegenen Binca im Südosten des Landes, sitzen in jedem Sonntagsgottesdienst auch bis zu fünfzig Muslime, vor allem junge und intellektuelle – weil sie sich hier ernst genommen fühlen. Sein Engagement hat Don Lush den Vorwurf eingetragen, „ein Priester für Muslime“ zu sein; ein Vorwurf, der ihn selbst freut.

(DT Nr.35 vom 23.03.2004)

INDONESIEN:

Glaubensverkündigung in einem islamischen Land

Zur aktuellen Debatte über das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen: Der Bericht eines katholischen Ordensmannes über die Mission in Indonesien

FRANZ MAGNIS-SUSENO SJ



Vor Jahren, nach stundenlangen Diskussionen über Demokratie und Menschenrechte, es war schon nach Mitternacht, umringten mich einige muslimische Studenten. „Pater, dürfen wir Sie etwas Persönliches fragen?“ „Gerne.“ „Sie kennen den Islam gut“ – was leider nicht ganz richtig ist – „und Sie stehen uns Muslimen mit Sympathie gegenüber. Warum haben Sie noch nicht den Islam angenommen?“ Mir verschlug es kurz die Sprache. Ich sagte dann, dass ich von Kind auf katholisch erzogen worden sei, dass ich später diesen Glauben persönlich übernommen hätte und er meine Lebensbasis geworden sei, dass ich mich da richtig fühle und dass mir bei allem Respekt gegenüber dem Islam der Gedanke, zum Islam überzutreten, noch nie gekommen sei. Die Studenten akzeptierten meine Antwort.

Der heiße Brei: Negativbilder und Ängste

In inzwischen Hunderten von Gesprächen mit muslimischen Intellektuellen und Studenten habe ich gelernt, manchmal auch schwierige Themen anzusprechen. Dazu muss allerdings erst gegenseitiges Vertrauen aufgebaut werden. Denn die Beziehungen zwischen Christen und Muslimen sind vielfach belastet, nicht zuletzt durch eine über tausendjährige misslungene gemeinsame Geschichte. Negativbilder vom Islam beziehungsweise vom Christentum sind tief in die unterbewusste kollektive Identität beider Religionsgemeinschaften eingesickert. Was aber die gegenseitigen Beziehungen in Indonesien am meisten belastet, sind gegenseitige Ängste. Die Christen haben Angst, dass, was immer auch die Staatsverfassung und die

Muslime selber erklären, diese sie, wenn sie das Sagen hätten, zumindest unterdrücken würden. Und die Muslime haben Angst, dass hinter allen Dialogen und Freundlichkeiten der Christen doch nur die geheime Absicht steht, sie vom Islam abtrünnig zu machen.

Um diesen heißen Brei wird meist herumgeredet. Doch wenn die Gesprächsatmosphäre stimmt, bringe ich dennoch zur Sprache, dass hier unser Hauptproblem liegt. Dass wir anerkennen sollten, dass wir beide missionarische Weltreligionen sind. Dass gegenseitiges Akzeptieren, also positive Toleranz, wie sie von beiden Religionen in Anspruch genommen wird, nicht darin besteht, die Unterschiede zu leugnen, sondern die anderen, also die andere Religionsgemeinschaft, in ihrer Andersheit anzunehmen. Und das schließt das Akzeptieren des gegenseitigen missionarischen Charakters ein.

Was aber heißt das, „missionarisch“? Hierzu hat das Zweite Vatikanum sehr wichtige Aussagen gemacht: Bejahung der Religionsfreiheit; Annäherung, anderen Religionen, insbesondere dem Islam, Achtung entgegenzubringen; vor allem aber die klare Aussage der Kirchenkonstitution (LG 16), dass auch Nichtgetaufte durch Jesus das Heil erlangen können. Die unselige Streiterei darüber, ob Christen und Muslime zum gleichen Gott (den wir in Indonesien, wie auch die Christen in der arabischen Welt, „Allah“ nennen) beten oder nicht, sollte damit eigentlich gegenstandslos geworden sein.

Die Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils

Für mich und viele meiner Mitmissionare ist das Zweite Vatikanum

keineswegs zum Schock geworden und es hat uns keineswegs die Motivation zum Missionieren genommen, wie ich es manchmal in Europa gehört habe. Wir sind befreit von dem permanenten Druck, so viele Menschen als möglich taufen zu müssen, damit sie nicht in die Hölle kommen. Wir stehen nicht mehr – wie noch immer viele evangelikalen Protestanten – vor der unmöglichen Aufgabe, Neugetaufte in der Furcht lassen zu müssen, dass ihre geliebten Eltern, fromme Muslime und gute Menschen, in die Hölle gekommen sind. Eine solche Überzeugung drängte vor fünfhundert Jahren den heiligen Franz Xaver, in Südindien Zehntausende zu taufen. Wenn wir heute das Evangelium bezeugen, dann deshalb, weil wir unsere Freude, unseren Schatz, die Selbstoffenbarung Gottes in Jesus, weitergeben wollen. Weil es ein unendliches Glück ist, Jesus ausdrücklich zu finden und sich auf ihn und seinen Weg einzulassen. Wir wissen jetzt, dass auch Menschen anderer Religionen auf dem Weg zu Gott sein können, aber sie sind es sozusagen mit verbundenen Augen: Da sie Christus noch nicht kennen, ist ihnen die Fülle der Wahrheit und daher der Freude, von Gott angenommen zu sein, noch (teilweise) verborgen. Auch ohne die Fülle des göttlichen Heilsplanes zu sehen, können sie zum Heil gelangen. Aber welches Glück ist es, wenn sie zum vollen Sehen gelangen.

Deshalb überlassen wir es getrost dem Heiligen Geist, ob und bei wem er das Glaubenslicht anstecken will, so dass er oder sie das große Glück erfahren darf, die wahre Güte Gottes in Jesus zu erkennen und in die Gemeinde der aus Jesus heraus Lebenden eingegliedert zu werden. Wir freuen uns über jeden, den der Geist durch unsere Beihilfe zu Taufe

bringt, aber wenn es wenige sind, beunruhigt uns das keineswegs.

Wie aber sollte so eine „nach-vatikanische“ Mission aussehen? Da bietet sich besonders Lukas an (Lk 24, Apg 1), der Jesu Missionsauftrag als Sendung deutet, Zeugnis zu geben. Damit verbietet sich ein Verständnis von Mission als Proselytismus, als Werben von Anhängern. Mission heißt dann nicht, andere überreden zu wollen, Christen zu werden. Für mich ist es inakzeptabel, Menschen, die ihre religiöse Überzeugung haben, anzugehen und ihnen den eigenen Glauben aufdrängen zu wollen. Natürlich nicht durch Überredung mittels Anreizen. Aber auch nicht durch religiöse Streitgespräche, nicht einmal einfach dadurch, dass man sie in ein religiöses Gespräch verwickelt oder ihnen eine Bibel in die Hand drückt. Jeder Mensch hat das Recht, mit seiner grundlegenden Überzeugung in Ruhe gelassen zu werden. Genau dieses Recht bleibt voll respektiert, wenn Mission als Zeugnis-Geben verstanden wird. Zeugnis gebe ich durch mein Leben, durch die Art, wie ich Menschen begegne, meine Arbeit leiste, meine Verantwortung erfülle, positiv zum Leben der Gemeinschaft beitrage. Christen geben Zeugnis für Christus durch ihre Offenheit, ihre innere Freude, Positivität, Güte, Solidarität mit den Armen und Leidenden, dadurch, dass sie es ablehnen, an Ungerechtigkeit mitzuarbeiten. Dabei sollte man sich, wenn immer möglich, als Christ zu erkennen geben. Die Menschen dürfen sehen: So lebt, so handelt, so ist ein Christ. Solches Zeugnis lässt andere vollständig frei. Sie können darauf reagieren, wie sie wollen. Sie können sich zum Beispiel einfach abwenden. Wenn dann jemand kommt und Aufklärung über die Quelle der inneren Freude, der Positivität verlangt, dann ist die Zeit gekommen, wo ich ihm oder ihr, der Situation entsprechend, von meinem Glauben, von der Freude, Jesus zu kennen und ihm zu folgen, sprechen kann. Und dann sollten wir darauf bestehen, dass sowohl die Rechts- und Verfassungsordnung als auch die andere religiöse Gemeinschaft selbst das Recht dieses Menschen anerkennt, der Stimme seines Herzens zu folgen. Viele muslimische Gesprächspartner in Indonesien sind

wenigstens grundsätzlich bereit, soweit zu folgen.

Ich selbst bin in das multikulturelle Indonesien über die javanische Kultur hineingelangt. Obwohl ursprünglich zu hundert Prozent islamisch, gibt es derzeit etwa eine Million katholischer Javaner – und das, obwohl die Kirche im eigentlichen Sinn erst Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts unter ihnen zu arbeiten begonnen hat. Manche meiner Jesuitenmitbrüder sind Christen der ersten Generation, deren Eltern noch dem Islam angehören. Für Javaner ist Religion ein Weg, nicht das Ziel, ein Weg zu Gott. Man sollte der Religion folgen, die man innerlich als richtig erfährt. Für Javaner wäre der Gedanke eines Gottes, der ihre Eltern, Großeltern oder geliebte Verwandte und Bekannte nur deshalb nicht zu sich in die ewige Seligkeit lässt, weil sie nicht katholisch getauft sind, von vorneherein inakzeptabel, unglaublich. Ein Gott als Registrator, der erst im Taufbuch nachschaut, bevor er einen in den Himmel lässt, hätte für Javaner nichts mit Gott zu tun. Hier ist also genau die Tatsache, dass die Katholiken, im Unterschied zu den meisten Muslimen und vielen Protestanten, lehren, dass auch Muslime, Buddhisten und sogar Atheisten in den Himmel kommen können, ein besonders bedeutsamer Hinweis auf die Echtheit katholischer religiöser Erfahrung.

Das Ideal: transparent zu werden für Christus selbst

Als Missionar unter Muslimen: Das heißt dann eben nicht mehr, Muslime „bekehren“ zu wollen. Vielmehr heißt es: Für die Freude, die Güte und die Gerechtigkeit Jesu Zeugnis geben. Und zwar in allen Dimensionen: In der täglichen Begegnung mit Menschen islamischen Glaubens, am Arbeitsplatz, in der Schule, aber auch durch eine gerechte und effiziente Wirtschaftspolitik, überhaupt durch politischen Einsatz, zum Beispiel für Demokratie, Menschenrechte und Pluralismus, und insbesondere durch den Einsatz für die Schwachen und Armen. Das Ideal wäre, transparent zu werden für Christus selbst, der über Seinen Geist durch den Missionar hindurch in der Gesellschaft anwesend ist.

Muslime sollte man nicht Heiden nennen (vielleicht sollte man dieses Wort überhaupt vermeiden). Der typische „Heide“ weiß nichts von Gott. Aber wie es uns das Zweite Vatikanum (Nostra aetate) schon gesagt hat: Muslime wissen viel von Gott, sie gehören zur abrahamitischen Religionsfamilie. Wir können sogar einiges von ihnen lernen.

Ein so verstandenes Zeugnis erniedrigt Andere nicht, es schiebt ihre „Wahrheit“, ihren geistigen, geistlichen und religiösen Reichtum nicht beiseite. Es erkennt die Werte Anderer an. Und gerade deshalb kann solches Zeugnis andere bereichern, ohne ihre Identität zu bedrohen. Wir wissen ja, dass jemand, der zum Glauben an Jesus kommt und sich Ihm übergibt, nichts von seiner Identität verliert, sondern im Gegenteil sich selbst erst richtig findet. Sich in Gott hinein entleeren, führt nicht in die Selbstentfremdung, sondern aus ihr heraus. Sollten sich Muslime tatsächlich zur Kirche und zu Jesus hingezogen fühlen, dann dürfen wir uns freuen und ihnen unseren Weg zeigen, und wenn sie um die Taufe bitten, nehmen wir sie in die Kirche auf.

Umgekehrt scheint mir auch eine Redeweise ganz unangebracht, nach der es, in bewusstem Gegensatz zum traditionellen Missionsverständnis, Aufgabe des Missionars wäre, Muslime zu besseren Muslimen machen. Das riecht nach Paternalismus und Hochmut. Außerdem sehe ich in der islamischen Lehre, auch in dem, was im Koran steht, Dinge, die ich negativ beurteile.

Allerdings sehe ich es als meine Aufgabe als ein Missionar, der zufällig auch ein Philosoph ist, Muslime intellektuell herauszufordern. Das heißt, Muslime zu neuen Weisen der Reflexion über ihren eigenen Glauben anzuregen. Zum Beispiel in den Diskurs mit zeitgenössischer Philosophie, über zeitgenössische Fragestellungen, einzutreten.

Eine andere Spur ist die Erneuerung des theologischen Denkens im Islam. Im sunnitischen Islam ist seit dem zehnten Jahrhundert offiziell „die Tür der ijtihad“ verschlossen, das heißt, es dürfen keine neuen Interpretationen betreffend des islamischen Gesetzes entwickelt werden. Ich frage dann meine muslimischen Gesprächspartner manchmal, wie

dieses Schließen der ijtihad-Tür theologisch zu rechtfertigen sei. Der Protestantismus habe die katholische Kirche dadurch herausgefordert und das Christentum erneuert, dass er zur Heiligen Schrift zurückgegangen ist, um zu finden, was wirklich eine christliche Antwort auf neue Probleme ist. Warum begnüge man sich angesichts neuer Herausforderungen mit den Antworten der seit tausend Jahren approbierten Rechtsgelehrten und gehe nicht direkt auf die Quellen, vor allem den Koran, aber auch die Überlieferung über den Propheten (sunnah) und seine gut bezeugten Worte (hadits) zurück? In Bezug auf die muslimische Heilige Schrift, den

Koran, erlaube ich mir, auf die Unverzichtbarkeit der Hermeneutik für eine korrekte Textauslegung hinzuweisen, die dem im Koran wirklich Gemeinten nahe kommt. Immer wieder betone ich auch meine Überzeugung, dass man, um fromm zu sein, nicht das Denken verleugnen muss. In diesem Zusammenhang betone ich, dass sich religiöse Menschen, vor allem Intellektuelle, auch mit feindlicher oder nicht leicht einzuordnender Literatur geistig auseinandersetzen können müssen.

Klar, dass ich dadurch selbst auch viel Bereicherung und neue Perspektiven erfahre. Kommunikation ist immer ein mehrseitiger Pro-

zess. Und Zeugnis geben heißt ja nicht, Recht haben zu wollen gegenüber anderen, sondern transparent zu werden für das Licht des Geistes und die Gnade dessen, der uns zu seinen Gesandten oder Missionaren gemacht hat. In diesem Sinn ist der Missionsauftrag Jesu so aktuell wie nur je.

Der Autor, Jesuit, lebt seit 1961 in Indonesien und ist Philosophieprofessor in Jakarta. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit ist der Dialog mit Muslimen. Seine Publikationen, hauptsächlich in indonesischer Sprache, behandeln Ethik, Politische Philosophie und Javanische Kultur.

(aus: DT Nr.25 vom 28.02.2004)

KOPFTUCH UND KREUZ: Christen, hört die Signale!

„Um Kopftuch und Kreuz: Der Papst durchschaut die laizistische Bedrohung“, schreibt Stephan Baier in seinem Beitrag für „Die Tagespost“ (Ausgabe Nr.26 vom 02.03.2004, S. 9), den AUFTRAG in einer Kurzfassung, wiedergibt. In seiner Ansprache vor französischen Bischöfen in Rom am 27. Februar 2004 stemmte sich Johannes Paul II. gegen den Versuch, das gesellschaftliche Leben seiner religiösen Dimension zu berauben. Damit legt er den eigentlichen Kern der Debatte um religiöse Zeichen offen.

Mit eindeutigen Worten wandte sich der Pontifex gegen ein französisches Gesetz, wodurch zukünftig das Tragen sichtbarer religiöser Symbole in öffentlichen Schulen verboten wird. In der Audienz erklärte der Papst, jeder Angehörige einer Religionsgemeinschaft habe das Recht, in den Überzeugungen, aber auch in der praktischen Ausübung seines Glaubens respektiert zu werden.

Fundamentaler als der Investiturestreit des Mittelalters

Ist der Papst also für das Kopftuch? - Er ficht für die Religionsfreiheit, bei der nicht vom Staat der Glaubensinhalt und der sichtbare Glaubensausdruck einer Religion bestimmt werden könne. Der durch die erlebten religionsfeindlichen Ideologien des Nationalsozialismus und sowjetischen Kommunismus geprägte Johannes Paul II. stemmt sich nach Angaben kirchlicher Nachrichtenagenturen „mit Nachdruck“ gegen die neue laizistische Religionsfeindlichkeit gegen den Islam sowie

in anderer Form auch gegen das Christentum – und das nicht nur in Frankreich. Religion dürfe nicht ausschließlich auf die Privatsphäre beschränkt bleiben.

Damit habe der Papst den Kern der Debatte offengelegt: Dem ideologischen Laizismus, der seine Wurzeln in der Französischen Revolution hat, gehe es nicht um die Abschaffung jeglicher Religion, sondern um ihre radikale Entschärfung. Ein Glaube, der nur mehr im privaten Raum bekannt und ausgeübt werden dürfe, möge noch zur Verbesserung der Manieren und des gesellschaftlichen Sittenbildes beitragen, könne aber der fortschreitenden Barbarisierung der Gesellschaft keinen Widerstand mehr leisten. Dem gegenüber hätten der Glaube Abrahams, der Glaube des Mose, des Jesus von Nazareth, des Mohammed (in historischer Reihenfolge) immer schon eine gesellschaftsprägende und die Gesellschaft verändernde Kraft in sich. Mit anderen Worten: Gläubige Christen könnten nicht gleichgültig bleiben, wenn im Namen des Liberalis-

mus Ungeborene getötet, Siechende euthanasiert, Embryos geklont, Frauen zu Sexualobjekten degradiert würden. Für gläubige Juden und Muslime gelte dies im Prinzip ebenso.

„Das Ringen des Papst Johannes Paul II, mit seiner Erklärung gegenüber den französischen Bischöfen aufnahm, ist vermutlich schwieriger und fundamentaler als der mittelalterliche Investiturestreit. Dieser war nur ein Grenzstreit zwischen geistlicher und weltlicher Autorität, aber kein Grundsatzstreit um die Frage, ob das Christentum auch diese Welt formen und verwandeln darf“, heißt es in der Tagespost. In der Sicht dieser etatistisch-laizistischen Ideologie sei der Mensch nicht mehr Bürger zweier Welten, sondern nur mehr des Staates Untertan. Die von Jesus selbst gezogene Unterscheidung zwischen dem, was „des Kaisers“, und dem, was „Gottes“ ist, gerate ins Wanken.

Wer künftig in Frankreich eine staatliche Schule mit Kopftuch, Ordensgewand, Kreuz oder jüdischer Kippa betrete, mache sich strafbar. Die französische Nationalversammlung beschloss mit einer Mehrheit von 494 gegen 36 Stimmen, dass das Tragen „aufdringlicher“ religiöser Symbole in französischen Schulen verboten ist. Auch in anderen katholischen Ländern wie Italien, Spanien und Bayern gebe es Entscheidungen bzw. Bestrebungen „alle religiösen Symbole wie das Kruzifix aus den Schulzimmern“ oder der Öffentlichkeit zu entfernen.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland darf einer muslimischen Lehrerin nur dann das Tragen eines Kopftuchs verboten werden, wenn es in dem betreffenden Bundesland eine gesetzliche Grundlage gibt. Erschreckend daran sei, dass ein einfaches Landesgesetz offenbar über die im Grundgesetz verankerte „Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses (Grundgesetz Art. 4, Abs.1) gestellt werde. Noch schlimmer sei, dass der Staat meint, über die „ungestörte Religionsausübung“ entscheiden zu können, d.h. wie der Glaube öffentlich bekannt und gezeigt werden dürfe.

Der Papst dagegen definiere die Grenze des staatlichen Eingreifens damit, dass die Religionsfreiheit dort ihre Grenzen habe, wo „die Sicherheit und die legitime Autorität des Staates“ in Frage gestellt werde. Wo also eine muslimische Mathematiklehrerin zwar das Kopftuch trägt, aber gemäß dem Lehrplan Mathematik unterrichte, sei ihr ebenso wenig ein Vorwurf zu machen, wie dem Benediktinerpater im Habit am Klosterinternat. Erst wenn die Lehrerin – mit oder ohne Kopftuch – gegen den freiheitlichen Rechtsstaat predige oder eine islamische Theokratie ausrufe, müsse sie aus der Schule entfernt werden !

Drei verschieden Diskussionsebenen

„Wir brauchen deshalb mindestens drei Diskussionsebenen:

- die inter-konfessionelle,
- die inter-religiöse und
- diejenige zwischen Staat und Religionsgemeinschaften.

Innerislamisch gibt es über die Kopftuch-Frage keine Einigkeit. Im inter-religiösen Dialog dürfen und sollen Christen gegenüber Muslimen alle Bedenken und Sorgen offen thematisieren, die mit der von Gott verliehenen Würde jedes Menschen, jeder Frau, jedes Kindes, jedes Un- und Andersgläubigen zu tun haben. Die Menschenwürde, die Papst Johannes Paul II. immer ...zum großen Thema seines Lehramtes gemacht hat, ist wohl der Kern des christlichen Anliegen im Dialog mit dem Islam. Wenn der Papst das Recht aller Religionen auf öffentliche Zeichenhaf-

tigkeit verteidigt, dann betrifft dies nur die dritte Diskussionsebene: das Verhältnis des Staates zu den Glaubensgemeinschaften. Dem Staat streitet der Papst das Recht ab, den Glauben aller Gott-Gläubigen von der öffentlichen Bühne zu verjagen und in das private Kämmerlein zu sperren.“

Alle Symbole der Religionen ins Privatleben verbannen

Christen, die heute einen säkularisierten Staat befürworteten, der muslimischen Frauen ans Kopftuch oder an den Tschador gehe, hätten durch das französische Gesetz einen erhebli-

chen Dämpfer bekommen. Die ausufernde laizistische Ideologie werde anstreben, alle Symbole der Religionen aus dem öffentlichen Bereich zu verbannen, wie sie auch den Gottesbezug in der Europäischen Verfassung zu verhindern suche. Übrig blieben wohl die Insignien und Herrschaftszeichen des allmächtigen Staates. „Dann aber ist es – wie in der Französischen Revolution bereits vorexerziert – bis zur Schleifung der Kirchtürme und der Abschaffung christlicher Feiertage nur mehr ein kleiner Schritt“, befürchtet der Autor. (bt)

KURZ BERICHTET:

Katar: Vatikan fordert Religionsfreiheit

Der Vatikan hat bei einer hochrangig besetzten islamisch-christlichen Dialogkonferenz im Emirat Katar die Wahrung der Religionsfreiheit gefordert. Wie der vatikanische Missionspressedienst „Fides“ Ende Mai berichtete, sagte der frühere vatikanische Außenminister Kardinal Jean-Louis Tauran bei dem Treffen in der Hauptstadt Doha, die Freiheit des Gewissens und der Religion sei „fundamental und absolut notwendig“. Die Religionsfreiheit respektiere sowohl Gott als auch den Menschen und sie beruhe auf Gegenseitigkeit. Sie erstrecke sich über die Gewissensfreiheit des Einzelnen hinaus auch auf die Gemeinschaft und habe daher eine gesellschaftliche Dimension.

Tauran betonte in seinem Vortrag ferner, dass die katholische Kirche die Muslime und den Reichtum ihrer geistlichen Tradition mit Respekt betrachte. Zugleich seien aber auch die Christen stolz auf ihr religiöses Erbe. Der Dialog zwischen Gläubigen zweier unterschiedlicher Religionen sei ein „sprechendes Zeugnis der Brüderlichkeit“. Um jeglichen Synkretismus zu vermeiden, müssten beide Seiten ihrem eigenen Glauben treu bleiben, sagte der französische Kurienkardinal. Zum Prinzip der Religionsfreiheit bekannte sich bei der Konferenz auch der Groß-Imam der ägyptischen Al-Azhar-Moschee, Scheich Mohammed Sayed Tantawi. Er sagte: „Die Religionsfreiheit ist eines der Grundprinzipien des isla-

mischen Rechts. Hass und Gewalt wachsen dort, wo der Mensch nicht frei ist, seinen eigenen Glauben auszudrücken.“ An dem dreitägigen Kongress nahm seitens des Vatikan neben Kardinal Tauran auch der Vorsitzende des Päpstlichen Rats für den Interreligiösen Dialog, Erzbischof Michael Fitzgerald, teil. Die koptischen Christen sind durch ihr Oberhaupt Papst Schenuda III. vertreten, höchstrangiger islamischer Teilnehmer ist der Groß-Imam der Al-Azhar-Moschee.

Scheich schenkt Christen Land für Kirchenbauten

In ihrem Bericht über die Dialogkonferenz teilt „Fides“ mit, das Staatsoberhaupt von Katar, Scheich Hamad bin-Khalifa alThani, habe den christlichen Minderheiten Land für den Bau von Kirchen geschenkt. Laut „Fides“ überließ der Scheich den christlichen Konfessionen gut 500.000 Quadratmeter Grund, um darauf Kirchen zu errichten. Das Angebot richtet sich an Katholiken, Kopten, Orthodoxe und Protestanten. Bisher mussten Christen in dem arabischen Land ihre Gottesdienste in Schulen oder anderen Räumen feiern. Katar unterhält seit 2002 diplomatische Beziehungen mit dem Vatikan. Nach Kuwait, Bahrain, Oman, Jemen und den Vereinigten Arabischen Emiraten ist Katar bereits der sechste Staat der arabischen Halbinsel, der Kirchenneubauten oder die liturgische Nutzung bestehender Kirchen zulässt. Lediglich in Saudi Arabien genießen Christen keine vergleichbare Religionsfreiheit. (KNA)

Islam: Migranten-Rat für Dialog mit Augenmaß

Ausgerechnet der Päpstliche Migranten-Rat, der seit Jahren für eine vorurteilsfreie und humane Zuwanderungspolitik wirbt, ist in Medien in den Verdacht geraten, eine härtere Linie des Vatikans gegenüber islamischen Einwanderern zu verkünden. In der Tat enthält das vom Rat letzte Woche veröffentlichte 50-seitige Dokument „Erga migrantes caritas Christi“ (Die Liebe Christi zu den Migranten), das sich mit den Herausforderungen für die Kirche durch die größte Migrationswelle aller Zeiten befasst, einige Ausführungen auch über die „islamischen Brüder und Schwestern“. Doch Belege für die These einer Abkehr vom Dialog der Religionen finden sich nicht.

Immer wieder wird in dem Text die Notwendigkeit einer angstfreien und mit den Herkunftsländern koordinierten Zuwanderungspolitik betont: „Die internationalen Migrationen sind, vernünftig betrachtet, als wichtige strukturelle Komponente der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Realität der gegenwärtigen Welt zu sehen.“ Ohne Umschweife wird vor einer Festungsmentalität, die nur illegale Einwanderungen fördern würde, gewarnt. Auch ansonsten keine Hardliner-Töne. Zum Thema Inkulturation heißt es: „Hier genügt nicht die Toleranz, notwendig sind Zuneigung und größtmöglicher Respekt gegenüber der kulturellen Identität der Gesprächspartner.“ Dass einige Journalisten dennoch eine Trendwende in das Dokument hineinlesen, liegt vor allem an fünf Absätzen über religionsverschiedene Ehen und das Verhalten von Christen gegenüber muslimischen Einwanderern. In vergleichsweise klarer Sprache wird von solchen Mischehen abgeraten. Für christlich-muslimische Ehen sei wegen der „großen kulturellen und religiösen Unterschiede“ eine besonders sorgfältige Vorbereitung nötig. Hintergrund dieser Warnungen sind bittere Erfahrungen mit vielen dieser Ehen, die nicht nur vor Gericht enden, sondern oft genug zu familiären und diplomatischen Verwicklungen führen.

Die Gemeinden sollen im Umgang mit Muslimen „zwischen dem,

was gebilligt und dem was nicht gebilligt werden kann“, unterscheiden. Hinsichtlich der religiösen Toleranz fordert der Rat das Prinzip der Gegenseitigkeit ein, das für christliche Einwanderer in islamischen Ländern nur sehr selten gilt. Neu ist an diesen Ausführungen höchstens die klare, praxisbezogene Formulierung. Doch grundsätzlich betont auch Papst Johannes Paul II. spätestens seit seiner Enzyklika „Redemptoris missio“ (1990) stets, dass der interreligiöse Dialog nicht auf Kosten des Missionsauftrages und einer Besinnung der Kirche auf ihr eigenes Zentrum gehen dürfe. Diesen Aspekt haben manche Analysten wohl übersehen, weil das damals Neue – die Öffnung für den

Dialog mit anderen Religionen – mehr Aufmerksamkeit erregte.

Seit der Ton zwischen militanten Muslimen und dem Rest der Welt rauer geworden ist, mehrten sich im Westen die Rufe nach einer wehrhafteren Haltung gegenüber dem Islam. Sie stellen nun überrascht fest, dass der Vatikan keineswegs so blauäugig für den Dialog eintritt, wie dies nach manchen Gesten des Papstes gegenüber Muslimen vielleicht verstanden worden war. Im übrigen hat auch die Deutsche Bischofskonferenz in ihrer Handreichung „Christen und Muslime in Deutschland“ (2003) detailliert vor den Risiken solcher Mischehen gewarnt.

(KNA – ID Nr. 21/19. Mai 2004)

LESERBRIEF ZUM BERICHT:

„Bhutan: Massive Menschenrechtsverletzungen und Christenverfolgung“ in AUFTRAG 254/ Mai 2004, S. 57

Durch eine Patientin wurde mir ein Bericht aus „Auftrag 254“ vom Mai 2004 zur Kenntnis gebracht. „Bhutan: Massive Menschenrechtsverletzungen und Christenverfolgungen“.

Dieser Bericht entspricht in keiner Weise den tatsächlichen Gegebenheiten im Königreich Bhutan.

Es widerspricht auch der Grundeinstellung der Regierung und des Klerus. Richtig ist, dass die Staatsreligion der Bhuddismus ist. Die Versuche der Christianisierung des Landes wurden sicherlich zu plump angestellt als dass hier ein Erfolg zu erzielen gewesen sei. Dies hat natürlich zu einer dann sehr kritischen Haltung der Regierungsverantwortlichen geführt.

Unwahr ist die angebliche Christenverfolgung. Ich selbst bin Christ und habe bei vielen Besuchen in Bhutan, der letzte Besuch war im Mai 2004, nichts von einer „sehr harten Verfolgung“ feststellen können. Ich kenne kleine Gruppen ausländischer Christen die sich in der Hauptstadt Thimphu treffen. Von einem Verbot dieser Treffen oder einer Verfolgung ist mir nichts bekannt. Bekannt sind ethnische Schwierigkeiten im Süden des Landes. Dies ist bei der Zusammensetzung der dortigen Bevölke-

rung selbstverständlich. Flüchtlinge aus Nepal Bangladesch und anderen Staaten im Südbhutan können aber ohne Einschränkungen ihrem Glauben nachgehen.

Die Bhutaner reagieren selbstverständlich mit Distanz auf Versuche der Missionierung, wenn unter einer falschen Vorgabe dies versucht wird. So wurde die Leprastation in Mongar, Ostbhutan, dazu genutzt Missionierungsversuche zu starten. Als dies in dem tief religiösen bhudistischen Land erkannt wurde, hat dies zu Konsequenzen geführt. Ich glaube nicht, dass dies unverständlich ist. Ich glaube nicht, dass sich der Vatikan in seinem Staat auch nur annähernd Ähnliches bieten lassen würde.

Der seit 1972 der UN angehörende souveräne Staat Königreich Bhutan bewahrt sich, wie richtig angeführt wird, durch eine sehr kluge Politik seine jahrhundertalte Kultur und schützt sich auch vor einer Zerstörung seines Landes von Aussen. Hier steht nicht das Wohl des Individuums im Vordergrund sondern das Wohl der Allgemeinheit und des Landes.

Dr. Wolfgang Pfeiffer
Honorarkonsul Königreich Bhutan
74321 Bietigheim-Bissingen



Über das Schicksal des im KZ Dachau verhungerten Trierer Priesters und Pfarrers von Nickenich/Eifel, Johannes Bernhard Schulz, berichtete AUFTRAG im letzten Heft (Nr. 254, S. 70 ff.). Heute stellen wir nach eigenen Zeugnissen zwei ausländische Priester vor, die den Nazi-Terror in Dachau auf wunderbare Weise überlebten.

Martyrium des polnischen Klerus

Einer von den Priestern, die die Hölle von Dachau überlebt haben und der noch lebt, ist Msgr. Kazimierz Majdanski, emeritierter Erzbischof von Stettino-Kamien. Majdanski war Seminarist in Wloclawek, als er am 7. November 1939 zusammen mit anderen Seminaristen und Professoren verhaftet wurde. Er wurde zunächst ins Lager nach Sachsenhausen gebracht, später nach Dachau.

In Dachau stellte man pseudo-wissenschaftliche Experimente mit ihm an – wenn jemand überlebte, war dies tatsächlich ein Wunder. Nach dem Krieg wurde er in Paris zum Priester geweiht und zur Fortsetzung seiner Studien nach Fribourg in die Schweiz geschickt.

Zurück in Polen war er als Vize- rektor des Seminars tätig, ehe er Weihbischof von Wroclawek und Erzbischof von Stettino-Kamien wurde. Er arbeitete aktiv beim 2. Vatika-

PRIESTER UNTER NAZI-TERROR:

»Denn vergessen dürfen wir das Geschehene nie«

Auf wunderbare Weise Dachau überlebt

nischen Konzil mit und gründete 1975 ein Institut für Studien zur Familie in Lomianki, damals ein Pionierprojekt.

Die polnische Kirche hat den 29. April zum „Tag des Martyriums des polnischen Klerus während des II. Weltkriegs“ erklärt. Ein Drittel aller Menschen, die in Dachau ermordet wurden, war polnischer Nationalität. Das Nazi-Regime hatte sich zum Ziel gesetzt, die Elite des besetzten Polens zu eliminieren.

Das KZ Dachau, wohin man die polnischen Priester brachte, wurde somit zum Hauptort ihres Martyriums. 861 Priester kamen dort um, unter ihnen der Weihbischof von Wroclaw, Michal Kozal, den der Papst 1987 selig sprach, und der Bischof von Lublin, Wladyslaw Goral.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs gab es 10.017 polnische Priester. Etwa 20 Prozent von ihnen starben in den Gefängnissen und den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. Unter ihnen waren fünf Bischöfe. Weitere 30 Prozent erlitten Schikanen unterschiedlichster Art. Am Ende des Kriegs war dadurch der aktive Klerus auf die Hälfte geschrumpft.

Anlässlich des Tages des Martyriums des polnischen Klerus führte Vladimir Redzioch ein Gespräch mit Erzbischof Majdanski, in dem dieser ein Zeugnis von den tragischen Jahren gab (s. *ZENIT-Interview*).

Der neunte Tag – Pfarrerblock 25487

Im September 2005 kommt der neuste Film von Volker Schlöndorff mit Ulrich Matthes in der Hauptrolle in die Kinos. Basis für den Film „Der neunte Tag“ sind die authentischen Erinnerungen des Luxemburger Priesters Jean Bernard (*1907, † 1994) an seine Leidenszeit im KZ Dachau von Mai 1941 bis August 1942. Sein Zeugnis ist das zweite Beispiel, das AUFTRAG hier aufgreift (s. *Leseprobe: REVIÉ*).

Jean Bernard war am 6. Januar 1941 von Deutschen verhaftet wor-

den, ohne dass die näheren Gründe dafür bekannt geworden waren. Den sicheren Tod vor Augen wurde er am 5. August 1942 völlig überraschend und „auf Probe“ zu einer Zeit entlassen, als viele der völlig geschwächten Mithäftlinge an Hunger und Krankheiten elendig zu Grunde gingen. Die 1945 niedergeschriebenen, autobiographischen Aufzeichnungen Jean Bernards geben in klarer, eindrucksvoller Sprache, ohne Pathos und Wehleidigkeit, ein erschütterndes Zeugnis vom Leben und Sterben im KZ Dachau. Sie können deshalb stellvertretend für die Leiden der zu diesem Zeitpunkt 12.500 Gefangenen in Dachau stehen.

Im „Luxemburger Wort“ begründete Volker Schlöndorff, warum er die Aufzeichnungen von Abbé Bernard verfilmt hat: „Ich fühlte mich bereit, einen Film zu machen, in dem auch das Lageruniversum gezeigt wird. Früher dachte ich immer, dass man dies auf der Leinwand nicht darstellen kann. Dann las ich das Tagebuch von Jean Bernard, das so konkret, so präzise, so unpathetisch geschrieben ist. Ich sagte mir, dass, wenn ich es genauso inszeniere, wie er es schreibt – nicht wie in ‚Der Pianist‘ und ‚Schindlers Liste‘, mit diesem epischen Rahmen und 25.000 Häftlingen in Dachau, sondern so klein, wie Bernard es darstellt, diese eine Baracke, diesen Block –, dann kann man dies vielleicht glaubwürdig machen.“

Im Vorwort zu seinen, den in Dachau umgekommenen Priestern gewidmeten Aufzeichnungen schreibt Jean Bernard: „Denn vergessen dürfen wir das in Dachau und an anderen Orten Geschehene nie. ... Aber verzeihen müssen wir. Und zwar Aug’ in Auge mit dem ganzen Horror des Geschehenen. Nicht nur, weil sich auf Hass nichts aufbauen lässt: kein neues Europa und keine neue Welt. Sondern vor allem Dem zu Gebot und zulieb, vor Dem wir selbst, Opfer und Henker, nur rechtlos armselige Schuldner sind.“ (PS)

ZENIT-Interview mit dem polnischen Erzbischof Majdanski, der das Konzentrationslager überlebt hat

ZENIT: Wie war das Leben im Konzentrationslager Dachau?

Msgr. Majdanski: Am Eingang des Lagers standen die Worte: „Arbeit macht frei“. Aber in Wahrheit sollte die unmenschliche Arbeit in der Kälte des Winters und Hitze des Sommers, mit ungenügenden Essensrationen, mit Schlägen und Demütigungen, dazu dienen, den Menschen zu zerstören. Am Ende, wenn eine Person nicht mehr fähig war zu arbeiten, wurde sie mit den so genannten „Invalidentransporten“ in die Gaskammern geschickt. In der Absicht jener, die diese Konzentrationslager bauten, lag es, dass die Gefangenen das Lager im Rauch des Verbrennungsofens verlassen sollten.

ZENIT: Sie befanden sich unter den Gefangenen, die medizinischen Experimenten unterzogen wurden.

Msgr. Majdanski: Ja. In Dachau machte ein gewisser Prof. Schilling medizinische Pseudo-Experimente. In der Praxis wurde bei den Gefangenen erprobt, wie sie auf Substanzen reagierten, die ihnen injiziert wurden. Ehe ich diesen Experimenten unterzogen wurde, bat ich meinen Professor im Seminar, meine Familie von meinem Tod zu informieren, und ich überließ ihm meinen „Schatz“, zwei Scheiben altes Brot. Dass ich überlebt habe, ist ein echtes Wunder. Leider starb P. Jozef Kocot, mein Zimmerkollege, ein Philosophielehrer im Seminar, in Stille und in unbeschreibbarem Leiden.

ZENIT: Was bedeutete das Konzentrationslager für euch Priester?

Majdanski: Wir dachten, dass die Tempel des Nero und Diokletian zurückgekehrt sind, die Tempel des Hasses gegen das Christentum und alles, was es repräsentierte. Das Konzentrationslager war die Inkarnation der Zivilisation des Todes. Nicht aus Zufall befanden sich Totenköpfe auf den Uniformen der Deutschen!

Unsere deutschen Peiniger lästerten Gott, verleumdete die Kirche und nannten uns die „Hunde von Rom“. Sie wollten uns zwingen, das Kreuz und den Rosenkranz zu schmähen. Im Letzten waren wir für

sie nur Nummern, die ausgelöscht werden sollten.

Es blieb uns die Verbundenheit mit Gott, das im Geheimen gesprochene Gebet, die geheime Beichte. Es fehlte uns so sehr die heilige Eucharistie. In dieser „Maschine des Todes“ waren die Priester zum Opfer des Lebens gerufen, treu zu sein bis zum Tod.

P. Stefan Frelichowski hat zusammen mit P. Boleslaw Burian eine Art von Gemeinschaft gegründet, deren Mitglieder sich zur Aufgabe machten, alle Demütigungen und Leiden im Lager auf eine dem Geist des Evangeliums entsprechende Weise zu ertragen, und alles jeden Abend um 21 Uhr Maria zu übergeben.

Als die Typhus-Epidemie ausbrach, hat sich P. Frelichowski freiwillig angeboten, um den Kranken zu dienen. Er starb, indem er sein Leben für die anderen gab, wie der heilige Maximilian Kolbe, den der Papst selig gesprochen hat.

ZENIT: Haben Sie viele Ihrer Kollegen sterben sehen?

Msgr. Majdanski: Die Hälfte der polnischen Priester, die in Dachau interniert waren, starb. Ich habe viele Priester auf heroische Art und Weise sterben sehen. Sie alle waren treu zu Christus, der zu seinen Jüngern gesagt hat: „Ihr werdet meine Zeugen sein“. Sie starben als katholische Priester und als polnische Patrioten.

Manche konnten sich retten, aber niemand ist einen Kompromiss eingegangen: 1942 haben die Lagerbehörden den polnischen Priestern die Möglichkeit einer Sonderbehandlung angeboten, unter der Bedingung, sich der deutschen Nation zugehörig zu erklären. Niemand hat es getan.

Als P. Dominik Jędrzejewski als Folge einer Intervention bei den deutschen Behörden die Freiheit angeboten wurde, unter der Bedingung, dass er auf seinen priesterlichen Dienst verzichte, antwortete er ruhig „Nein“. Und er starb.

Das Martyrium des polnischen Klerus während der Nazi-Hölle war eine ruhmreiche Seite in der Geschichte der Kirche und in der Geschichte Polens. Schade, dass sich darüber ein Vorhang des Schweigens gesenkt hat. (ZENIT.org)

Auszug aus einer Karteikartei der Gestapo Koblenz für Schulz, Johannes Bernhard, kath. Pastor, led., angelegt am 26. Nov. 1937

- 16.11.37 Hat von Frauen in Nickenich Flugschriften verteilen lassen, mit dem Inhalt, sich für die kath. Bekenntnisschule einzusetzen. Strafverfahren wurde eingestellt.
- 4.1.38 Hat am 31.11.37 den Hirtenbrief des Bischofs von Trier betr. Gemeinschaftsschule verlesen u. anschließend eine Kollekte durchgeführt, wodurch nach Ansicht der örtl. Parteileitung in Nickenich die Sammlung für WHW beeinträchtigt wurde.
- 14.439 Machte am 12.3.39 beim Verlesen eines Hirtenbriefes einen Zusatz indem er die Staaten nannte, die den Papst zu seiner Krönung beglückwünscht hätten. Deutschland wurde jedoch von ihm nicht erwähnt.
- 14.5.40 Ist Pfarrjugendseelsorger. (Siehe Vorgang B.12³, Bd I)
- 28.5.40 Wurde am 28.5.40 vorläufig festgenommen, weil er dem Generalfeldmarschall Göring gelegentlich seiner Anwesenheit im Hotel Waldfrieden ein provozierendes Wesen an den Tag legte. RSHA hat Schutzhaft und Überf. in ein KZ. angeordnet.
- 3.6.40 Beim Reg.Präs. wurde die Entziehung der staatlichen Pfarrbesoldungsbeihilfen beantragt. Wurde auch durchgeführt. (handschriftl. Vermerk „Sperrung am 1.10.44 aufgehoben“)
- 26.8.42 Sch. ist nach FS. des KL.Dachau vom 20.8.42 am 18.8.42 im Lager verstorben.

LESEPROBE AUS „PFARRERBLOCK 25487“, SEITE 168-181:

REVIER

„Nummer? – Name? – Geboren?“

Ich muss die üblichen Sträflingskleider abgeben, erhalte ein frisches Hemd und eine Wolldecke.

„Hinlegen!“

Ich schaue mich um. Alle Strohsäcke, über hundert in dem vollgepferchten Raum, sind belegt. Vielfach drei Mann auf zwei Säcken. Ich begegne halb ängstlichen, halb feindseligen Blicken von Leuten, die offenbar fürchten, ein Stück von ihrem Lager hergeben zu müssen.

Da zupft mich jemand am Hemd. „Leg dich her zu mir.“

Soviel Polnisch hab ich bereits gelernt. Und sein Blick fügt hinzu: „Ich mach dir bald Platz...“ Es ist ein Geistlicher, Professor an einem polnischen Priesterseminar.



Ich kann mich nicht entsinnen, jemals in meinem Leben ein solches Wohlbehagen verspürt zu haben.

Ruhig liegen dürfen! Alle Viere einfach von sich strecken! Die Augen schließen und an nichts denken! Keine Arbeit, kein Appell! Kein Mensch wird sich um mich kümmern, und zu Mittag kommt die Suppe von selbst herein... Ich weiß noch, dass mir der Gedanke kam, ob es wohl im Himmel noch schöner sei.

Essenszeit! Die Kessel rasseln zur Tür herein. Alle Köpfe heben sich.

„Graupen“, melde ich meinem gastfreundlichen Nachbarn, der sich nicht mehr heben kann. „Oh“, sagt er nur, ganz entzückt.

„Kriegen wir wohl dieselbe Ration wie draußen?“ wollte ich wissen.

Mein Nachbar antwortet nicht. Er ist tot.

Vorsichtig wende ich seinen Kopf zu mir herüber und walte rasch und heimlich meines priesterlichen Amtes. In den paar Stunden, die wir zusammengewesen, hatte ich einen Heiligen kennengelernt.

Rasch drehe ich ihn so, dass niemand merkt, dass er tot ist, hole mein und sein Essen und esse beides auf.

Dann erst rufe ich: „Mann tot!“



Einer vom Stubendienst, im Revier „Pfleger“ genannt, sieht sich ihn flüchtig an, sperrt ihm den Mund auf

und ruft laut zum Schreiber hinüber: „Zwei!“

Später erst erfahre ich, dass damit die Goldzähne gemeint sind.

Dann kriegt der Tote das Hemd ausgezogen und wird nackt durch die Stube in den Waschraum geschleift. Dort wird eine Decke über ihn gelegt (damals noch!), und er bleibt liegen bis zum folgenden Morgen, wo der Wagen ihn mit anderen Toten des Tages zum Krematorium bringt.

Nun besitze ich einen Strohsack für mich allein.



Wer aufstehen muss, wickelt sich die Bettdecke um den Leib und wankt barfuß in den Abort- und Waschraum hinaus.

Das Aufstehen fällt mir schwer. Jetzt erst merke ich das ganze Ausmaß meiner Schwäche.

Im Vorbeigehen sehe ich mir die Krankentafeln an, die an jedem Bett angehängt sind. Name, Nummer und Block; dann der Befund, und zwar in dieser Stube sämtlich „Allgemeine Schwäche“; darunter - ich traue meinen Augen nicht - Fieber- und Pulskurve! Das sieht tatsächlich nach Behandlung aus.

„Du musst ganz oben hin“, sagt ein Pfleger, wie ich zurückkomme. „Du kannst noch gut klettern. Wenn es dann nicht mehr geht, kommst du auf die mittlere Etage und danach ganz unten hin.“

Die Aufklärung war gut gemeint, hörte sich aber nicht sehr tröstlich an... Tatsächlich kam einer von der oberen Etage in die mittlere und einer von dieser in die untere Reihe zu liegen. Ich aber stieg mit Aufwendung aller Kraft nach oben und nahm dort meinen neuen Strohsack in Besitz, neben einem recht unsympathischen Gesellen.



Mein Nachbar antwortete nicht auf meinen Gruß.

Aber wie er unter der Decke eine Bewegung macht, steigt mir eine Welle entsetzlichen Gestankes in die Nase. Zugleich bemerke ich, dass sein Betttuch (denn solche gab es noch im Revier) über und über mit Blut und Eiter beschmutzt ist.

Die Waden seiner beiden Beine

sind von Phlegmonen ganz durchsetzt.

„Das sind eiternde Ödeme“, erklärt mir später ein tschechischer Arzt, der nicht weit von mir liegt. „Bei den einen führt der Hunger zu gewöhnlichen Schwellungen und Wasserstauungen, die wir Ödeme nennen. Der Tod tritt dann ein, wenn das Wasser das Herz erreicht. Bei anderen eitern die Ödeme und werden dann Phlegmonen genannt. Die Leute faulen langsam ab.“



Am Abend helfe ich meinem Nachbarn beim „Verbinden“. „Den letzten Verband erhielt ich vorgestern“, sagt er, „aber es gibt ja kein Linnen mehr.“

Dann reicht er mir eine Rolle Klosettpapier, das man aus der Kantine beziehen kann, und ich wickle ihm davon eine ordentliche Lage um die beiden Beine.

Ich muss alle Energie zusammennehmen, um dabei nicht schwach zu werden.



Ich war kaum zwei Tage im Revier, da kam auch Batty Esch.

„Es ging nicht ganz so glatt wie bei dir“, sagte er, wie ich ihm die Hand drückte. „Ich wurde erst schwer verhaun. Morgen kommt Brachmond, und dann Wampach.“

„Es ist kein Strohsack frei“, sagte ich. „Du wirst mit einem anderen teilen müssen.“

Er sah so schlecht aus, dass er gleich auf die mittlere Etage zu liegen kam.

Die beiden anderen liefen fahrplanmäßig ein. Brachmond kam zu uns auf Stube 1. Pater Wampach wurde der dritten Stube zugewiesen.



„Verbände! „

Das war jeden Dienstag und Freitag. Einer vom Stubendienst stellte den Besen beiseite, legte ein paar Messer, Scheren usw. auf einen Tisch parat, zog eine Rolle Verbandpapier sowie einen Topf mit Salbe hervor.

Dann ging es los.

Wer Wunden hatte - und das waren die meisten - schloss sich der Schlange an. Natürlich nackt, ob es sich nun um eine Wunde am Finger

oder an den Füßen handelte.

In Dachau heilen Wunden nie. Ist das vitaminarme Essen daran schuld oder die allgemeine Schwäche und die daraus folgenden Wasserstauungen fast überall unter der Haut?

Wenn die Leute mit Phlegmonen antreten, muss man starke Nerven haben. Da sticht der Pfleger z.B. kurzerhand und mit erstaunlicher Fertigkeit ein Messer fingertief in die unförmig angeschwollene Wade; dann ein zweites von der anderen Seite dem ersten entgegen. Blut, Eiter und Wasser fließen nur so heraus. Danach wird ein vom abgestumpfter und mit einem Schlitz versehener Stichel ganz durch die Wade durchgezogen, ein mit einer Flüssigkeit getränkter Lappen auf der anderen Seite in den Schlitz gefädelt und mit dem Stichel durch die Wunde zurückgezogen. Der Fetzen wird in der Wunde belassen, damit sie nicht schließt. Wer nur irgend aufrecht stehen kann, rettet sich vor dem entsetzlichen Gestank in den Hof...



An jenem Abend riss mein Nachbar sich dauernd die Verbände auf.

Der Geruch war einfach nicht mehr auszuhalten. Dabei war es heiß auf der obersten Etage der Betten. Was half es schon, dass alle ringsum schimpften und drohten?

In der Nacht schien es mir, als mache sich jemand bei meinem Nachbarn zu schaffen. Ich nahm mein Brot an mich und sicherte es unter der Decke. Dann schlief ich wieder ein.

Am Morgen war mein Nachbar tot.

Ein schrecklicher Verdacht stieg in mir auf. Ein Blick des Mannes von gegenüber gab mir die Gewissheit: Es war der Blick eines Irren. Er hatte meinen Nachbarn erwürgt.

War es, weil er den schrecklichen Geruch nicht mehr ertragen konnte? Oder ging es um das Brot? – Letzteres war jedenfalls verschwunden.

Ich sagte nichts. Was hätte es genutzt? Der Verdacht wäre gar noch auf mich gefallen.

Und - soll ich es gestehen? Ich war heimlich froh, den entsetzlichen Nachbarn los zu sein...



„Alles aus den Betten! Antre-

ten!“

Sofort schwirrten wilde Gerüchte umher. „Wir werden vergast“, sagten die einen; „nein“, sagten andere, „es wird Platz gemacht, und die einigermaßen in Form sind, müssen zurück in Arbeit.“

Wir mussten im Hof nackt antreten und defilieren, jede der Jammergestalten mit der Krankentafel bewaffnet, vor einem SS-Scharführer, dessen unbeschreiblich gemeinen Gesichtsausdruck ich noch lange in Erinnerung behalten werde.

Gerade dieser Gesichtsausdruck ließ mich ahnen, dass Gesundheit simulieren in diesem Fall die bessere Taktik war. So riss ich denn die Kno-



chen zusammen und marschierte kerzengerade an dem Gewaltigen vorbei.

Ein paar Tage später wurden etwa zwanzig der Armseligsten abgeführt. Ich weiß nicht, was mit ihnen geschah.



Von den Freunden war keiner dabei.

Nach einer Woche Revier brachen bei Brachmond überall Phlegmonen aus. In wenigen Tagen war sein Körper völlig damit übersät. Wenn er vom Verbinden kam, war er vom Kopf bis zu den Füßen in Papier gehüllt, dass er einer Mumie glich.

Der Oberpfleger, auch ein Häftling, nannte ihn nicht anders als „das Schreckgespenst“.

Ich hatte in meiner Umgebung geflissentlich von Brachmonds Re-

sistenz-Husarenstücken erzählt, und ein Echo davon war bis zu dem Oberpfleger gedrungen. Das brachte Brachmond eine gewisse Sympathie beim ganzen Revierpersonal ein, und man ließ ihn gern von der Heimat erzählen.

Die Phlegmonen an Kopf und Hals verursachten dem „Schreckgespenst“ empfindliche Kopfschmerzen. Dann sah er nichts und hörte nichts, zog eine Rolle Abortpapier hervor und zeichnete stundenlang immer neue Modelle von Bienenkästen...



Wie ich eines Morgens vom Abortraum zurück zu meinem Strohsack kam, war dort große Aufregung.

„Brotlieb erwischt!“

Mir ging ein Stich durchs Herz. Ich tastete unter meinem Strohsack. Mein Brot, noch fast eine halbe Ration, war weg!

Einer vom Stubendienst hält mir ein zerknülltes Zeitungspapier vors Gesicht: „Ist das dein Papier?“

Ich erkenne den Fetzen sofort. Es stand ein Artikel darauf über die Psychologie der Kinder. Ich hatte ihn wohl zwanzigmal gelesen, seit ich Tag um Tag mein Brot hineinwickelte.

„Ja“, sage ich, in der Hoffnung, mein Brot wiederzubekommen.

Das Brot sah ich nicht wieder. Aber ich hatte einem Menschen das Todesurteil gesprochen.

„Wie er sein Bett baute, legte er wie von ungefähr sein Kissen auf das Bett des anderen ab, griff beim Zurückholen unter den Strohsack und holte mit dem Kissen das Brot zu sich herüber. Wie er sich erwischt sah, hat er das Brot gleich aufgefressen!“ So berichtete der Stubendienst dem eben herbeigekommenen Pfleger.

Da traf mich der Blick des Schuldigen. Ein Blick voll schrecklicher Angst, den ich nie vergessen kann. Es war ein Pole. „Miserere mei! Sacerdos sum...“, flüsterte er mir zu.

Ich wollte ein Wort beim Pfleger einlegen, da hatte ich schon einen Faustschlag mitten im Gesicht.

Der Unglückliche wurde in den Waschraum geschleppt und „fertig-gemacht“...



Allmählich spüre ich, wie die Wasserstauungen, die mir seit langem die Füße schwellen, nach und

nach auf die Beine übergreifen, während auch an Gesicht und Händen Ödeme auftreten. Wo ich den Finger gegen die Haut drücke, bleibt minutenlang eine Vertiefung zurück.

Nun weiß ich, dass meine Stunde naht.

Eines Morgens stößt mir der Pfleger die Faust in den Leib und sagt: „Wassersack!“ Auf meine Tafel wird ein rotes W“ geschrieben, und ich erhalte von nun an nur mehr einen halben Löffel Suppe.

Zugleich werde ich von der oberen auf die mittlere Etage verlegt.



Batty Esch litt seit seiner Ankunft im Revier an einem ruhrartigen Durchfall.

Es galt, nichts davon merken zu lassen, denn diese Kranken, die mit einem ungeschminkten Namen bezeichnet wurden, kamen sofort auf Stube 4, wo niemand sich mehr um ihren Zustand kümmerte. Wer nicht mehr aufstehen konnte, blieb eben in seinem Dreck liegen, bis der Tod ihn erlöste.

Eines Tages, wir waren etwa drei Wochen im Revier, wurde Esch von seinem Bettnachbarn beim Stubendienst verklagt und unter den gemeinsten Schimpfworten nach Stube 4 abgeschoben.



Nun sah ich den Freund noch ab und zu, wenn wir in die warme Sonne durften.

Dann schlugen wir uns die Bettdecke um die Hüften, wankten an der Wand vorbeigleitend in den Hof hinaus und setzten uns zusammen auf den Bordstein des Gehsteiges.

Batty litt auch seelisch furchtbar in diesen Tagen.

Immer wieder kam er auf seinen „Diebstahl“ zu sprechen und machte sich die unglaublichsten Vorwürfe.

„Ich bin selber an meinem Tode schuld. Hätte ich mich damals beherrscht, so wäre mir das gute Trockenkommando erhalten geblieben, und vielleicht hätte ich mich durchgeschlagen.“

Und dann wieder: „Meine arme Mutter!“

Kein Zureden, kein Rasonieren half. Wir saßen dann wohl stumm beieinander. Ich hielt seine Hand in der meinen, und das tat uns beiden wohl.

Eines Tages gab mir mein Schutzengel das rechte Wort ein. „Du hast ja für mich gestohlen“, sagte ich. Wir haben doch alle von dem grünen Zeug mitbekommen.“

Nun wurde er ruhiger. Wenigstens tat er so.

Brachmonds Zustand verschlimmerte sich rasch. Außer den schmerzlichen Phlegmonen stellte sich nun auch bei ihm die Ruhr ein.

Dabei benahm er sich mehr und mehr wie ein Kind.

„Du solltest deine Suppe gegen Brot tauschen“, riet ich ihm, „und das Brot immer erst essen, wenn es ein paar Tage alt ist.“

Dann sagte er wohl ja, aber kaum, dass ich den Rücken kehrte, hatte er alles aufgegessen.

Ich selbst war inzwischen so schwach geworden und hatte die Beine, ja, den Leib bereits voll Wasser, dass ich nur mit Mühe aufstehen und ihm helfen konnte.



Eines Tages wurde ich erwischt, wie ich mit Brachmonds Decke in den Abortraum schlich, um sie heimlich auszuwaschen.

„Wo ist der Saufrink? Raus mit ihm, nach Stube 4!“

Während die Anstalten für den Transport des Freundes getroffen wurden, wankte ich zurück zu seinem Lager, ihm ein Wort des Trostes zu sagen. Dabei glaubte ich, jeden Augenblick zusammenzubrechen.

Dort erwartete mich das Schwerste, was ich in Dachau erlebte. Der Freund war von Sinnen. Er redete wirres Zeug. Trotzdem erkannte er mich und fing plötzlich an, mir die bittersten Vorwürfe zu machen. Weshalb, verstand ich nicht mehr.

Denn auf einmal wurde mir schwarz vor den Augen. Ich sagte etwas und hörte, dass ich nicht das sagte, was ich sagen wollte.

Mit Mühe schlich ich zu meinem Lager zurück, glitt unter die Decke, hörte noch, wie Brachmond an mir vorbei hinausgetragen wurde, und befand mich plötzlich in einer anderen Welt.



Ich weiß nicht, was Psychologen von dem halten, was ich nun zu beschreiben suche:

Ich war auf einmal ohne Kontakt mit meiner Umgebung. Ich konnte

innerlich denken, aber mein Denken war ein begriffloses Denken und schien mir keinen Einfluss zu haben auf mein äußeres Tun. Ich war unfähig, auch nur eine Wortbezeichnung zu bilden. Ich sah im Geiste Gegenstände vor mir, wusste sie auch zu deuten, konnte aber nicht einen mit Namen nennen.

Dabei dachte ich wie ein Unbeteiligter über meinen Zustand nach. Zuerst kam mir der Gedanke, ich sei gestorben und in der Ewigkeit. Dann dachte ich plötzlich, ich habe den Verstand verloren. Ich versuchte, immer noch unter der Decke, ein paar Worte zu flüstern, und ich hörte, dass ich Unsinn sprach.

Nun wusste ich: ich bin verrückt geworden. Es ist einfach alles aus...



Ich mochte gut zwei Stunden so gelegen haben. Und fühlte ganz, ganz allmählich den schrecklichen Zustand der Spaltung weichen.

Plötzlich wurde dicht neben meinem Kopf ans halboffene Fenster geklopft. Dann hörte ich die Stimme von Batty Esch: „Brachmond ist tot... jetzt eben... in meinen Armen...“

Nun fing ich an zu weinen, endlos... Dann fühlte ich mich wieder beisammen. Und betete das De Profundis für den toten Freund.



Wie wir am nächsten Tag zum Verbinden antreten werden die Pfarrer abgewiesen.

Eine Verordnung der Lagerleitung verfügt: Die Pfaffen erhalten keine Behandlung mehr.

Ein paar Tage später wird die Verordnung jedoch so ausgelegt, dass man uns noch die Wunden verbindet, aber sich sonst nicht mehr um uns kümmert.

Das brachte mir vorläufig den Vorteil ein, dass ich wieder, und trotz Wassersack, meinen ganzen Löffel Suppe erhielt. ..



Jean Bernard: „PFARRERBLOCK 25487“, Edition Saint Paul, Luxemburg ³2004, 208 S. broschiert, mit biographischen Anmerkungen und mehreren Abbildungen.

Bestellungen des Buches in Deutschland, Österreich und in der Schweiz beim Morus Verlag GmbH, Götzstr. 65, 12099 Berlin, Tel.: +49-(0)30-89793740, Fax (0)30-75708112 oder mail@morusverlag.de

Der Deutsche Orden im Heiligen Land

Das Wirken der „Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens im Jerusalem“ (1190-1291)

FRANZ KRALJIC

AUFTRAG hat in historischem Zusammenhang wiederholt über Ritter- und Kreuzfahrerorden berichtet.^{*)} Dabei sind „Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem“ – besser unter den später gebräuchlichen Namen „Deutscher Orden – Deutschritterorden – Deutschherrenorden“ bekannt – bisher zu kurz gekommen, obwohl der Deutsche Orden der bedeutendste Ritterorden des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ war. Viele unserer Vorfahren waren mit diesem Orden verbunden und wirkten, unterstützten und nutzten diese Hilfs- und Kampforganisation. In den Städten und an den Verkehrswegen unserer Heimat findet man deren ehemaligen Niederlassungen, die Deutschen Häuser und Hospitale. Über diese verwirklichte er seine Ordensziele im Heiligen Land und machte als Ordensstaat europäische Geschichte. Der folgende Beitrag über das Wirken des Ordens im untergehenden „Königreich Jerusalem“ soll den getanen „Blick in die Geschichte“ ergänzen.

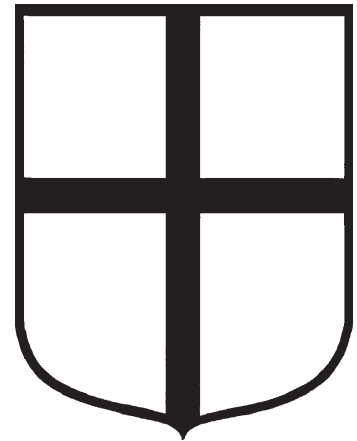
Der Zusammenbruch des Königreiches Jerusalem

1187, nach der Schlacht bei den Hörnern von Hattin, begann der Zerfall der Kreuzfahrerstaaten, insbesondere des Königreiches Jerusalem und die Heilige Stadt sowie die Hafenstädte an der Küste Palästinas, wurden durch die Truppen Sultan Saladins erobert. Nur Tyrus und einige Burgen im Libanon konnten sich halten. Der Hilferuf an Papst Clemens III. und Kaiser Friedrich I., Barbarossa, bewirkte den 3. Kreuzzug (1189-1192). 350.000 Kreuzfahrer des Hl. Röm. Reiches unter Führung des Kaisers und 280.000 Kreuzfahrer aus Frankreich und England unter Führung ihrer Könige Phillip II., August und Richard I., Löwenherz, zogen über den Land- und Seeweg nach Palästina. Doch sehr unterschiedlich waren die Motivation, die Vorstellungen und Erwartungen der Anführer. Des Kaisers Kreuznahme geschah aus dem mittelalterlichen Sendungsbewusstsein, dass es kaiserliche Pflicht als Oberhaupt der Christenheit sei, das Heilige Grab zu befreien. Die Könige dagegen sahen das Unternehmen als politischen Kriegszug und trafen vor ihrer

Abreise in Messina eine Vereinbarung über die Verteilung der zu erwartenden Beute. Das Unternehmen führte ins Chaos und war fast erfolglos.

Der Angriff auf Akkon

Über die Initiative des Herrn von Tyrus, Markgraf Konrad vom Montferrat, erfolgte die Sammlung der Reste des Königreiches Jerusalems und der Ritterorden zum Gegenangriff. Dies führte ab 28. August 1189 zur Belagerung von Akkon, um einen Brückenkopf zu bilden. Die Stadt wurde dadurch erstes Ziel des Kreuzzuges und die über den Seeweg eintreffenden Kontingente und Gruppen reihten sich in die Kämpfe ein und errichteten ihre Lager. So auch der Konvoi der Schiffe aus Niederdeutschland, Bremen und Lübeck, geführt vom Grafen Adolf von Schauenburg-Holstein, mit den Kontingenten der Friesen und Rheinländer, dem Erzbischof von Bremen und dem Landgraf von Thüringen. Die Reste des Landheeres des Heiligen Römischen Reiches, unter Herzog Friedrich von Schwaben, trafen erst am 7. Oktober 1190 im Lager vor Akkon ein. Das Heer hatte infolge der Ausfälle durch Kämpfe im Anmarsch,



Wappenschild des Deutschen Ordens

vorzeitiger Heimkehr von Kreuzfahrern nach dem Tod des Kaisers und Krankheiten keine Kampfkraft mehr und musste auf die Kreuzheere der Könige von Frankreich und England warten. Die Kämpfe hatten sich zu diesem Zeitpunkt festgefahren, da für die Erstürmung der Stadt die Belagerungsgeräte fehlten. Die Dauer der Belagerung und der Zuzug der schlecht ausgerüsteten Kreuzfahrer überforderte die Versorgung für Mensch und Tier und bewirkte Lagerseuchen und Streit im Heer der Christenheit.

Das Feldspital der Deutschen

Zur Versorgung der Kranken und Verwundeten im deutschen Abschnitt des Belagerungsheeres errichteten – „beim Nikolausfriedhof zwischen dem Berg, auf dem das Heer lagerte und dem Fluss“ – Mitte des Jahres 1190 Bürger aus Bremen und Lübeck aus den Segeln einer Kogge ein Zeltspital. Zur Versorgung und Pflege der Kranken organisierte sich unter Führung eines gewissen Siebrand (Sibrand) „aus gottesfürchtigen Männern, die bereit waren das weltliche Kleid abzulegen und das Ordensleben als Professoren zu leben“ eine Spitalsbruderschaft. Das Spital gab sich den Namen „Hospital Sankt Mariens der Deutschen in Jerusalem“. Dies erfolgte wohl in Hinblick auf die erhoffte Errichtung eines Haupthauses in der noch zu erobernden Stadt, als auch in Erinnerung an das ehemalige Deutsche Haus und Hospital mit der Kirche St. Mariens in Jerusalem. Herzog Friedrich von Schwaben beauftragte sei-

*) AUFTRAG 252-253/Januar 2004, S. 89 ff.: Bernhard Sorhage, „Nova Milita Hierosymitana – Ritterschaft Christi“.

AUFTRAG 251/Juli 2003 (Sonderdruck ISLAM), S. 238 ff.: Volker W. Böhler, „Die Rolle der Assassinen während der Kreuzzüge“.

AUFTRAG 242/Januar 2001, S. 50 ff.: Volker W. Böhler, „Der Crac des Chevaliers – Ordensfestung aus der Kreuzfahrerzeit im heutigen Syrien“.

nen Kaplan Konrad und seinen Kämmerer Burchard mit der Förderung und Unterstützung des Spitals der Deutschen und der Bruderschaft unter Meister Sibrand, da er künftig die Errichtung von deutschen Versorgungseinrichtungen und Stützpunkten im Heiligen Land anstrebte, um die Abhängigkeit vom Königreich Jerusalem sowie der Kreuzfahrerorden zu durchbrechen. Er veranlasste auch eine Gesandtschaft an seinen Bruder König Heinrich VI., mit dem Ersuchen die Bruderschaft und das Spital beim Papst mit Privilegien der römischen Kirche bestätigen zu lassen. Als Friedrich von Schwaben am 20. Januar 1191 an einer Lagerkrankheit starb, wurde er am Friedhof des deutschen Feldspitals bestattet. Nach einem Bericht seines Kämmerers Burchard, der in die Spitalsbruderschaft eintrat, hat er seine persönliche Kriegskasse der Hospitalstiftung hinterlassen. Später soll er, seinem Wunsch gemäß, in der Kirche des Ordenshauses in Akkon überführt worden sein.

Die Gründung einer neuen Spitalsorganisation ohne Einfluss der Johanniter scheint auch dem fast machtlosen König Guido von Jerusalem gelegen gekommen sein, da dieser bereits vor Eintreffen des deutschen Landheeres am 15. September 1190 dem Spital der Deutschen in der zu erobernden Stadt Akkon das Hospital der Armenier sowie ein danebenliegendes Grundstück zur „Errichtung eines Hospitals nach ihrem Willen“ schenkte.

Nach dem Tod Herzog Friedrich von Schwaben wurde Markgraf Konrad von Montferrat, der auch den Titel eines König von Jerusalem beanspruchte, Schutzherr des deutschen Feldspitals und Anführer der „Franken“. Ab Ankunft Herzog Luipold V. von Österreich im April 1191 wurde diese Funktion von diesem bis zu seiner Heimkehr im Herbst wahrgenommen. Der Herzog führte nach der Eroberung der Stadt den Streit um die Aufteilung der Beute für die von den Königen von Frankreich und England ausgeschlossenen Kreuzfahrer aus dem Heiligen Römischen Reich, so auch um die Verlegung des deutschen Hospitals nach Akkon. Es kam zu Ausschreitungen, Gebäudebesetzungen und Gewalttätigkeiten und die Templer konnten nur mühsam ei-

nen offenen Kampf zwischen den Nationen und Parteien vermeiden. Die Armenier weigerten sich ihr Haus im wiedereroberten Akkon der jungen Bruderschaft zu übergeben. Es kam zur Verhandlung vor dem Königsgerecht, welches den „Brüdern vom Hospital St. Mariens der Deutschen“ als Ersatz, gegen Zahlung einer nicht unbedeutenden Summe, die aus Almosen und Stiftungen aufgebracht werden musste, ein danebengelegenes Haus und Grundstück übertrug. Das Gelände lag beim Nikolausturm und -tor, zwischen der inneren und der äußeren Stadtmauer Akkons. Vor diesem Tor, an der Straße zum Begräbnisplatz auf dem Nikolausfriedhof lag das Feldspital. Nach Errichtung des Hospitals wurden 1192 die Brüder in die Bauleistungspflichten der Stadtbürger einbezogen und mussten die Instandhaltung und den Ausbau der Mauern und Türme im Abschnitt des Nikolaustores übernehmen. Da dieser Bereich im Angriffsfall auch zu verteidigen war, wurde dies der erste Schritt zur „Militarisierung“ und die Hospitalsbruderschaft musste für diese Zwecke auch „Miles“, ausgebildete Krieger, aufnehmen oder verpflichten. Um das Spital entstand das Quartier der Deutschen, welche für dieses Viertel den Heiligen Nikolaus zum Schutzpatron wählten. Auch die spätere Deutschordenskirche wurde diesem Schutzheiligen der Staufer im „Regnum Siciliae“ (Nikolaus von Bari) geweiht und mit Nikolaus-Reliquien ausgestattet.

Bereits am 6. Februar 1191 hatte Papst Clemens III. den „geliebten Brüdern der Gemeinschaft St. Mariens zu Jerusalem“ und dem Akkoner Feldspital den päpstlichen Schutz gewährt. Mit dieser päpstlichen Bestätigung war der eigentliche Gründungsvorgang der deutschen Hospitalgemeinschaft von Akkon abgeschlossen und die Vororganisation des Deutschen Ordens war errichtet. Es gab sowohl vor als auch später in Akkon ständig Streit mit den Johannitern, welche unter Berufung auf alte Privilegien für Jerusalem auch in Akkon das Spitalsmonopol für ihren Orden beanspruchten. Dieser Zwist wurde für die Deutschen erst 1196 beendet.

In einem großen Privileg vom 21. Dezember 1196 bestätigte Papst



Lazarett in Akkon

Coelestin III. dem Akkoner Hospital seine gegenwärtigen und zukünftigen Besitzungen – Zehentfreiheit für alles selbstbebaute Neubruchland – freies Begräbnis für Dritte – alle erworbenen Rechte und bisher eingehaltenen Bräuche und die freie Meisterwahl. Die Diözesanbischöfe werden verpflichtet, die Kleriker wie die Altäre und Kirchen des Hospitals zu weihen sowie es mit den heiligen Ölen zu versorgen. Damit war das deutsche Hospital gegen Zugriffe der eingesessenen Orden abgesichert. In dieser Zeit wurden auch die ersten Stiftungen und Schenkungen an das Hospital im Heiligen Land und im Heiligen Römischen Reich, somit Grundvoraussetzungen für eine Nachschuborganisation, bekannt.

Die Hospitalsbruderschaft wird ein Ritterorden

Im Jahre 1197 sollte unter der Führung Kaiser Heinrich VI. ein Kreuzzug stattfinden. Sammelpunkt der Kreuzfahrer war Sizilien. Dorthin zog auch Herzog Friedrich I. von Österreich, in Begleitung des Bischofs von Passau Wolfger von Erlan, dem Protonotar des Herzogtums, um sein Kreuzfahrtgelohn für die Ermöglichung des kirchlichen Begräbnisses seines Vaters Luipold V. einzulösen.

Da sich der Aufbruch des Hauptheeres mit dem Kaiser verzögerte, schlossen sich Herzog Heinrich I. und Bischof Wolfger dem Vorkommando nach Akkon an. Der Kaiser starb im September 1197 in Messina und das Kreuzheer löste sich auf. Da die Fortführung des Kreuzzuges nicht mehr gewährleistet war, beschlossen die bereits im Heiligen Land anwesenden geistlichen und weltlichen Fürsten die Heimreise. Vor ihrer Abreise fassten sie am 5. März 1198 den Beschluss, die Hospitalsbruderschaft in einen Ritterorden umzuwandeln, um dadurch deren Tätigkeit auf den Heidenkampf auszuweiten. Der Deutsche Orden wurde für den Spitaldienst auf die Regel der Johanniter und für den



Papst Coelesti III. bestätigt in einem großen Privileg vom 21. Dezember 1196 dem Akkoner Hospital seine gegenwärtigen und zukünftigen Besitzungen – Zehentfreiheit für alles selbstbebaute Neubruchland – freies Begräbnis für Dritte – alle erworbenen Rechte und bisher eingehaltenen Bräuche und die freie Meisterwahl.

Militärdienst auf die Regel der Templer verwiesen. Den Gründungsbeschluss unterzeichneten die in Akkon anwesenden Prälaten, Fürsten, Großen und Edlen: Patriarch Monachus von Jerusalem, König Amalrich von Jerusalem, die Erzbischöfe von Nazareth, Tyrus und Cäsarea, die Bischöfe von Bethlechem und Akkon, die Meister des Hospitals (Johanniter) und des Tempels (Templer) mit mehreren Brüdern beider Häuser. Aus Deutschland: Erzbischof Konrad von Mainz, Bischof Konrad von Würzburg, Bischof Wolfger von Passau, Bischof Gardulf von Haberstadt und der Bischof von Zeit; dann Heinrich, Pfalzgraf bei Rhein und der Herzog von Braunschweig, Herzog Friedrich von Österreich, Herzog Heinrich von Brabant, Pfalzgraf Hermann von Sachsen, Markgraf Konrad von Landsberg, Markgraf Dietrich von Meißen und Markgraf Albert von Brandenburg. Zum Meister des Ordens wählten die Gründer einen Ritter, der Bruder des Hauses war, namens Heinrich, genannt Walpoto. Der Templermeister übergab ihm die geschriebene Regel der Ritterschaft des Tempels und den weißen Mantel. Mit dem Mantel wurde auch das rote Ordenskreuz übernommen, was zehn Jahre später zum Mantelstreit zwischen dem Deutschen Orden und den Templern führte. Auf Beschwerde der Templer verbot Papst Innozenz III. am 27. August 1210 den Deutschordensrittern das Tragen der weißen Mäntel. Trotz eines Kompromissangebotes für einen Mantel aus weißem Wollstoff ging der Mantelstreit weiter bis Papst Honorius III. Kaiser Friedrich II. den weißen Mantel für die Deutschordensritter als Krönungsgeschenk zusagte. Am 17. April 1222 wurde dem Deutschen Orden der weiße Mantel mit schwarzem Kreuz vom Papst genehmigt. Das neue Ordenszeichen schloss auch eine Verwechslung mit den Templern (rotes Kreuz) aus.

Der gewählte Meister des neugegründeten „Orden der Brüder vom Deutschen Haus St. Mariens in Jerusalem“ Heinrich Walpot, der wahrscheinlich mit dem Hospitalsvorsteher „Praeceptor“ Heinrich identisch ist, reiste (nach der Narratio) gemeinsam mit dem Bischof von Passau und dem Herzog von Österreich zur Einholung der päpstlichen Bestätigung der Ordensgründung nach Rom. Auf dieser Reise verstarb am 16. April 1198 Herzog Heinrich I. an einem nicht näher genannten Ort in Italien an Ruhr. Die Erhebung der Hospitalsbruderschaft zum Ritterorden mit der Regel des Hospitals für die Armen und Kranken und der Regel des Tempels für die Kleriker, Ritter und anderen Brüder, bestätigte Papst Innozenz III. am 19. Februar 1199. Zu diesem Zeitpunkt war der Hochmeister Heinrich bereits wieder im Ordenshaus in Akkon. Der Passauer Bischof war während dieser Zeit in Rom. Es wird angenommen, dass er dabei auch die Interessen der jungen Rittergemeinschaft vertreten hat. Der Hochmeister starb am 5. November 1200 in Akkon und wurde vermutlich in der Ordenskirche des Hospitals beigesetzt. Bischof Wolfger wurde 1204 Patriarch von Aquileja.

Der Aufstieg des Deutschen Ordens

Der Deutsche Orden war vom Anfang an eng mit dem Geschlecht der Hohenstaufen verbunden und von diesen in die kaiserliche Orientpolitik eingepplant. Der Ordensführung gelang es jedoch mit viel Diplomatie gleichzeitig den Päpsten die Treue zu halten. Was bei den ständigen Machtkämpfen zwischen Kaiser und Papst oft sehr schwierig war. Besonders hervorgetreten als Vermittler ist der vierte Hochmeister Hermann von Salza (1210-1239) der mehrmals den Ausgleich zwischen

Kaiser Friedrich II. und Papst Gregor IX. herbeiführen konnte. Was von beiden Seiten dem Orden als Dank Privilegien und Schenkungen brachten. Wegen der Vormachtstellung der beiden älteren Orden, den 1120 gegründeten Templern und den 1113 bzw. 1130 gegründeten Johannitern, sowie dem klein gewordenen Königreich Jerusalem, beschränkten sich die Herrschaftsgebiete des Deutschen Ordens auf die Umgebung von Akkon und den Deutschordensburgen Starkenberg/Montfort, Thoron, Melia und Judin in Galiläa, die von Adeligen des Königreiches Jerusalem erworben wurden sowie auf Besitzungen im Umland von Tyrus. Unabhängig davon schuf sich der Orden als Ausgleich aus Schenkungen und Stiftungen Niederlassungen in der Herrschaftsbereichen des Kaisers und breitete sich so besonders in Mitteldeutschland aus. Die ersten Voraussetzungen für die Errichtung von Ordenshäusern und Kommenden haben wohl die in der Gründungsurkunde genannten Reichsfürsten mit der üblichen Gründungsschenkung geschaffen. So zum Beispiel die Schenkung des Herzogs von Österreich für die Errichtung des Deutschen Hauses in Wien. Aber auch Adelige brachten dem Orden beim Eintritt ihren Besitz oder ihr Erbe für die Gründung einer Niederlassung. Die erhoffte Wiedereroberung des Heiligen Landes konnte auf Grund der gegensätzlichen Politik zwischen dem abendländischen Kaisertum, dem Heiligen Stuhl und den nationalen Interessen der christlichen Königreichen, nicht verwirklicht werden. Nach dem fehlgeleiteten 4. Kreuzzug, der 1204 mit der Zerstörung von Byzanz endete, blieb die Kreuzfahrerhilfe durch das Abendland aus und das Rumpfkönigreich Jerusalem verlor durch Kleinkriege ständig Land an die Muslime. Dies bewog die Ordensleitung schon früh auch andernorts nach Aufgaben im Sinne der Ordensregel Ausschau zu halten. Als dies bekannt wurde erhielt der Orden vom Kaiser und vom Papst an sie herangetragene Hilferufen christlicher Herrscher um Schutz und Unterstützung gegen Glaubensfeinde. So kam es zum Einsatz des Deutschen Ordens in Ungarn (von 1211 bis 1225), Spanien (ab 1222) und im Baltikum (ab 1226).

Bei diesen Unternehmungen stand im Hintergrund immer als Ziel die Errichtung eines von Fürsten unabhängigen Herrschaftsgebietes, eines eigenen Ordenslandes. Dies gelang ab 1230 mit der Gründung des Ordenslandes in Preußen. Da die Ordensführung ihren Sitz in Palästina hatte, wurde die Verwaltung der Besitzungen im Reich einem „Meister in deutschen Landen“ (kurzgenannt „Deutschmeister“) übertragen. Später wurden auch Landmeister für Preußen und Livland bestellt.

Die kurze große Zeit des Ordens im Heiligen Land begann 1228 mit der Kreuzfahrt des gebrandeten Kaisers Friedrich II., seit 1225 auch König von Jerusalem, dessen wichtigster Berater für den Nahen Osten der Hochmeister Hermann von Salza war. Der Deutsche Orden war bei diesem Unternehmen auch der Einzige der dem Kaiser voll unterstützte und seine christliche Schutztruppe stellte. Der Kaiser erreichte auf dem Verhandlungswege, dass den Christen die heiligen Stätten in Jerusalem, Westgaliläa mit Nazareth, Bethlechem und ein Küstenstreifen nach Jaffa überlassen wurde, unter gleichzeitigem Abschluss eines 15-jährigen Waffenstillstandes. Bei seinem friedlichen Einzug in Jerusalem schenkte Kaiser Friedrich II. den Rittern das ehemalige Deutsche Hospital, von dem der Deutsche Orden seine Namen als „Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem“ ableitete. Als der Kaiser nach nur kurzem Aufenthalt nach Europa zurückkehrte, wurde der Deutsche Orden mit der Verwaltung des Königreiches Jerusalem betraut. Er übergab ihnen auch die Königsresidenz „Tankreds Burg“ sowie die Davids-

burg und den Auftrag zur Instandsetzung der Stadtbefestigungen. Noch heute erinnert an diese Aufgabe das Hochmeisterwappen am Davidturm.

Friedrich II. hatte 1226 dem Hochmeisterwappen als Auszeichnung den Reichsadler auf Goldgrund verliehen. Dazu kam das Jerusalemkreuz mit goldenen Balken die in goldenen Lilien enden, durch den Selben als König von Jerusalem, als Dank für die ihm erwiesene Treue des Ordens. Wahrscheinlich erfolgte dies anlässlich der Aussöhnung und Aufhebung des Kirchenbannes sowie Anerkennung des Kaisers als König von Jerusalem durch den Papst im August 1231.

1229 wurde vom Seigneur de Mandelée, Jacques de Armigdale, die Burg Montfort (arab. Qal'at Qurein) 23 km östlich von Naharyya nahe der jetzigen libanesischen Grenze erworben und zur Ordensresidenz Starkenberg großzügig ausgebaut. Diese wurde das Zentrum des Hauptversorgungsgebietes für Akkon und der Orden zählte 50 Ortschaften zu seinem Herrschaftsgebiet. Als Bindeglied zu Akkon lag die Ordensburg Judin. Dafür wurden Ländereien im Libanon, die bedrängt durch andere Ritterorden sowie durch Muslime nur aufwendig genutzt werden konnten, getauscht oder verkauft. So auch die von Sultan Saladin zerstörte und vom Orden wiedererrichtete Kreuzfahrerburg Thoron (arab. Tibin) im Libanon, welche nach gütlicher Übereinkunft 1229 an die Erben des Erbauers abgetreten wurde. Der Name Thoron wurde zwei Jahre später der ersten großen Ordensburg an der Weichsel gegeben, woraus das deutsche „Thorn“ und das polnische „Torun“ wurde.

Die Ordensorganisation

Die Ordensführung bildete der Hochmeister als Regent, die Großgebietige als Ordensregierung und das Generalkapitel als gesetzgebendes und überwachendes Gremium.

- Die *Großgebietige* führten Ressorts der Ordensregierung.
- Der *Großkomtur* war der Stellvertreter des Hochmeisters und des Marschalls und Verantwortlicher für Verwaltung, Finanzen und Versorgung.
- Der *Marschall* war Verantwortlicher für das Militär-

wesen und Kommandierender General des Ordensheeres in Abwesenheit des Hochmeisters.

- Der *Spitler* war Leiter des Spitalwesens und Vorstand des Spitals im Haupthaus.
- Der *Treßler* war Verwalter der zentralen Ordenskasse.
- Der *Trapier* war Leiter des Bekleidungswesens und der Ausrüstung.

Die Wahl des Hochmeisters sowie der Großgebietigen erfolgte aus dem Kreis der Ritterbrüder durch das Generalkapitel. Der Orden hatte verschiedene Klassen von Mitgliedern: Ritterbrüder – Priester – Andere Brüder (Sariantbrüder = nicht-ritterliche Kämpfer) – Halbbrüder (Laienbrüder) – Ordensschwwestern sowie Ordenshalbschwwestern (in den Spitälern) – und Familiaren.

Der Deutsche Orden im Niedergang des Königreiches Jerusalem

Der Deutsche Orden erreichte unter seinem Hochmeister Herrmann von Salza seinen Höhepunkt im Heiligen Land, da es diesem bis 1237 immer gelang den Orden aus den Auseinandersetzungen zwischen dem Kaisertum und dem Papsttum herauszuhalten und mehrmals den Ausgleich zwischen der weltlichen und geistlichen Gewalt zu vermitteln. Diese Stellung ging mit seinem Tod 1239 verloren und seine Nachfolger wurden in die politische Katastrophe des Machtzerfalls der mittelalterlichen Ordnung nach dem neuerlichen Bann Kaiser Friedrich II. 1239 und den Nachfolgekämpfen nach dessen Tod hineingezogen und mehrmals zur Parteinahme gezwungen. Dies führte auf Grund der unterschiedlichen Ordensinteressen, im Heiligen Land, in den Balleien im Reich und Italien sowie in den Ordensländern im Osten, zur Parteienbildung unter den Ordensbrüdern und zu gegensätzlichen Meinungen und Vorstellungen gegenüber den Hochmeistern. Die Hochmeister mussten in dieser Zeit des Umbruchs fast ständig in Europa sein, um eine Spaltung des Ordens zu verhindern und die notwendigen Kreuzzüge in die Ordensländer in Preußen und Livland weiter zu ermöglichen. Das Heilige Land wurde dadurch zum Nebenkriegsschauplatz und die Kämpfe zwischen den weltfreundlichen antistauischen Temp-



Hermann von Salza, der bedeutende vierte Hochmeister leitete den Orden von 1210 bis 1239



Die Höhenburg Montfort wurde 1926 vom Metropolitan Museum of Art, New York, archäologisch erschlossen. Es kamen zahlreiche Waffen und Rüstungen der Deutschordensritter zum Vorschein. Die Funde sind in Museen in Jerusalem und im Metropolitan Museum in New York. Das Gelände ist Freilichtmuseum und die besterhaltene Kreuzritterburg in Israel.

lern und den staufentreuen Deutschordensrittern sowie den der päpstlichen Politik zuneigende Johannitern mussten vom Großkomtur als Statthalter geführt werden. Diese zeitweiligen Selbstvernichtungskämpfe der Christen und die ausbleibende Unterstützung aus dem Abendland, nutzten die angrenzenden muslimischen Herrscher zur Rückeroberung und mit dem Verlust von Jerusalem 1244 begann der Niedergang des christlichen Rumpflandes, das sich noch immer Königreich Jerusalem nannte.

Die Ordensresidenz Starkenberg/Montfort

Von 1230 bis 1271 war Starkenberg Sitz des Hochmeisters und der Ordenszentrale. Die Großburg, eine Höhenburg, war nach dem damaligen Stand der Befestigungstechnik ausgebaut und mit Zisternen, Vorratslagern, Werkstätten und Stallungen ausgestattet. Diese starke Burg konnte sich beim ersten islamischen Großangriff durch Sultan Baibars 1266 behaupten, musste jedoch die Verwüstung der Felder und Dörfer des Ordens im Umland hinnehmen. Gleichzeitig gingen auch Besitzungen in anderen Landesteilen an die Angreifer verloren. Dies führte zum totalen Zusammenbruch der Versorgung, insbesondere an Lebensmitteln und die Deutschordensritter waren 1270 gezwungen von ihren Widersachern, den Hospitalitern, Land zu pachten, um ihr Herbstgetreide aussähen zu können. Bei der Belagerung von 1266 wurden nichtbehebbar Schwachstellen in der Befestigung sichtbar. Als Vorsichtsmaßnahme wurde daraufhin das Archiv und der Schatz in das Ordenshaus in Akkon verlegt. 1271 kam Sultan Baibars neuerlich mit Belagerungsmaschinen und Mineuren und konnte innerhalb von sieben Tagen die Vorburg ein-

nehmen und den Zugang zur Hauptburg erzwingen. Da ein Einsatz nicht zu erwarten und das Umland erobert war, entschloss man sich zur Aufgabe der Festung. Bei den Verhandlungen wurden den Rittern der freie Abzug, bei Hinterlassung der Habe und Waffen, gewährt. Von den Moslems wurde die abgelegene Burg nicht weiterverwendet und zerstört. Neue Ordensresidenz wurde wieder das Deutsche Haus und Hospital in Akkon. Der Niedergang der christlichen Herrschaft im Heiligen Land wurde erkannt und das Archiv sowie Teile des Ordensschatzes wurde in das Ordenshaus nach Venedig verlegt.

Die Endzeit im Heiligen Land

1269 war Antiochia in die Hände von Sultan Baibars gefallen. 1271 gingen zeitgleich mit Montfort auch Tyrus und die Festungen der Johanniter, Markab und Krak des Chevaliers in Syrien verloren. Somit wurde der ganze Besitz der Orden in Palästina auf die Stadt Akkon und das Umland reduziert. Da nunmehr kein Zugang zu heiligen Stätten mehr möglich war sahen Europäer auch keinen Anlass mehr für eine Kreuzfahrt ins Heilige Land, denn der erstrebte Ablass wurde auch bei erfolgreichen Kreuzzügen gegen die Heiden im Baltikum und gegen die Mauren in Spanien erteilt.

Der Deutsche Orden beurteilte die Lage in Palästina realistisch und nutzte diese Einstellung unter den Hochmeistern Arno von Sagerhausen (1256-1273) und Hartmann von Heldringen (1273-1283) für die Sicherung des Ordenslandes in Preußen und Livland.

Durch Organisation von Kreuzzügen aus dem Reich ins Baltikum befriedeten sie umstrittene Gebiete und schufen die Voraussetzungen für den späteren Ordensstaat. Nach der

Aufgabe von Starkenberg/Montfort plante man vorausschauend ein Ordenszentrum im eigenen Land und begann den Ausbau der Marienburg. Beide Hochmeister starben in Europa. Bei der letzten Hochmeisterwahl im Heiligen Land wurde der Landkomtur von Thüringen-Sachsen Burchard von Schwanden (1283-1290) gewählt. Dieser wollte noch einmal der Verteidigung des Heiligen Landes den Vorrang geben und blieb in Akkon. Doch auch er musste nach drei Jahren nach Europa um 1287 bei einem Generalkapitel in Frankfurt am Main Ordensprobleme im Abendland zu lösen. Priorität hatte danach die Neuorganisation der deutschen Balleien und die Regelung der Verwaltung der Ordensländer im Baltikum. Nach einer Periode der Doppelwahlen, der sogenannten kaiserlosen Zeit, gab es mit Rudolf von Habsburg wieder einen König, der dabei war die Einheit des Reiches wieder herzustellen. Der Orden war daher bestrebt, bei diesem die ehemalige Vertrauensstellung wiederzugewinnen und übernahm diplomatische Aufgaben des Reiches beim Papst. 1290 bemühte sich Hochmeister Burchard um Ordensbrüder und Kreuzfahrer für den Kampf in Palästina zu sammeln. Mit seinen Plänen zur Verteidigung des Heiligen Landes stieß er jedoch auf wenig Gegenliebe, da der Deutschmeister, die Landmeister und die Mehrheit der Landkomture ihre Ordenshauptaufgabe in ihren Verantwortungsbereichen sahen und Palästina bereits für eine verlorene Sache hielten. So konnte er statt eines Kreuzfahrerheeres sich nur mit einer kleinen Schar in Italien einschiffen. Drei Tage nach seiner Ankunft in Akkon dankte er als Hochmeister ab, trat aus dem Deutschen Orden aus und in den Johanniterorden ein, welcher ihm als Komtur von Buchsee in seine Schweizer Heimat schickte. Der Deutsche Orden wurde bis zum Fall von Akkon 1291 vom Statthalter geführt, welcher den Rückzug nach Europa einleitete. Der Orden erfüllte bis zum Untergang seine Verteidigungsverpflichtung beim Nikolausturm und beim Turm der Deutschen. Die Namen der gefallenen Kämpfer blieben unbekannt. Nur wenige Ordensangehörige verließen auf einem venezianischen Schiff die gefal-

lene Stadt. Neuer Ordenssitz wurde das Deutsche Haus auf der Zollinsel in Venedig, wo 1292 der Deutschmeister Konrad von Feuchtwangen zum Hochmeister gewählt wurde. 1309 wurde die Ordensresidenz auf die Marienburg in Preußen und 1466 nach Königsberg verlegt.

Der Ordensstaat im deutschen Osten

Das Zentrum der Aktivitäten des Ordens verlagerte sich bereits im frühen 13. Jahrhundert vom Heiligen Land ins Baltikum: 1225 bat Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden unter seinem Hochmeister Hermann von Salza um Hilfe gegen die heidnischen Pruzen (Preußen) und überließ ihm dafür das Culmer Land (in Preußen). Kaiser Friedrich II. ermächtigte den Orden 1226 in der Goldbulle von Rimini, das heidnische Gebiet im Norden zu erobern, die Bewohner zu bekehren und selbst die Herrschaft in dem eroberten Gebiet auszuüben. Damit war die Grundlage für den Deutschordensstaat geschaffen. Bis 1280 hatte der Orden die Pruzen besiegt; daneben konnte er sich dank seiner Vereinigung mit dem Schwertbrüderorden 1237 in Livland festsetzen, 1308 erwarb er Pomerellen mit Danzig, 1346 Estland, 1398 Gotland, und mit dem Erwerb der Neumark 1402 hatte das Territorium des Ordens seine größte Ausdehnung erreicht.

Der Ordensstaat entwickelte sich zu einer bedeutenden Wirtschaftsmacht im Ostseeraum, und seine wichtigsten Städte (u.a. Danzig, Thorn, Königsberg) gehörten der Hanse an. Als die Christianisierung des Baltikums abgeschlossen und die Missionsaufgabe des Deutschen Ordens erfüllt war, geriet der Orden zunehmend in Gegensatz zu Polen, das in Personalunion mit Litauen, wo der Deutsche Orden nie hatte Fuß fassen können, verbunden war. 1410 unterlag das Ordensheer bei Tannenberg einem polnisch-litauischen Heer, und der Orden musste im 1. Thorner Frieden von 1411 einige Gebietsverluste hinnehmen. Nach einer langwierigen Auseinandersetzung mit den preußischen Ständen, die von Polen unterstützt wurden, musste der Orden im 2. Thorner Frieden von 1466 weitere Gebiete an Polen abtre-

Die Marienburg an der Nogat war 1309-1457 Residenz des Hochmeisters. Nach fast völliger Zerstörung 1945 durch den polnischen Staat wieder aufgebaut. Die Burg gehört seit 1998 zum UNESCO-Weltkulturerbe.



ten (Pomerellen mit Danzig, Marienburg, das Culmer Land und das Ermland) und die Oberhoheit des polnischen Königs über das restliche ostpreußische Ordensland anerkennen; der Sitz des Hochmeisters wurde nach Königsberg verlegt. 1525 wandelte der letzte Hochmeister des Ordens, Markgraf Albrecht von Brandenburg-Ansbach, das preußische Ordensland in ein erbliches, säkularisiertes Herzogtum unter polnischer Lehenshoheit um, was von Kaiser, Papst und Deutschmeister jedoch nicht anerkannt wurde.

Im Heiligen Römischen Reich bestand der Orden weiter bis zu seiner Auflösung durch Napoleon 1809. In Österreich wurde er 1834 als „Hoch- und Deutschmeister“ wiedergegründet und konzentrierte sich in erster Linie auf Wohltätigkeitsarbeit. 1929 wurden die Hoch- und Deutschmeister in einen rein geistlichen Orden umgewandelt, von 1938 bis 1945 war der Orden verboten, und 1945 wurde er in Österreich und der Bundesrepublik wiederbelebt. Der Deutschherrenorden als Laienorden wurde 1960 neu gebildet; sein Sitz ist Frankfurt am Main.

Erst 1990, 800 Jahre nach seiner Gründung, kehrte der Deutsche Orden wieder zu seinen Wurzeln in das Heilige Land zurück. Brüder der Provinz Deutschland errichteten in Akkon einen kleinen Stützpunkt und beteiligten sich in Bethlehem an der Errichtung eines Pilgerhauses, mit dem Ziel eines Neubeginnes in der alten Aufgabe, der Pilgerbetreuung.

Bei einer Sondierungsgrabung für Neubauten stieß man im Sommer 1999 unter zwei Meter Schutt auf das Deutsche Viertel von Akkon und fand an der ehemaligen Ostmauer das Nikolaitor und das Deutsche Haus mit dem Ordensspital. Das Grabungsgelände liegt außerhalb der osmanischen Mauer der Altstadt. Derzeit werden die Grabungsergebnisse von der Universität Haifa, unter Mitarbeit des Deutschen Ordens dokumentiert und ausgewertet.

Das Deutsche Hospital in Jerusalem

Im Jahre 1096 begann der Erste Kreuzzug zur Befreiung des Heiligen Landes von der Herrschaft des Islams. Am 15. Juli 1099 wurde Jerusalem erobert und das christliche Königreich Jerusalem gegründet. Für die Betreuung der Kreuzfahrer und der Pilger entstanden Selbsthilfegruppen, Stiftungen von Hospizen, Spitalsbruderschaften und Ordensgemeinschaften. Das Deutsche Hospital Sankt Mariens in Jerusalem wurde wahrscheinlich 1118 als „Hospital Sancta Maria Alemannorum“ gegründet. Der Bedarf an einem nationalen Betreuungs- und Informationsstützpunkt war besonders durch die ständig auftretenden Verständigungsschwierigkeiten entstanden, da die deutschen Pilger die französische Landessprache des Königreiches Jerusalem nicht beherrschten und nur die gebildeten Kleriker sich in Latein verständigen konnten. Der Name des Spitalsgründers wird nicht genannt. Die Quellen sprechen nur von einem „reichen und frommen Deutschen“ der aus eigenen Mitteln das Spital gegründet habe. Neben dem Spital erbaute der Stifter ein Oratorium zu Ehren der Jungfrau Maria mit einer Marienkirche. Aus den Betreuern dieses Hospizes entwickelte sich eine Bruderschaft, die hauptsächlich aus Deutschen bestand. Papst Coelestin II. unterstellte im Jahre 1143 das Deutsche Hospital in Jerusalem dem Johanniterorden. In der Kirche des „Haus der Alemannen“ wird am 26. September 1176 die während ihrer Pilgerfahrt in Jerusalem verstorbene Gräfin Sophie von Holland begraben. Das Schicksal des Hospitals ist nach dem Fall Jerusalems und dem Abzug der Lateiner unbekannt. Bei der Rückkehr der Christen nach Jerusalem schenkte Kaiser Friedrich II. im April 1229 das Haus des ehemaligen Deutschen Hospitals dem Deutschen Orden. Dieser erneuerte und erweiterte das alte Spital und errichtete sein namensgebendes Mut-

terhaus in Jerusalem. Die Ordenszentrale wurde dadurch nicht verlegt und blieb weiterhin in Akkon bzw. in Montfort/Starkenbergl. Das Deutsche Haus mit Hospital und Marienkirche blieb jedoch nur 15 Jahre im Besitz des Deutschen Ordens und wurde bei der Wiedereroberung von Jerusalem am 11. Juli 1244 durch die Muslime zerstört. Alle lateinischen Christen, so auch die im Spital und die Ordensangehörigen, wurden ermordet.

Nach dem „Sechstagekrieg“ von 1967 wurden in der bis dahin jordanischen Altstadt von Jerusalem, im ehemaligen „Jüdischen Viertel“, verwahrloste Häuser abgebrochen und dabei Reste alter Bauten freige-

legt. In der Nähe der Klagemauer entdeckte man die Ruine des Deutschen Spitals. Für die Erhaltung konnte die israelische Denkmalpflege Mittel deutscher Privatpersonen in Anspruch nehmen. Der Bezirk ist heute Archäologische Zone“ und als Freilichtmuseum für Touristen zugänglich.

Quellen:

Jerusalem oder Akkon – Über den Anfang des Deutschen Ordens, Gerhard Müller, (2. Auflage), Eigenverlag des Deutschen Ordens.
Der Deutsche Ritterorden und seine

Bauten, Niels v. Holst. Geb. Mann-Verlag, Berlin.
Geschichte der Kreuzzüge, Steven Runciman, Verlag Beck, München.
Die Hochmeister des Deutschen Ordens 1190-1994, Dr. Udo Arnold, Elwert-Verlag Marburg.
Rüstungen und Kriegsgerät im Mittelalter, L. u. F. Funcken Mosaik Verlag, München.

Bildnachweis:

Homepage der Deutschen Brüderprovinz des Deutschen Ordens
> www.deutscher-orden.de/fs.htm“ <;
Wappen S. 56 PS □

Vor 800 Jahren – Vierter Kreuzzug: Kreuzfahrer erobern Konstantinopel

VON KNA-REDAKTEUR CHRISTOPH ARENS

Historische Ereignisse haben manchmal ein langes Haltbarkeitsdatum: Wenn die katholische und die orthodoxe Kirche sich auch heute noch mit einem gewissen Misstrauen begegnen, liegt eine Ursache dafür genau 800 Jahre zurück. Am 17. Juli 1203 eroberte ein lateinisches Kreuzfahrerheer das Zentrum der orthodoxen Christenheit, Konstantinopel. Wenige Monate später, im April 1204, fielen die Kreuzfahrer erneut plündernd und mordend in die Stadt ein und errichteten für kurze Zeit ein lateinisches Kaiserreich. Doch die Perspektive einer wenn auch mit Gewalt – wieder vereinigten Christenheit zerstoß: Der Vierte Kreuzzug vertiefte die Spaltung und schwächte das Byzantinische Reich so sehr, dass es bis 1453 schrittweise ohne großen Widerstand den Türken in die Hände fiel.

Im August 1198 hatte Papst Innozenz III. zum Vierten Kreuzzug aufgerufen. Ziel des Unternehmens war, über Ägypten Jerusalem zu erobern, was im Dritten Kreuzzug unter Richard Löwenherz misslungen war. Die aufstrebende Republik Venedig hatte zugesagt, ein Heer von 30.000 Kreuzfahrern über das Mittelmeer zu transportieren. Doch als nur 10.000 den Seeweg wählen und eine entsprechend geringere Summe zahlen wollten, weigerte sich die Stadt, das Heer überzusetzen.

Die Kreuzfahrer saßen fest. Doch Enrico Donaldo, der 96-jährige blinde Doge von Venedig, witterte die Chance seines Lebens: Als Gegenleistung für die Vernichtung der abtrünnigen Städte Zara (heute Zadar) und Dalmatien an der jugoslawischen Seite der Adria erklärte er sich bereit, das Heer zu transportieren und die Schulden zu erlassen. Der Vierte Kreuzzug entwickelte sich zu einem Wirtschaftskrieg im Interesse Venedigs.

Nachdem das christliche Zara im November gefallen war, strafte der Papst das gesamte Heer mit einem Bann. Doch die Führung über das Unternehmen war ihm längst entglitten. Statt nach Ägypten überzusetzen, bewegte sich das Heer nun auf Konstantinopel zu. Die Beziehungen

zwischen Venedig und Byzanz/Konstantinopel waren gespannt. Venedig hatte über lange Zeit exklusive Handelsprivilegien in der Stadt genossen, wurde jedoch immer weiter zurückgestuft. 1182 kam es sogar zu antiwestlichen Massakern in der Stadt.

Ein Machtkampf lieferte den Venezianern jetzt den Vorwand, die Stadt anzugreifen: Ziel des Dogen wurde es, Kaiser Alexios III. zu stürzen, weil er seinen Bruder Isaak II. eingekerkert und dessen Sohn Alexios Angelos vertrieben hatte. Der junge Alexios Angelos versprach nämlich, das Byzantinische Reich unter die Herrschaft Roms zu stellen, Venedig seine Handelsprivilegien zurückzugeben und den Kreuzfahrern bei der Eroberung Jerusalems zu helfen, falls er den Thron zurückgewinnen könne. Unter dem Banner des heiligen Markus erstürmten die Kreuzfahrer am 17. Juli 1203 die Stadt. Die Eroberer akzeptierten, dass Isaak II. zum Kaiser gekrönt und sein Sohn zum Mitregenten gekürt wurde. Venedig erhielt seine alten Privilegien zurück.

Doch das harsche Vorgehen der Eroberer und die lateinerfreundliche Politik der Regenten führten zu einer neuen Revolte. Im Januar 1204 wurde Alexios Angelos ermordet und Isaak ins Gefängnis geworfen. Die Kreuzfahrer, die mittlerweile außerhalb der Mauern der Stadt lebten, beschlossen eine neue Eroberung Konstantinopels und die Einsetzung eines lateinischen Kaisers – ein Ziel, mit dem sich letztlich auch der Papst arrangierte. Am 9. April 1204 begann der zweite Kampf um Konstantinopel. Die einstmalige reichste Stadt der Christenheit wurde völlig ausgeplündert und die Bevölkerung massakriert. Das Gros der geraubten Kleinodien und Habseligkeiten nahm den Weg nach Venedig, ein Teil kam auch nach Deutschland.

Mit der Eroberung Konstantinopels endete der Vierte Kreuzzug. Die Kreuzfahrer dachten nicht mehr an Jerusalem und trugen davon, was sie erbeutet hatten. Das in Konstantinopel eingerichtete Lateinische Kaisertum hielt nur bis 1261. □

VOR 90 JAHREN:

Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts

Eine kurze Geschichte des Ersten Weltkriegs

ECKHARD STUFF

Kein Zweifel, Michael Howard versteht sich meisterlich auf die Kunst, sich auf das Wesentliche zu beschränken. Er bringt den Ersten Weltkrieg, die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, auf rund 170 Textseiten. Dazu kommen einige Bilder und Karten. Wer dieses Buch gelesen hat, hat sein Wissen aufgefrischt und Neues dazu gelernt. Und das Buch liest sich schnell und gut. Hier ist ein Meister in seiner Spätform am Werk: Michael Howard, Jahrgang 1922, lehrte Geschichte am Londoner Kings College, in Oxford und an der Yale University.

Howards Darstellung entwickelt sich entlang der These von Clausewitz, nach der sich Krieg aus drei Bestandteilen zusammensetzt: Regierungspolitik, Aktionen des Militärs und Leidenschaften der Völker. Jeden dieser Aspekte berücksichtigt Howard, um verständlich zu machen, wie es zum Krieg kam und weshalb er den bekannten Verlauf genommen hat.

Vor 90 Jahren, am 28. Juni 1914, wurde in Sarajewo, der Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas, der habsburgische Thronerbe Franz-Ferdinand von einem siebzehnjährigen Terroristen erschossen. Der Täter war von der von Serbien unterstützten Geheimorganisation „Schwarze Hand“ ausgebildet und bewaffnet worden. Nur eine weitere Balkan-Krise oder ein Krieg? Dazu Michael Howard: „Die Krise, die durch die Ermordung des Erzherzogs in Gang gesetzt wurde, schien anfangs nicht schlimmer zu sein als die anderen etwa sechs Krisen, die ihr seit 1908 auf dem Balkan vorausgegangen und durch das Eingreifen der Großmächte friedlich gelöst worden waren. Jetzt waren die Österreicher jedoch entschlossen, ihren serbischen Feind für immer zu vernichten. Sie stellten ein Ultimatum, das, wenn es akzeptiert worden wäre, Serbien praktisch in einen Satellitenstaat der Doppelmonarchie verwandelt hätte. Das hät-

ten die Russen niemals hinnehmen können. Die Österreicher wussten das, weshalb sie sich, ehe sie das Ultimatum stellten, aus Berlin die deutsche Unterstützung im Kriegsfall zusichern ließen (was unter der Bezeichnung „Blankoscheck“ bekannt werden sollte). Wie der deutschen Regierung klar war, ging sie mit diesem Scheck zumindest das Risiko eines europäischen Krieges ein, doch in Berlin betrachtete man diesen mittlerweile als unvermeidlich.“

Ein diplomatisch versierterer Kanzler als Bethmann-Hollweg hätte jetzt geholfen, und ein halbwegs politisch befähigter Kaiser auch. Aber beides hatte das deutsche Reich nicht. Deswegen war es ja in diese

schwierige Situation gekommen: stärker als jede einzelne Macht in Europa, aber unfähig, die Bündnisse der anderen zu verhindern. So war Deutschland an das ohnehin zerfallende Habsburgerreich gekettet, allein in der Mitte Europas. Der Krieg konnte nur ein Zweifrontenkrieg werden, und den vermochte Deutschland auf lange Sicht nicht zu gewinnen. Und da man gegen ein Bündnis kämpfen musste, mindestens bestehend aus Frankreich und Russland, würde er lange dauern. Nur ein kurzer Krieg war gewinnbar. Damit aber bestimmten die Militärs die Politik, und auch das wurde verhängnisvoll. Ihr Plan sah die Verletzung der belgischen Neutralität vor, um gegen Frankreich einen schnellen Sieg zu erringen. Das wiederum brachte England in den Krieg ... Der weitere Verlauf ist bekannt.

Michael Howard zeigt bestechend klar sowohl die Entwicklung zum Ersten Weltkrieg wie dessen

STICHWORT:

Erster Weltkrieg,

militärischer Konflikt von 1914 bis 1918, der sich aufgrund einer Mischung aus gegenseitigen Bündnisverpflichtungen, übersteigertem Nationalismus, machtpolitischen und strategischen Erwägungen, wirtschaftlicher Rivalität und militärischem Wettrüsten der fünf europäischen Großmächte (Großbritannien, Frankreich, Deutsches Reich, Österreich-Ungarn und Russland) von einer ursprünglich lokal begrenzten Konfrontation zwischen dem Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn und dem Königreich Serbien zunächst zu einem europäisch und schließlich zu einem global geführten Krieg mit 32 beteiligten Nationen ausweitete.

Der 1. Weltkrieg stellt in vielerlei Hinsicht einen historischen Einschnitt von epochaler Bedeutung dar: Das bis dahin unvorstellbare Ausmaß an Zerstörung und Leid durch moderne Waffentechniken (massiertes Artilleriefeuer, Einsatz von Panzern, Giftgasangriffe, Maschinengewehre, Aufklärungs- und Kampfflugzeuge, neue Methoden strategischer Kriegsführung, die erstmals auch die Zivilbevölkerung zu unmittelbaren Kriegsoptionen werden ließ (Aushungerung durch Blockade der Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr, uneingeschränkter U-Boot-Krieg), sowie eine ganz auf militärische Ziele und Erfordernisse ausgerichtete Umstrukturierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in den meisten der Krieg führenden Länder machten den 1. Weltkrieg zum ersten totalen Krieg in der Geschichte der Menschheit, den der Diplomat und Politikwissenschaftler George Frost Kennan als „die große Urkatastrophe unseres Jahrhunderts“ bezeichnet hat.

Die Beteiligung außereuropäischer Mächte, insbesondere das Eingreifen der USA in den Krieg, bedeutete die endgültige Verdrängung des europazentrischen Staatensystems durch ein Weltstaatensystem. Das territoriale Gesicht Europas veränderte sich grundlegend, alte Reiche brachen auseinander, zahlreiche neue Staaten entstanden.

Die politischen und sozialen Ordnungen der Kaiserreiche Russland und Deutschland sowie der k. u. k.-Monarchie lösten sich auf und wurden durch Revolutionen in neue Staatsformen umgewandelt: das Zarenreich in eine sozialistische Räterepublik, das deutschsprachige Rest-Österreich und das Deutsche Reich in parlamentarische Demokratien.

Etwa zehn Millionen Kriegstote, mehr als 20 Millionen Verwundete und ungefähr acht Millionen Kriegsgefangene und Vermisste, ein von hoher Staatsverschuldung und kriegsbedingter Inflation zerrüttetes europäisches Finanzsystem, die harten Friedensbedingungen für die Mittelmächte im Versailler Vertrag und den Pariser Vorortverträgen führten über Jahre hinweg zu teilweise bürgerkriegsartigen Richtungskämpfen um die künftige innenpolitische Ordnung zwischen demokratischen, kommunistischen und extrem konservativen Kräften. Diese wirtschaftliche Instabilität und politische Radikalisierung belastete auch die Weimarer Republik von Anfang an stark.

Verlauf auf. Die Auseinandersetzung mit diesem Abschnitt der Geschichte ist jetzt, nach dem Ende der Teilung Europas, so wichtig, weil Deutschland wieder in der Mitte unseres Kontinents liegt. Die politische Randlage ist beendet, Diplomatie

und politisches Geschick sind in der Mitte Europas dringend geboten.

Das politische Buch:
Michael Howard, „Kurze Geschichte des Ersten Weltkriegs“. Piper Verlag München 2004, 203 S.

DHM zeigt Ausstellung über Ersten Weltkrieg und die Folgen

KNA-REDAKTEUR GREGOR KRUMPHOLZ

Obwohl die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts ist der Erste Weltkrieg hier zu Lande doch kaum mehr im öffentlichen Bewusstsein. Mit einer großen Ausstellung will das Deutsche Historische Museum (DHM) in Berlin deshalb den ersten globalen Konflikt der Moderne in Erinnerung rufen.

Das Verblassen des Ersten Weltkriegs im Schatten des Zweiten machte DHM Generaldirektor Hans Ottomeyer auch bei der zweieinhalbjährigen Vorbereitung zu schaffen: Für die museale Darstellung des „unbekannten Kriegs“ fanden sich kaum Sponsoren, berichtet Ottomeyer. Mit dem Etat von rund 1,7 Millionen Euro gelang seinem Haus dennoch der Einblick in eine Epoche, die sich nach Meinung des Generaldirektors erst jetzt ihrem Ende zuneigt. Anlass der Ausstellung war

nicht nur der 90. Jahrestag des Kriegsbeginns im August, wie Ottomeyer betont, sondern auch die jüngste Osterweiterung der Europäischen Union.

So wird auf den 1.500 Quadratmetern in der neuen DHM Ausstellungshalle auch der „vergessene Krieg“ (Churchill) an der Ostfront durch viele der über 650 Exponate veranschaulicht. Mit dessen Ende verbinden die acht neuen Mitgliedstaaten im Osten der EU bis heute ihre staatliche Unabhängigkeit, begründet Kurator Rainer Rother diesen Schwerpunkt des Projekts. Auch sonst gerät es zu weit mehr als einer bloßen Waffenschau, so wichtig Maschinengewehr und anderes modernes Kriegsgerät für das erste industrielle Massenschlachten auch war. Ein österreichischer Feldaltar und allerlei Medallions stehen für die

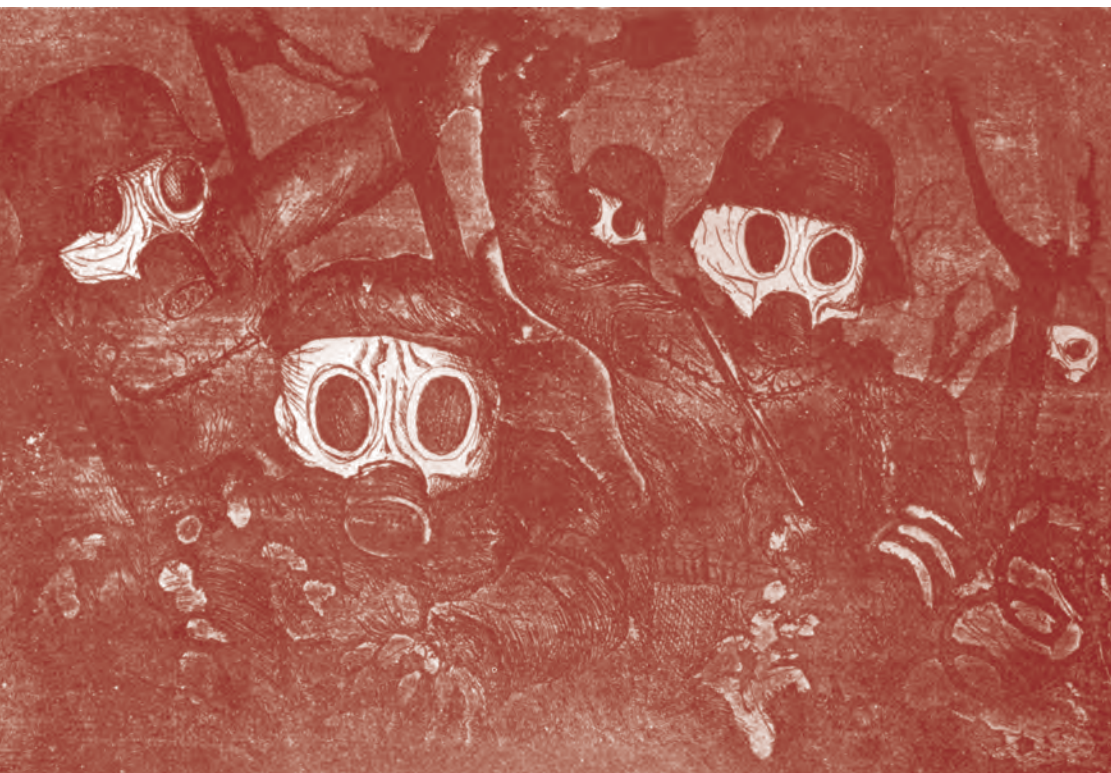
Versuche der Frontsoldaten, von ihrer Religion Antworten auf das Sterben ringsum zu finden.

Die Ausstellung ermöglicht vor allem aber einen erstaunlichen Einblick, wie sehr und wie schnell das bürgerlich-fortschrittsgläubige Europa in hasserfüllte Feindstaaten zerfiel. So ist ein Schweinskopf mit deutscher Pickelhaube zu sehen beliebtes Motiv der französischen Propaganda. Die deutsche Schultüte mit vaterländischen Aufschriften beweist, dass die Mobilisierungsversuche auch vor Kindern nicht Halt machten. Ausgeklügelte Prothesen dokumentieren zudem die äußerlich sichtbaren Langzeitfolgen auch nach Friedensschluss.

Ausführlich widmet sich die Ausstellung dem Nachhall des Kriegs in bildender Kunst, Literatur und Gedenkkultur. Angesichts der eindringlichen Zeichnungen eines Otto Dix (s. Abb. u.) drängt sich die Frage auf, wie es zu einer noch schrecklicheren Wiederauflage 20 Jahre später kommen konnte. Indirekt gibt die Ausstellung eine Antwort: Den manchmal kitschigen Souvenirs aus Verdun und anderen, bis heute stark besuchten Gedenkstätten Frankreichs und Belgiens stellt die Schau von falschem Heroismus bestimmte Frontkämpfer Gemälde aus dem Deutschland der Zwischenkriegszeit gegenüber. So endet die Präsentation denn auch folgerichtig in einem tunnelartigen Raum mit Ton und Bilddokumenten aus nationalsozialistischer Zeit. Sie illustrieren, wie ein verlogener Umgang mit dem Ersten Weltkrieg die Deutschen erneut in den Abgrund führte.

Hinweis: Die Ausstellung im DHM ist bis 15. August täglich von 10.00 bis 18.00 Uhr geöffnet. Ein umfassendes Begleitprogramm mit Symposien, Filmen und „Langen Nächten mit Texten und Klängen“ ist aufgeführt unter www.dhm.de □

Sturmtrupp, unter Gas vorgehend,
Radierung aus dem Zyklus „Der Krieg“
von Otto Dix, 1924.



„Fern-Beziehungen“

Kooperation der katholischen Militärseelsorge mit dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) zur seelsorgerlichen Begleitung von Soldaten und deren Partnern

GEORG KESTEL



Bei der Kooperation der katholischen Militärseelsorge mit dem Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) an der Katholischen Universität Eichstätt/Ingolstadt steht die Problematik der Fern-Beziehungen von Soldaten und ihren Partnern und ihre Auswirkungen auf die praktische Seelsorge im Vordergrund. Folgende beiden als Teilprojekte der Kooperation mit dem ZFG geplanten theoretischen Grundlagenpapiere liegen inzwischen in der Endfassung vor:

- Peter Wendl, Fern-Beziehungen – Krise und gelingende Partnerschaft? Eine Problemstudie. Orientierungen für die seelsorgerliche Begleitung von Soldaten und deren Partnern bei Fern-Beziehungen (Auslandseinsatz und Wochenendbeziehung) sowie
- Peter Wendl, Fern-Beziehungen – ein Praxisleitfaden. Orientierungen für die Militärseelsorge. Seelsorgerliche Begleitung von Soldaten und deren Partnern bei Fern-Beziehungen (Auslandseinsatz und Wochenendbeziehung).

Hierzu ein paar erläuternde Anmerkungen aus Sicht des KMBA:

Die **Problemstudie**, die 130 Seiten umfasst, liefert auf wissenschaftlichem Hintergrund die theoretischen Basisinformationen für die Seelsorger, die sich im Alltag mit dem Problembereich der Fern-Beziehungen konfrontiert sehen und im Geflecht der verschiedenen Hilfsangebote und -ansätze zwischen Fürsorge, Betreuung, Beratung und Seelsorge nach dem Spezifikum ihres pastoralen Ansatzes suchen.

Es geht hierbei nicht um ein umfassendes Gesamtkonzept für die betroffenen Paare, sondern um Grundinformationen über die potentiellen Belastungen einer Soldatenfamilie durch die Fern-Beziehungen. Die Militärseelsorger sollen durch die Studie dafür sensibilisiert werden, im Umgang mit der Zielgruppe entsprechende Zusammenhänge zielgerichteter erkennen und auf diesem Hintergrund die entsprechenden Einzelfälle besser einschätzen zu können. So könnte die Studie insgesamt eine Hilfestellung sein sowohl bei der Analyse der Situation als auch bei der Konzeption der seelsorgerlichen Schwerpunkte und Aktivitäten im Seelsorgebezirk.

Die Studie ist in drei Teile gegliedert:

- (1) Die „**Verortung**“ untersucht das Phänomen der Lebenskrise insgesamt in ihrer Ambivalenz zwischen „Gefährdung und Chance“ und fragt dabei hauptsächlich nach den anthropologischen, den biblisch-theologischen sowie auch den pastoral-theologischen Positionen und Wertungen.
- (2) Die „**Beschreibung**“ geht in begrifflicher Anlehnung an die in der Forschung gängige Praxis auf die unterschiedlichen Theorien und Modelle ein, die eine Fern-Beziehung in entscheidenden Faktoren zu erfassen und nach wichtigen Kriterien zu differenzieren versuchen (Beziehungsformen, Mobilität, Erfüllungs- und Belastungsmomente, Entwicklungsphasen u.a.).
- (3) Die „**Umsetzung**“ schließlich nimmt besonders die Zielgruppe der Soldatenpaare im Kontext von Auslandseinsätzen in den Blick, um für diese Situation die zu erwartenden Problemstellungen, Krisenfaktoren und deren Phasenverläufe, aber auch Lösungsansätze etwa in Form von bewährten Kommunikations-Theorien und Konfliktbewältigungs-Strategien aufzuzeigen.

Der **Praxisleitfaden**, der 36 Seiten umfasst, baut inhaltlich unmittelbar auf der Problemstudie auf und schlägt in komprimierter Form eine praxisorientierte Anwendung ihrer Inhalte in der konkreten Arbeit mit betroffenen Familienangehörigen oder Paaren bei Intensivveranstaltungen (z.B. Familienwochenenden) vor.

Der erste Teil „**Theoretische Grundlagen: Entwicklungen in der Partnerschaft**“ fasst kompakt die entscheidenden Faktoren einer Beziehung im allgemeinen zusammen und konfrontiert sie mit den spezifischen Merkmalen der Fern-Beziehung, woraus sich ganz bestimmte Erfordernisse und Problemstellungen, aber auch gewisse Entlastungsstrategien ableiten lassen.

Der zweite Teil „**Intensivveranstaltungen: Ziele und Inhalte**“ benennt unterschiedliche Ausgangssituationen und Erwartungen der Teilnehmer, einige Grundsätze für Planung und Durchführung einer Maßnahme, die wichtigsten ihrer konkreten Inhalte sowie erreichbare Ziele.

Der Abschnitt „**Umsetzungsbeispiel: Familienwochenende**“ schließlich enthält einen praktischen Vorschlag zur Durchführung eines Religiösen Familienwochenendes zum Kernthema, sowohl was den zeitlichen Ablauf betrifft als auch die inhaltlichen Schritte der Arbeit.

Verteilung und Rezeption von Problemstudie und Praxisleitfaden innerhalb der Katholischen Militärseelsorge:

- Versand der Dokumente Anfang Mai 2004 an die Standortpfarrer (je 1 Expl.)
- Versand an Sonderverteiler und weitere Interessierte

- Vorstellung der Dokumente beim Priesterrat Anfang Juni
- Erörterung der Fern-Beziehungs-Thematik anhand der beiden Dokumente bei den Dienstbesprechungen der KLMD im Zeitraum von Mai bis Juli 2004
- Erörterung der Fern-Beziehungs-Thematik anhand der beiden Dokumente in den Gremien des organisierten Laienapostolats

Bei der näheren Beschäftigung mit den Dokumenten könnten folgende **Leitfragen** hilfreich sein:

- wie weit ist die Problematik der Fern-Beziehungen derzeit im jeweiligen Seelsorgebezirk aktuell?
- welche konkreten Ausprägungen der Fern-Beziehungen liegen vor (Einsätze, Pendler u.a.) und was sind die hauptsächlichen Beobachtungen und Probleme dabei?
- wo liegen standortübergreifende Gemeinsamkeiten, wo finden sich lokale Besonderheiten in der Situation der Fern-Beziehungen?
- welche pastoralen Aktivitäten in dieser Richtung gibt es bereits, welche sollten verstärkt, welche neu bedacht werden?
- wie lassen sich Maßnahmen sinnvoll auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene und zwischen den verschiedenen Ebenen koordinieren?
- wie lassen sich die Gremien des organisierten Laienapostolats einbinden?
- wie weit ist das Problem der Fern-Beziehungen mit Kommandeuren, Dienststellenleitern u.a. im Rahmen der Zuordnungen zu erörtern?
- wie weit sind entsprechende eigene Kontakte zu den Zivilgemeinden ratsam und erforderlich?
- wo ist im Blick auf das Thema die Kooperation mit weiteren Partnern, Institutionen u.a. innerhalb und außerhalb der Streitkräfte notwendig und sinnvoll (Betreuungseinrichtungen der Truppe bzw. der KAS/EAS, FBZ, zivile Beratungsstellen etc.)?
- welche positiven Erfahrungen mit dem Problem im Sinne einer erfolgreichen Hilfestellung gibt es, wie werden sie anderen mitgeteilt und nach Möglichkeit allgemein fruchtbar gemacht?
- welche Angebote und Hilfestellungen haben sich bewährt und

welche werden von zentralen oder dezentralen Stellen aus weiterhin erwartet (durch KLMD, KMBA, Laiengremien, ZFG u.a.)?

- * Bericht aus den Dienstaufsichtsbezirken der KLMD und den Gremien des organisierten Laienapostolats mit Reflexion der bisherigen Erfahrungen bei den entsprechenden Zusammenkünften im Spätherbst
- * Einfließen der Rückmeldungen und Anregungen in die zukünftige weitere detaillierte Ausgestaltung der Kooperation mit dem ZFG

Demnächst anstehende weitere Teilprojekte innerhalb der Kooperation mit ZFG (gemäß Kooperationsvertrag § 3 [Gemeinsame Projekte] – Nr. 1., 5., 8.)

- **Aufbau eines „Referentenpools“** – Erstes Informations- und Koordinationsgespräch mit potentiellen Referenten zur Thematik der Fern-Beziehungen aus dem Bereich Familienbildung der Diözesen bzw. der Fachverbände (Berlin – 07./08. Juli 2004 – ZFG: P. Wendt)
- Erweiterung und Ausdifferenzierung der Thematik der Fern-Beziehungen um den Inhaltsaspekt **„Erziehungskompetenz gegenüber Kindern“** – (Sensibilisierung für die Problematik und Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten – ZFG: J. Mödl / Referententätigkeit und mögliche Fortschreibung der Problemstudie)
- Erweiterung und Ausdifferenzierung der Thematik der Fern-Beziehungen um den Inhaltsaspekt **„Problematik des daheim gebliebenen Partners“** – (Sensibilisierung für die Problematik und Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten – ZFG: N.N., evtl. auf Basis

Werksvertrag im Rahmen der Kooperation / Referententätigkeit und mögliche Fortschreibung der Problemstudie)

- Erweiterung und Ausdifferenzierung der Thematik der Fern-Beziehungen um den Inhaltsaspekt **„Belastungen aus der Sicht der (Ehe-)Frau“** – (Sensibilisierung für die Problematik und Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten – ZFG: C. Ballestrem / Mögliche Fortschreibung der Problemstudie. Entwurf dazu ist seit September 2003 in Arbeit)

Zu überlegen sind weiterhin:

- **Eigene Qualifizierung von Militärseelsorgern als Referenten** zur Problematik der Fern-Beziehungen (im Rahmen des Referentenpools) über „Ausbildungsschritte“ (evtl. mit „Zertifikat“) in Zusammenarbeit mit ZFG/Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt?
 - Kommen hier (besonders/abschließend) Pastoralreferenten in Frage?
 - Sollen erste konkrete Schritte in diese Richtung unternommen werden?
- **Aufmerksamkeit für bestimmte Teilaspekte der Fern-Beziehungen ...**
 - z.B. die zunehmend zahlreichen **Soldaten als Wochenpendler in der Kaserne**. Welche Möglichkeiten und Chancen der seelsorgerlichen Begleitung gibt es?
 - Welche Formen der Ansprechbarkeit und Verfügbarkeit bieten sich (z.B. Teilnahme an Uffz-/Offz-Akademien)?
 - Welche Auswirkungen hat dies auf das Engagement der Ehrenamtlichen im Laienapostolat? □

PERSONALIA:

OBERSTARZT KLAUS PETER HOFMANN (64), Leitender Arzt der Abteilung Innere Medizin im Bundeswehrkrankenhaus Koblenz, erhielt bei der Lourdes-Wallfahrt die Ehrenmedaille des deutschen katholischen Militärbischofs. Hofmann wurde als Leiter der deutschen Krankengruppe der Internationalen Soldatenwallfahrt ausgezeichnet. Nach 23-jähriger, ununterbrochener Krankenbetreuung

tritt der Mediziner im Juni in den Ruhestand. Hofmann habe in vorbildlicher Weise für das körperliche und geistige Wohl der Pilger gesorgt, unterstrich Militärbischof Walter Mixa. Neben medizinischer Fachkenntnis überzeuge sein persönliches Engagement, das weit über den dienstlichen Auftrag hinausgehe. Zudem habe Hofmann sich in verschiedenen Gremien für die Seelsorge am Standort Koblenz engagiert. (KNA)

Thesen zum Laienapostolat und Ehrenamt in der (Militär-)Seelsorge

Wenige Tage nach der Veröffentlichung der Instruktion „REDEMPTIONIS SACRAMENTUM – über einige Dinge bezüglich der heiligsten Eucharistie, die einzuhalten und zu vermeiden sind“ war dieses Schreiben aus Rom auch Thema bei der Sitzung des Bundesvorstands der GKS vom 30. April bis 2. Mai in Berlin. Der Geistlichen Beirat der GKS, Msgr. Georg Kestel, informierte über die wichtigsten Aussagen der Instruktion. In der Diskussion wurde deutlich, dass die Adressaten der Weisung weltweit die für die Ortskirchen verantwortlichen Bischöfe sind. Bedauert wurde die negativ verkürzte Darstellung in den Medien, welche aus 186 Punkten vor allem die Ziffer 184 mit der der „Beschwerde bei Missbräuchen“ als Denunziationsaufforderung hervorgehoben hatten. Kritisiert wurde die stark zentralistische Form und eine als Bevormundung empfundene Sprache; auch dass grundsätzliche Aussagen ungewichtet neben Detailregelungen zu finden sind.

In der Predigt bei der Hl. Messe zu Beginn der Vorstandssitzung betonte Militärgeneralvikar Prälat Walter Wakenhut, dass die katholische Militärseelsorge auf das persönliche und organisierte Laienapostolat angewiesen sei. Die Mitarbeit engagierter Laien in den Räten und der GKS sei unverzichtbar und würde durch das Amt ohne Abstriche gefördert. – Militärdekan Georg Kestel machte die Position der Militärseelsorge dazu anhand von 13 Thesen deutlich, die – das muss hier wohl nicht extra betont werden – keine Reaktion auf die o.g. Instruktion darstellt: (PS)

- Die Laienmitverantwortung in den dafür vorgesehenen Gremien hat kirchlich einen objektiven Status und steht weder für den Kleriker noch für den Laien zur subjektiven Disposition. Sie ist
 - biblisch fundiert,
 - theologisch entfaltet,
 - vom Konzil gewollt und
 - kirchenrechtlich normiert.
- Laienmitverantwortung ist kein Randphänomen, sondern umfasst alle drei Grunddienste der Kirche:
 - Lobpreis und Verehrung Gottes (leiturgia)
 - Weitergabe des Glaubens durch das Zeugnis in Wort und Tat (martyria)
 - Dienst am Nächsten, besonders gegenüber denen, die in körperlicher oder seelischer Not sind (diakonia).
- Zukunftsweisendes Leitbild ist die Seelsorge in Zusammenarbeit (Kooperative Pastoral). Die Einbeziehung der Ehrenamtlichen ist Recht der Laien und Pflicht der Kleriker. Hier existiert eine gegenseitige Bringschuld. Gelungene Kooperation ist mehr als eine Methode; sie wird zum missionarischen Impuls für eine anschauliche Glaubens-Communio.

- Die Laienmitverantwortung findet hauptsächlich in der Form des ehrenamtlichen Engagements statt. Seine Förderung durch die Hauptamtlichen und Amtsträger ist Maßstab für die Ernsthaftigkeit und Reife des gesamten pastoralen Tuns.
- Die Dienststelle des Standortpfarrers ist zwar nicht einfach das „Geschäftszimmer“ des Seelsorgebezirksrates/des GKS-Kreises, aber zu jeder möglichen Unterstützung verpflichtet. Ein gesundes Spannungsverhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen kann das pastorale Tun insgesamt inspirieren, erfordert aber genaue Absprachen, um Kommunikationsblockaden zu vermeiden.
- Enge Zusammenarbeit schafft keine Vermischung oder Verunklarung der Ämter und Dienste. Priesterliche Identität und seelsorgerliches Profil können durch aktive Laienmitarbeit nur gewinnen. Es gilt sogar: Maßstab für die seelsorgerliche Reife ist die Offenheit für das Engagement der Ehrenamtlichen.
- Der Seelsorger kann sich seine „Schäfchen“ genauso wenig aussuchen wie die Gläubigen ihren Seelsorger. Fruchtbare Kooperation

funktioniert am besten bei einer gesunden Mischung von Nähe und Distanz. Allen alles zu sein ist eine Utopie. Gemeinsam aber gelingt es, möglichst vielen einigermaßen gerecht zu werden.

- Je mehr ein Seelsorger seine persönlichen Charismen ausprägt und Schwerpunkte in seiner Arbeit setzt, desto stärker ist er auf die Beratung aktiver Laien angewiesen.
- Gerade die Einrichtung von Seelsorgeregionen und Pastoralteams erfordert eine neue und intensivere Aufgabenbestimmung und Absprache in der Zusammenarbeit von Seelsorgern und Gläubigen, von Haupt- und Ehrenamtlichen.
- Der Seelsorgebezirksrat ist ein offizielles Beratungsgremium, nicht der private Freundeskreis des Militärseelsorgers. Dies wird in den zivil-diözesanen Pfarrgemeinderäten durch das Element der Wahl noch einmal besonders deutlich. Das ganze Spektrum der Gläubigen soll darin vertreten sein.
- Die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten im Auslandseinsatz erfordert eine neue Verlebendigung der Mitverantwortung der Laien im Seelsorgebezirk. Der Schwerpunkt Auslandseinsatz darf nicht zu einer falschen Art von Spezialisierung führen, die die Mitverantwortung der Laien an den Rand drängt.
- Gute Kontakte zu den Kommandeuren und Dienststellenleitern sind unbedingt wichtig, dürfen aber nicht dazu führen, dass der Militärseelsorger auf die Beratung und Unterstützung der Laien verzichten zu können glaubt.
- Entscheidend ist, dass Kleriker wie Laien bereit sind, mit eigenständigen und starken Partnern aus den Bereichen Kirche, Gesellschaft und Streitkräfte ohne falsche Berührungsängste zusammenzuarbeiten. Die Seelsorge verliert durch Kooperation nicht ihr Proprium; vielmehr kann sie ihr Profil schärfen und insgesamt an Erfahrung, Kompetenz und Akzeptanz gewinnen! (Georg Kestel)

PERSONALIA:

Ehrenkreuz in Gold für Marianne Groß als Würdigung jahrzehntelangen Einsatzes für kranke Soldaten

MARIANNE GROSS, Mitarbeiterin im Katholischen Militärbischofsamt Berlin, ist mit dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold ausgezeichnet worden. Generalleutnant Hans Heinrich Dieter, Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr und Inspekteur der Streitkräftebasis, überreichte ihr die Auszeichnung im Rahmen der 46. Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes.

Frau Groß ist seit 42 Jahren als Verantwortliche für die Krankenwallfahrt im Rahmen der Soldatenwallfahrt im Katholischen Militärbischofsamt tätig. Als Marianne Groß zum ersten Mal an der Militärwallfahrt in Lourdes teilnahm, ließ sie das Schicksal der Kranken, die in

Lourdes Trost und Hilfe suchten, nicht mehr los.

Unter dem Dach der Katholischen Militärseelsorge und mit Unterstützung von zahlreichen Sanitätseinrichtungen und Dienststellen der Bundeswehr sowie unter Zuhilfenahme des Deutschen Hospitalié Notre Dame des Armées konnte Marianne Groß bewirken, dass jährlich ca. 40-50 schwerkranke Soldaten und deren Angehörige Trost und Hilfe bei einer Wallfahrt nach Lourdes erleben durften. Ein Großteil des Unterstützungspersonals wird durch das Bundeswehrzentral Krankenhaus Koblenz gestellt.

Frau Groß lässt es sich nicht nehmen, die Soldaten persönlich und



mit Hilfe ihrer Organisation von Anfang bis Ende ihrer Wallfahrt jeweils hingebungsvoll und aufopfernd zu betreuen, so dass den betroffenen Soldaten in vielen Fällen wieder Mut und Kraft für ihr weiteres Leben gegeben werden konnte.

(PS nach www.kmba.de)

BEREICH DES KLMD KIEL/GLÜCKSBURG:



Kieler Woche: „Wir spielen alle in einer Mannschaft“

Der Katholische Leitende Militärdekan Kiel lädt traditionsgemäß zu einem internationalen Gottesdienst auf einem Gastschiff der Kieler Woche ein, so in diesem Jahr auf den italienischen Zerstörer „LUIGI DURON DE LA PENNE“. In seiner Predigt verglich Militärdekan Msgr. Rainer Schadt das Leben der Christen mit einer Fußballmannschaft. Es sei wichtig zu wissen, dass – wie in einer guten Mannschaft – immer jemand da sei, der Fehler ausbügelt, helfe, wenn der Druck von außen zu groß werde oder tröste, wenn einmal ein wichtiges Ziel nicht erreicht wurde. Der Einladung gefolgt waren rund 200 Gläubige, darunter Soldaten von vielen Schiffen, die zur Kieler Woche den Stützpunkt in Kiel angelaufen hatten: Deutsche, Italiener, Russen, Franzosen u.a. – Im Bild v.l.: Militärdekan Rainer Schadt, Militärpfarrer Georg Kaufmann, Plön, Pater Claudio ofm, Priester der italienischen Mission in Hamburg, und Militärpfarrer Michael Langkamp, Hamburg. (Foto: F.-J. Hosse)

Ehemaligentreffen

Zu einem Ehemaligentreffen hatte der Katholische Leitende Militärdekan Kiel/Glücksburg Rainer Schadt in die Kolping-Ferienstätte Salem am Kummerower See eingeladen. Viele ehemalige Mitarbeiter der katholischen Militärseelsorge im Norden hatten den weiten Weg nach Mecklenburg auf sich genommen, unter ihnen der ehemalige KLMD Peter Rafoth und einige der ersten Militärpfarrer.

Das Treffen stand zunächst ganz im Austausch über die alten Zeiten. „Weißt Du noch ...“ oder „Damals mussten wir noch ...“ war häufig zu hören. Dabei half auch ein kleines, von der Dienststelle in Kiel vorbereitetes Heft mit Berichten über Ereignisse und Personen früherer Jahre. Am zweiten Tag des Treffens skizzierte Militärdekan Schadt die aktuelle Lage der Bundeswehr als auch der Militärseelsorge.

Bei allen war die Wiedersehensfreude groß und Militärdekan Schadt konnte beim Abschied schon auf das nächste Treffen hinweisen, dass im Zusammenhang mit dem 50-jährigen Jubiläum der Katholischen Militärseelsorge im Jahr 2006 stattfinden wird. (Franz-Josef Hosse)

GKS-POLITIKERGESPRÄCH MIT MdB CHRISTIAN SCHMIDT, CSU:

Was können und dürfen deutsche Streitkräfte

Informationen zum sicherheitspolitische Programm der CDU/CSU

HELMUT JERMER

Anfang April hat die GKS ihre vor Jahren noch in Bonn begonnene Reihe der Politikergespräche in Berlin fortgesetzt. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Christian Schmidt, folgte der Einladung von Militärgeneralvikar Walter Wakenhut ins Katholische Militärbischofsamt (KMBA), um vor GKS-Mitgliedern und KMBA-Mitarbeitern die Position der Union in Fragen der Sicherheitspolitik zu referieren und zu diskutieren.

Christian Schmidt, der im Wahlkreis Fürth direkt gewählt wurde, ist seit Oktober 2002 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Als stellvertretender Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft liegt ihm die Förderung der deutsch-amerikanischen Beziehungen am Herzen.

Sicherheitspolitik im Umbruch

Die Anschläge von Madrid hätten erneut gezeigt, dass Europa unmittelbar von terroristischen Angriffen mit verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung bedroht sei. Deutschland bleibe im Visier von Terroristen. Die Grenzen zwischen Innerer und Äußerer Sicherheit hätten sich angesichts solcher neuartiger asymmetrischer Bedrohungen aufgelöst. Darauf müsse eine verantwortungsvolle Sicherheits- und Verteidigungspolitik reagieren. Sicherheitsvorsorge dürfe daher nicht nur punktuell erfolgen, sondern müsse als „Gesamtkonzept Sicherheit“ organisiert werden, das Innere und Äußere Sicherheit umfasse und den optimalen Schutz der Bevölkerung im Blick habe. Nach dem Ende des Kalten Krieges sei jedoch der Zivilschutz sträflich vernachlässigt worden und müsse nunmehr wieder mehr beachtet werden.

Der Regierung gelänge es nicht, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die Bedrohungen aufrechtzuerhalten. Dazu, so müsse man fairerweise bekennen, hätte allerdings auch jener verhängnisvolle Spruch von Volker Rühe beigetragen, Deutschland sei von Freunden umzingelt. Heute gäbe es mehr als genug Krisen- und Gefahrenherde. Wenn der Westen klein beigäbe, führe solche sicherheitspolitische Dekadenz tatsächlich zum „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama).

Schmidt vertrat die Ansicht, die bisweilen diffusen Aufträge der Bundeswehr, von Kambodscha über Somalia bis Ost-Timor, müssten klaren und eindeutigen Interessen der Bundesrepublik Deutschland untergeordnet werden, um deutlich zu machen, dass die Bundeswehr tatsächlich ein Instrument der Außenpolitik sei. In diesem Zusammenhang müsse man sich hüten, die moralische Rechtfertigung von Auslandseinsätzen zu überhöhen, indem man Milosevic mit Hitler und den Hufeisenplan mit Auschwitz vergleiche.

Deutschlands Sicherheit könne nicht allein mit einer auf Auslandseinsätze ausgerichteten Bundeswehr garantiert werden. Im Hinblick auf die terroristischen Gefahren müsse eine starke Heimatschutzkomponente hinzugefügt werden. Auch die Instrumentarien der Außen- und Entwicklungspolitik seien zur Eindämmung dieser Gefahren anzupassen.

Die nach dem 11. September 2001 getroffenen Verstärkungen der Sicherheitsvorkehrungen reichten nicht aus, äußerte Schmidt. Vielmehr seien weitere Maßnahmen unumgänglich. Die hohe Bevölkerungsdichte und empfindliche Infrastruktur unseres Landes verlange besondere Maßnahmen zum Schutz und zur Vorsorge. Daher müsse die Bundeswehr einerseits fit sein, „gemeinsam mit den Partnerstreitkräften im Rahmen der Bündnisverteidigung zu agieren oder internationale Einsätze

zu bewältigen, andererseits aber auch in der Lage sein, einen effizienten Heimatschutz zu gewährleisten.“ Heimatschutz bzw. Landesverteidigung hätten zwei Dimensionen: klassische Vorsorge gegen militärische Angriffe auf unser Land einerseits und andererseits Vorsorge gegen asymmetrische und terroristische Bedrohungen.

Der Kerngedanke dieses erweiterten Ansatzes sei der Aufbau eines „Gesamtkonzepts Sicherheit“, das die Innere und Äußere Sicherheit enger als bisher miteinander verzahne. Die Bundeswehr müsse mit den Polizeien des Bundes und der Länder sowie den Katastrophenschutzorganisationen besser vernetzt werden, ein Organisationsbereich „Landesverteidigung und Heimatschutz“ müsse innerhalb der Bundeswehr aufgebaut werden und – schließlich – müsse die Bundeswehr auch in der Fläche präsent bleiben; sie müsste aufwachsen können und für die Wehrpflichtigen neue Aufgaben vorsehen.

Ziel müsse es sein, Sicherheit in Deutschland, so weit überhaupt möglich, zu gewährleisten. Sicherheit im Inland sei die Voraussetzung, dass sie auch ins Ausland transferiert werden könne.

Bundeswehr im Friedenseinsatz

In der anschließenden Diskussion wurden Themen erörtert, welche die GKS auch in ihren Sachauschüssen „SICHERHEIT UND FRIEDEN“



und „INNERE FÜHRUNG“ beschäftigen. Zunächst ging es um die Legitimation von Auslandseinsätzen. Mit MdB Schmidt ist sich die GKS einig, dass

- prinzipiell nur die Vereinten Nationen (VN) Auslandseinsätze bzw. Friedensmissionen mandatieren dürfen;
- Regierung und Parlament die Einsätze ethisch, völkerrechtlich und politisch begründen müssen;
- wer Einsätze anordnet, schon vorab definieren muss, wann und unter welchen Umständen er sie beendet;
- der sogenannte „Endstate“ muss klar und eindeutig beschrieben werden, da ein Auftrag nicht mit „open end“ gegeben werden dürfe.
- die Konfliktparteien in den Krisenregionen müssen das ihre dazutun, um den Einsatz von Soldaten überflüssig zu machen;
- Soldaten dazu beitragen können, dass „die Politik“ im Einsatzland wieder Tritt fasse und „Staat machen“ könne;
- solche Hilfe zur Selbsthilfe als Beitrag zur Sicherung des Friedens und damit zur Stabilität in der Region zu sehen sei.

Frage der Wehrform

Ein zweiter Schwerpunkt war die Frage nach dem Personalumfang. MdB Schmidt meinte, die Regierungskoalition habe sich – hinter vorgehaltener Hand – bereits von der Allgemeinen Wehrpflicht verabschiedet, woraus die Grünen ja keinen Hehl machten. Das würde bedeuten, dass – bei deren Aussetzung – die Bundeswehr auf 200.000 Soldaten schrumpfen würde. Die Regierung sehe im Verteidigungshaushalt einen Steinbruch, was im Widerspruch zu den politischen Vorgaben stünde, konkret: zum Auftrag der Bundeswehr und ihrer Struktur. Nach der Struck'schen Transformation, die de facto eine Reform der Reform (seines Vorgängers) darstelle, wären zwar noch 250.000 Soldaten mit einem Wehrpflichtigen-Anteil vorgesehen, jedoch könne bei diesem Wehrpflichtigen Anteil keine Wehr- bzw. Dienstgerechtigkeit sichergestellt werden, es sei denn, man manipulierte an den Tauglichkeitskriterien

und dem Einberufungsalter herum, was gegenüber den Wehrpflichtigen ungerecht bliebe, ungerecht, weil aus den Jahrgängen mal mehr, mal weniger junge Männer herangezogen würden. *(Selbst wenn dieser Zustand durch die Rechtsprechung sanktioniert würde, ist es objektiv gegenüber der Gruppe der Wehrpflichtigen ungerecht! [der Verf.]*

Im folgenden werden die wesentlichen Inhalte eines Konzeptions-Papiers der CDU/CSU zum Thema Landesverteidigung und Heimatschutz wiedergegeben, die MdB Schmidt zwar ansprach, jedoch nicht weiter vertiefte.

Neue Herausforderungen für die Sicherheit – auf Gefahren vorbereitet sein

Konventionelle militärische Angriffe feindlicher Staaten oder Bündnisse auf unser Land seien unwahrscheinlich geworden, könnten aber für die Zukunft nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Deshalb wäre eine umfassende Sicherheitsvorsorge angesagt, und Strukturen, die der Sicherheitsvorsorge dienen, sollten nicht leichtfertig abgeschafft werden. Die größte Bedrohung ginge heute von der Verbindung vom internationalem Terrorismus aus, vor allem dann, wenn er sich Massenvernichtungswaffen beschaffen sollte.

Gefahren müssten dort bekämpft werden, wo sie entstehen. Es sei richtig, dass Deutschland durch seine Beteiligung an internationalen Friedensmissionen einen Sicherheitsbeitrag für unser Land leiste. Das reiche jedoch für die Abwehr von Risiken im eigenen Land jedoch nicht aus. Die präventive Bekämpfung möglicher Bedrohungen im Ausland genügen nicht. Vielmehr müsste jederzeit auch der Schutz unserer Bürger, aber auch der unserer Bündnispartner sichergestellt werden.

Da die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit heute fließend seien, müsste der Ausbau eines modernen Heimatschutzes betrieben werden. Die Bundeswehr sollte noch stärker als bisher auf die Abwehr und Bewältigung terroristischer Gefahren

auch im Inland strukturell und konzeptionell ausgerichtet werden.

Ein effizienter Heimatschutz für Deutschland

In den zurückliegenden Jahren wurden die Strukturen, die einen Heimatschutz in Deutschland tragen könnten, in ihrer Wirksamkeit stark reduziert. Spätestens seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 hat sich diese Annahme als Illusion herausgestellt. Die Bedrohung hat sich nicht verringert, sondern nur in ihrer Qualität verändert. Heimatschutz müsse deshalb Antworten für die immer schwerer planbare Abwehr von nahezu unüberschaubar neuen Herausforderungen geben. Deshalb sei der Schutz unserer Bürger als Teil eines ressortübergreifenden Gesamtverteidigungskonzepts neu zu gestalten und mit effizienten Strukturen zu unterlegen.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, müsse die Bundeswehr modern und optimal ausgerüstet werden. Der Modernisierungstau müsse aufgelöst und die Bundeswehr im In- und im Ausland wieder voll einsatz- und bündnisfähig gemacht werden. Die Planungen der Bundeswehr dürften sich nicht nur an Szenarien denkbarer Auslandseinsätze orientieren, sondern müssen auch nachhaltigen Heimatschutz berücksichtigen.

Mehr als bei Auslandseinsätzen (soweit diese nicht den Verteidigungsfall annehmen) finden aber in dieser Aufgabe die grundgesetzliche Verpflichtung, Streitkräfte zur Verteidigung aufzustellen, und die Wehrpflicht ihren verfassungsgemäßen Ausdruck.

Aufgaben des Heimatschutzes

Heimatschutz müsse sowohl präventiv als auch reaktiv angelegt sein. Dort, wo Gefahrenabwehr nicht oder nur unzureichend durch Polizei und Hilfsorganisationen geleistet werden könne, müsse der Staat auf spezifische, in militärischen Verbänden angesiedelte Fähigkeiten zurückgreifen; unter anderem seien Schutzmaßnahmen sowohl gegen „konventionelle“ Attacken, als auch gegen ABC-Angriffe vorzusehen. Dabei wä-

ren Kooperationsformen der Sicherheitsinstitutionen denkbar, welche die Fähigkeiten der teils militärischen, teils am Katastrophenschutz orientierten Nationalgarde in den USA umfassen.

Die Heimatschutzkräfte sollten bei Katastrophen und in der Terrorabwehr- und -bekämpfung unterstützen. Dabei käme der zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ/CIMIC) mit den zuständigen Behörden der Länder und Gemeinden große Bedeutung zu.

Die geltenden Gesetze reichten für einen effizienten Einsatz der Bundeswehr im Innern im Zusammenhang mit möglichen terroristischen Anschlägen oder zum Schutz kritischer Infrastruktur nicht aus. Um bestimmte Fähigkeiten der Bundeswehr im Inneren, die über die Katastrophen- und Nothilfe hinausgehen, abrufen zu können, müsste vorher der Spannungsfall erklärt werden. So sei es nicht einsehbar, dass die Bundeswehr im Ausland ganz selbstverständlich Fähigkeiten anwenden könne, die sie im Inland zum Schutz unserer Bürger heute nicht einsetzen darf.

Struktur des Heimatschutzes

Die Union schlägt konkret vor, im Rahmen eines neuen Organisationsbereiches im Bundesministerium der Verteidigung – „Landesverteidigung und Heimatschutz“ – künftig ca. 50 vernetzte „Regionalbasen Heimatschutz“ mit einer Stärke von bis zu 500 Soldaten für Einsatzfälle in Bereitschaft gehalten werden. Bei intensiver Nutzung des Reservistenpotentials der Bundeswehr sollten sie im Einsatzfall auf eine Stärke von bis zu je 5.000 Soldaten aufwachsen können. Dabei sollte die aktive Heimatschutztruppe zu ca. 80% aus Wehrpflichtigen und zu 20% aus Längerdienern (Führungs- und Regiepersonal) bestehen.

Um eine optimale Koordination mit den (zivilen) Katastrophenschutzbehörden zu ermöglichen, sollen die 50 vernetzten Regionalbasen flächendeckend über die Bundesrepublik und in größeren Städten stationiert werden.

Zwischen den zivilen Stellen und

den Heimatschutzkräften der Bundeswehr muss das vernetzte Zusammenspiel weit intensiver als bisher und nach dem Vorbild der früheren WINTEX/CIMEX-Übungen geübt werden. Hierzu sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Reservisten der Bundeswehr auch verstärkt zu Übungen – und nicht erst nach der Erklärung des Spannungsfalles – im Rahmen des Heimatschutzes einberufen werden können.

Die Heimatschutzkräfte sollten zentral und wie alle anderen Soldaten der Bundeswehr ausgebildet werden, um die Einsatzverbände von diesen Aufgaben zu entlasten. Auf dieser Grundlage könnte sichergestellt werden, dass die Wehrpflichtigen auch in den Stabilisierungs- und Unterstützungskräften verwendet werden könnten. Der Heimatschutzsoldat sollte kein „Soldat light“ werden.

Nach der Grundausbildung sollten die Heimatschutz-Soldaten schwerpunktmäßig auf folgenden Gebieten trainiert werden: Sicherung, ABC-Abwehr, Pionier-, Fernmelde- und Sanitätswesen. Außerdem sind Einsatzübungen mit Reservisten der Bundeswehr regelmäßig vorzusehen. Die Heimatschutztruppen werden im Einsatz den Spezialkräften der Bundeswehr im jeweiligen Aufgabenbereich unterstellt und von diesen geführt. Dabei ist die Führung der zivilen und militärischen Kräfte nach dem Prinzip „Führung aus einer Hand“ durch die erprobte Struktur der Bundeswehr sicherzustellen. Kompetenzen der zuständigen Katastrophenschutzbehörden blieben unberührt und weiterhin ein unverzichtbares Element der Gefahrenvorsorge und -bewältigung.

Heimatschutz und Allgemeine Wehrpflicht

Landesverteidigung und Heimatschutz erfordern die Unterstützung aller Bürger; diese Solidarität fände in der Allgemeinen Wehrpflicht ihren Ausdruck. Die Dauer des Wehrdienstes sollte wie bisher neun Monate nicht unterschreiten. Wehrpflichtige sind aufgrund ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt einzuberufen. Sie könnten ih-

ren Wehrdienst im Heimatschutz in Abschnitten ableisten, jedoch sollte vom Dienst Eintritt bis zum Ende des ersten Abschnitts ein Zeitraum von sechs Monaten angestrebt werden. Die restlichen drei Monate könnten in drei Blöcken absolviert werden.

Im neuen Organisationsbereich „Landesverteidigung und Heimatschutz“ könnten Wehrpflichtige im Inland und – bei Bedarf und in entsprechenden Situationen auf freiwilliger Basis – im Ausland eingesetzt werden. Die Wehrpflichtigen sind durch die Kreiswehrrersatzämter gezielt aus dem Einzugsbereich der jeweiligen „Regionalbasis“ heranzuziehen, um Ortskenntnis und Verbundenheit zur Region und Bevölkerung zu gewährleisten. Auch das Führungs- und Regiepersonal solle nach Möglichkeit aus dem jeweiligen Einzugsbereich oder zumindest aus dem entsprechenden Bundesland stammen. Gegenüber bisherigen Plänen von „Rot-Grün“ (Zielumfang: 250.000 Soldaten) wären insgesamt weitere 25.000 Soldaten, davon ca. 20.000 Wehrdienstleistende und 5.000 länger dienende Soldaten, zusätzlich erforderlich.

Zusätzliche Kosten für den Heimatschutz

Die zusätzlichen Kosten für diesen Personalkörper (einschließlich notwendiger Attraktivitätsmaßnahmen) dürften ca. 500 Mio. Euro p.a. betragen. Die Mehrkosten würden vor allem aus der notwendigen substanziellen Aufstockung des Verteidigungsetats sowie teilweise aus Umschichtungen im Einzelplan 14 gedeckt.

Ein effizienter und moderner Heimatschutz erhöhe die Sicherheit für unsere Bürger und schaffe Vertrauen. Im Zeitalter der Globalisierung würde die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland entscheidend von der Sicherheit seiner Infrastruktur und Verkehrswege bestimmt. Ein sicheres Umfeld sei ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität eines Landes. Der durch das Gesamtkonzept Sicherheit erreichte Zugewinn an Sicherheit würde die zusätzlichen finanziellen Aufwendungen mittel- und langfristig bei weitem einspielen. □



Seminar mit pax christi

Nach mehr als einjähriger Vorbereitung, die vor allem in den Händen des Geschäftsführers von pax christi Dr. ... Voß und des GKS-Bundesgeschäftsführers lag, fand vom 26.-28. März 2004 in Bonn zum ersten Mal ein gemeinsames Seminar von GKS und pax christi statt, dessen Thema „ERFAHRUNGEN MIT FRIEDENSEINSÄTZEN“ lautete (s.a. *AUFTRAG* 254, S. 35 f.).

Den inhaltlichen Rahmen für das Seminar bildete das Arbeitsergebnis der Projektgruppe „Gerechter Friede“ der Deutsche Kommission Justitia et Pax. Diese Gruppe hatte unter Leitung von Prof. Thomas Hoppe eine umfangreiche Ausarbeitung zum Thema „Humanitäre Interventionen“ erstellt. Die öffentliche Präsentation dieser Studie am 26. März 2004 in Bonn (s. *AUFTRAG* 254, S. 31 f.) bildete den Auftakt für das gemeinsame Seminar von GKS und pax christi. Diese Tagung setzte sich mit einigen zentralen Fragestellungen der Studie auseinander, nämlich mit den Aufgaben und Möglichkeiten von Soldaten und zivilen Hilfsorganisationen und den praktischen Erfahrungen dieser Akteure.

In dem Seminar stellten beide Seiten aus ihrer jeweiligen Sicht die Probleme der Stabilisierung einer Krisenregion in den verschiedenen Konfliktphasen vor. Dabei wurde versucht, die Möglichkeiten und Begrenzungen von militärischen Einsatzkräften und zivilen Hilfsorganisationen darzustellen. In der Diskussion ging es darum, kritische Anfragen an die jeweils andere Seite auf-

zuarbeiten, vor allem aber, ein gemeinsames Verständnis für die Notwendigkeit gegenseitiger Ergänzung bei der Arbeit an der Friedenssicherung entstehen zu lassen. Ferner ging es um eine möglichst klare Abgrenzung der jeweiligen Zuständigkeiten.

Für die militärische Seite konnten hochrangige Vortragende gefunden werden, darunter Generalleutnant Karlheinz Lather, Brigadegeneral ... Schlenker und Oberst i.G. ... Wolski. Sie konnten alle auf praktische Einsatzerfahrung zurückgreifen. So gelang es ihnen, auch gegenüber den durchaus vorhandenen kritischen Anfragen die Notwendigkeit der Anwendung militärischer Mittel in bestimmten Situationen überzeugend darzustellen.

Der Bundesvorsitzender, Oberst Karl-Jürgen Klein, zog am Ende der Veranstaltung eine positive Bilanz: Das gegenseitige Verständnis sei gefördert und die Akzeptanz der Rolle der jeweils anderen Seite in der Bewältigung von Krisensituationen gestärkt worden.

Noch offen ist die Frage, ob die wichtigsten Texte des Seminars gemeinsamen von GKS und pax christi publiziert werden oder ob wir für die Leser des *AUFTRAG* einige Vorträge dokumentieren. Die Gespräch darüber mit pax christi dauern noch an.

Für das nächste Jahr wird über ein weiteres Seminar nachgedacht, zu dem dann auch andere Verbände wie z.B. der BDKJ eingeladen werden könnten. Ort, Zeit und Thema sind noch offen.

Politikergespräche

In der Reihe der Politikergespräche, die unter Verantwortung der GKS und mit Unterstützung durch das KMBA in unregelmäßigen

Schwerpunkte des II. Quartals 2004: Gemeinsames Seminar mit pax christi, Politikergespräch und die Sitzung des Bundesvorstandes in Berlin

Abständen durchgeführt werden, hatten die GKS am 1. April 2004 MdB Christian Schmidt, den verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Gast (s.a. *Bericht* S. 75 ff.). Oberst a.D. Ludwig Jacob vom Institut für Theologie und Frieden moderierte das Gespräch. Vortrag und Diskussion ergaben bedenkenswerte Einblicke in die sicherheitspolitischen Vorstellungen und Absichten des Gastes.

Am 24. Juni 2004 wird Brigadegeneral a.D. Friedhelm Koch ein weiteres Gespräch mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die deutsch-amerikanischen Beziehungen Karsten Voigt moderieren, am 30. September Oberst i.G. Reinhard Kloss ein weiteres Gespräch mit MdB Kossendey (CDU).

Bundesvorstand

Der Bundesvorstand der GKS trat in der Zeit vom 30. April bis 2. Mai 2004 in Berlin zusammen. Wie in jedem Jahr waren zur Frühjahrssitzung die Ehefrauen der Teilnehmer mit angereist. Der Bundesvorsitzende will dadurch den Dank der GKS für die ehrenamtliche Tätigkeit und die Unterstützung durch die Familien zum Ausdruck bringen.

Schwerpunkte der Arbeit des Bundesvorstandes waren die bevorstehenden Großereignisse dieses Jahres: Der Katholikentag in Ulm und die Woche der Begegnung in Lingen. Ausführlich wurde auch über die Sachausschüsse gesprochen, die für den Bundesvorstand, aber ebenso für die GKS-Bereiche und -Kreise arbeiten. Sie sollen ihre Arbeitsergebnisse regelmäßige im Bundesvorstand und im Exekutivausschuss vortragen. Der Sachausschuss Konzeption und Information wurde zugunsten

einzelner themenbezogener Projektgruppen aufgelöst. Ein zeitbegrenzte Projektgruppe „Neue Satzung“ wurde eingerichtet, die neben der Prüfung des Satzungsentwurfs auch die Anpassung der anderen Grundlagendokumente der GKS („Ziele und Wege der GKS“ von 1995, „Geschäftsordnung 1995“ und „Arbeitshilfe zur Zusammenarbeit mit den Militargeistlichen ...“) vorbereiten soll.

Im Rahmenprogramm standen eine Bootsfahrt auf der Spree und ein gemeinsames Abendessen im Nikolaiviertel Berlins. Alle Planungen konnten trotz der politischen und polizeilichen Turbulenzen, die um den 1. Mai das Leben in Berlin erschwerten, problemlos durchgeführt werden.

Gemeinnützigkeit der GKS

Auf dem langen und mühsamen Weg, durch das zuständige Finanzamt in Berlin die Gemeinnützigkeit der GKS anerkannt zu bekommen, gibt es bescheidene Fortschritte: Der Rohentwurf einer möglichen zukünftigen Satzung der GKS fand aus steuerrechtlicher Sicht die grundsätzliche Zustimmung des Finanzamtes. Jetzt wird eine Projektgruppe der GKS unter Leitung des

stellvertretenden Bundesvorsitzenden Oberstabsfeldwebel Johann Adolf Schacherl den Entwurf überarbeiten, um die Übereinstimmung mit der bisherigen Ordnung der GKS sicherzustellen. Am 18. Juni 2004 wird sich der Exekutivausschuss der GKS mit diesem Thema befassen, um dann den Bereichen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Wenn es dabei keine größeren Einwände gibt, könnte die Bundeskonferenz die neue Satzung beschließen. Damit wären die Voraussetzungen gegeben, dass die GKS ab 2005 als gemeinnützige Körperschaft anerkannt wird. U.a. hat dies den Vorteil, dass die Spenden und Beiträge an den FGKS könnten dann von der Steuer abgesetzt werden.

Ausblick

Schwerpunkt ist im Augenblick die Vorbereitung des Katholikentages (16.-20.06.2004): Der Auftritt der GKS beim Abend der Begegnung, die Vorbereitung des Podiumsgesprächs der GKS zum Thema „Humanitäre Interventionen“ und die Arbeiten für den GKS-Stand (bei dem die Cornelius-Vereinigung wiederum als unser Gast mit uns gemeinsam auftreten wird) stehen im Mittelpunkt.

Die Veranstaltungen der Militärseelsorge werden in einer zusammenfassenden Broschüre des KMBA an die Teilnehmer des Katholikentages verteilt werden. Am Abend des 18. Juni 2004 ist in Ulm eine Arbeits-sitzung des Exekutivausschusses geplant. Außerdem soll am Rande eine Begegnung der Vorstände von GKS und BDKJ stattfinden.

Die Bundeskonferenz im Herbst (15.-17.09.2004) spielt ebenfalls bereits eine wichtige Rolle.

Im Juni werden die Beiträge zum Lagebericht der GKS angefordert werden. Ebenfalls im Juni wird der Exekutivausschuss das Programm festlegen. Und schließlich wird der zuständige GKS-Bereich Niedersachsen/Bremen mit den Vorbereitungen für den geplanten Ausflug und das gemeinsame Abendessen beginnen.

Ein wichtiger Hinweis zum Abschluss: Die Seminare „3. Lebensphase“ sind für 2004 vollständig ausgebucht. Es ist dringend zu empfehlen, die Anmeldungen für 2005 möglichst frühzeitig abzugeben. Für GKS- und FGKS-Mitglieder ist die Lage allerdings insofern günstiger als für andere Bewerber, als ihnen im Zweifel mit Vorrang Plätze zugeteilt werden.

(Klaus Achmann)

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT: Aus AMI und CICO

Der katholische Militärbischof für die Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, Bischof von Eichstätt, führte in seiner Residenz einen ausführlichen Informationsaustausch mit Oberst a.D. Jürgen Bringmann, Sekretär der Konferenz der Internationalen Katholischen Organisationen (CICO) und Generalsekretär des Apostolat Militaire International (AMI).

Bischof Dr. Mixa gratulierte Jürgen Bringmann zur Verleihung des spanischen Ordens „Cruz del Merito Militar con Distintivo Blanco“, der ihm vom spanischen Botschafter in Berlin namens der spanischen Regierung überreicht worden war. Die Auszeichnung würdigt Bringmanns jahrzehntelange Zusammenarbeit mit Spanien und den spanischen Streitkräften, besonders im Internationa-

len Militärpostolat, und seinen bzw. des AMI Einsatz für den (internationalen) Friedensdienst von Soldaten als einen Beitrag zum Frieden weltweit.

Das AMI, in dem mehr als 26 Länder weltweit zusammengeschlossen sind, führte seine letztjährige Konferenz (22.-27.09.2004) erstmalig in einem der neuen demokratischen Länder durch, in Celje in Slowenien. Die Delegierten beschlossen, die Entwicklung der katholischen Militärseelsorge in diesen Ländern und der Laienarbeit dort weiter aufmerksam zu verfolgen und nach Kräften zu unterstützen. Kroatien wurde als neues Mitglied aufgenommen, Slowenien, Bosnien-Herzegowina und die Slowakei als assoziierte Mitglieder.

Ein weiteres Thema war die Be-

kämpfung des Terrorismus weltweit. Die Delegierten unterstrichen die ethische Notwendigkeit und Berechtigung internationaler Zusammenarbeit, auch militärisch, auf diesem Gebiet. Zugleich wiesen sie auf ebenfalls ethisch begründete Grenzen solcher Einsätze hin, beispielsweise bei der Frage des „Preemptiven Krieges“. Die nächste Generalversammlung des AMI im September dieses Jahres will sich in Bratislava in der Slowakei unter anderem mit den Problemen von Soldaten und ihren Familien im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen befassen.

Das AMI wurde erneut, bei der letzten Generalversammlung der CICO in Rom, mit der Präsidentschaft dieses Zusammenschlusses

Fortsetzung auf Seite 80 u.



Sekten und Weltauschauungsfragen

Für die Angehörigen des GKS-Kreises Ingolstadt stand das Familienwochenende in Vierzehnheiligen unter dem Motto „SEKTEN UND WELTANSCHAUUNGSFRAGEN“. Pastoralreferent Hans Rückerl – Dienststelle des Kath. Standortpfarrer in Cham – berichtete aus seiner reichhaltigen Erfahrung als ehemaliger Beauftragter für Sekten- und Weltauschauungsfragen der Diözese Regensburg. Anschaulich stellte er die Wertvorstellungen und Ziele der einzelnen Gruppierungen vor. Dabei stellte sich heraus, dass so manche Organisation erst hier als Sekte bzw. Religionsgemeinschaft erkannt wurde. Es gibt nicht nur die Zeugen Je-

hova, die jeder kennt, sondern viele weniger bekannte Gruppen, die zu den Sekten gezählt werden müssen. Die Frage, ob Sekten gefährlich sind, könne, so der Referent, nicht generell mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden. Für die Allgemeinheit bestehe so gut wie keine Gefahr, doch für die Anhänger der Sekte werde es dann gefährlich, wenn ärztliche Hilfe verweigert oder als Satanswerk abgelehnt werde. Kinder würden physisch und psychisch unter Druck gesetzt und in manchen Fällen auch gequält. Häufig seien dabei Langzeitschäden zu beobachten.

Hans Rückerl konnte auch durch die vielfältigen Fragen nicht in Ver-

legenheit gebracht werden. Im Gegenteil, es wurden immer neue Themenfelder geöffnet, die den Zeitrahmen eng werden ließen. So wurden einige der für die freie Verfügung vorgesehenen Stunden für die Vertiefung des Themas genutzt.

Trotzdem kam auch die Geselligkeit nicht zu kurz. In fröhlicher Runde traf man sich zu angeregten und interessanten Gesprächen. Diese homogene, eingeschworene Gemeinschaft kennt sich mittlerweile so gut, dass es für die Einzelnen auch kein Problem darstellt, bei Verhinderung des Partners alleine mitzufahren. Man ist immer unter Freunden gut aufgehoben.

Am Samstagnachmittag nutzten viele Teilnehmer die Möglichkeit zu Wanderungen in der näheren Umgebung, zur Besichtigung von Sehenswürdigkeiten im Umland wie Schloss Banz, die Basilika Vierzehnheiligen, und die Stadt Bamberg oder einfach für Besuche bei Freunden und Verwandten in der Nähe.

Am Sonntag wurde nochmals das Thema des Wochenendes behandelt. Hans Rückerl fesselte erneut die Zuhörer mit seinen Ausführungen zu Praktiken der „Heiler“ und Sekten. Das Wissen von Hans Rückerl war damit aber noch lange nicht erschöpft. Der Vorsitzende des GKS-Kreises Ingolstadt Herbert Beyerlein bedankte sich zum Abschluss der Veranstaltung beim Referenten und nahm ihm das Versprechen ab, dieses Thema in absehbarer Zeit wieder in einem Familienwochenende zu behandeln.

Den Höhepunkt des Sonntags und auch des Wochenendes bildete der gemeinsame Gottesdienst. Zum wiederholten Mal zog Militärfarrer Alois Berzl die Gottesdienstteilnehmer mit seiner lebendigen und anschaulichen Predigt in seinen Bann, in dem er Aussagen der Hl. Schrift beispielhaft in die heutige Zeit übertrug. Auch die feierliche Gestaltung durch Organisten, Lektoren und das aktive Mitmachen der Gottesdienstbesucher soll nicht unerwähnt bleiben. – Das Mittagessen beschloss dieses informative, erlebnisreiche und spannende Wochenende, das für alle wieder wohlbehalten zu Hause endete. (Helmut Häckl)



Fortsetzung von Seite 79

von über 40 Internationalen Katholischen Organisationen weltweit beauftragt. Präsident bleibt General a.D. Prof. Ernest König, Österreich; Sekretär Oberst a.D. Jürgen Bringmann, Deutschland.

Unter dem Leitthema „Für eine menschlichere Gesellschaft – Christliche Werte als Weg aus der Gewalt zum Frieden“ setzten sich die Delegierten mit dem Grundproblem des Friedens in allen gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und auch religiösen Bereichen auseinander. Die Konferenz verabschiedete eine Leitlinie „Orientierung für die Zukunft“,

die die Zusammenarbeit Internationaler Katholischer Organisationen in allen Bereichen fördern, bündeln und auf Schwerpunkte konzentrieren soll.

Bischof Dr. Walter Mixa dankte für die ausführliche Information und die Arbeit des AMI in der und für die Militärseelsorge wie auch für die Verdeutlichung der ethischen Legitimation des Friedensdienstes unserer Soldaten in den vergangenen Jahren. Er sagte seine weitere Unterstützung dieser wichtigen Arbeit im nationalen, internationalen und weltweiten Bereich zu. (AMI)

GKS Bereich Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland

Zu einer Bereichsversammlung trafen sich die Vertreter der GKS im Familienferiendorf Hübingen/Westerwald, einer Freizeiteinrichtung der Diözese Limburg, an Pfingsten vom 28. bis 31. Mai 2004.

Der 2. Vorsitzende des Bereichs, Hptm a.D. Günter Neuroth, hatte die Konferenz vorbereitet und moderierte sie auch. Zu Beginn begrüßte er den Vertreter des Bundesvorstands den Bundesgeschäftsführer Oberst a.D. Dr. Klaus Achmann.

Dr. Achmann berichtete aus der Arbeit des Bundesvorstands, u.a. über geführte Politikergespräche

und eine gemeinsame Tagung von GKS und der deutschen Sektion von pax christi im März zu „Erfahrungen mit Friedenseinsätzen“. Neuroth informierte über Aktivitäten im Bereich seit der letzten Bereichsversammlung.

Seitens der Basis wurde über Schwierigkeiten gesprochen junge aktive Soldaten zur Mitarbeit zu gewinnen. Darüber hinaus sei es von Vorteil, wenn sich Militärfarrer und GKS-Vertreter besser kennenlernen würden. Der 1. Vorsitzende, StBtsm Joachim Riederle regte als eine erste Maßnahme die Zusammenlegung der Arbeitskonferenz des KLMD und der Bereichskonferenz an.

Am Pfingstsonntag nahm der Katholische Leitende Militärdekan Koblenz, Msgr. Carl Ursprung, an der Konferenz teil. Er informierte über die personelle Situation in seinem Bereich, über die Militärseelsorge im Allgemeinen und wies auf das im Jahr 2006 zu feiernde 50-jährige Bestehen der Katholischen Militärseelsorge hin.

Der sich anschließende feierliche Pfingstgottesdienst war der Höhepunkt dieser Konferenz.

Im „Freizeitteil“ der Bereichskonferenz hielt ein Forstingenieur einen ökologisch-ökonomischen Waldvortrag in Form einer Walderkundung (interessant war die Feststellung, dass der Waldbestand in Deutschland zunimmt, obwohl jährlich Holz in einem Maße abgebaut wird mit dem man eine Mauer von 1,5m Breite, 10m Höhe und in einer Länge von 8.000km errichten könnte), zum anderen erfuhren die Teilnehmer Wissenswertes über die nahe gelegene Stadt Bad Ems mit ihrer russisch orthodoxen Kirche.

Das GKS-Treffen endete mit dem Hinweis auf eine weitere Bereichskonferenz im Dezember 2004, bei der ein neuer Vorsitzenden zu wählen ist, da Joachim Riederle aus dienstlichen Gründen nicht mehr zur Verfügung steht.

(Heinrich Dorndorf)



Der KLMD Koblenz, Msgr. Carl Ursprung, macht den Vorsitzenden der GKS im Bereich, StBtsm Joachim Riederle, auf einen interessanten Beitrag im AUFTRAG 254 aufmerksam – Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Achmann schaut zufrieden zu.

Foto unten zeigt einen Teil der Konferenzteilnehmer bei sonniger Rast auf der Promenade in Bad Ems.

(Fotos H.-J. Oster)



KATHOLISCHE MÄNNERARBEIT/ GKMD:

„Welches Profil bekommt Europa? – Chancen und Herausforderungen im europäischen Einigungsprozess“

Bericht von der Haupttagung der katholischen Männerarbeit in Deutschland

HEINRICH DORNDORF

Für den europäischen Einigungsprozess ist 2004 das entscheidende Jahr. Am 1. Mai traten zehn neue Länder der Europäischen Union (EU) bei. Am 13. Juni fanden Wahlen zum Europaparlament statt und schließlich entschieden im Juni die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten über die zukünftige europäische Verfassung.

Aus diesem Grund hatte die katholische Männerarbeit bei ihrem Jahrestreffen vom 3. bis 5. Mai 2004 im Bonifatiushaus in Fulda mit dem Thema: „Welches Profil bekommt Europa? Chancen und Herausforderungen im europäischen Einigungsprozess“ den Blick auf das künftige Profil Europas gerichtet. Dies, weil kirchliche und verbandliche Männerarbeit nicht isoliert und losgelöst von den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen statt findet, sondern sich aus christlicher Verantwortung an den anstehenden Prozessen im nationalen und internationalen Kontext beteiligt. Hierzu gehört auch das Thema der Chancengleichheit von Frauen und Männern, das spätestens seit dem Amsterdamer Vertrag von 1999 als unverzichtbare gesellschaftliche Aufgabe in der EU festgeschrieben ist.

Der Haupttagung voraus ging die Mitgliederversammlung der Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD). Diese besteht aus Vertretern der Männerseelsorge der deutschen Diözesen und dem organisierten Männerapostolat in katholischen Verbänden. Für die „Kirche unter Soldaten“ nahmen Dipl. Theol. Manfred Heinz aus den Referat IV „Seelsorge“ des KMBA und für die GKS die Hptm a.D. Walter Schrader und Heinrich Dorndorf teil.

GKMD-Präsident Franz-Josef Schwack informierte in seinen Rechenschaftsbericht über das vergangene Jahr, u.a. über die Teilnahme der GKMD am Ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin, die Teilnahme an der Versammlung der internationalen Vereinigung katholischer Männer UNUM OMNES, die 1948 gegründet wurde und der rund 30 Länder angehören. Ferner berichtete Schwack, dass die neu konzipierte Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) sowohl aus der Frauen- als auch aus der Männerarbeit ausgeschieden ist. Jedoch versuche man seitens des Präsidiums der GKMD die KAB wieder ins „Boot“ zu holen. Im seinem Ausblick kündigte Schwack ein Seminar über Gewalt für Frauen und Männer im Juni

2005 und im Jahr 2006 einen ökumenischen Männerkongress an.

Der Leiter der Arbeitsstelle für Männerarbeit und Männerseelsorge in den Deutschen Diözesen, Dr. Andreas Ruffing, stellte die Aktivitäten und die erweiterte Geschäftsführung (die AST in Fulda hat auch die Geschäftsführung der GKMD übernommen) der Arbeitsstelle vor. Er wies auch auf eine CD mit männlichen und weiblichen Stimmen aus der Mystik in jüdisch-christlicher Tradition hin, die beim Katholikentag 2004 in Ulm vorgestellt wird. – Unter Verschiedenes fragte Dr. Günter Kuntze (Diözese Mainz), ob es nicht sinnvoll wäre, dass die GKS in den örtlichen Diözesanräten mit einem Vertreter präsent sein könnte.

Die Haupttagung selbst begann mit Grußworten u.a. von

- Gerhard Möller, Oberbürgermeister der Stadt Fulda, der besonders auf das Bonifatiusjahr hinwies,
- Dr. Hildegard Kaul, Leiterin der Arbeitsstelle für Frauenseelsorge, Bonn, die auf die zunehmende Zusammenarbeit mit der Männerseelsorge einging,
- Georg Kopetzky, Altlenzbach/Österreich, als Vertreter von UNUM OMNES. Mit der EU-Erweiterung kommen neue Länder in die inter-

nationale Versammlung, alte Mitgliedsländer müssten aber wieder aktiviert werden. Darüber hinaus wies er auf das Osteuropa-Seminar im Oktober 2004 in Schmochtitz hin. Thema „Bürgerschaftliches Engagement katholischer Christen in Mitteleuropa – Entwicklungen, Erfahrungen, Perspektiven“.

In einem Vortrag: „Das neue Europa – eine Chance für Christen?“, machte der ehemalige außenpolitische Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Karl Lamers, deutlich, dass die Werte Europas im Christentum ruhen. Deshalb sei auch wichtig, den Gottesbezug in der europäischen Verfassung zu verwurzeln. Schon der französische Politiker Jean Monet habe treffend gesagt: „Europa, das ist ein Beitrag zu einer (etwas) besseren Welt“. Christen seien keine Utopisten, sondern trügen Mitverantwortung für ein Europa, das sich zwar in einer ständigen Krise befinde, doch eine Krise sei noch keine Katastrophe, so Lamers. Nach Jaques Delors dürfe Deutschland nie von der sozialen Marktwirtschaft lassen, denn sie sei das Wirtschaftsmodell für Europa. Das neue Europa nehme zwar um 20% an Bevölkerung zu, das Sozialprodukt wächst jedoch nur um 5%, aber es werde 53% mehr Bauern geben. Nach Lamers Ansicht leben wir zz. in einer schwierigen Zeit, in der Ungleichheit vorherrsche, aber doch die Chance bestehe für künftiges Wachstum. Nach Lamers braucht die EU einen magnetischen und keinen abstoßenden Kern. Eine solche Anziehungskraft könne eigentlich nur durch ein Zusammenwirken von Deutschland und Frankreich ausgehen, wie es im Mittelalter schon der Fall war.

„Der europäische Verfassungsprozess als Herausforderung für die Kirche?“ war ein weiterer

Vortrag, gehalten von Stefan Lunte, stellvertretender Generalsekretär der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE), Brüssel. Europa und die Kirchen befänden sich in einem wechselseitigen Prozess der Annäherung. So könnten die Kirchen als Geburtshelfer für eine europäische Bürgergesellschaft dienen, denn die Kirchen seien früher bestimmend in Europa gewesen und müssten auch heute am Einigungsprozess beteiligt werden. Im neuen Europa werde es ca. 260 Millionen Katholiken geben. Lunte wies aber auch auf die Notwendigkeit einer „innerkatholischen Ökumene“ hin, weil die Unterschiede z.B. zwischen den katholischen Bischöfen Englands und Österreichs oder zwischen holländischen Katholiken und polnischen Priestern doch sehr groß seien.

Im Entwurf zum Vertrag über eine EU-Verfassung stehe in der Präambel u.a. „Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind ...“ Die unterstrichene Stelle solle zum Gottesbezug „vor Gott und den Menschen“ geändert bzw. ergänzt werden, so Lunte. Vielleicht würden

auch die neuen Länder helfen, den Gottesbezug in die EU-Verfassung einzubringen. Andererseits könne der Gottesbezug in der Verfassung evtl. als Preis für einen Beitritt der Türkei zur EU hingenommen werden, denn – wie Lunte anmerkte – gebe es keinen Grund die Türkei abzuweisen, nur weil dann Christen und Muslime zusammen leben müssten. Es gebe jedoch geographische, wirtschaftliche und politische Gründe die Türkei nicht aufzunehmen.

Lunte wies aber auch auf ein mögliches Scheitern der EU-Verfassung hin, wenn nämlich z.B. England mit NEIN zur Verfassung stimme; es gebe auch die Möglichkeit, dass Großbritannien aus der EU austrete.

Gender Mainstreaming

- Gender Mainstreaming geht von der Gleichwertigkeit (nicht Gleichheit) von Männern und Frauen aus.
- Gender Mainstreaming ist eine politische Strategie zur Durchsetzung demokratischer Verhältnisse und Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen.
- Gender Mainstreaming erweitert die bisherige Frauenpolitik durch eine gezielte Männer- und Frauenförderung.
- Gender Mainstreaming hilft die biblische Perspektive der Gleichwertigkeit von Männern und Frauen auch innerhalb der Kirche neu zu gestalten.

Höhepunkt der Tagung war die Hl. Messe mit dem Präses der GKMD Erzbischof Dr. Ludwig Schick aus Bamberg am Bonifatiusgrab im Dom zu Fulda. Erzbischof Schick würdigte Leben und Wirken des Apostels der Deutschen als dem Wegbereiter des christlichen Europas. Bonifatius habe Männern drei Dinge zu sagen: „Seid missionarisch, tragt Verantwortung für die Gesellschaft und gestaltet Europa. ... Aus Glaube muss Kultur werden“, so Erzbischof Schick. Wichtig sei, sich einzumischen und das Miteinander in unserem Land zu bestimmen. Auch dies sei Aufgabe kirchlicher Verbände.

Am dritten und letzten Tag der Haupttagung stellte Martin Rosowski, Hauptgeschäftsführer der Männerarbeit der EKD und Generalsekretär des European Forum of Christian Men, in einem Beitrag „GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT – EIN EUROPÄISCHES THEMA“, ein aktuelles Thema der ökumenischen Zusammenarbeit in der Männerseelsorge dar. Der Begriff der Geschlechtergerechtigkeit ist auch bekannt unter dem Anglizismus „Gender Mainstreaming“ (Leitsätze dazu im Kasten). □

KATHOLIKENTAG IN ULM: Rückblick und Impressionen aus Sicht der Männerarbeit

„Vorbei“ – das werden die Einwohner von Ulm wohl teils mit Wehmut, teils mit Erleichterung sagen. Für fünf Tage war die Stadt an der Donau im Ausnahmezustand, waren in der ganzen Stadt Schulen und öffentliche Gebäude zu Vortrags- oder Schlafstätten umfunktioniert, strömten Menschenmassen durch die Gassen, wurde überall gefeiert, drängten sich Zehntausende in die Busse und gab es spontanen Applaus, wenn sich die Türen der überfüllten Straßenbahn nach dem x-ten Versuch doch noch schlossen.

Es war ein bunter, fröhlicher und – so sagen Beobachter – auch frommer Katholikentag. Besonders bei den „Orten der Begegnung“ auf dem Messegelände zeigte sich, was sich alles im katholischen Spektrum tummelt. Da durfte natürlich auch der

Stand der katholischen Männerarbeit nicht fehlen. Dort war für jeden und jede (!) etwas dabei: verschiedene Broschüren und Zeitschriften; ein Nagelbalken für die, die ihre Kraft beweisen wollten; für Kinder die Möglichkeit, Bilder etwa zum Thema „Mein Papa und ich“ zu malen; ein Plakat, auf das Frauen schreiben konnten, was sie den Männern schon immer mal sagen wollten; und natürlich die Gelegenheit zum Gespräch und zur Information. Ein herzliches Dankeschön der ideenreichen und ausdauernden Standbesatzung!

Am anderen Ende der Stadt war in einem Gemeinde- und Bürgerzentrum auf dem Eselsberg das „Zentrum Frauen und Männer“ untergebracht. Obwohl etwas abgelegen, wurde das Angebot insgesamt gut angenommen – manche Veranstaltungen waren sogar überfüllt. Ne-

ben den Podien gab es dort auch Workshops, Fotoausstellungen und am Samstag ein Spielangebot für Väter und Kinder. Der geistigen und leiblichen Erfrischung dienten Gebetszeiten und Cafés. Ein Höhepunkt war sicherlich die „Mystische Nacht. Weibliche und männliche Stimmen aus jüdisch-christlichen Traditionen“, eine Hörfunkproduktion des SWR, die am Freitag von 22 bis 24 Uhr in der Wengenkirche uraufgeführt wurde. Ein ökumenischer Männergottesdienst beendete das Männerprogramm des Zentrums.

Alles vorbei? Sicherlich nicht! Die vielfältigen Impulse des Katholikentags und insbesondere seine Lebendigkeit und Lebensfreude werden weiterwirken. Und auch wir in der Männerseelsorge werden so manchen Gedanken aus Gesprächen und Vorträgen weiterverfolgen. (ASt Fulda)

Verantwortung für den Weltdienst der Christen

Ein gelungenes Beispiel für Laienapostolat – Helmut Fettweis als Pionier des Lokalfunks geehrt

Obwohl er als aktiver Offizier der Truppengattung Panzergrenadiere angehörte, wurde und wird Oberst a.D. Helmut Fettweis (84) häufig und vor allem bei den zahlreichen empfangenen Ehrungen den Pionieren zugerechnet – allerdings im Sinne der „Männer der ersten Stunde“. So auch am 7. Mai 2004 im Maritim Hotel Bonn. Die „Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk Bonn/Rhein-Sieg e.V.“ ehrte mit einem Empfang den Gründungsvorsitzenden Helmut Fettweis und zugleich seine Vertreterin Dr. Marie Theresa Pörzgen. Beide legten nach 15-jähriger verdienstvoller und erfolgreicher ehrenamtlicher Tätigkeit ihre Ämter in jüngere Hände.

1989 hatte Fettweis, damals noch Vorsitzender des Katholikerrates Bonn, den Vorsitz im zu gründenden lokalen Hörfunk übernommen. Er war der Auffassung, die katholische Kirche der Region müsse mit dabei sein und auf das neue Medium Einfluss nehmen.

Das Landesrundfunkgesetz NRW (heute nach Modifikation „Landesmediengesetz“) sieht als Organisationsform für den Lokalfunk ein „Zwei-Säulen-Modell“ mit im Wesentlichen zwei Organen vor:

- Zum einen die VERANSTALTERGEMEINSCHAFT, in der die gesellschaftlichen relevanten Kreise einer Kommune vertreten sein sollen und in der die programmatistische und arbeitsrechtliche Verantwortung des Senders liegt.
- Zum anderen die BETRIEBSGESELLSCHAFT, welche die wirtschaftlichen Grundlagen für das Funktionieren des Senders zu schaffen und sicherzustellen hat.

Helmut Fettweis hatte in dem Kollegialgremium der Veranstaltergemeinschaft als Vorsitzender eine herausgehobene Stellung und war im Zweifel für alles zuständig. Dabei kam ihm die administrative und journalistische Erfahrung, die er im langen Berufsleben als Offizier (1938-1945, 1956-1979) und verantwortlicher Redakteur der Verbandszeitschrift für katholische Soldaten („Königsteiner Offizierbrief“ und „auftrag“ 1966-1990) erworben hatte, zugute. In der Laudatio hob der heutige Vorsitzende der Veranstaltergemeinschaft, Manfred Stückrath, die besonderen Eigenschaften von Fettweis hervor: Kreativität im Umgang mit dem neuen Medium, finanzpolitische Verantwortung, Teamgeist, Fürsorge gegenüber den Mitarbeitern

der Redaktion, Humor, Verlässlichkeit und Amtsführung nach ethischen Grundsätzen. Wörtlich fügte Stückrath hinzu: „Ihr unerschütterlicher christlicher Glaube und Ihr Glaube an das Gute im Menschen haben stets Ihr Handeln bestimmt. Diejenigen, die einmal einen Fehler begangen hatten, durften bei entsprechender Einsicht durchaus auf Ihre menschliche Güte hoffen. Diejenigen, die diese Eigenschaft ausnutzen wollten und über die Strenge schlugen, (konnten) Ihre weitere Eigenschaften wie Ihren ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit, Ihre Ordnungsliebe ... oder auch Ihre väterliche Strenge näher kennen lernen.“

Auch das ist beispielhaft: In seiner Abschiedsansprache dankte Fettweis zunächst seinem Schöpfer, der ihm Gesundheit gegeben habe und Kraft, so lange dienen zu dürfen und weiterhin seiner Frau, „die wohl meist wohlwollend auch manche Spinnerei ertragen hat.“, und natürlich bezog er Frau Dr. Pörzgen sowie alle Stellen und die Mitglieder der Veranstaltergemeinschaft, der Betriebsgesellschaft und der Redaktion ein, die zum Erfolg des Unternehmens beigetragen haben. Und wie konnte es bei dem immer noch agilen 84-Jährigen anders sein, zum Schluss richtete er noch gute Ratschläge an die Politik für die Fortentwicklung des Lokalfunks. (PS)

Zum Empfang waren zahlreiche Vertreter aus Politik, Kirche und Medien gekommen. Im Bild v.l.: Frau Fettweis, Oberst a.D. Helmut Fettweis, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, Generalsekretär des Apostolat Militaire International (AMI), der als Bundesgeschäftsführer des Königsteiner Offizierkreises und der späteren GKS von 1966 bis 1990 Weggefährte von Fettweis im Laienapostolat der katholischen Militärseelsorge war, und OTL a.D. Paul Schulz, übernächster Nachfolger von H.F. (so das Redaktionskürzel) als Chefredakteur AUFTRAG, der als Ehrenbundesvorsitzender die heutige GKS vertrat. (Foto: PS)



PERSONALIA:

Bundvorsitzender Karl-Jürgen Klein als Mitglied im ZdK wiedergewählt

Die Arbeitsgemeinschaft der katholischen Organisationen Deutschlands (AGKOD) hat auf ihrer Delegiertenversammlung am 4. und 5. Juni in Bad Honnef 97 Persönlichkeiten für vier Jahre in die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) gewählt. Unter ihnen der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, der von einer soliden Mehrheit der Delegierten wiedergewählt wurde. Klein gehört damit seit 1996 dem höchsten Laiengremium der deutschen Katholiken an.

Der Ehrenbundvorsitzende der GKS, Oberstleutnant a.D. Paul Schulz, der die GKS von 1987-1996 und anschließend die Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands (GKMD) im ZdK vertrat, hatte auf eine Wiederwahl verzichtet. Schulz bleibt allerdings Mitglied im Vorstand der AGKOD.

Für die GKMD wurde ihr Präsident, Fanz-Josef Schwack, wiedergewählt. Er gehört seit 2000 dem ZdK als Verbändevertreter an.

Für die Bundesvereinigung der Männergemeinschaften und Männerwerke wurde Dr. Albert Wohlfarth neu in das Katholikengremium gewählt.

Wer und was ist die AGKOD

In der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Organisationen Deutschlands (AGKOD) sind rund 125 katholische Verbände, Geistliche Gemeinschaften und Bewegungen, Säkularinstitute sowie Aktionen, Sach- und Berufsverbände sowie Initiativen zusammengeschlossen, die auf überdiözesaner Ebene tätig sind.

Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Organisationen stehen für rund 6 Millionen Mitglieder.

In Deutschland haben die im 19. Jahrhundert im Umfeld der bürgerlichen Freiheitsbewegung entstandenen katholischen Verbände dem deutschen Katholizismus eine historisch unverwechselbare Gestalt gegeben. Die AGKOD wurzelt in dieser

Tradition. In dem eigenverantwortlichen Handeln in der Gesellschaft sieht sie ein Wesensmerkmal des gemeinschaftlichen Apostolates.

Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft ist es, über gemeinsame Anliegen der katholischen Organisationen in Kirche, Staat und Gesellschaft zu beraten, gemeinsame Initiativen zu vertreten sowie den Gedanken- und Erfahrungsaustausch seiner Mitgliedsorganisationen zu fördern.

Die Delegiertenversammlung der

Arbeitsgemeinschaft wählt alle vier Jahre 97 Persönlichkeiten in die Vollversammlung des ZdK. Zusammen mit den 84 Vertretern der Diözesanräte und 45 Einzelpersonlichkeiten bilden sie die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Zwischen den alle zwei Jahre tagenden Delegiertenversammlungen nimmt ein elf-köpfiger Vorstand die Aufgaben der AGKOD wahr. (PS)

ANZEIGE 

Unsere Sprache: katholisch

Die Tagespost

richtet mit einem **klaren katholischen Profil** den Blick auf wesentliche Entwicklungen in Politik, Kirche und Gesellschaft ...

dient Ihnen als **zuverlässige und seriöse Informationsquelle**, die in einer Zeit der flüchtigen Meinungen und aufgebauchten Sensationen stets klare Orientierung bietet ...

bietet Ihnen **exklusiv recherchierte Beiträge**, fundierte Hintergrundberichte und Kommentare mit hohem Informationsgehalt ...

dokumentiert schneller als jedes andere katholische Printmedium Texte des kirchlichen Lehramts, der Bischöfe und kirchlicher Gruppierungen zu wichtigen gesellschaftlichen und ethischen Fragen.

Jede Woche recherchieren und produzieren wir für Sie ...

- 8 Seiten **Kirche aktuell** mit umfassenden Informationen und Dokumentationen zum kirchlichen Geschehen im deutschsprachigen Raum, weltweit und in Rom ...
- 9 Seiten **Politik und Zeitgeschehen** mit Nachrichten, Hintergründen, Kommentaren ...
- 14 Seiten **Feuilleton** mit Kultur, Medien, Literatur, Wissenschaft und Reise ...
- 6 Seiten **Wirtschaft** und Berichte aus aller Welt ...
- und 3 Seiten Aussprache im **Leserforum** ...

40 Seiten, die sich lohnen!

Wir sind Ihr Informationsteam vor Ort. Lernen Sie uns kennen. Stellen Sie uns auf die Probe - 6 kostenlose Ausgaben lang!

0800/62 8 62 66
freecall

Die Tagespost
Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur

Verlag Johann Wilhelm Naumann
Juliuspromenade 64
D-97070 Würzburg
Telefon 09 31/3 08 63-0
Telefax 09 31/3 08 63-33

www.die-tagespost.de

Ja, ich möchte die Tagespost kennen lernen.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich eine mehrwöchige Leseprobe an folgendes Adressat:

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Mein Wunschtermin für den Start der Leseprobe:

Ans_02_41



Einladung zur 44. Woche der Begegnung vom 12. bis 17. September 2004 im Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen



Leitthema: Leben aus Gottes Kraft – ehrenamtliches Laienengagement

10.-12. September	Vorkonferenz für den Vorstand der Zentralen Versammlung (ZV) und den Bundesvorstand der GKS
13.-15. September	Zentrale Versammlung (ZV)
15.-17. September	Bundeskongress (BuKonf) der GKS

Programmauszug

Sonntag, 12.09. – ZV

bis 16.00 Uhr	Anreise für Delegierte der ZV, Sachausschussmitglieder und Gäste
17.00 Uhr	Eröffnungsgottesdienst
19.30 Uhr	Eröffnung der ZV

Montag, 13.09. – ZV

07.45 Uhr	Morgenimpuls
09.00 Uhr	ZV: Vortrag zum Thema: „Kirchliches Ehrenamt – Standortbestimmung und Zukunftsorientierung“, Dr. Peter Abel, Hildesheim
	Aussprache zum Referat
15.00 Uhr	Fortsetzung der ZV
18.00 Uhr	Gottesdienst mit Militärbischof Dr. Walter Mixa

Dienstag, 14.09. – ZV

07.45 Uhr	Morgenimpuls
09.00 Uhr	Fortsetzung der Beratungen in der ZV
14.00 Uhr	Pressekongress
15.00 Uhr	Fortsetzung der ZV
bis 16.00 Uhr	Anreise der Delegierten der Bundeskongress der GKS
18.00 Uhr	Pontifikalamt mit dem Militärbischof in der Stadtkirche St. Bonifatius, Lingen
20.00 Uhr	Empfang im Ludwig-Windthorst-Haus

Mittwoch, 15.09. – ZV und BuKonf

07.30 Uhr	Gottesdienst, nach dem Frühstück Abreise der Teilnehmer an der ZV
09.00 Uhr	Bundeskongress der GKS (BuKonf) Eröffnung, Berichte und Grußworte Aussprache zu den Berichten
15.00 Uhr	Einführung in Entwürfe für eine Satzung der GKS nach dem BGB und für anzu-passende Grundlagendokumente wie „Wege und Ziele“, „Geschäftsordnung“
19.30 Uhr	Sitzung des Bundesvorstandes

Donnerstag, 16.09. – BuKonf

07.30 Uhr	Gottesdienst
09.00 Uhr	Plenum: Vortrag mit Aussprache zum Thema „Leben aus Gottes Kraft – ehrenamtliches Laienengagement“, Prof. Dr. Michael N. Ebertz, Freiburg
13.15 Uhr	Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS (FGKS)
14.00 Uhr	Plenum mit Diskussion des Vormittagsvortrags in Arbeitsgruppen
15.00 Uhr	Ausflug, gemeinsames Abendessen mit Verabschiedungen

Freitag, 17.09. – BuKonf

07.30 Uhr	Gottesdienst
09.00 Uhr	Plenum mit Diskussion/Verabschiedung von Beschlüssen/Erklärungen Die Arbeit der GKS im folgenden Jahr, Jahresthema der GKS
12.30 Uhr	nach dem Mittagessen Ende der Bundeskongress und Abreise

Teilnahme an der Woche der Begegnung:

Die Arbeitskongressen (AK) bei den KLMD wählen die Delegierten aus den Seelsorgebezirksräten für die ZV. Der Vorstand der ZV regelt die Teilnahme von Mitgliedern seiner Sachausschüsse.

Für die GKS erfolgt die Wahl der Delegierten zur ZV in den Bereichskongressen nach einem vom Bundesvorstand vorgegebenen Schlüssel.

Die GKS-Kreise entsenden zur Bundeskongress je einen Delegierten. Anrechnungspartner in Standorten ohne GKS-Kreis können nach verfügbarer Kapazität an der Bundeskongress teilnehmen; Meldung über Bereichsvorsitzende/Bundesgeschäftsführer. Vorsitzende der Sachausschüsse regeln die Teilnahme von Sachausschussmitgliedern in Absprache mit dem Bundesgeschäftsführer.

Einzelheiten zur Teilnahme, Verwaltungsbestimmungen und ausführliches Programm ergeben durch das KMBA.

Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS) – Vorstand –



**Einladung zur Mitgliederversammlung des FGKS
am 16. September 2004 im Ludwig-Windhorst-Haus in Lingen**

Drensteinfurt, den 29. Juni 2004

Sehr geehrte Mitglieder,

der Vorstand des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (FGKS) lädt zur jährlichen Mitgliederversammlung ein.

Termin: Donnerstag, 16. September 2004

Zeit: Beginn 13:15 Uhr , Ende ca. 14:30 Uhr

Ort: Ludwig-Windthorst-Haus in Lingen (Ems)

Kosten: sind gem. Satzung einschließlich der Fahrtkosten selbst zu tragen.

Tagesordnung:

1. Berichte des Vorstandes
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes
4. Wahlen: 2 Kassenprüfer
5. Verschiedenes

Mitglieder des FGKS, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen wollen, melden sich bitte
bis Montag, 30. August 2004

schriftlich an – per Fax (030 – 206 199 91) oder per E-Mail (gks.berlin@t-online.de) –

bei der Geschäftsstelle der GKS, z.Hd. Bundesgeschäftsführer, Oberst a.D. Dr. Achmann,
Am Weidendamm 2, 10117 Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

gez. der Vorstand des FGKS

Friedensethik



Christoph Goldt: „Mission Frieden. Christliche Offensive für eine neue Weltordnung“. St. Ulrich Verlag, Augsburg 2004, 216 Seiten.

Ein Buch, wie geschaffen für Soldaten, die sich in ihrem Dienst an der kirchlichen Friedens- und Soziallehre orientieren und im Auftrag des

II. Vatikanischen Konzils „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ sein wollen. Wer gibt in der gegenwärtig verworrenen Weltlage mehr Orientierung als der alte, körperlich kranke Mann auf dem Stuhl Petri in Rom?

Papst Johannes Paul II. gilt als einer der erfolgreichsten Realpolitiker der Jahrtausendwende. Der Papst aus Polen, der maßgeblich zum Sturz des Kommunismus in Europa beitrug, zeigte sich vor und während des Irak-Krieges Anfang 2003 als der profilierteste Kriegsgegner und Gegenspieler von George W. Bush. Sein entschiedenes „Nein zum Krieg“ war kein pazifistischer Reflex. Durch die Jahrhunderte haben die Päpste in differenzierten Stellungnahmen und diplomatischen Initiativen immer wieder um den Frieden gerungen. Im Buch „Mission Frieden“ zeigt der Politikwissenschaftler und Theologe Christoph Goldt, welche Perspektiven internationaler Politik sich aus den Verlautbarungen von Johannes Paul II. und seinen Vorgängern ergeben. Appelle der Päpste wurden oft als utopisch belächelt. Goldt zeigt, wie der Papst, der das Amt eines religiösen und gleichzeitig weltlichen Oberhauptes vereint, dafür steht, was Politik von der Wurzel her eigentlich sein will: Dienst am Gemeinwohl, Diplomatie, Verhandlungen und Verträge.

Goldt denkt die Friedensidee der Päpste weiter. Wie verhält sich die katholische Friedensethik zu den zeitgenössischen Entwürfen internationaler Sicherheit? Wie steht sie dem Völkerrecht und den Menschenrechten sowie deren Weiterentwicklung gegenüber? Goldt entwirft die Prinzipien einer christlich inspirierten „Weltinnenpolitik“ im Zeitalter von Globalisierung, Krieg und weltweitem Terror. Dabei unterzieht er das internationale System der letzten zweihundert Jahre einer aufregenden Analyse.

Das Buch bietet zugleich eine Auseinandersetzung mit den wichtigsten Institutionen internationaler Politik und deren völkerrechtlichen Grundlagen mit einer Auswahl von Originaltexten aus der UN-Charta und der Deklaration der Menschenrechte sowie anderen wichtigen Dokumenten. – Themen mit denen sich auch die GKS (und das nicht nur im Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“) auseinander zu setzen hat. Dies zu mal der Kampf gegen den Terrorismus auch in traditionell demokratisch verfassten Staaten zu Völkerrechtsverstößen, Menschenrechtsbeschränkungen und auch zu Überlegungen zur Legitimität von Folter führt. □

Zeitgeschichte



Wolfgang Balke: „Nur nicht mit den Wölfen heulen. Eine Jugend in Neuruppin 1945–1953“. Bibliothek der Zeitzeugen (13), Zeitgut Verlag, Berlin 2004; 136 S., Fotos u. Dokumente.

„Wer nicht mit den Wölfen

heulte“, erinnert sich Wolfgang Bahlke (Jg. 1937) an seine Zeit in der Sowjetische Besatzungszone und späteren DDR. Bahlke beschreibt die Verhältnisse während der Geburtsphase des realen Sozialismus fesselnd und zeitgeschichtlich informativ.

Als Flüchtlingskind aus Pommern kam der Autor 1945 nach Neuruppin, wo er mit einem russischen schlitzohrigen Soldaten einen kleinen illegalen Schnapshandel betrieb. Flexibilität war gefragt, auch später als er sich dem neuen sozialistischen Denken anpassen sollte. Doch statt der FDJ beizutreten, wurde er Mitglied der evangelischen „jungen Gemeinde“ und beharrte allzu oft auf seiner eigenen Meinung. Damit zog er sich den Ärger einiger Funktionäre und Lehrer zu. Am 1. April 1953 wurde er von der Schule verwiesen. Der inzwischen 16-jährige Oberschüler erkennt, die DDR ist eine Sackgasse für sein Leben. Er sucht die Freiheit und entflieht über West-Berlin in die Bundesrepublik. Wenige Tage später folgt die Familie.

Wolfgang Bahlke trat 1956 als Offizieranwärter in die Bundeswehr ein, wurde Hubschrauberpilot bei den Heeresfliegern. Heute lebt der 1994 pensionierte Oberstleutnant in Kaiserslautern.

Mit der Buchreihe ZEITGUT hat sich der Verlag die Aufgabe gestellt, in Zeitzeugen-Erinnerungen das gesamte 20. Jahrhunderts dazustellen. Bisher sind 18 Sammelbände erschienen. Gerade junge Menschen haben mit den Texten dieser Reihe die Möglichkeit, das Leben der Eltern- und Großeltern-Generation kennen und verstehen zu lernen. Zur Vervollständigung der Textsammlung von bisher rund 2.000 Zeitzeugen werden weitere episodenhafte Erinnerungen gesucht, die in einer BIBLIOTHEK DER ZEITZEUGEN gesammelt werden. Weitere Informationen gibt es im Internet unter >www.zeitgut.com<. □

„Schluss mit dem Krieg! Schluss mit der Zerstörungswut! Es darf nicht länger eine Situation geduldet werden, die nur Früchte des Todes hervorbringt: Morde, zerstörte Städte, zusammengebrochene Wirtschaftssysteme, Krankenhäuser ohne Medikamente, sich selbst überlassene Kranke und Alte, trauernde und zerrissene Familien. Der Friede ist möglich, wenn anerkannt wird, dass die sittlichen Werte Vorrang haben vor den Ansprüchen der Rasse oder der Macht.“

Religion und Kirche



Heinrich Reinhardt: „Johannes. Die Rede von Gott“. St. Ulrich Verlag, Augsburg 2004, geb., 176 Seiten.

„Am Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort.“, so beginnt das Evangelium des

Johannes. Der Evangelist Johannes ist die rätselhafteste Gestalt des Neuen Testaments. Bei ihm ist von Geschehnissen zu lesen, von denen die drei anderen Evangelien nichts schreiben. Offenbar berichtet Johannes als unmittelbarer Augenzeuge. Sich selbst nimmt der Evangelist dabei vollkommen zurück. Er ist bloß das Sprachrohr seines Herrn Jesus Christus, der in einer Atmosphäre von äußerster Dichte um so deutlicher hervortritt. Der Leser des Johannes-evangeliums meint am Ende, den Herrn greifbar vor sich zu sehen und zu hören. Heinrich Reinhardt – Priester, Hochschullehrer und einer der vielleicht letzten Universalgelehrten – will mit seinem spirituellen Werk über das Johannes-Evangelium neue Maßstäbe für die „Rede von Gott“ setzen und, wie er in seinem Vorwort schreibt, „eine biblisch verwurzelte Theologie des Wortes und der Sprache begründen.“

Trotz unzähliger Johannes-Kommentare, die im Laufe der Jahrhunderte geschrieben wurden, so der Autor, habe bis heute niemand die radikale Anstrengung aus sich genommen, Jesus Christus als „das Wort schlechthin“ zu verstehen. Denn Jesus trete mit dem Anspruch auf, Gott von der Mitte seiner Persönlichkeit her zu kennen. Er beweise das durch seine Verkündigung, die glaubwürdig alles Wesentliche über Gott aussage. Jesus rede durch sein ganzes Dasein – gerade durch seinen Tod und seine Auferstehung – von Gott. Das sei mehr, als Menschen können, unterstreicht Reinhardt, und er sieht darin die höchste Vollendung des Sprechens. Der Autor verwendet eine eigene, eng an den griechischen Urtext angelehnte Bibelübersetzung, die sich deutlich von der geläufigen Einheitsübersetzung unterscheidet. Das Buch ist aber trotz der theologisch-philosophischen Erörterungen eines „schwierigen“ Evangeliums interessant geschrieben, flüssig zu lesen und die Argumente leuchten ein. □

Aus: Gudrun Griesmayer und Stefan Liesenfeld: „Gott steht auf der Seite des Menschen. Hundert Worte von Joh. Paul II“. Verlag Neue Stadt, München u.a. 2004, geb., 112 Seiten.

Ein Querschnitt durch das Denken eines Papstes, in dessen Wirken die Sorge um die Menschen im Mittelpunkt steht.

Für alle Freunde von Joh. Paul II., für alle, die ihn durch 100 persönliche Aussagen näher kennenlernen wollen. □

Zeugen des Glaubens



In der Reihe „Zeugen des Glaubens“ des St. Ulrich Verlages, Augsburg, die in früheren Ausgaben unserer Zeitschrift bereits vorgestellt wurde (z.B. AUFTRAG Nr. 250, S. 104, „Augustinus“ und „Mutter Teresa“) sind zwei neue Bändchen zur Begegnung mit heute sehr und über die katholische Konfession hinaus populären Heiligen erschienen:

Paul Zahner: „*Franz von Assisi begegnen*“, 124 Seiten.

Viki Ranff: „*Edit Stein begegnen*“, 152 Seiten.

Beide Schriften folgen dem bewährten Muster: biografische Angaben zur Person am Anfang, Inhaltsverzeichnis zum Auffinden bestimmter Lebensabschnitte und im Anschluss an den eigentlichen Text noch ein Kapitel mit Lesetipps zu weiterführender Literatur, Filme und deutschsprachige Internetadressen. Im Text befinden sich zahlreiche Randbemerkungen, die Orts-, Personen- und Fachbegriffe erläutern sowie Quellenangaben enthalten.

Paul Zahner (Jg. 1966), selbst Franziskanerpriester, zeichnet ein realistisches Bild von Franz von Assisi, dem „Bruder aller Menschen“. Der Ordensgründer und Bettelmönch wurde durch seine Option für die Armut und seine Liebe zur Schöpfung zum Vorbild der Christen. „Fast alle mögen ihn, doch jeder hat ein anderes Bild von Franziskus“, schreibt Zahner in der Einführung. „Die einen verehren ihn als Umweltschützer und Naturmystiker, andere als geistlichen Meister und Heiligen aller Religionen, wieder andere sehen in ihm einen Narren Gottes“. Doch wer war Franziskus wirklich? Zahner zeichnet mit seinem Buch ein ungeschminktes und ehrliches Portrait des außergewöhnlichen Menschen Franz von Assisi.

Die Religionsphilosophin Dr. Viki Ranff setzt sich mit einer der großen Frauen des 20. Jhs. auseinander. Die Ordensfrau Edith Stein, die 1942 wegen ihrer jüdischen Abstammung im KZ Auschwitz ermordet wurde, war 1922 zum katholischen Glauben konvertiert und 1933 in das Kölner Karmelkloster eingetreten. 1966 wurde sie heiliggesprochen. „Wollte man das Lebensschicksal Edith Steins in einem Satz zusammenfassen, müsste man von ihr als Jüdin, Atheistin, Konvertitin, Lehrerin, Karmelitin und NS-Opfer sprechen, aber auch von der heiligen und Mitpatronin Europas“, schreibt Ranff. Die Autorin gibt einen tiefen und authentischen Einblick in Leben und Werk der Heiligen. □

Basisthemen des Glaubens



Eine neue Taschenbuchreihe zu Basisthemen des christlichen Glaubens ist im Augsburger Sankt Ulrich Verlag erschienen. Ziel der neuen Reihe im handlichen Pocket-Format mit dem Titel „FUNDAMENTE“ ist die theologisch fundierte aber leicht verständliche Aufbereitung von Fundamentalwissen über den christlichen Glauben. Die ersten drei Bände lassen bereits die Zusammensetzung der Autoren aus jungen engagierten Wissenschaftlern der katholischen Theologie und weltweit anerkannten Spitzentheologen erkennen.

Der Band „PRIESTER CHRISTI“ des amerikanischen Jesuiten Avery Kardinal Dulles, der als erster amerikanischer Theologe in den Kardinalsstand erhoben wurde, gibt auf rund hundert Seiten eine ebenso bündige wie anregende Darstellung des priesterlichen Amtes in der katholischen Kirche.

Ein weiterer Band mit dem Titel „DIE TUGENDEN. WERTE ZUM LEBEN“, dessen Autorin die schweizerische Journalistin und Heilpädagogin Pia Bühler ist, stellt die klassischen Tugenden Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Maß in ihrer Bedeutung für das Leben moderner Christen dar und zeigt auf, wie das Christentum die klassischen Tugenden neu interpretiert und weiterentwickelt hat.

Abgerundet wird die erste Staffel der neuen „FUNDAMENTE-Reihe“ durch den Band „DER UNTERSCHIED. WAS CHRISTEN AUSMACHT“ aus der Feder der habilitierten Augsburger Theologin Gerda Riedl. Riedl arbeitet in kompakter und griffiger Form heraus, worin sich christliches Leben unterscheidet und welchen Einfluss christlicher Glaube auf die Sicht der Welt hat: Eine persönliche Bestandsaufnahme für Christen und solche, die es werden wollen.

Der Sankt Ulrich Verlag will mit der neuen Reihe eine Lücke im Bereich der populären Vermittlung christlichen Grundwissens schließen und Gläubigen wie interessierten (Noch-)Nicht-Christen einen leichten Zugang zu christlichen Grundwahrheiten eröffnen

Avery Kardinal Dulles: „*Priester Christi*“, kart., 112 Seiten.

Pia Bühler: „*Die Tugenden. Werte zum Leben*“, kart., 128 Seiten.

Gerda Riedl: „*Der Unterschied. Was Christen ausmacht*“, kart., 125 Seiten.

ZU GUTER LETZT

Hölle von Menschenhand

Wenn ihr euch entschieden habt, dass jedes ungeborene Leben getötet werden darf,
wenn ihr davon überzeugt seid, man dürfe Alte und Kranke einschläfern,
wenn die Ehe zum Zeitvertrag zwecks sexueller Befriedigung geworden ist,
wenn Kinder für euch Spielzeug oder Rentenversicherungsgaranten sind,
wenn ihr den Nächsten nur noch als Objekt und Instrument anseht,
wenn ihr euch selber verwirklicht auf Kosten der anderen,
wenn ihr verlernt habt zu teilen und nur noch nehmen wollt,
wenn ihr aus Wissenschaft und Forschung jede Ethik verbannt habt,
wenn die Kunst zur Unterhaltungsindustrie, zur intellektuellen Selbstbefriedigung verkommen ist,
wenn ihr den Verstand ausschließlich zur Rechtfertigung eurer Wünsche benützt,
wenn ihr nur noch das glaubt, was ihr messen, wiegen zählen könnt,
wenn ihr alle Werte durch Regeln der Bedürfnisbefriedigung ersetzt habt,
wenn ihr nur noch eure eigene Stimme hört, nur noch auf euch selber schaut,
wenn ihr auf andere Völker und Kulturen mit Verachtung herunterschaut,
wenn niemand mehr von eigener Schuld spricht, und keiner mehr bereuen will,
dann habt ihr euch selber zerstört und werdet alles Geschaffene zerstören und ihr habt jenen Zustand geschaffen, den man einmal die Hölle genannt hat.

Paul Roth

Termine · Termine · Termine

Allgemeine Termine

August

14.08. – 22.08. Jugendlager in Österreich

September

10.09. – 12.09. Vorkonferenz zur WdB 2004, Lingen

12.09. – 17.09. 44. WdB, Lingen-Holthausen

12.09. – 15.09. ZV

15.09. – 17.09. BuKonf GKS

28.09. Friedensgottesdienst in Sondershausen mit Bischof Dr. Joachim Wanke

Oktober

18.10. – 21.10. 49. Gesamtkonferenz, Untermarchtal

15.10. – 17.10. AK NRW, Gönne

18.10. – 23.10. Familienwochenende der GKS NRW, Bischofsreut

20. – 24.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg

28.10. – 29.10. AK/BK Bereich Ost, Dresden

November

23.10. – 01.11. Soldatenwallfahrt Koblenz I nach Rom

07.11. – 09.11. AK/BK GKS NS-HB, Wörphausen oder Stapelfeld

13.11. Vorstand ZV, Berlin

19.11 – 20.11. Vollversammlung ZdK

19.11 – 20.11. Einkehrtage (Tag der Besinnung) für Generale u. Admirale

26.11 – 28.11. Seminar für neue Funktionsträger der GKS, Bergisch-Gladbach

Dezember

03.12. – 05.12. Bereich Rh-Pf/Hessen/ Saarland, Familienwochenende Kloster Engelpfort

11.12. Teilnahme Kath. Militärbischof an Stallweihnacht in Bad Reichenhall

Sachausschüsse 2004

Innere Führung (IF)

21.06., 27.09., 22.11. in Bonn

Sicherheit und Frieden (SF)

24.09. in Bonn

29.–31.10. in Berlin (mit Ehefrauen)

Internationaler Sachausschuss (IS)

05.–07.11. in Berlin

Vorschau 2005

20.01. Int. Soldatengottesdienst, Köln

28.01. Jahresempfang MGV für Vorst. ZV und EA GKS, Berlin

29.01. Sitzungen Vorst. ZV und EA GKS, Berlin

18.02. Gespräch Vorstände GKS u. pax christi, Bonn

20.04. – 24.04. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg

29.04. – 30.04. Vollversammlung ZdK (Neuwahlen)

25.05. – 31.05. 47. Internat. Lourdes-Wallfahrt

25.05. – 29.05. 30. Evangelischer Kirchentag, Hannover

08.06. – 12.06. Seminar 3. Lebensphase, Cloppenburg

11.08. Vorstand ZV, Berlin

16.08. – 21.08. Weltjugendtreffen, Köln

10.09. – 12.09. Vorkonferenz 45. WdB, Hamminkeln

12.09. – 17.09. 45. WdB, Akademie Klausenhof, Hamminkeln

19.10. – 23.10. Seminar 3. Lebensphase, Nürnberg

07.11. – 11.11. Akademie Oberst Helmut Korn, Fulda

12.11. Vorstand ZV, Berlin

18.11. – 19.11. Vollversammlung ZdK

Vorschau 2006

23.–24.05. Vollversammlung ZdK, Saarbrücken

24.–28.05. 96. Deutscher Katholikentag, Saarbrücken

24.–25.11. Vollversammlung ZdK

VERWENDETE ABKÜRZUNGEN: **AGKOD** – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, **AK KLMD** – Arbeitskonferenz beim Katholischen Leitenden Militärdekan in ..., **AMI** – Apostolat Militaire International, **BK** – Konferenz der GKS im Bereich ..., **BuKonf** – Bundeskonferenz, **BV GKS** – Bundesvorstand der GKS, **EA** – Exekutivausschuss, **GKMD** – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, **IS** – Internationaler Sachausschuss, **MGV** – Militärgeneralvikar, **SA InFu** – Sachausschuss „Innere Führung“, **SA S+F** – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, **SA KI** – Sachausschuss „Konzeption und Information“, **WB** – Wehrbereich, **WdB** – Woche der Begegnung, **ZV** – Zentrale Versammlung, **VV ZdK** – Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

www.renovabis.de



Besuchen Sie uns auf unserer Homepage!

Autoren

(soweit keine Angaben beim Beitrag)

Achmann, Dr. Klaus

Oberst a.D., Bundesgeschäftsführer der GKS, Vertreter der GKS in der deutschen Kommission Justitia et Pax.

Bühl, Hartmut

Oberst a.D., zahlreiche sicherheitspolitische, militärische und friedensethische Publikationen.

Dorndorf, Heinrich

Hauptmann a.D., Geschäftsführer der GKS im Bereich Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland, Beauftragter der GKS für RENOVABIS.

Geyer, Thomas W. OSB

Benediktiner, Vertreter der Benediktinerabtei Hagia Maria Sion, Jerusalem, in Deutschland mit Sitz in Hildesheim.

Görlich, Joachim Georg

Magister, freier Journalist, Schwerpunkt mittel- und osteurop. Gesellschaften.

Jermer, Helmut

Oberstleutnant a.D., Pressesprecher der GKS.

Häckl, Helmut

Beauftragter für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Seelsorge-bezirksrat beim Kath. Standortpfarrer Ingolstadt

Kestel, Msgr. Georg

Militärdekan, Leiter Referat IV „Seelsorge“ im KMBA, Bischöflicher Beauftragter für die Zentrale Versammlung und Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Kralic, Franz

Hofrat, Brigadier im österreichischen Bundesheer, wissenschaftlicher Beirat der Österreichischen Gesellschaft für Kulturgüterschutz in Wien.

Liebetanz, Klaus

Major a.D., Dörverden/Aller; Berater für humanitäre Hilfe im Ausland.

Roth, Dr. Paul

em. Prof. für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München.

Schnarrer, Johannes Michael

Prof. Dr. phil. Dr. theol., Jg. 1965; Mitarbeiter im Institut für Ethik in den Wissenschaften an der Landesakademie St. Pölten; Gastprofessor für Philosophie und Ethik am deutschsprachigen Zweig der Uni in Klausenburg (Cluj/Rumänien).

Schulz, Björn F.

Dipl.-Pol. und Major i.G., Stabsoffizier im Führungsstab der Streitkräfte, Bonn.

Stuff, Eckhard

Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter. Veröffentlichungen im AUFTRAG.



Politik • Streitkräfte • Wirtschaft • Technik

Die Europäische Sicherheit stellt sich aktuellen Ereignissen und Entwicklungen. Hier wird von kompetenten Fachleuten recherchiert, berichtet, analysiert, kommentiert und ebenso kritisiert. Aufgabe dieser Zeitschrift ist es, unsere Sicherheitspolitik, die nicht allein als Verteidigung mit Streitkräften zu verstehen ist, in sämtlichen komplexen und komplizierten Zusammenhängen zu beschreiben, zu erläutern und zu deuten. Die Europäische Sicherheit spürt Motivationen auf und zeigt Konsequenzen zum aktuellen Zeitgeschehen in angemessener Distanz.

Die Europäische Sicherheit als sachlich fundierte Zeitschrift entspricht den neuen Dimensionen für Fragen der Außenpolitik, der Wirtschaft, der Verteidigung und der Technik – und beurteilt nach rationalen Aspekten.

Die Leser erhalten jeden Monat analytisch und umfassend

- die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik überschaubar präsentiert;
- die Einschätzungen der Sicherheitspolitik und der internationalen Situation aus Sicht der europäischen sowie außereuropäischen Entscheidungen dargestellt;
- die Wechselbeziehungen von Politik, Verteidigung, Wirtschaft und Technologie im Gesamttrahmen unserer Sicherheitspolitik verständlich erläutert.

Gute Gründe, diese Zeitschrift ständig zu lesen!

- ☐ Ich bestelle ein **Europäische Sicherheit**-Probenabbonnement. Bitte senden Sie mir drei Ausgaben zum Sonderpreis von € 790. Sollte ich nicht nach Erhalt der dritten Ausgabe widerrufen, bin ich mit einer weiteren Belieferung im Abbonnement einverstanden.
- ☐ Ich abonniere ab sofort für mindestens ein Jahr die **Europäische Sicherheit** zum Jahresabbonnementpreis von € 61,20 inkl. Versandkosten.

Ich zahle wie angekreuzt:

☐ Bequem und bargeldlos
durch Bankeinzug

☐ Nach Erhalt der Jahresrechnung
Ich bin der neue Abonnent

BLZ: _____

Name/Vorname: _____

Kto-Nr.: _____

Straße/Nr.: _____

Geldinstitut: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bestellung bitte an: Verlagsgruppe Koehler/Mittler, Hochkreuzallee 1, 53175 Bonn

Koehler/Mittler
www.koehler-mittler.de



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur;

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 3768,
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461,
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH, Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS (FGKS e.V.), Pax Bank eG Aachen, BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 5,- an den ausliefernden Köllen Verlag.